

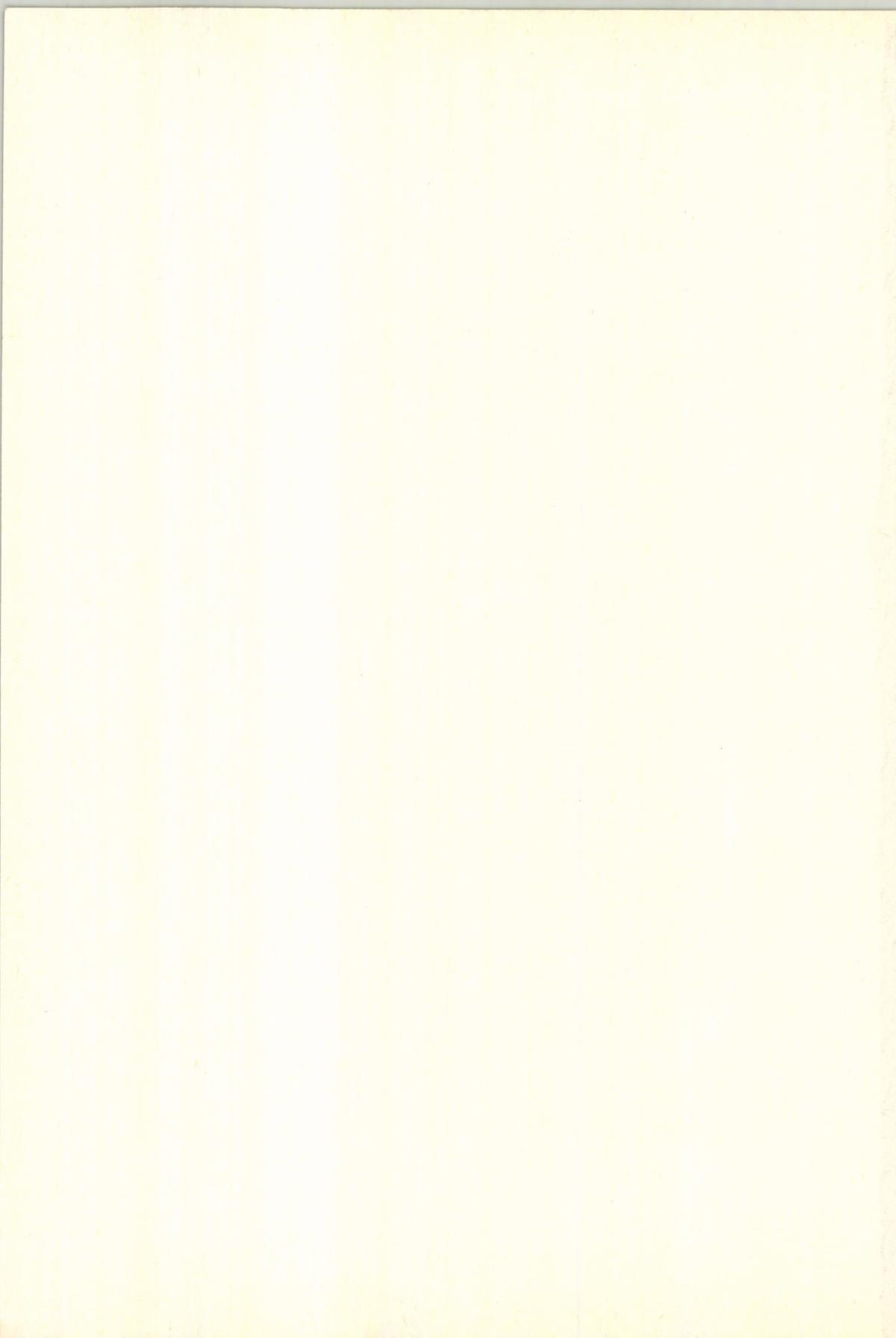
STUDIA **H**ISTORICA  
Academiae Scientiarum Hungaricae

PÉTER SIPOS

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE  
PARTEI UNGARNS  
UND DIE GEWERKSCHAFTEN  
1890–1944







DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI UNGARNS  
UND DIE GEWERKSCHAFTEN  
1890-1944

ACADEMIAE SCIENTIARUM HUNGARICAE

193

HUNGARICA

F. MUCSI

# STUDIA HISTORICA

ACADEMIAE SCIENTIARUM HUNGARICAE

193

Herausgeber

F. MUCSI

# DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI UNGARNS UND DIE GEWERKSCHAFTEN 1890–1944

PÉTER SIPOS



AKADÉMIAI KIADÓ · BUDAPEST 1991

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE  
PARTEI UNGARNS  
UND DIE GEWERKSCHAFTEN  
1890-1944

PÉTER SIPÓS

Übersetzung aus dem Ungarischen

JOHANNA TILL

ISBN 963 05 5681 2

© Péter Sipos, 1991

© Johanna Till, 1991 (deutsche Übersetzung)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Nyomdaipari Fényszedő Központ  
Druck und Bindearbeit: Akadémiai Kiadó és Nyomda Vállalat, Budapest

Printed in Hungary

# INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	7
I. Die Sozialdemokratische Partei Ungarns und die Gewerkschaften im Zeitalter des Dualismus und während der Revolutionen von 1918/19	9
1. Die politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen bis zur Jahrhundertwende	9
2. Entwicklung und Widersprüche des Institutionensystems in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts	17
3. Die Partei und die Gewerkschaft während der Revolutionen von 1918/19	35
II. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei Ungarns im ersten Jahrzehnt des konterrevolutionären Systems	46
1. Die sozialdemokratischen politischen und wirtschaftlichen Organisationen vom Sturz der Räterepublik bis zu den Wahlen im Jahre 1922	46
2. Der Aufbau der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung	59
3. Krisenerscheinungen und Lösungsversuche in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre	99
III. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei Ungarns im Kampf gegen den Faschismus und während des zweiten Weltkrieges	115
1. Die dreißiger Jahre	115
2. Vom Beginn des zweiten Weltkrieges bis zur deutschen Besetzung Ungarns	137
3. Der Zeitraum der deutschen Besetzung	145



## EINLEITUNG

Die epochentrennenden Zeitpunkte kann man, obwohl sie wichtige Wegweiser für das Kennenlernen der geschichtlichen Entwicklung sind, nicht als starr, unübertretbar betrachten. In den denkwürdigen Jahren, Monaten, eventuell an jenen Tagen beginnt und geht etwas tatsächlich zu Ende, doch die Existenzform des Großteils der Gesellschaft besteht weiter, wächst in die neue Phase ihres Lebens hinüber. Und dies überträgt dem Historiker eine methodische Verantwortung – er möge den Versuch unternehmen, die sich über die Perioden spannenden Prozesse aufzuzeigen. Nur so kann er vermeiden, gezwungenermaßen Ereignisse als Neuheit zu beschreiben, die bereits schon früher existierten, und die zusammenhängenden Entwicklungslinien durch herausgegriffene, wurzellose Fragmente, Bruchstücke zu ersetzen.

Die Arbeiterbewegung ist einerseits eine Reihe von Aktionen, Bewegungen mit zeitweilig unterschiedlicher Dichte. In diesem Sinne kann man die einzelnen Perioden eindeutig voneinander trennen. Andererseits ist die Arbeiterbewegung das historisch entstandene System der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und Wohlfahrtsorganisationen, Institutionen, der Aktivitätsformen des organisierten Proletariats – und in diesem Sinne kommt die Kontinuität zur Geltung. Und von den den Erfolg, die Effektivität beeinflussenden Faktoren ist der organisatorische Aufbau, und innerhalb diesem das Verhältnis, die Verbindung der politischen und wirtschaftlichen Bewegung sehr wichtig. Die politisch-ideologischen Zielstellungen beeinflussen die Organisationsstruktur, doch sind sie an sich noch nicht bestimmend, da die Erscheinung und die Entwicklung der Formen der Bewegung von den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen des Landes, den Eigenheiten des Parteien- und Vereinslebens, den vom Rechtssystem gebotenen Möglichkeiten und Einschränkungen sowie von der Lage des Proletariats als Klasse, seiner Schichtung, seinem inneren und gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnis abhängen. Und gerade auf Grund dieser vielschichtigen Einbettung ist die Organisation ein besonders starkes Element, in ihr kommen die Kontinuität und die Traditionen zur Geltung.

Ein besonderer Charakterzug des traditionellen Aufbaus der ungarischen Arbeiterbewegung ist die Rolle der Gewerkschaften in der Funktion der grundlegenden Rahmeninstitution der Bewegung. Die Gewerkschaften schufen zugleich auch die Voraussetzungen für die Aktionen und Bewegungen,

sicherten die primäre Massenbasis, die in den kritischen, revolutionären Zeiten von 1917–1919 Hunderttausende von nichtorganisierten Außenstehenden anzog, und sorgte, um diese überzeugen und mobilisieren zu können, für den notwendigen Agitationshintergrund und den anderen materiellen Bedarf. Die Initiative, die Bestimmung der Ziele ging von der politisch führenden Kraft aus – bis zum Herbst des Jahres 1918 besaß die sozialdemokratische Partei eine Monopolstellung –, danach kam auch der Einfluß der kommunistischen Partei immer stärker zur Geltung.

Im Zeitalter der Restauration der kapitalistischen Gesellschaft sicherten die Gewerkschaften die Existenzgrundlage der Arbeiterbewegung, die für ihre Arbeit notwendigen organisatorisch-materiellen Voraussetzungen. Doch beschränkte sich die Bedeutung der Gewerkschaften nicht auf den politischen und wirtschaftlichen Kampf sowie auf die Gebiete der kulturellen Erziehung, sondern kam maßgeblich in der Organisation des Proletariats als Klasse, in der Eingliederung der neu einströmenden Schichten und so in der Vergrößerung der gesamtgesellschaftlichen Kraft der Arbeiterklasse zur Geltung. Zweifellos mag die Untersuchung organisatorischer Fragen wie Mitgliedschaftsverhältnisse, Einnahmequellen, Verwaltung der eingegangenen Beiträge, Satzungen und Hilfsstatute, Verfahrensweisen der Sachbearbeitung usw. als sehr trockener Themenkreis erscheinen, ohne jeden Glanz und ohne Höhenflug. Dabei ist die Behandlung der Probleme der Arbeit der Partei und der Gewerkschaften, ihres organisatorischen Aufbaus unvermeidlich, denn die Organisation und das Politikum (hier im breitesten Sinne die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ideologischen Zielstellungen der Arbeiterklasse) stehen in enger Wechselbeziehung zueinander, als eine Äußerungsform des dialektischen Verhältnisses von Mittel und Ziel.

Die Aufgabe unserer vorliegenden Studie ist die Gleichstellung der Untersuchung von Organisations- und Wirkungsgeschichte, die Bestätigung der Bedeutung des Themenkreises durch gewisse Ergebnisse, deren Weiterentwicklung neuere, besonders auf das Material der örtlichen Archive aufbauende Forschungsarbeit benötigt.

# I. DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI UNGARNS UND DIE GEWERKSCHAFTEN IM ZEITALTER DES DUALISMUS UND WÄHREND DER REVOLUTIONEN VON 1918/19

## 1. DIE POLITISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN ARBEITERORGANISATIONEN BIS ZUR JAHRHUNDERTWENDE

Die erste sozialistische Organisation in Ungarn, der im Jahre 1868 gegründete Allgemeine Arbeiterverein (Általános Munkásegylet, ÁME) übte die Funktion einer politischen Partei aus. Seine Führer waren bestrebt, feste Formen aufzustellen, eine ständige und an die Organisation durch Mitgliedsbeitrag und Mitgliedsbuch gebundene und ihr folgende Garde zu rekrutieren, und zwar über den Ausbau eines Netzes sogenannter Nebenvereine (Grundorganisationen). Eine besondere Bedeutung maßen sie den Fachvereinen bei, deren Organisierung bereits ab 1870 begonnen hatte.<sup>1</sup>

Die in den Rundbriefen, Zeitungsartikeln formulierten Anforderungen, Hinweise bringen eine moderne Konzeption des Verhältnisses von politischem Leitungsorgan und Fachvereinen zum Ausdruck. Die Allgemeine Arbeiter-Zeitung (Általános Munkás Újság) schlug im Mai des Jahres 1870 vor, auf der Vollversammlung der Gewerkschaften sollte der Anschluß an den Arbeiterverein ausgesprochen werden.<sup>2</sup> Über die praktischen Vorstellungen von den Beziehungen unterrichtet der Rundbrief des Allgemeinen Arbeitervereins vom November des Jahres 1870, der unter Berufung auf den Beschluß des Vereinsrates die Fachvereine aufforderte, sie sollten eine Liste einsenden, und nach jedem Mitglied drei Kreuzer in den Agitationsfonds einzahlen.<sup>3</sup> Indem die Mitglieder der Fachvereine die Einschreibgebühr in den Allgemeinen Arbeiterverein bezahlten, gehörten sie zugleich auch dem Verband des Arbeitervereins an, ohne einen gesonderten Beitrag an den Arbeiterverein zahlen zu müssen. Das Verhältnis war nicht ungetrübt. Das Blatt Brüderlichkeit (Testvériség) betonte, die formale Erklärung der Zuge-

<sup>1</sup> Vgl. Erényi, Tibor: A Magyarországi szakszervezeti mozgalom kezdetei. 1867–1904. (Die Anfänge der ungarischen Gewerkschaftsbewegung. 1867–1904). Im weiteren: Die ungarische Gewerkschaftsbewegung. Budapest 1962, 35. – Über den Allgemeinen Arbeiterverein siehe S. Vincze, Edit: Szocialista eszmék az Általános Munkásegyletben. Az útkeresés évtizedei. Tanulmányok a magyarországi munkásmozgalom történetéből (Sozialistische Ideen im Allgemeinen Arbeiterverein. Die Jahrzehnte der Wegsuche. Studien zur Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung. 1868–1898). Budapest 1977.

<sup>2</sup> A Magyar Munkásmozgalom Történetének Válogatott Dokumentumai (Ausgewählte Dokumente zur Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung). Im weiteren: MMTVD. Bd.I. A magyar munkásmozgalom kialakulása. 1848–1890 (Die Entstehung der ungarischen Arbeiterbewegung. 1848–1890). Ausgewählt von Tibor Erényi. Budapest 1951, 111.

<sup>3</sup> Ebd., 122

hörigkeit zum Allgemeinen Arbeiterverein reiche nicht aus, sondern die Erfüllung der finanziellen Verpflichtung sei unerlässlich.<sup>4</sup>

Die als politische Zentrale wirkende Leitung des Allgemeinen Arbeitervereins war bestrebt, die Zufälle, die Eventualitäten in ihrem Verhältnis zu den Fachvereinen und den anderen, ebenfalls als Grundorganisation tätigen Ausbildungs-, Lese-, Hilfs- und anderen Arbeitervereinen immer mehr zu vermeiden. Deshalb hielt sie die Wahl von Verbindungsvertrauensleuten für notwendig und gründete die Fachvereinssektion. Nach einem Bericht des Polizeipräsidenten umfaßte dies die „ganze Arbeiterklasse von Pest-Buda“.<sup>5</sup> Zur Sektion gehörten die Fachorganisationen und die Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiter der größeren Betriebe, die zusammen eine Körperschaft bildeten, die die einheitliche Verwirklichung der Beschlüsse garantierte.

Nach dem Hochverratsprozeß von 1872<sup>6</sup> wirkte das Redaktionskomitee der Arbeiter-Wochen-Kronik (Munkás Heti Krónika) und ihres deutschsprachigen Schwesternblattes, dann im Jahre 1873 die wenige Monate existierende Ungarische Arbeiterpartei (Magyarországi Munkáspárt) als zentrales Leitungsorgan der sozialistischen Bewegung, auch weiterhin bestrebt, mit den Fachvereinen die organisatorischen Grundlagen der Bewegung zu schaffen. Die Mitgliedschaft von etwa 700 Personen und die 4000 Leser der Arbeiterblätter zeigen einen gewissen Erfolg der Bewegung an.

Die Allgemeine Arbeiterpartei Ungarns (Magyarországi Általános Munkáspárt) war ein loses Gebilde, ohne Statut, und auch die politischen Parteiorgane wurden nicht ausgebaut. Die Grundeinheiten bildeten die Fachvereine, und wo es sie nicht gab, wählten vielerorts die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter als Einzelmitglieder Vertrauensleute, die unmittelbar Verbindung zur Parteileitung hielten.<sup>7</sup> Die Allgemeine Arbeiterpartei Ungarns hatte bis zum Ende der 1880er Jahre die Entwicklung der Fachbewegung nicht vorangetrieben.<sup>8</sup>

Eine neue Periode begann ab 1889, im Zusammenhang mit der Gründung der II. Internationale, der Entwicklung der Großindustrie und der Arbeiterklasse in Ungarn. Die Organisationsprinzipien kamen in reiferer und be-

<sup>4</sup> Ebd., 168

<sup>5</sup> Ebd., 180

<sup>6</sup> Das erste große, gegen die Sozialisten gerichtete Gerichtsverfahren in Ungarn, das gegen die Führer des Allgemeinen Arbeitervereins stattfand. Vgl. S. Vincze, Edit: A hűtlenségi per. 1871–1872 (Der Hochverratsprozeß. 1871–1872). Budapest 1971, 13–14.

<sup>7</sup> Erényi, Tibor: A szakegyletek kora. Az első szakmai szervezetek Magyarországon (Das Zeitalter der Fachvereine. Die ersten Berufsorganisationen in Ungarn). In: Tanulmányok a magyarországi szakszervezeti mozgalom történetéből (Studien zur Geschichte der ungarischen Gewerkschaftsbewegung). Hrsg. Ernő Kabos. Budapest 1969, 42.

<sup>8</sup> S. Vincze, Edit: A Magyarországi Szociáldemokrata Párt megalakulása és tevékenységének első évei. 1890–1896 (Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und die ersten Jahre ihrer Tätigkeit. 1890–1896). Im weiteren: Die Sozialdemokratische Partei Ungarns. Budapest 1961, 83.

stimmterer Form im Jahre 1889 in Pál Engelmanns Vortrag über die Fachvereine zum Ausdruck.<sup>9</sup> Engelmann, ab 1889 Leiter der Allgemeinen Arbeiterpartei Ungarns, meinte, die sozialdemokratische Bewegung könne nicht so lange warten, bis ihre Prinzipien zufällig zu den Arbeitern vordringen, sondern eine zielbewußte Organisation und Agitation sei notwendig. Das überzeugende, aufklärende Wort an sich reiche nicht aus – die Bewegung werde nur dann Anziehungskraft besitzen, wenn sie Hilfe bietet und in der Lage sein wird, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Für den Erfolg des wirtschaftlichen Kampfes jedoch sei der Zusammenhalt innerhalb eines Berufes und unter den miteinander verwandten Berufen die grundlegende Voraussetzung. Den Vereinigungsprozeß sollte die Partei initiieren, ihn lenken und durch die fachliche Organisation so die Erziehung der in die Bewegung neu miteinbezogenen Schichten im Sinne des Parteiprogramms sichern. Engelmann bestimmte die gegenseitigen Verpflichtungen der Partei und der Gewerkschaften eindeutig: die Partei entwickelt mit prinzipieller Wegweisung, sozialdemokratischen Zielstellungen den Kampf für wirtschaftliche Interessen, bessere Arbeitsbedingungen zum bewußten Klassenkampf gegen die kapitalistische Gesellschaft; und der Fachverein macht seine Mitglieder an der Verwirklichung der Aufgaben der politischen Bewegung interessiert, und sichert auf diese Weise für die Partei die organisierte Kraft der Massen.

Der erste Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Ungarns (Magyarországi Szociáldemokrata Párt, MSZDP) im Jahre 1890 nahm die angeführten Vorstellungen als Beschluß an, indem er die Notwendigkeit der Schaffung von landesweiten Vereinen betonte.<sup>10</sup>

Vom Beginn der 1890er Jahre ab entfaltete sich eine lebhafte Arbeit. Mehrere Berufszweige führten im Jahre 1892 Landeskongresse durch. So wie das der Bericht der Parteileitung im darauffolgenden Jahr feststellte: eine Reihe von Arbeiterfachvereinen war gegründet worden und „alle haben sich auf den Standpunkt des Parteiprogramms gestellt“.<sup>11</sup> Das Instrumentarium der wirtschaftlichen Bewegung hatte sich erweitert: in dieser Zeit entstanden die ersten Organisationskomitees, die Widerstandskassen, die Streikfonds.

<sup>9</sup> MMTVD I. 572–573. Zur Bedeutung der wegweisenden Manifestation vgl. S. Vincze, Edit: Die Sozialdemokratische Partei Ungarns. 40. – Erényi, Tibor: Die ungarische Gewerkschaftsbewegung. 114. – Kabos, Ernő: A Magyarországi Szociáldemokrata Párt és a szakszervezetek kapcsolatai 1890 és 1918 között (Die Verbindungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und den Gewerkschaften zwischen 1890 und 1918). In: Studien zur Geschichte der ungarischen Gewerkschaftsbewegung. 63. – Pál Engelmann (1854–1916) war Klempner. In den 70er Jahren hatte er in Deutschland die Ideen des Sozialismus kennengelernt. Seit 1886 war er einer der Führer der ungarischen Arbeiterbewegung.

<sup>10</sup> S. Vincze, Edit: Die ungarische Sozialdemokratische Partei. 79–80. – Erényi, Tibor: Die ungarische Gewerkschaftsbewegung. 124.

<sup>11</sup> MMTVD II. A magyar munkásmozgalom az imperializmusra való átmenet időszakában. 1890–1900 (Die ungarische Arbeiterbewegung im Zeitabschnitt des Übergangs zum Imperialismus. 1890–1900). Zusammengestellt von Tibor Erényi und Edit S. Vincze.

Der Parteikongreß im Jahre 1893 nahm ein Organisationsstatut an, und auf Grund dessen begann der Ausbau der politischen Parteiorganisationen in mehreren Bezirken der Hauptstadt, in den Randstädten und mehreren Orten der Provinz, mit vorübergehenden Erfolgen. Die Organisationen verblieben zumeist in losem Zustand, übten keine kontinuierliche politische Tätigkeit aus. Die Schwäche beziehungsweise das Fehlen der Parteiorganisationen war eines der schwierigsten Probleme der Entwicklung der Arbeiterbewegung.<sup>12</sup> Dieser Umstand vergrößerte noch die Rolle der Gewerkschaften in den Augen der Partei. „Bei den gegenwärtigen Zuständen, der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Lage und dem Stand der Parteibewegung bilden die Fachvereine die Basis für eine landesweit handlungsfähige Organisation“, stellte der auf dem 1894er Kongreß angenommene Beschlüßentwurf, der nun – zum ersten Mal in der Geschichte der Bewegung – für die Sozialdemokraten die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zur Pflicht machte.<sup>13</sup>

Im Sinne des Tätigkeitsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Ungarns vom Jahre 1895 sollen in jeder Stadt und in jeder Gemeinde nach Berufszweigen Vertrauensleute gewählt werden, die dann zusammen die örtliche Parteileitung bilden. Die Lenkung der Partei- und Fachbewegung in der Provinz basierte auch später auf dieser Grundlage.<sup>14</sup>

Die das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften behandelnden prinzipiellen Äußerungen betonten das Primat der politischen Bewegung. „Die Gewerkschaft ist die Suppe, die politische Organisation ist das Salz...“, schrieb die *Népszava* (Volksstimme) am Anfang des Jahres 1896. Das Blatt machte auch darauf aufmerksam, daß ohne Parteilenkung die wirtschaftliche Bewegung nur zum Vereinsleben führe, nur vorübergehende Erfolge bringen könne, die Arbeiter zum Klassen-, aber nicht zum Zielbewußtsein erziehe – also ihren Kampf um die besseren Löhne und Arbeitsbedingungen keine Perspektive gebe.<sup>15</sup>

Der Ausbau, die Festigung der Gewerkschaften machten es notwendig, daß die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft im Jahre 1900 bereits zu einem Kriterium der Parteimitgliedschaft werde. Im Sinne des Beschlusses des Parteikongresses gehörte in Zukunft nur der zur Partei, der sich der Organisation seines eigenen Berufszweiges anschloß, zugleich materiell und moralisch die Partei unterstützte. Über die Art und Weise enthielt der Beschluß keine Vorschrift. Über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft bemerkte

<sup>12</sup> S. Vincze, Edit: Die Sozialdemokratische Partei Ungarns. 145. – Mucsi, Ferenc: Die Kämpfe für die organisatorische Reform der Sozialdemokratischen Partei Ungarns (1900–1918). Im weiteren: Die Kämpfe. *Études Historiques Hongroises*. Budapest 1975, Bd. II. 112.

<sup>13</sup> MMTVD II. 287.

<sup>14</sup> S. Vincze, Edit: Die Sozialdemokratische Partei Ungarns. 208. Die Parteileitung arbeitete wiederholt Tätigkeitshinweise und Leitfäden aus. Diese enthielten im allgemeinen entschiedenere Vorschriften, größere Forderungen als die Gewerkschaftsstatute, für die zugleich auch Durchführungsanweisungen angefertigt worden waren.

<sup>15</sup> MMTVD II. 346–347.

der Beschluß, die politische und die wirtschaftliche Bewegung bilde eine untrennbare Einheit, der Kampf der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer materiellen Lage und um die politischen Rechte setzten sich gegenseitig voraus.<sup>16</sup>

Bis zum Ende der 1890er, zum Anfang der 1900er Jahre veränderte sich die Lage der Gewerkschaftsbewegung vorteilhaft. Im Jahre 1898 nahm der Gewerkschaftsrat seine kontinuierliche Tätigkeit auf, im folgenden Jahr setzte sich der erste Landeskongreß der Gewerkschaften zusammen. Der Kräftezuwachs der wirtschaftlichen Organisierung war auch vom Gesichtspunkt der Partei eine bedeutende Entwicklung. Der im Herbst des Jahres 1900 angefertigte Bericht der Sozialdemokratischen Partei Ungarns an den Pariser Kongreß der II. Internationale legte dar, daß der größte Teil des Interesses und der Tätigkeit sich infolge der spezifischen ungarischen Verhältnisse auf die Gewerkschaften konzentrierte, und wenn in diesen das Politisieren auch verboten sei, „so sind die Fachvereinsmitglieder ausnahmslos Genossen“.<sup>17</sup>

Im Jahre 1901 hielten mehrere Fachorganisationen Landesberatungen ab und der Gewerkschaftskongreß trat erneut zusammen. Auf Grund seiner Beschlüsse bildeten in den Jahren 1902–1903 mehrere wichtige Fachvereine Verbände, wobei sie eine gewisse Milderung der Regierungspolitik ausnutzten.<sup>18</sup>

Sowohl die Entwicklung der politischen als auch der wirtschaftlichen Bewegung wurde durch die Beschlüsse des Kongresses von 1903 effektiv vorangetrieben. Das neue Programm gab der politischen Arbeit der Gewerkschaften eine Richtung. Und das Organisationsstatut bezeichnete jene praktischen Verpflichtungen – so die Organisationsparteiabgabe –, in denen sich die Verbindungen zwischen den Berufsverbänden und der Partei verkörpern. Auch für den einzelnen bedeutete die Einführung der Parteiabgabe in einer bestimmten Höhe ein Band, weiterhin die viel kategorischer als bisher formulierte Verpflichtung zum Beitritt in irgendeine Fach- oder Parteiorganisation.<sup>19</sup>

Die Erfüllung dieser Verpflichtungen wurde dadurch gefördert, daß nach 1903 die Bildung der politischen Freien Organisationen unmittelbar unter der Leitung der Parteiführung begann.<sup>20</sup>

<sup>16</sup> Ebd., 318. – Mucsi, Ferenc: Die Kämpfe. 113.

<sup>17</sup> MMTVD III. A magyar munkásmozgalom a 20. század első éveiben és az 1905–1907-es forradalmi válság idején (Die ungarische Arbeiterbewegung in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts und zur Zeit der revolutionären Krise von 1905–1907). Zusammengestellt von Tibor Erényi, Ferenc Mucsi und Edit S. Vincze. Budapest 1955, 34.

<sup>18</sup> Erényi, Tibor: Die ungarische Gewerkschaftsbewegung. 231–241.

<sup>19</sup> Vgl. Erényi, Tibor: Die ungarische Gewerkschaftsbewegung. 250–251.

<sup>20</sup> Die Bedeutung der Freien Organisationen hat als erster Ernő Kabos in seiner zitierten Arbeit behandelt. Er analysiert vor allem die Doppelfunktion der wirtschaftlichen (beruflichen) Freien Organisationen, mit den politischen Freien Organisationen befaßt er sich nur am Rande.

Zum Verständnis der Entstehung der Freien Organisationen müssen wir beachten, daß die juristischen Rahmen, die das öffentliche Leben und innerhalb dessen die Entstehung und das Wirken der politischen Organisationen und wirtschaftlichen Interessenvertretungen regulierten, aber auch die ungeschriebenen Normen und herrschenden Sitten sich in Ungarn voll und ganz den Eigentümlichkeiten der bürgerlichen Vereine anpaßten.

Die Gründung einer Partei zur Vertretung irgendeiner politischen Idee war auch ohne behördliche Genehmigung erlaubt. Mit der Erklärung des Rechtes auf Parteigründung war aber die Freiheit der Vereinigung auch schon zu Ende. Ein ständiges, regelmäßiges Organisationsleben konnten nämlich nur jene Vereine führen, die über Statute verfügten, die vom Innenminister genehmigt worden waren. Die politische Partei besaß also kein Grunddokument, dieses konnte man gar nicht von ihr fordern, doch besaß sie außer der Gründung auch keine Rechte. Und die Vereine, deren Tätigkeit durch sich auf jedes Detail erstreckende Punkte bestimmt wurde, durften keine politische Tätigkeit ausüben.

Diese rechtliche Regelung war dem Buchstaben nach undurchführbar, da ihre konsequente Durchsetzung nicht einmal jene Kontinuität des politischen Lebens ermöglicht hätte, die die Interessen der herrschenden Klassen erforderten. Deshalb machten die Behörden bei der praktischen Anwendung des Vereinigungsrechtes mit den Parteien eine Ausnahme, die sie als Parteien mit „landesweitem Charakter“ ansahen. Das Kriterium hierfür war aber der Besitz eines Mandates im Parlament. Es war das Recht der Abgeordneten, Versammlungen abzuhalten, mit den Wählern den persönlichen und schriftlichen Kontakt zu pflegen. All das machte aber in den Wahlbezirken die Einrichtung eines ständigen Büros notwendig, mit Angestellten, die ein Honorar erhielten oder seltener hauptamtlich tätig waren.

Hauptschauplatz des öffentlichen politischen Lebens in Ungarn war in der Epoche der bürgerlichen Gesellschaft das Parlament. Die richtungsweisenden Äußerungen des Regierungschefs, die Exposés der Minister, die Wortmeldungen, Interpellationen der angesehenen Abgeordneten, die Gerüchte und das Gerede auf den Fluren lieferten das grundlegende Material für die innenpolitischen Spalten der Zeitungen, ja beherrschten zumeist auch die Titelseiten der Tagespresse. Die politische Tätigkeit der breiten Öffentlichkeit erschöpfte sich darin, daß sie diese Berichte las, sich eventuell im Kaffeehaus, in verwandschaftlicher oder nachbarlicher Umgebung darüber unterhielt.

Das Parlament war in Ungarn nicht nur in dem Sinne eine Äußerlichkeit, als in den tatsächlich wichtigen Fragen nicht im Sitzungssaal entschieden wurde, und die Abstimmung nur noch das Ergebnis der hinter den Kulissen durchgeführten Besprechungen und Debatten spiegelte. Das Abgeordnetenhaus schloß die politische Aktivität in sich, die in keiner organisierten und jederzeit aktivisierbaren gesellschaftlichen Kraft ihre Basis hatte. Die nach dem 1867er Ausgleich entstandenen Parteien waren im wesentlichen identisch mit ihren Abgeordnetengruppen, deren organisatorischer Rahmen, der

geschlossene Klub oder Parteikreis zugleich die einzige tatsächlich und ständig wirkende organisatorische Einheit der Partei war. Das örtliche Organisationsnetz, das allein nur die landesweite politische Tätigkeit aufrechterhalten konnte, war nur sehr unvollständig ausgebaut, die Institution der gebundenen und mit Verpflichtungen verbundenen Parteimitgliedschaft war unbekannt, es fehlte jegliches Organisationsstatut.

Während der Wahlen verwandelten sich Institutionen anderer Art vorübergehend und teilweise in örtliche „Parteiorganisationen“, ausschließlich zu dem Zweck, die Kampagne des Abgeordneten kandidaten durchzuführen. Für die Regierungspartei bildeten die Verwaltungsmaschinerie und für die Oppositionspartei die politisch-gesellschaftlichen, religiösen Vereine, Kreise, Klubs und Gelegenheitsvereinigungen den Rahmen. Diese blieben von Fall zu Fall und stellenweise in loser Form auch in der Zeitspanne zwischen den Wahlen erhalten, vor allem um die Verbindung zwischen den Abgeordneten und den Wählern zu sichern.

Die Bedürfnisse des auf einem eingeeengten Wahlrecht und auf offener Stimmabgabe aufgebauten Wahlsystems wurden durch diese Parteienstruktur restlos befriedigt.

Die Arbeiterschaft konnte diese Formen des politischen Lebens nicht in der Weise übernehmen, daß sie ihre „eigenen“ Klubs, Tischgesellschaften, Kasinos einrichtete, und ihren Interessen entsprach auch die in Wahlkampagnen zergliederte Zerstückelung des Politisierens nicht. Sie mußte also eine Möglichkeit finden, um ihre politischen Interessen organisiert und ständig auszudrücken, sie zu schützen, sowie auch um die vor den wirtschaftlichen Kampf aufgetürmten Hindernisse zu überwinden. Die Verwirklichung der zweifachen Aufgabe wurde zu einem gewissen Maße dadurch erleichtert, daß – abgesehen von ausgesprochen politischen oder eindeutig klassenkämpferischen wirtschaftlichen Organisationsformen – der während der Monarchie entstandene liberale Staat die Gründung von Vereinen zuließ. Auf diese Weise konnten mit autodidaktischer, karitativer, kultureller formaler Zielstellung jene Organisationsformen herausgebildet werden, in die sich sowohl das Politikum als auch der wirtschaftliche Klassenkampf gleichermaßen einfügen konnte. Die Freie Organisation war also eine Organisation, die als Verein eine politische und wirtschaftliche Tätigkeit ausübte, ohne behördlich zugelassenes Statut.

Auf dem Kongreß im Jahre 1903 brachte der Drucker Ambrus Schwarz den Gedanken zum Ausdruck, die über landesweit gültige Statute verfügenden Budapester Organisationen – das heißt die Fachverbände – sollten im Interesse der Entwicklung einer politischen Bewegung politische Freie Organisationen bilden.<sup>21</sup> Die ersten Schritte hielt die Parteiführung im folgenden Jahre für aktuell, als die Regierung die Verfolgung der Arbeiterbewegung verstärkte. Nach dem auf der Parteiversammlung im Jahre 1904 angenomme-

<sup>21</sup> Das Protokoll (im weiteren Prot.) des X. Parteikongresses (im weiteren PK) der Sozialdemokratischen Partei Ungarns (im weiteren SPU) im Jahre 1903. Budapest 1903. 76.

nen Beschluß ist die Schaffung politischer Freier Organisationen mit der Aufgabenstellung notwendig, die Parteipresse und -literatur zu verbreiten und die Arbeitersolidarität zu entwickeln.<sup>22</sup> Diese Entscheidung gab also eine Richtlinie, auf welche Weise die mit der Schaffung der Parteiorganisationen zusammenhängenden Punkte des neuen Organisationsstatutes verwirklicht werden könnten, und damit die Erweiterung des Fundaments der Partei über die Gewerkschaften hinaus. Von 1905 ab entstanden mehrere schichtartige Freie Organisationen.

Das auf der ersten Landeskonferenz der Arbeiterinnen im Jahre 1905 angenommene Statut besagte, „jede Frau ist, solange die Arbeiterinnen sich landesweit nicht organisieren können, verpflichtet, das Blatt ‚Arbeiterin‘ zu abonnieren und die Abonnenten bilden die Freie Organisation der Frauen“.<sup>23</sup> Die nationalen Organisationskomitees arbeiteten ebenfalls auf solcher Grundlage. Im Jahre 1907 gründeten die Jungarbeiter ihre Freie Organisation; in einem ähnlichen Rahmen entwickelte sich auch die Bewegung der sozialdemokratischen Intellektuellen.<sup>24</sup>

Die Parteiführung verwandte immer größere Aufmerksamkeit auf die Gründung von ausgesprochen politischen Parteiorganisationen auf dem Land. Daß das auf dem Kongreß im Jahre 1905 angenommene abgeänderte Organisationsstatut die Vertretung in der Parteiversammlung abhängig von der Zahl der zahlenden Mitglieder festlegte, zeigte die Festigung der Organisation bis zu einem bestimmten Maße an. In mehreren Städten wurden Sekretariate gegründet. Der Bericht der Parteileitung im Jahre 1906 brachte zum ersten Mal die Meldungen der Organisationen in der Provinz.<sup>25</sup>

Die Bedeutung der Parteiorganisationen lag aber noch eher in ihrer Existenz. Die Basis der sozialistischen Arbeiterbewegung bildeten die Gewerkschaften, die ab 1903 innerhalb kurzer Zeit großen Zuwachs zu verzeichnen hatten. Ihre Mitgliederzahl, die im Jahre 1902 noch nicht einmal 10tausend Personen umfaßt hatte, überschritt im Jahre 1904 bereits 50tausend und erreichte im Jahr 1906 bereits 130tausend Personen. Ein Grund für die sprunghafte Entwicklung ist in der Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, besonders in der Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiter zu suchen. In den ersten Jahren des Jahrhunderts stiegen die Lebensmittel und die Mieten sehr schnell um 50% an, die Löhne jedoch blieben auf ihrem

<sup>22</sup> Prot. des XI. PK der SPU im Jahre 1904. Budapest 1904. 47.

<sup>23</sup> MMTVD III. 295, Anm. 1.

<sup>24</sup> Zu den Nationalitätenorganisationen siehe Kende, János: A Magyarországi Szociáldemokrata Párt nemzetiségi politikája. 1903–1919 (Die Nationalitätenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Ungarns. 1903–1919). Budapest 1973. 55, 74. – Mucsi, F.: Die Kämpfe. 131. – Zur Gründung der Freien Organisation der Jungarbeiter siehe MMTVD III. 522. – Zur Bewegung der Intellektuellen und Studenten: Erényi, Tibor: The Activities of the Social Democratic Party of Hungary during the First Decade of the Century. In: Studies on the History of the Hungarian Working-Class Movement (1867–1966). Ed. by Henrik Vass. Budapest 1975. 71.

<sup>25</sup> Prot. des XIV. PK der SPU im Jahre 1907. Budapest 1907. 48.

früheren niedrigen Niveau. Die Arbeitsbedingungen verbesserten sich nicht und auch die Arbeitszeit wurde nicht verkürzt.

Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft konnte deshalb zur Tat werden, weil bereits jene Rahmen zur Verfügung standen, die die Notwendigkeit des Klassenkampfes erkennenden Massen der Proletarier aufzunehmen in der Lage waren. „Die Gewerkschaftsführer nutzten die Gelegenheit, und wo sie auch waren, organisierten sie die Arbeiter zu Hunderten, zu Tausenden“, stellte die Meldung des Fachrates fest.<sup>26</sup>

## 2. ENTWICKLUNG UND WIDERSPRÜCHE DES INSTITUTIONENSYSTEMS IN DEN ERSTEN ZWEI JAHRZEHNTE DES 20. JAHRHUNDERTS

Die Informationen, die über die russische bürgerlich-demokratische Revolution eintrafen, erhöhten die Empfänglichkeit der Arbeiter für die sozialistische Agitation spürbar. Die Sozialdemokratische Partei Ungarns organisierte in den Jahren um 1900 derart große Streiks und Demonstrationen, die in der Geschichte der ungarischen Arbeiterklasse bis dahin ohne Beispiel waren. Das machte die schon erwähnte Ausweitung der Fachbewegung möglich, die Erfolge aber stärkten die Gewerkschaften weiter. „Die großen Aktionen der politischen Partei, die großen Volksversammlungen brachten Tausende von Arbeitern in die Gewerkschaften“, stellte Jakab Weltner auf der Parteiversammlung im Jahre 1905 fest.<sup>27</sup> Nach dem Bericht des Gewerkschaftsrates „hat die sozialdemokratische Partei den Kampf für das allgemeine Wahlrecht angeführt, wir müssen aber erwähnen, daß die in den Gewerkschaften zusammengeschlossene Arbeiterschaft in den ersten Reihen stand. Die riesige Demonstration am 10. Oktober 1907, der ‚Rote Donnerstag‘ war das Werk der organisierten Arbeiterschaft. Die politische Rechtlosigkeit und die wirtschaftliche Unterdrückung stellte Hunderttausende in die Kampflinie“.<sup>28</sup> Die ungarische Gewerkschaftsbewegung hat also gründliche Erziehungsarbeit geleistet und bedeutende Arbeitermassen für die bürgerlich-demokratischen Forderungen im Programm der Sozialdemokratischen Partei Ungarns ge-

<sup>26</sup> Die Gewerkschaftsbewegung in Ungarn 1904–1907. Bericht des Ungarischen Gewerkschaftsrates. Budapest (1908).

<sup>27</sup> Prot. des XII. PK der SPU im Jahre 1905. Budapest 1905. 87. – Über die Politik der SPU siehe Mucsi, Ferenc: A Kristóffy–Garami-paktum (Der Kristóffy–Garami-Pakt). Budapest 1970. – Erényi, Tibor: A Magyarországi Szociáldemokrata Párt a magyar politikai életben. 1898–1918 (Die Sozialdemokratische Partei Ungarns im ungarischen politischen Leben. 1898–1918). Im weiteren: Die Sozialdemokratische Partei Ungarns im ungarischen politischen Leben. In: Szocializmus a századelőn. Tanulmányok a magyarországi munkásmozgalom történetéből (Sozialismus zu Beginn des Jahrhunderts. Studien zur Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung). Budapest 1979. – Jakab Weltner (1873–1936), Tischler, arbeitete von 1894 in der SPU. Von 1898 bis 1905 Parteisekretär, dann Mitglied der Parteileitung, Mitarbeiter der Népszava, des Zentralorgans der SPU. 1909–1910 verantwortlicher Redakteur des Blattes.

<sup>28</sup> Die Gewerkschaftsbewegung in Ungarn 1904–1907. 8.

wonnen, besonders das allgemeine geheime Wahlrecht und die Vereinigungsfreiheit mobilisierte sie für den politischen Kampf.

Die Arbeiter, die der Bewegung so nähergekommen waren, konnte die Gewerkschaft in ihre Reihen aufnehmen, weil sie ihre wirtschaftliche Interessenschutzfähigkeit organisatorisch ausgebaut und um neue Inhalte erweitert hatte. Dabei spielten die 1906/07 aus den früheren Widerstandskassen hervorgegangenen Freien Berufsorganisationen die entscheidende Rolle. Der Begriff der Gewerkschaft ist von dieser Zeit an „der mit den freien Gewerkschaften ergänzte Fachverein“,<sup>29</sup> in dem der Fachverband die von der Regierung genehmigten, in den Statuten erlaubten Arbeitslosen- und sozialen Hilfsaufgaben, die Unterrichtsaufgaben, die Arbeitsvermittlung erledigte; den Freien Organisationen aber fiel die verbotene Arbeit zu: sie lenkten die Lohnbewegungen, die Streiks, sie verwalteten den Widerstandsfonds, die materielle Deckung der Wirtschaftskämpfe.<sup>30</sup>

Die Freien Organisationen entstanden als sogenannte Fachblattorganisationen. Die Mitglieder zahlten einen besonderen Betrag der Freien Organisation, der in den Widerstandsfonds kam, formell zahlten sie diesen Beitrag als Abonnementspreis für das Fachblatt. Dieses Element ist nach 1919 ebenfalls beibehalten worden. „Da die Arbeiter innerhalb der Schranken der Fachvereine nicht in der Lage waren, ihre materiellen Interessen zu verteidigen, waren sie gezwungen, außerhalb der Fachvereine Zeitungsabonnements zu kassieren, was ihr gesetzliches Recht war, denn jeder Zeitungsverlag konnte für seine Zeitung soviel verlangen, wie ihm beliebte, und mit seinem Geld konnte er machen, was er wollte. Diese Zeitungsabonnements sammelten die Arbeiter ein und sie tun das auch in Zukunft. Aus diesen Geldern unterstützen sie die Ausgeschlossenen und die Streikenden“,<sup>31</sup> stellte die Eingabe des Gewerkschaftsrates an den Innenminister fest.

Auf diese Weise entstand ein den Behörden bekanntes, aber dennoch schwer zugängliches halblegales Netz, das die organisierte Arbeiterschaft umfaßte. Vom Gesichtspunkt der Parteileitung war es, gemessen an der Lage zuvor, die wichtigste Veränderung, daß sie die freien Gewerkschaften über ihr Exekutivorgan, über das Parteisekretariat direkt, also unter Umgehung der Fachvereine leitete. So war es auch zur Zeit des konterrevolutionären Systems. Im gleichen Umfang wie die Freien Organisationen zunehmend erstarkte, im selben Umfang erfüllten sie immer wirksamer den Aufgabenbereich der Parteiorganisationen.<sup>32</sup>

<sup>29</sup> Ebd., 11

<sup>30</sup> Über die Freien Organisationen siehe Kabos, Ernő, op. cit. 81.

<sup>31</sup> MMTVD IV. A szocialista munkásmozgalom Magyarországon az első világháborút követlenül megelőző években és a háború idején. 1907–1918 (Die sozialistische Arbeiterbewegung in Ungarn in den Jahren unmittelbar vor dem ersten Weltkrieg und während des Krieges. 1907–1918). Erster Teil 1907–1914. Im weiteren: MMTVD IV/A. Zusammengefasst und redigiert von Erényi, Tibor, S. Vincze, Edit, Kende, János. Budapest 1966, 177.

<sup>32</sup> Vgl. Kabos, Ernő, op. cit. 87. Der Prozeß, in dessen Verlauf die Freie Organisation zur Parteigrundorganisation wurde, bedarf noch weiterer Forschungsarbeit, besonders die Untersuchung der Geschichte der Gewerkschafts- und der Parteibewegung in den Jahren 1904–1907.

Die Organisierung der Aktionen, die Mobilisierung beschleunigte sich, in der Tätigkeit der in den Freien Organisationen zusammengeschlossenen Arbeiter wurde die Rolle der politischen Faktoren größer, verstärkte sich deren sozialdemokratischer ideologischer Inhalt. „Die Arbeiter der Gewerkschaften haben das Programm der Partei akzeptiert und sie drücken ihre Zugehörigkeit zur Partei dadurch aus, daß sie den Parteibeitrag ihren Freien Organisationen entrichten. Die Zunahme der Mitgliederzahl der in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiter drückt die zahlenmäßige Vergrößerung der Partei aus...“<sup>33</sup>, stellte die Sozialdemokratische Partei Ungarns in ihrem – in der historischen Literatur häufig zitierten – Bericht an den Stuttgarter Kongreß der II. Internationale im Jahre 1907 fest. Das Dokument schilderte die Methoden der Parteilenkung durch die Freien Organisationen und verwies darauf, daß die politische Führung ihre Anweisungen über die Vertrauensleute der Freien Organisationen erteilt, die organisierten Arbeiter im Interesse der Partei mobilisiert habe.

Im Jahre 1907–1908 institutionalisierte die Parteileitung die Beziehungen durch mehrere Maßnahmen und festigte ihre Lage als politisches Spitzenorgan der Freien Organisationen. An die Stelle der bis dahin gelegentlichen Zusammenkünfte der Parteivertrauensleute traten auf Grund einer Ende 1907 ausgearbeiteten Bestimmung monatliche Beratungen, auf denen die aktuellen Fragen der Politik und der Bewegung behandelt und in den Angelegenheiten Beschlüsse von verbindlichem Charakter gefaßt wurden. Die Körperschaft der Vertrauensleute war kein der Parteileitung übergeordnetes Organ, die allein dem Kongreß Bericht erstatten mußte. Trotzdem war sie ein wichtiges Forum der ständigen Beziehungen mit den Vertrauensleuten, die die Ansichten der Parteimitglieder gut kannten und die die Parteileitung für ihre politischen Schritte vor allen Dingen gewinnen mußte. In diese Körperschaft konnten die Parteiorganisationen und Gewerkschaften proportional zur Anzahl ihrer Parteibeitrag zahlenden Mitglieder Delegierte entsenden, außerdem hatte jedes Landeszentralorgan Anspruch auf jeweils einen Delegierten.<sup>34</sup> Die Gruppen der Freien Organisationen wählten die Delegierten, während die Delegierten der landesweiten Freien Organisationen vom Berufsorganisationskomitee bestimmt wurden.<sup>35</sup>

Das auf der Parteiversammlung im Jahre 1908 angenommene Organisationsstatut baute die Freien Organisationen in die Struktur der sozialdemokratischen Partei ein, dies war das erste Statut, in dem sie als Einheiten mit Rechten und Aufgaben von Grundorganisationen genannt wurden. In diesem Zusammenhang ist es die wichtigste Bestimmung – vermutlich der

<sup>33</sup> MMTVD III. 553.

<sup>34</sup> MMTVD IV/A. 74, Anm. 2. – Vgl. Mucsi, Ferenc: Die Kämpfe. 135.– Varga, Lajos: A Magyarországi Szociáldemokrata Párt ellenzéke és tevékenysége. 1906–1911 (Opposition und Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei Ungarns. 1906–1911). Budapest 1973. 125.

<sup>35</sup> Párttörténeti Intézet Archivuma (Archiv des Instituts für Parteigeschichte; im weiteren PIA) 658 fond (f.). 5. Gruppe (Gr.). 15. Aufbewahrungseinheit (AE).

tatsächlichen Praxis entsprechend –, daß der Parteibeitrag auch in den Freien Organisationen eingezahlt werden konnte. Buchinger, der den Vorschlag gemacht hatte, bestimmte die Bedeutung der Maßnahme eindeutig; „wer seinen Beitrag in den Gewerkschaften bezahlt, der ist auch Mitglied der Parteiorganisation“.<sup>36</sup>

Die Punkte, die die Zusammensetzung der Institutionen regeln, die im Parteileben eine wichtige Rolle spielen, von Kongreß und den örtlichen Vertrauensleutegremien, erwähnen die Freien Organisationen als zur Vertretung berechnete Grundorganisationen. Das Vertretungsrecht proportional zur Stärke sicherte den Delegierten der Freien Organisationen die Mehrheit in den leitenden Körperschaften, was dem tatsächlichen Kräfteverhältnis zwischen den Fach- und den Gebietsorganisationen entsprach.

Das Statut vom Jahre 1908 brachte zugleich auch das Bestreben zum Ausdruck, selbständige politische Parteiorganisationen zu gründen. Der Punkt, der den Begriff des Parteimitglieds bestimmte, schrieb auch die Verpflichtung vor, der Parteiorganisation des Wohngebiets beizutreten. Bisher verpflichtete die Vorschrift das Parteimitglied nur dann sich der Wohnbezirks-Parteiorganisation anzuschließen, wenn es zu keinem Berufszweig gehörte.

Das neue Statut schrieb das erste Mal den Ausbau der Organisationen im Wahlbezirk vor und legte die Aufgaben der örtlichen Exekutivkomitees fest. Aufgaben des Exekutivkomitees in der Hauptstadt waren: die Gemeindepolitik, die Hausagitation, der Kampf gegen Miet- und Nahrungsmittelpreiswucher.<sup>37</sup>

Um die Mitte des ersten Jahrzehntes wurde der Ausbau der politischen Parteiorganisation eine immer dringlichere Aufgabe. Im Jahre 1907 wurden in Österreich die Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht durchgeführt, mit bedeutendem Erfolg der Sozialdemokratischen Partei. Das war Hoffnung und Lehre zugleich. Es war vorstellbar, daß es auch in Ungarn zu der längst fälligen Reform kam, es schien angebracht, sich darauf vorzubereiten, indem Parteiorganisationen gegründet wurden, die die Lasten des Wahlkampfes zu tragen vermochten.

Die innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Ungarns entstandenen oppositionellen Strömungen bemängelten nicht nur die Strategie, die Methoden der Partei, sondern wollten im engen Zusammenhang mit den politischen Fragen die grundlegende Veränderung der politischen Organisation.<sup>38</sup>

Ihrer Meinung nach mußte die innere Reform eine kraftvollere, radikalere Politik zum Ergebnis haben.

Auch zahlreiche Gewerkschaftsführer waren mit der Lage nicht zufrieden,

<sup>36</sup> Prot. des XV. PK der SPU im Jahre 1908. Budapest 1908. 206.

<sup>37</sup> Prot. des XV. PK der SPU im Jahre 1908. Budapest 1908. 8–16. – Vgl. Mucsi, Ferenc: Die Kämpfe. 136.

<sup>38</sup> Mucsi, Ferenc: Die Kämpfe. 117. – Varga, Lajos, op. cit. 98.

vor allem die Metallarbeiter und die Drucker, die durch ihre Organisiertheit, ihre Kraft traditionell in der Wirtschaftsbewegung tonangebend waren. Während nach Meinung der radikalen Opposition innerhalb der Partei die organisatorische Struktur eines der Hindernisse für eine radikalere Politik war, meinten die Gewerkschaftsführer, innerhalb der gegebenen Rahmen könnten die Gewerkschaften ihre wesentlich größer gewordene Kraft in den Aktionen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft nicht zur Geltung bringen. Ihrer Ansicht nach steigerte die politische Inanspruchnahme der freien Organisationen das unerwünschte Interesse an ihrer Tätigkeit. Das Wesen der Diskussion mit der Parteileitung war eigentlich, zu welchem Zweck die Kraft der organisierten Arbeiterschaft genutzt werden sollte, deren Schlagkraft zu dieser Zeit besonders dadurch erhöht wurde, daß ihre, sich an die ungarischen Verhältnisse anpassende Kampfform entstanden war, die Freie Organisation. Viele Führer der Wirtschaftsbewegung waren der Ansicht, daß die gleichen Organisationen nicht zur gleichen Zeit einen Zweifrontenkrieg führen könnten: gegen die Regierung für das allgemeine Wahlrecht und gegen die Arbeitgeber für höhere Löhne und Arbeitsbedingungen. Das Wesen ihrer das erste Mal auf dem Gewerkschaftskongreß zu Beginn des Jahres 1908, dann in den folgenden Jahren auf verschiedenen Parteiversammlungen dargelegten Meinung formulierte Mór Rothenstein, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Drucker, folgendermaßen: „Wenn die Gewerkschaften mit Politik beschäftigt sind, können sie nicht für wirtschaftliche Erfolge kämpfen, und dann leidet letztlich auch die politische Bewegung, denn der Parteibeitrag sinkt“.<sup>39</sup> In ähnlichem Sinne äußerten sich mehrfach Géza Malasits von der Gewerkschaft der Metallarbeiter, Gyula Peidl und Mór Preusz von den Druckern sowie Samu Jászai vom Gewerkschaftsrat. Wir betonen: Die radikale Opposition und die Gewerkschaften diskutierten nicht miteinander, sondern beide Gruppen kritisierten die Parteileitung, aus verschiedenen Gründen und Positionen. Offensichtlich mußte man besser auf die Befürchtungen und Wünsche der Gewerkschaftsführer hören, denn sie hatten beträchtliche Macht und Einfluß. Sie sahen die Lösung darin, daß Partei und Gewerkschaften unabhängig voneinander werden, daß also die Freien Organisationen aus der Leitungszuständigkeit von Parteileitung und Parteisekretariat herausgenommen wurden.<sup>40</sup>

Die 1907 einsetzende Wirtschaftskrise schwächte die materielle Kraft der Gewerkschaften. Die ausgezahlte Arbeitslosenunterstützung war 1907 im Vergleich zum Vorjahr um 40%, 1908 um weitere 45%, um mehr als das Doppelte des Betrages im Jahre 1906 gestiegen. Zur gleichen Zeit gingen die

<sup>39</sup> Prot. des XVII. PK der SPU im Jahre 1910. Budapest 1910. 65. – Kabos, Ernő, op. cit. 108.

<sup>40</sup> Prot. des XVI. PK der SPU im Jahre 1909. Budapest 1909. 118. – Siehe noch: Magyarországi szocialisztikus munkásmozgalmak az 1909. évben (Die ungarischen sozialistischen Arbeiterbewegungen im Jahre 1909). Budapest 1910. 208. – Samu Jászai (1859–1927), seit 1903 Sekretär des Gewerkschaftsrates, führende Persönlichkeit der Gewerkschaftsbewegung.

wirtschaftlichen Interessenvertretungsorganisationen der Bourgeoisie, die Arbeitgeberverbände immer stärker zum Angriff über. Der im Jahre 1907 gegründete Landesverband der Arbeitgeber des Ungarischen Baugewerbes (Magyar Építőipari Munkaadók Országos Szövetsége), der sogenannte „Hundeverband“ (die Arbeiter gaben ihm diesen Spitznamen), zog auch die Berufszweige Schlosser, Klempner, Installateur und Schmied an sich und lenkte als Spitzenorganisation der Handwerkerarbeitgeber die Aktionen gegen die Fachvereine, in denen ein großer Anteil unselbständiger Handwerker zusammengeschlossen war. Auch in den meisten Fabrikzweigen waren Arbeitgeberverbände tätig, von ihnen hatte der Landesverein der Ungarischen Eisenwerke und Maschinenfabriken (Magyar Vasművek és Gépgyárak Országos Egyesülete, VGOE) am effektivsten seinen einheitliches Vorgehen garantierenden Apparat zur Lohnfestsetzung ausgebaut und unter dem Vorwand der „Arbeitsvermittlung“ das System der „schwarzen Listen“ eingeführt.<sup>41</sup>

Die Gewerkschaftsführer befürchteten, daß die Arbeitgeber, die geschwächte Finanzlage der Arbeitervereine ausnutzend, ihre erst kürzlich vollendete Organisiertheit würden zur Geltung bringen, um die im Aufschwung der vorangehenden Jahre für das Proletariat erreichten Erfolge zu vernichten. Jászai und seine Anhänger meinten, daß die Fortsetzung der politischen Kämpfe in den bisherigen Rahmen die ohnehin zurückgegangene Energie der Gewerkschaften entziehe und sie so ihre Aufgaben im wirtschaftlichen Kampf nicht erfüllen könnten. „In Ungarn hat sich in den letzten Jahren die Gewerkschaftsbewegung stürmisch entwickelt, und die Folge davon war die Gründung der ‚Hundeverbände‘. Die wirtschaftlichen Kämpfe nehmen die Arbeiterorganisationen vollkommen in Anspruch. Die Organisationen greifen heute weniger an, sie sind vielmehr gezwungen, Verteidigungskämpfe zu führen. Und die natürliche Folge davon ist, daß die Freien Organisationen eine unzuverlässige Basis für die Partei geworden sind“,<sup>42</sup> legte Jászai auf dem Parteikongreß im Jahre 1909 dar.

Die ungünstige Wirtschaftslage und die spürbare Einmischung der Arbeitgeberorganisationen in den Klassenkampf erklärt, warum gerade 1908–1909 mehrere Gewerkschaftsführer die Trennung von Partei und Gewerkschaftsbewegung zur Sprache brachten. Es wäre aber auf jeden Fall zur Debatte gekommen, denn das Verhältnis von politischer und wirtschaftlicher Bewegung, die Rolle von Partei und Gewerkschaften verlangten eine den neuen Umständen entsprechende Klärung.

Die Gewerkschaftsführer hielten die Zeit für gekommen, einen Versuch zu

<sup>41</sup> A Magyarországi Vas- és Fémmunkások Országos Végrehajtó Bizottságának jelentése az 1908–1909 évekről (Bericht des Landesexekutivkomitees der Eisen- und Metallarbeiter für die Jahre 1908–1909). Budapest o.J. 10. – Sipos, Péter: Authorities, Employers and Trade Unions in Hungary. In: Studies on the History of the Hungarian Trade Union Movement. Ed. by Ernő Kabos – András Zsillák. Budapest 1978.

<sup>42</sup> Prot. des XVI. PK der SPU im Jahre 1909. Budapest 1909. 118.

unternehmen, um die Machtverhältnisse zu modifizieren, die überlieferte Führungsstruktur, die Unter- und Überordnung zu verändern. Ihrer Ansicht nach diene das allgemeine geheime Wahlrecht, also eine ausgesprochen politische Forderung, den gewerkschaftlichen Interessen nur indirekt. Für viel wichtiger hielten sie von diesem Gesichtspunkt aus die Erringung der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Auf dem Parteikongreß im Jahre 1908 erklärte Jakab Weltner, Mitglied der Parteileitung, daß vor allen Dingen das Wahlrecht erkämpft werden müsse, wenn sie das erreicht hätten, dann würde die Angelegenheit der Vereinigung und der Versammlung an der Reihe sein. Géza Malasits, der Sekretär der Metallarbeiter aber betonte, daß das Wahlrecht ohne freie Möglichkeit der Versammlung wertlos sei, man müsse also auch dafür entschlossen kämpfen.<sup>43</sup> Auf dem Gewerkschaftskongreß von 1908 forderte der Beschlußentwurf der Metallarbeiter lediglich die gesetzliche Garantie der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, die Frage des Wahlrechts wurde nicht erwähnt; außerdem wollte die Vorlage die Überweisung der Gewerkschaftsangelegenheiten mit der Begründung aus dem Innenministerium in die Zuständigkeit der Handelsverwaltung übertragen, „daß die Gewerkschaften der Arbeiter keine politischen Vereinigungen“ seien.<sup>44</sup> In der Strategie der Parteileitung bildete das allgemeine Wahlrecht den Ausgangspunkt der bürgerlichen Demokratie. Indem die Gewerkschaftsführer die besondere Bedeutung desselben leugneten, zogen sie in Wirklichkeit die Bedeutung des politischen Kampfes um den politischen Systemwechsel in Zweifel und setzten statt dessen, obwohl ebenfalls mit politischer Zielstellung, die größere Bewegungsfreiheit der Fachbewegung ein. Sie meinten, der politische Kampf sei notwendig, aber als den pragmatischen Interessen der Wirtschaftsorganisationen dienende, ihnen untergeordnete Tätigkeit, zur Sicherung möglichst günstiger Bedingungen für den Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Die sozialdemokratische prinzipielle Plattform, das Parteiprogramm akzeptierten Jászai, Peidl und Gefährten als allgemeines weltanschauliches Glaubensbekenntnis, das in keinem Gegensatz zur Selbständigkeit der Gewerkschaften stand. Sie betrachteten die Trennung von politischer und wirtschaftlicher Bewegung nicht als Herstellung der ideologischen, sondern als die der organisatorischen Unabhängigkeit und das Wesen erblickten sie darin, daß die Gewerkschaft nicht als „offizielles Bezirksorgan“ Parteiarbeit leisten sollte.<sup>45</sup>

<sup>43</sup> Prot. des XV. PK der SPU im Jahre 1908. Budapest 1908. 189 bzw. 180.

<sup>44</sup> A szakszervezeti mozgalom Magyarországon 1904–1907 (Die Gewerkschaftsbewegung in Ungarn 1904–1907). 69.

<sup>45</sup> Prot. des XVII. PK der SPU im Jahre 1910. Budapest 1910. 97. – „...In Ungarn ist die in den Gewerkschaften zusammengeschlossene Arbeiterschaft im sozialdemokratischen Geist erzogen, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei voneinander unabhängig zu machen, bedeutet lediglich, die Arbeit aufzuteilen“, sagte Jászai auf dem Kongreß im Jahre 1909. Prot. des XVI. PK der SPU im Jahre 1909. Budapest 1909. 119.

Ernő Garami, der Chefredakteur der *Népszava*, das angesehenste Mitglied der Parteileitung und Jakab Weltner hingegen wiesen diese Konzeption und die daraus folgende wichtigste praktische Forderung mehrfach entschieden zurück: die möglichst baldige Entlastung der Freien Organisationen von den Parteiaufgaben. Im Prinzip erkannten sie die Notwendigkeit der Trennung an, wiesen es aber zurück, dies direkt und schnell auf die Tagesordnung zu setzen. Sie waren der Ansicht, die Parteiorganisationen würden innerhalb absehbarer Zeit nicht in der Lage sein, die Freien Organisationen in der politischen Bewegung zu ersetzen. Nach Weltners Meinung war der theoretische Ausbau der Parteiorganisationen zwar wichtig, aber ohne demokratische Freiheitsrechte und besonders ohne das allgemeine Wahlrecht seien sie nicht in der Lage, tätig zu werden. Aufträge, Aufgaben würden sie erst dann haben, wenn die Wahlrechtsreform verwirklicht sei und die Sozialdemokratische Partei Ungarns an den Wahlen mit der Hoffnung auf Mandate teilnehmen könne. Bis dahin aber sollten die Freien Organisationen die politischen Aufgaben erfüllen, denn der Fehler liege sozusagen nicht im strukturellen Aufbau der Gewerkschaften, sondern darin, daß es „faule Gewerkschaften“ gebe, die die Parteiaufgaben nicht gewissenhaft erledigten.<sup>46</sup>

Garami hielt die Trennung noch nicht für aktuell. Nach seiner Ansicht, die er auf der Parteiversammlung im Jahre 1910 darlegte, hatte sich ein Übergangszustand herausgebildet, „in dem die Arbeit noch in den alten Rahmen vor sich geht. Und auf einmal können nicht zwei gleichrangige, gleichförmige Organisationen entstehen... wir können den Parteiorganisationen noch nicht die nötige Arbeit geben, und zwar deshalb, weil wir keine politischen Rechte haben, die diese Arbeit schaffen. Dann, wenn wir zu irgendwelchen politischen Rechten kommen, dann wird es möglich sein, die wirtschaftlichen Organisationen als politische Organisationen mit besonderem Inhalt zu erfüllen“. Die aktuellen Aufgaben, die Mobilisierung zu politischen Aktionen müßten nach Garamis Erachten auch weiterhin die Freien Organisationen durchführen, denn die Parteiorganisationen würden dazu allenfalls in drei bis vier Jahren in der Lage sein.<sup>47</sup> Das Wesen der Vorstellung der Parteileitung bestand darin, daß sich die Parteiorganisation mehrere Jahre lang nur auf die *Népszava*-Agitation beschränken sollte. Während dieser Zeit sollten sie allmählich ausgebaut werden, aber lediglich als Rahmenformation, denen vorerst keine wichtige Arbeit der Bewegung übertragen werden konnte. Die Hauptinstrumente des politischen Kampfes der Partei blieben auch weiterhin die Freien Berufsorganisationen.

Manó Buchinger, der Sekretär der Partei und Lenker der operativen

<sup>46</sup> Prot. des XVI. PK der SPU im Jahre 1909. Budapest 1909. 131.

<sup>47</sup> Prot. des XVII. PK der SPU im Jahre 1910. Budapest 1910. 152. – Ernő Garami (1876–1935) Feinmechaniker, schloß sich als Lehrling der sozialdemokratischen Bewegung an. Seit der Jahrhundertwende anerkannter Leiter der SPU. 1905–1918 Redakteur der *Népszava*, einer der Gründer der theoretischen Zeitschrift *Szocializmus* und (neben Zsigmond Kunfi) Mitredakteur.

Parteiarbeit, vertrat einen vermittelnden Standpunkt. Eine möglichst baldige Trennung von Partei und Gewerkschaften hielt er für riskant, aber das Hinausschieben der Parteiorganisierung, die Schaffung lediglich nomineller Parteiorganisationen hielt er ebenfalls nicht für zweckmäßig. Aus den praktischen Erfahrungen zog er die Schlußfolgerung, daß die Bildung einer gut arbeitenden neuen Organisation eine sehr langsame, komplizierte Sache sei, die selbst notfalls nicht überfallartig, von heute auf morgen verwirklicht werden könne. Deshalb hielt er es für begründet, den Ausbau der politischen Parteiorganisationen in den Bezirken ohne Aufschub, ohne Zögern zu beginnen. Verschiedene Formen seien möglich: eine mit einem Statut arbeitende sozialdemokratische Vereinigung oder eine auf Grund vertraulicher Beschlüsse arbeitende politische Freie Organisation. Er betonte auch die Bedingung, daß niemand, der in der Parteiorganisation an seinem Wohnort „nicht irgendeine, wenn auch noch so geringe Agitationsarbeit leistet, zu der seine Fähigkeiten und seine Freizeit ausreichen“ und den Parteibeitrag nicht entrichtet, nicht als Parteimitglied gelte.<sup>48</sup>

Buchinger war der Ansicht, innerhalb relativ kurzer Zeit seien Anfangserfolge zu erzielen, vorausgesetzt, daß die Freien Berufsorganisationen die nötige Hilfe leisteten. Und dieses letzte Kriterium war ebenfalls eine Abweichung vom Standpunkt der Gewerkschaftsführer, die möglichst schnell von der Parteiarbeit befreit werden wollten, wie von Garamis Ansicht, die den strukturellen Aufbau der Bewegung dauerhaft konservieren wollte.

Buchingers Standpunkt wurde auch von einigen Funktionären der Fachbewegung unterstützt. Sándor Rády, Sekretär der Budapester Ortsgruppe der Metallarbeiter, früher selbst einer der Sekretäre der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, verband auf dem Kongreß im Jahre 1909 den Gedanken der Trennung mit der Forderung nach dem Aufbau der politischen Freien Bewegung. Lipót Sterbinszky, zweiter Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes, schlug hier vor, daß die freien Fachorganisationen den Ausbau der Parteiorganisationen wirksam unterstützen sollten.<sup>49</sup>

Im Sinne des auf dem Kongreß von 1909 angenommenen Beschlusses war die sukzessive Bildung der Parteiorganisationen erforderlich, aber „geradezu verhängnisvoll“ die Bestrebungen, „die darauf zielten, vor dem ausreichenden Ausbau der Parteiorganisationen die wirtschaftlichen Freien Organisationen von der politischen Partei zu trennen“.<sup>50</sup>

Zur Verwirklichung des Beschlusses trat am 16. Mai 1909 die erste Parteikonferenz von Budapest und Umgebung unter Beteiligung der Vertreter von 56 Budapester Freien Berufsorganisationen und zwölf Parteiorganisationen

<sup>48</sup> Buchinger, Manó: Politikai Pártszervezet és házi agitáció (Politische Parteiorganisation und Hausagitation). Budapest 1909. 18. – Manó Buchinger (1875–1953) Buchbindermeister, führender Funktionär in der Fachbewegung, von 1905 ab Zentralsekretär der SPU.

<sup>49</sup> Prot. des XVI. PK der SPU im Jahre 1909. Budapest 1909. 115.

<sup>50</sup> Ebd., 77–78 bzw. 124. Vgl. Varga, Lajos, op. cit. 119. – Mucsi, F.: Die Kämpfe. 137.

zusammen. Der Referent Sándor Rády betonte, die bestehenden Rahmen würden Demonstrationen und Großversammlungen ermöglichen, denn die Freien Organisationen würden die Arbeiter dazu mobilisieren. Ein regelmäßiges politisches Leben aber habe sich nicht entwickelt, deshalb müßten die wirtschaftliche und die politische Bewegung in ein – zwei Jahren getrennt werden.

Der auf dem Kongreß angenommene Beschluß schrieb die Wahl eines Exekutivkomitees in jedem Bezirk vor und den Ausbau des Systems der Hausvertrauensleute; als Aufgaben der Parteiorganisationen bestimmte er die politische Erziehungsarbeit bei der Arbeiterschaft, den Kampf gegen Miet- und Lebensmittelpreiswucher, die politische Lenkung der Gemeinden, die Agitation und Schulung bei den nichtorganisierten Arbeitern, die Durchführung von Versammlungen und die Pressepropaganda. Bei der Bevölkerung der Bezirksparteiorganisationen wollte die Leitung vor allem auf die in den Freien Berufsorganisationen zusammengeschlossenen Arbeiter bauen. Deshalb wurde vorgeschrieben, daß jeder wöchentlich zwei Fillér Parteibeitrag in die örtlichen Organisationen zahlen mußte.<sup>51</sup>

Nach dem Kongreß entstand in jedem Verwaltungsbezirk die Parteiorganisation; die örtlichen Körperschaften und das Budapester Exekutivkomitee wurden gebildet. Der weitere Parteikongreß im Dezember des Jahres 1909 nahm einen Gemeindeprogrammwurf an und erklärte, nur derjenige beruflich organisierte Arbeiter könne als Parteimitglied angesehen werden, der auch in der für seine Wohnung zuständigen Bezirksorganisation arbeite.<sup>52</sup>

Zu Beginn des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts wurden die Parteiorganisationen gefestigt und arbeiteten auch kontinuierlich. Die Zahl der in die örtlichen Organisationen zwei Fillér Beitrag entrichtenden (also auch beruflich organisierten, den landesweiten Parteibeitrag in den Freien Organisationen bezahlenden) Parteimitglieder betrug in den Budapester Bezirksorganisationen 1566, von 1913 an 3921 Personen, den landesweiten Beitrag bezahlten hier im Jahre 1911 (für 1910 besitzen wir keine Angaben) 311, im Jahre 1913 insgesamt 4025 Personen.<sup>53</sup>

<sup>51</sup> Die ungarischen sozialistischen Arbeiterbewegungen im Jahre 1909. 298 ff. – „Die Intention dieses Beschlusses war“, stellte der Bericht der Parteileitung im folgenden Jahr fest, „daß die Genossen durch die Einführung des örtlichen Parteibeitrags zum Teil enger in die Parteiorganisationen einbezogen wurden, zum Teil, daß die Parteiorganisationen auf diese Weise Deckung für besondere Agitationsausgaben erhielten.“ Prot. des XVII. PK der SPU im Jahre 1910. Budapest 1910. 32.

<sup>52</sup> Ebd., 338

<sup>53</sup> Die Angaben über die Einnahme des Parteibeitrags sprechen dafür, daß der Verpflichtung bei weitem nicht allgemein und das ganze Jahr hindurch gleichmäßig nachgekommen wurde. Im Jahre 1910 entspricht der eingegangene Betrag aus dem örtlichen Parteibeitrag, dem Beitrag von 435 zweiundfünfzig Wochen hindurch zahlenden Mitgliedern, das sind 27% der erfaßten Mitglieder. „In Anbetracht der Anfangsschwierigkeiten kann das Ergebnis als befriedigend bezeichnet werden“, stellte der Bericht der Parteileitung resigniert fest. (Prot. des XVII. PK der SPU im

Die Organisationen nahmen an der Vorbereitung der großen Demonstrationen teil, verteilten eine Menge Flugzettel und Plakate; sie wirkten mit in der Arbeit der Allgemeinen Konsumgenossenschaft, führten Hausagitationen durch, das System der Straßenvertrauensleute wurde entwickelt; einen wichtigen Platz nahm die Agitation der Népszava ein. In den acht Lokalen im Industriegebiet in der Umgebung von Budapest gewann die Sozialdemokratische Partei Ungarns bei den Wahlen zur Selbstverwaltung sechzig Mandate.<sup>54</sup> Die territorialen Organisationen waren also aktiver Bestandteil des Parteilebens und die Leitung konnte auf ihre Mitwirkung im politischen Kampf rechnen.

Trotz der Erfolge waren die politischen Organisationen noch bei weitem nicht geeignet, die Parteiaufgaben von den Freien Berufsorganisationen zu übernehmen, abgesehen von den Anfangsschwierigkeiten neuer Organisationen wurde ihre Entwicklung noch durch weitere Faktoren nachteilig beeinflusst.

In bezug auf Tempo und Ausmaß der Entwicklung ließ die Tatsache nachdenklich werden und zur Vorsicht raten, daß die Hauptbasis der von Gyula Alpári geführten Oppositionsgruppe die Organisation im VIII. Budapester Bezirk war.<sup>55</sup> Es stellte sich heraus, daß die regelmäßigen politischen Diskussionen, die aktuellen öffentlichen Angelegenheiten und die Behandlung der Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, was Schwung in die Arbeit der Parteiorganisationen brachte, ihnen Anziehungskraft sicherte, unwillkürlich Gegnerschaft gegen die Parteileitung schuf. Die Kritik äußerte sich hier viel freier, ungebundener und schärfer, denn die eventuelle Vergeltung – der Ausschuß – bedeutete hier weniger Risiko als die Ausschließung aus der Berufsorganisation, was mit dem Verlust der Unterstützung, der Arbeitsvermittlung und anderer Rechte verbunden war. Die Parteiorganisation als potentieller Sammelplatz – diese Befürchtung stoppte die Aufbauarbeit der Sozialdemokratischen Partei Ungarns auch nach 1919.

Der Kongreß vom Jahre 1909 verpflichtete – wie weiter oben schon erwähnt – die Freien Berufsorganisationen, den Aufbau der Parteiorganisation zu unterstützen. Auf Grund des Beschlusses kontrollierten die Leitungen vom Jahre 1912 ab, ob ihre Mitglieder den örtlichen Parteibeitrag zahlten. Sie beschlossen auch, den Mittwoch für Parteiveranstaltungen freizuhalten.<sup>56</sup>

---

Jahre 1910. 32, die Angaben ebenda auf S.33). Die Besserung der Disziplin zeigt, daß die Einnahme aus dem Parteibeitrag im Jahr 1913 dem Betrag von 3770, das ganze Jahr hindurch zahlenden Mitgliedern entspricht, das sind 96% der Gesamtmitglieder. Schlechter sind die Proportionen beim landesweiten Parteibeitrag-Einkommen: Die eingegangene Summe entspricht dem von 1606 Parteimitgliedern 52 Wochen hindurch gezahlten Beitrag, das sind 39,9% der Gesamtmitgliedschaft. (Prot. des XX. PK der SPU im Jahre 1913. Budapest 1913. 58–59.)

<sup>54</sup> Die ungarischen sozialistischen Arbeiterbewegungen im Jahre 1913. Budapest 1914. 394.

<sup>55</sup> Vgl. Varga, Lajos, op. cit. 144.

<sup>56</sup> Die ungarischen sozialistischen Arbeiterbewegungen im Jahre 1912. Budapest 1913. 391, 396.

In den Freien Organisationen stieg auch die Zahl derjenigen, die den individuellen Parteibeitrag zahlten. Bei der Metallarbeitergewerkschaft erreichte ihr Anteil im Jahre 1912 90 Prozent, bei den Malern im gleichen Jahr 66 Prozent, bis 1913 waren es hier auch 90 Prozent. Die Angaben aus der Provinz weisen eine gleiche Entwicklung auf. Aus dem Vergleich der Zahl der organisierten Arbeiter und derjenigen, die Parteibeitrag zahlten, ergibt sich, daß der Anteil der Parteimitglieder zwischen 1911 und 1913 von 71,3 Prozent auf 80,3 Prozent stieg, während die Zahl der organisierten Arbeiter von 27 000 auf 51 000, d. h. um 47 Prozent gestiegen war.<sup>57</sup>

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns entwickelte sich organisatorisch also nicht auf die Trennung von politischer und wirtschaftlicher Bewegung hin, sondern die Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften, der politische Charakter der Berufsvereinigungen wurde stärker. Die Mitglieder der Freien Organisationen hatten auch schon bisher kollektiv durch den Parteibeitrag als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gegolten. In den Jahren zwischen 1910–1920 verbreitete sich die Verbindung von Mitgliedschaft in der Freien Organisation und individueller Parteimitgliedschaft, was in der Zahlung eines steigenden Parteibeitrags zum Ausdruck kam, da es keine gesonderte Beitrittsklärung oder Aufnahme-prozedur gab.

Die erwähnte Tendenz behinderte ebenfalls die Entwicklung territorialer Parteiorganisationen, denn von denen, die ihren Beitrag in den Freien Organisationen einzahlten und so ihrer grundlegenden Verpflichtung Genüge leisteten, erschienen nur sehr wenige in den Parteiorganisationen. „Die beruflich organisierten Arbeiter, die in ihren Berufsvereinigungen und Freien Organisationen genügend Betätigungsfeld finden, sind schwerlich für die Parteiorganisationen zu gewinnen“, stellte ein Polizeibericht fest. „Die Gewerkschaften sind nicht bereit, die bereits organisierten Arbeiter den Parteiorganisationen zu überlassen.“<sup>58</sup> Die Gewerkschaftsführer bemühten sich auch gar nicht, die Entwicklung der Partei voranzutreiben. Die Entscheidungen über die Unterstützung führten sie nur halbherzig, teilweise durch. Auch deshalb war es unter anderem notwendig, daß auf Kongressen, auf Konferenzen in Budapest wiederholt Beschlüsse gefaßt wurden über die Verpflichtungen der Gewerkschaften gegenüber der Partei. Auf den Veranstaltungen gab es häufig Diskussionen, gegenseitige Vorwürfe, die Partei- und Gewerkschaftsführer machten sich gegenseitig für die Schwäche der Parteiorganisationen verantwortlich.

In den Jahren nach 1910 begann die Sozialdemokratische Partei Ungarns – unter wesentlich günstigeren allgemeinen politischen Bedingungen als zu

<sup>57</sup> Kabos, Ernő, op. cit. 94–95. – Wir glauben, daß der Anteil der individuellen Parteimitglieder höher lag als die vom Autor angenommenen 50%, zur Klärung der Frage ist noch weitere Forschungsarbeit notwendig. – Die Angaben für die Provinz für die Jahre 1911–1913 siehe: Prot. des XVIII. PK der SPU, 30–31. – Prot. des XIX. PK, 26–28. – Prot. des XX. PK der SPU, 50–53.

<sup>58</sup> Die ungarischen sozialistischen Arbeiterbewegungen im Jahre 1912. Budapest 1913. 352.

Beginn des Jahrhunderts – erneut einen großangelegten Kampf für das allgemeine Wahlrecht.<sup>59</sup> In diesem Kampf sicherten die Freien Organisationen unverändert die Kraft der Massen. „Die Gewerkschaften selbst beschäftigen sich nicht mit Politik, aber die entschlossensten und zuverlässigsten Soldaten im Kampf um die politischen Rechte sind die organisierten Arbeiter. Letztere weihten den 23. Mai 1912 (den „blutroten Donnerstag“, d. Verf.) zum revolutionären Tag der ungarischen Arbeiterbewegung“, heißt es im Bericht des Gewerkschaftsrates.<sup>60</sup>

Die großangelegte politische Aktivität erhöhte die Kraft der Gewerkschaften. Nach dem sehr kurze Zeit dauernden wirtschaftlichen Aufschwung zeigten sich Ende 1912 erneut Zeichen einer Wirtschaftskrise. Trotzdem stieg die Mitgliederzahl von 1910 bis 1912 stark an (von 86 000 auf 111 000) und erreichte noch 1913 an 107 000 Personen, 26 Prozent mehr als im Jahre 1909, auf dem Tiefpunkt des Rückgangs. Für die Zusammenstöße von beispiellosem Ausmaß und Heftigkeit mobilisierten die Freien Organisationen die Arbeiterschaft erfolgreich, was zum guten Teil die nachteiligen Auswirkungen der Krise wettmachte. Die Struktur der Bewegung erwies sich als belastbar, und so wurde die Frage der Trennung vorübergehend von der Tagesordnung genommen. Noch weniger beschäftigten sie sich mit dieser Frage in den ersten Kriegsjahren.

Die Regelung der Beziehungen zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Bewegung wurde erneut 1917, als Konsequenz der Erstarkung der Gewerkschaften, aktuell. Ihre Mitgliederzahl stieg 1917 auf 215 000 Personen, verglichen mit dem Jahr 1913 auf mehr als das Doppelte. Mehr als das zahlenmäßige Anwachsen vergrößerte ihr Ansehen die Tatsache, daß der Staat und die Arbeitgeber die Gewerkschaften – gezwungenermaßen – als den Partner anerkannten, der die Arbeiterschaft vertritt.<sup>61</sup> Die wenige Jahre zuvor noch verfolgten, kaum geduldeten Berufsvereinigungen waren jetzt als Vertreter einer ganzen Klasse, des Industrieproletariats tätig und hatten keine zu unterschätzenden Erfolge bei der Behebung der Beschwerden der Arbeiterschaft aufzuweisen. Ihre Anziehungskraft, ihr Prestige nahmen bedeutend zu, das aber wiederum steigerte ihre Effektivität in den wirtschaftlichen Bewegungen.

Auch in Ungarn war die Anpassung, der Einbau der Gewerkschaften in die Maschinerie der kapitalistischen Wirtschaft im Gange. Die sozialdemo-

<sup>59</sup> Erényi, Tibor: Die Sozialdemokratische Partei Ungarns im ungarischen politischen Leben. 35.

<sup>60</sup> A szakszervezeti mozgalom Magyarországon 1911–1913. Budapest o.J. 7. Am 23. Mai 1912 demonstrierten in Budapest ungefähr 100 000 Arbeiter und stießen mit den bewaffneten Sicherheitskräften zusammen. Der Zusammenstoß forderte sechs Todesopfer und mehrere hundert Verletzte.

<sup>61</sup> Kende, János: A magyarországi szervezett munkásság az első világháborúban (Die ungarische organisierte Arbeiterschaft im ersten Weltkrieg). Im weiteren: Die ungarische organisierte Arbeiterschaft. Párttörténeti Közlemények 1969, Nr. 1, 94.

kratischen Gewerkschaftsführer wollten nicht mehr erreichen, als das Mitspracherecht bei der Regulierung der den Lebensstandard der Arbeiterschaft bestimmenden Faktoren. Sie waren sich allerdings darüber im klaren, daß die erreichten Erfolge nur vorübergehend und aufs engste mit der Ausnahmesituation des Krieges verbunden waren, da sich der Staat zunehmend in die Lenkung des Wirtschaftslebens einschaltete. Die Weiterentwicklung und Festigung der Errungenschaften aber war ohne Veränderung des Regierungssystems unvorstellbar.

Die Gewerkschaften an sich hätten die bürgerliche Demokratie nicht erkämpfen können, selbst unter den Verhältnissen der gelockerten Rechtsordnung hätten sie das Risiko der Einmischung in den offenen politischen Kampf nicht auf sich nehmen können. Das hielten die Gewerkschaftsführer für die Aufgabe der Partei und sie meinten, wenn die Partei eigene Organisationen hätte, dann würde sie über eine viel imposantere, schlagkräftigere Kraft verfügen, würde sie ihre eigenen politischen und ideologischen Aufgaben viel effektiver erfüllen und so auch den Interessen der Gewerkschaften besser dienen. „So wie unsere Kraft und unser Ansehen auf politischem Gebiet ist, so ist es auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Nur, daß die wirtschaftlichen Organisationen mehr zu verlieren haben, denn sie haben einen Streikfonds, und auch andere wichtige Aufgaben. Da wir also einsehen, daß das Leben der Parteileitung allein nur der Kampf um das allgemeine Wahlrecht bildet... und wir das ganze Parteileben von Jahr zu Jahr nur in diesem engen Rahmen gelebt haben, und außerdem hatten wir nur eine einzige Parole ‚Agitieren wir für die Népszava‘, das ist uns jetzt zu wenig, denn wir wollen nicht nur die Industriearbeiterschaft gewinnen, sondern eine große Menge Bevölkerung, die wir brauchen“,<sup>62</sup> legte János Vanczák auf dem „vertraulichen Kongreß“ der Sozialdemokratischen Partei Ungarns im April des Jahres 1917 dar. Die Delegierten der Freien Organisation der Metallarbeiter und der Drucker begründeten ihren Entschließungsvorschlag für das neue Wochenblatt und das Budapester örtliche Sekretariat damit, dies sei „zur Vertiefung des Parteilebens, besonders aber um die Interessen der besitzlosen Einwohnerschaft im sozialistischen Geiste eine wichtige Parteiaufgabe...“<sup>63</sup>

Auch Árpád Szakasits betonte in Vertretung der Bauarbeiter, die Tätigkeit der Partei war „viel zu einseitig, für das Wahlrecht haben wir viel zu viele Opfer gebracht, die in keinem Verhältnis zu unseren Kräften stehen... Wenn wir nicht nur für das Wahlrecht gekämpft hätten, hätten sich größere Massen

<sup>62</sup> MMTVD IV. A szocialista munkásmozgalom Magyarországon az első világháborút követlenül megelőző években és a háború idején. 1907–1918. Második rész 1914–1918. (Die sozialistische Arbeiterbewegung in Ungarn in den Jahren unmittelbar vor dem ersten Weltkrieg und während des Krieges 1907–1918. Zweiter Teil 1914–1918). Im weiteren: MMTVD IV/B. Zusammengestellt und redigiert von Tibor Erényi, Edit S. Vincze, Ferenc Mucsi, János Kende. Budapest 1977. 260. – János Vanczák (1870–1932), Schlosser. Seit 1904 Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft.

<sup>63</sup> Ebd., 257

hinter uns gestellt. Auch die Népszava war vollkommen für das Wahlrecht, und es ist kein Wunder, wenn vom Sozialismus die Rede ist, dann verstehen die Menschen darunter Wahlrecht.“<sup>64</sup>

Die Gewerkschaftsfunktionäre betrachteten also die Sozialdemokratische Partei als Institution des politischen Kampfes, hielten aber ihre Taktik nicht für zweckmäßig; ihre gesellschaftliche Basis beurteilten sie als zu eng, stütze sich auf die ohnehin organisierte Industriearbeiterschaft, als besonderen Mangel betrachteten sie das Fehlen eines schlagkräftigen selbständigen organisatorischen Netzes. Dabei hatte dies alles einen nachteiligen Einfluß auf das Streben der Gewerkschaften nach dauerhafter und fester Gleichberechtigung gegenüber den Arbeitgeberorganisationen und gegenüber dem Staat, der während des Weltkrieges in Lohn- und Arbeitsfragen immer aktiver wurde. Die Gewerkschaftsführer wollten eine starke sozialdemokratische Partei, mit entwickelten und von Berufen unabhängigen Organisationen, mit breiter, gesellschaftlicher Basis. Auf diese Weise konnte die Parteibewegung den Gewerkschaften nicht nur ideell-politische Leitung bieten, sondern konnte ihnen eine neue Kraftquelle, neue Kampfformen zur Verwirklichung ihrer Ziele garantieren.

Und über die Politik der Partei forderten sie praktisch das Kontrollrecht. Die Gewerkschaftsführer betrachteten es als gleichrangige Aufgabe, die Partei unabhängig zu machen und zu stärken und ihre eigene führende Rolle bei der Festlegung der Tätigkeitsrichtung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns zu sichern. Sie wollten eine Partei, die für eine grundlegende Veränderung der Tätigkeitsbedingungen der Gewerkschaften kämpfte – also für die breitesten demokratischen Freiheitsrechte, die in der Lage ist, den Einzug in die bisher verschlossenen politischen Foren (Parlament, Verwaltungsbehörden in und außerhalb Budapests) zu erkämpfen, wo die Möglichkeit gegeben war, für die Interessen der Arbeiter die Stimme zu erheben, wo Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen entsprechend den Interessen der organisierten Arbeiterschaft erkämpft beziehungsweise kritisiert oder sogar verhindert werden konnten.

Der zur Revolution tendierende Aufschwung der Arbeiterbewegung kam auch darin zum Ausdruck, daß die Zahl der Parteimitglieder in den Freien Berufsorganisationen bedeutend zunahm. Im Vergleich zu 1913–1914 stieg die Parteibeitrageinnahme bei den Tischlern um 14 Prozent, in der Budapester Schuhmachergruppe Nr.1 (der größten Gruppe) um 44 Prozent, was bei den Fleischindustriearbeitern und bei den Metallarbeitern ungefähr das Dreifache, bei den Privatangestellten und den Angestellten im Handel das Vier-einhalbfache des Vorkriegsbetrags war. Der in der Hauptstadt von den einzelnen Berufszweigen eingehende Betrag des Parteibeitrags war 1917 im Vergleich zu 1913–1914 um 87,2 Prozent, gemessen an den Jahren 1911–1912, die den Höhepunkt des Aufschwungs vor dem Krieg darstellten, um 77,2

<sup>64</sup> Ebd., 261

Prozent gestiegen. In den Organisationen in der Provinz war die Beitragszahlung um mehr als das Doppelte angewachsen.<sup>65</sup>

Der Wiederaufbau der unter den Kriegsverhältnissen zerfallenen Parteiorganisationen begann in der zweiten Hälfte des Jahres 1917, in einem Tempo, das bei weitem keine sprunghafte Entwicklung versprach. Deshalb bildeten – ausschließlicher als irgendwann in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Ungarns – die Freien Berufsorganisationen die Organisationsgrundlage der politischen Bewegung. In diesem Bewußtsein verlangten die Gewerkschaftsführer auf dem „vertraulichen Kongreß“ vom April des Jahres 1917 solche Reformen, die ihnen in institutioneller Form zunehmende Kontroll- und Mitspracherechte in die Parteiangelegenheiten garantierten.<sup>66</sup> Die Parteiversammlung faßte einen Beschluß über die Bildung des Parteiausschusses. An der neuen Körperschaft konnte die Landesorganisation jedes Berufs bis zu 3000 Parteibeitrag zahlenden Mitgliedern mit je einem Delegierten, für jede weiteren 5000 Mitglieder mit einem weiteren Delegierten teilnehmen, die Budapester Parteiorganisationen konnten insgesamt fünf Vertreter, die Landesfrauenorganisation je einen, die vom Kongreß bestimmten sechs Parteiorganisationen in der Provinz je einen Vertreter delegieren. Der Parteiausschuß trat regelmäßig vierteljährlich zusammen, aber sein Leitungsorgan, das Exekutivkomitee, konnte ihn jederzeit zusammenrufen. Zur Zuständigkeit des Exekutivkomitees gehörte noch die Festlegung des Gehalts der Parteibediensteten und deren persönliche Angelegenheiten mit Ausnahme von Anstellung und Kündigung.<sup>67</sup> „Verbindendes, kontrollierendes, vollstreckendes, anspornendes Organ“, schrieb das Blatt der Eisen- und Metallarbeiter über den Parteiausschuß,<sup>68</sup> damit jene Hoffnungen zum Ausdruck bringend, die in Kreisen der Berufsvereinigungen in die neue, in der Mehrzahl aus gewerkschaftlichen Delegierten bestehende Körperschaft gesetzt wurden. Bei der Tätigkeit des Parteiausschusses kam in Wirklichkeit eher die im genannten Artikel als erste angeführte Verbindungsfunktion zur Geltung. Die Sitzungen gaben der Parteileitung Gelegenheit, sich in der Frage wichtiger Entscheidungen über die Meinung der organisierten Arbeiterschaft zu informieren, das zu erwartende Echo des geplanten Schrittes abzuschätzen. Auf diese Weise konnte sie sich zu ihrer Taktik die Unterstützung der großen Menge der Parteimitglieder sichern.

Vom Sommer 1917 ab rückte die Durchsetzung des allgemeinen geheimen Wahlrechts in die nahe Zukunft. „Jetzt ist bereits sicher, daß die derzeitige Entrechtung des Volkes nicht aufrechterhalten werden kann... Die Sozialde-

<sup>65</sup> Die Angaben für das Jahr 1911/12 siehe: Prot. des XIX. PK der SPU im Jahre 1912. Budapest 1912. 50–51. – Angaben für 1913/14: A pártvezetőségnek az 1917. évi országos értekezlet előterjesztendő jelentése (Der der Landeskonferenz vorzulegende Bericht der Parteileitung für das Jahr 1917). Budapest o.J. 14.

<sup>66</sup> Vgl. Kende, János: Die ungarische organisierte Arbeiterschaft. 100.

<sup>67</sup> MMTVD IV/B. 249.

<sup>68</sup> Ebd., 276

mokratische Partei muß jede Möglichkeit vorbereitet erwarten. Es ist also brennend notwendig, daß wir alle Kraft zur Entwicklung der Parteiorganisationen nutzen“, betonte Népszava im August 1917.<sup>69</sup>

Die politische Organisation gliederte sich in Budapest – im Gegensatz zu der vor dem Krieg – nicht nach Verwaltungs-, sondern nach Wahlbezirken. In der zweiten Hälfte des Jahres 1917 entstanden 22 Parteiorganisationen, jetzt nicht mehr in der Form der politischen Freien Organisationen, sondern des Parteizirkels im Wahlbezirk, mit einem vom Innenminister genehmigten Statut. Die neu gegründeten Organisationen konnten also eine legale Vereinstätigkeit ausüben. So konnte zum Beispiel nach dem Statut des sozialdemokratischen Parteizirkels im 19. Wahlbezirk Budapest–Józsefváros jeder Mitglied sein, der das Programm der Sozialdemokratischen Partei Ungarns sowie ihr Organisationsstatut anerkannte und es übernahm, die Pflichten eines Mitgliedes zu erfüllen. Für die Aufnahme war die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft nicht Voraussetzung.<sup>70</sup> Nach wie vor aber verlief die Aufbauarbeit der Partei nicht ohne Stocken. Im Jahre 1917 zahlten nur sieben Wahlbezirke ihren Mitgliedsbeitrag, in einem zur Gesamteinnahme praktisch geringen Verhältnis (0,5 Prozent).

Im folgenden Jahr kam der revolutionäre Schwung der ungarischen Arbeiterbewegung mit ganzer Kraft zur Entfaltung, was in der explosionsartigen, in einem Jahr auf mehr als das Dreifache ansteigenden Mitgliederzahl der Gewerkschaften zum Ausdruck kam. Die einströmende Menge brachte den Wunsch auf einen raschen Wandel in die Arbeiterbewegung – sie drängten auf unverzügliches Handeln, im Gegensatz zu der vorsichtigen, und sich an die in Veränderung begriffenen innen- und außenpolitischen Verhältnisse, der den sich für kraftvolle Aktionen immer günstigeren Bedingungen nur sehr umständlich anpassenden Taktik. Ja es war bereits fraglich, ob die Zielstellung irgendeiner grundlegenden Reform ausreichte und ob es nicht angebracht wäre, wenn die Arbeiterbewegung Richtung auf die Revolution nehmen würde.

Während der Ereignisse des Massenstreiks im Januar des Jahres 1918 erkannten die leitenden Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, daß sie nicht in der Lage waren, ihre Vorstellungen restlos durchzusetzen, daß sie mit ihren bisherigen Methoden die Bewegung, die auf ein Maß angewachsen war, das selbst die kühnsten Prophezeiungen weit überstieg, nicht führen konnten.

Die Erstarrung und Verwunderung der Parteileitung veranschaulicht der am 23. Januar 1918 an die Arbeiter gerichtete Aufruf deutlich, die den Streik fortsetzten, wonach es in den Reihen jener, die sich neu angeschlossen hatten, „noch nicht gelungen war“, die sozialdemokratische Überzeugung, Klassen-

<sup>69</sup> Ebd., 358

<sup>70</sup> MMTVD IV/B. 395 (Anm.). – PIA 658. f. 5. Bündel, 38. AE.

bewußtsein „und die Kostbarkeit der notwendigen Disziplin ... allgemein zu machen“.<sup>71</sup>

In dieser Situation wurde es besonders wichtig, die organisatorische Disproportion der Bewegung zu beseitigen. Ernste Sorge bereitete den Gewerkschaften die Umstellung des organisatorischen Lebens auf die neue Mitgliedszahl. Die Aufgaben nahmen besonders bei den ausgesprochenen Wirtschaftsfragen zu. Es schien, als würde sich jetzt die Möglichkeit ergeben, von den kapitalistischen Interessenvertretungen wesentliche Zugeständnisse bei der Anerkennung des Systems der Vertrauensleute und bei der allgemeinen Einführung der Kollektivverträge zu erkämpfen, also die reformistischen Ziele des wirtschaftlichen Klassenkampfes zu verwirklichen. So blieb den Gewerkschaften immer weniger Kraft für politische Aufgaben, für die Parteiarbeit und vor allem dazu, daß die einströmenden neuen Massen die Richtlinien der Sozialdemokratischen Partei akzeptierten, in deren Achse unverändert mit der Forderung nach dem allgemeinen geheimen Wahlrecht.

Jetzt erklärten sowohl die Partei- als auch die Gewerkschaftsführer den Ausbau der politischen Parteiorganisation als dringende Aufgabe. Sie erkannten bestürzt, daß dies nicht nur vom Gesichtspunkt der Wahlvorbereitungen wichtig war; die politischen Parteiorganisationen können wichtige Instrumente für die Herrschaft der Leitung über die mit neuen revolutionären Instinkten, Hoffnungen erfüllte Bewegung sein.

Auf dem Kongreß im Februar des Jahres 1918 gab Weltner zu, daß „die Organisation der Partei ein Fiasko erlitten hat“ und alles getan werden müsse, „damit es nicht gelingt, die ungarische Arbeiterbewegung mit billigen Anschuldigungen und Parolen zu spalten“.<sup>72</sup> Ferenc Bárdos verurteilte im Namen der Metallarbeitergewerkschaft alle, die mit der Tätigkeit der Parteileitung unzufrieden waren, da sie sich sozusagen über die Möglichkeiten nicht im klaren seien. Den Grund für die „bedauerlichen Erscheinungen“ – das heißt der Widerstand gegen die reformistische Taktik, die Erstarkung des Einflusses der radikalen sozialistischen Opposition – sah auch er in der Mangelhaftigkeit der Parteiarbeit.<sup>73</sup> Nach dem auf dem Kongreß angenommenen Entschließungsentwurf war die wichtigste Voraussetzung für die Durchsetzung der sozialdemokratischen Zielsetzungen „die Vereinigung und Entwicklung der der Partei zur Verfügung stehenden Kräfte. Vor allen Dingen müssen im ganzen Land die Parteiorganisationen gebildet und ge-

<sup>71</sup> MMTVD V. A magyar munkásmozgalom a Nagy Októberi Szocialista Forradalom győzelmét követő forradalmi felkészülés időszakában. A KPM megalakulása, harca a proletárforradalom győzelméért. 1917. november 7. – 1919. március 21. (Die ungarische Arbeiterbewegung in dem auf den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution folgenden Abschnitt der revolutionären Vorbereitung. Die Gründung der KPU, ihr Kampf um den Sieg der Revolution des Proletariats. 7. November 1917 – 21. März 1919.) Zusammengestellt von S. Gábor, András Fehér, Z. Horváth, György Milei. Budapest 1956. 72.

<sup>72</sup> MMTVD IV/B. 327.

<sup>73</sup> Ebd., 412

stärkt werden... Jeder organisierte Arbeiter soll nicht nur zahlendes, sondern tätiges Mitglied der örtlichen Parteiorganisationen sein“.<sup>74</sup>

Bis zu einem gewissen Maße wurde die Parteiaufbaukonzeption der Führung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns modifiziert. Weiterhin erhielt die Vorbereitung auf die Verhältnisse nach der allgemeinen Wahlrechtsreform großes Gewicht, und deshalb blieb die Grundlage für den Aufbau auch weiterhin die Organisation im Wahlbezirk. Trotzdem wurde seit Anfang 1918 die Erziehungsarbeit, die Agitation neben den sozialdemokratischen politischen Richtlinien stärker betont. Buchinger unterstrich, jetzt müßten die Parteiorganisationen alle die Funktionen von den Freien Berufsorganisationen übernehmen, die diese „bisher in sozusagen übertragener Zuständigkeit für die politische Bewegung versehen haben, diese Aufgaben müssen im weiteren der politischen Partei selbst übertragen werden“.<sup>75</sup>

### 3. DIE PARTEI UND DIE GEWERKSCHAFT WÄHREND DER REVOLUTIONEN VON 1918/19

Die revolutionäre Krise mobilisierte in großer Zahl auch Schichten der Kleinbesitzer, Angestellten und Intellektuellen, die die sozialdemokratische Partei als ihre potentiellen Verbündeten ansahen. Die Leitung strebte in dieser Zeit bereits immer entschiedener danach, daß die Sozialdemokratische Partei Ungarns die Partei des arbeitenden Volkes sei. Die nichtproletarischen Gesellschaftsschichten wollte die Parteiführung in erster Linie mit den Mitteln der aktiven Kommunalpolitik gewinnen sowie durch die Mittel des Rechts- und Interessenschutzes. Diese Aufgaben warteten ebenfalls vor allem auf die politischen Parteiorganisationen.

Das reger gewordene politische Leben brachte nicht nur die Linke in Bewegung. Von den den Interessen der herrschenden Klassen dienenden Parteien und Organisationen war vor allem die christlich-soziale Bewegung bestrebt, bedeutenden Einfluß auf die Massen zu gewinnen. Von der Jahreswende 1917/18 ab entfaltete sich die unter der Leitung des Klerus stehende Gewerkschafts- und Parteibewegung<sup>76</sup>, die in diesem Augenblick noch keinen ernsthaften Konkurrenten für die Sozialdemokratie darstellte, aber durch die aus den ihr zur Verfügung stehenden, beinahe unbegrenzten Mitteln folgenden Entwicklungsmöglichkeiten eine Gefahr war. „So viele Kirchen es gibt, so viele Parteiorganisationen existieren, so viele Pfarrer arbeiten, so viele Vertrauensleute und darüber hinaus noch die Vielzahl der tatsächlichen politischen Kreise und Parteiorganisationen“, warnte Buchinger. „Ihre Ab-

<sup>74</sup> Ebd., 432 – Kabos, Ernő, op. cit. 116.

<sup>75</sup> Buchinger, Manó: Pártunk belső szervezetének problémái (Die Probleme der inneren Organisation unserer Partei). Szocializmus, März 1918. 188.

<sup>76</sup> Vgl. Gergely, Jenő: A keresztényszocializmus Magyarországon. 1903–1923 (Der christliche Sozialismus in Ungarn. 1903–1923). Budapest 1977. 73.

wehr, ihre Überwindung überträgt den politischen Parteiorganisationen ebenfalls wichtige Aufgaben.“<sup>77</sup>

Der organisatorische Ausbau der Bewegung begann im November-Dezember des Jahres 1918 nach dem Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution, mit besonders großem Elan in der Provinz. Für das Eintrittsfieber ist der Aufruf des Parteisekretariats Anfang November charakteristisch: die Eintrittserklärungen treffen in einer so großen Menge ein, daß das Sekretariat sie nicht aufarbeiten kann, deshalb solle sich jeder bei der für den Wohnort zuständigen Parteiorganisation, in größeren Städten bei den Arbeiterwohnheimen melden; wo es keine Parteiorganisationen gibt, dort solle man unverzüglich für ihre Gründung sorgen.<sup>78</sup>

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns veranstaltete zwischen dem 13. und 20. November eine Agitationswoche. Dabei kam den Gewerkschaften eine wichtige Rolle zu, es war ihre Aufgabe, unter den Arbeitern in den Betrieben Parteimitglieder zu werben. Die Parteileitung erkannte die Notwendigkeit der Verstärkung, der Verbreiterung der Arbeiterbasis gleichzeitig mit der Taktik der Organisierung, die die Tore im Zeichen der Verwirklichung der Konzeption der „Partei des arbeitenden Volkes“ weit öffnete. Der Partei schlossen sich in großer Zahl ihrem Charakter nach kleinbürgerliche, bürgerliche Körperschaften, Vereine und Personen an. So ersuchte in Debrecen die örtliche Industriekörperschaft um Aufnahme in die Parteiorganisation, und in Veszprém schlossen sich mehrere gesellschaftliche Vereine der örtlichen Organisation an.<sup>79</sup>

Die Rubrik „Partei bewegung“ der Népszava brachte zahlreiche Nachrichten über solche und ähnliche kollektive Aktionen. In die Gewerkschaften kamen auch viele nicht in der Industrie arbeitenden Werktätige, Intellektuelle. Von den am 31. Dezember 1917 gezählten 215 222 Mitgliedern waren 80,2 Prozent Industriearbeiter und Bergleute, während am 31. Dezember 1918 diese letzteren beiden Kategorien nur noch 44,6 Prozent der 712 437 Personen zählenden Mitgliedschaft ausmachten.<sup>80</sup> Mit Rücksicht darauf, daß die Gewerkschaftsmitglieder zugleich auch Parteimitglieder waren, veränderte auch dieses neue Verhältnis die soziale Zusammensetzung der Partei zum Nachteil des proletarischen Elements.<sup>81</sup>

Die Parteiführung wurde auf diese Erscheinung aufmerksam. Die Népszava-

<sup>77</sup> Buchinger, Manó: A szociáldemokrata pártszervezet (Die sozialdemokratische Parteiorganisation). Budapest 1918. 14.

<sup>78</sup> Népszava, 6. November 1918.

<sup>79</sup> Népszava 10. November 1918, 30. Nov.

<sup>80</sup> Szakszervezeti Értesítő, Mai 1919. 34.

<sup>81</sup> Hajdu, Tibor: Az 1918-as magyarországi polgári demokratikus forradalom (Die ungarische bürgerlich-demokratische Revolution von 1918). Budapest 1968. 151. – Gábor, Sándorné: A Kommunisták Magyarországi Pártjának megalakulása. Az Egyesült Munkáspárt (Die Gründung der Kommunistischen Partei Ungarns. Die vereinigte Arbeiterpartei). In: Legyőzhetetlen erő (Unbesiegbare Kraft). Hrsg. Tibor Erényi und Sándor Rákosi. Budapest 1974. 22–23.

va registrierte zwar mit „glücklichem Stolz“ die Zunahme der Anziehungskraft der Sozialdemokratie unter Privat- und öffentlichen Angestellten, den freiberuflichen Intellektuellen, doch betonte sie auch, das Endziel der Partei sei die Aufhebung des Privateigentums, die Übertragung der Demokratie von der Politik auf das Gebiet der Wirtschaft, und dies könnte neue, schwere Kämpfe, eventuell Verfolgung, Bewährungsproben für die Mitglieder der Partei bedeuten.<sup>82</sup>

Die uns zur Verfügung stehenden Angaben ermöglichen nicht, abzuschätzen, welches Gewicht die kleinbürgerlich-angestellten-intellektuellen Schichten innerhalb derselben hatten, die als Nichtgewerkschaftsmitglieder Angehörige der Partei geworden waren. Außer Zweifel steht aber, daß das schnelle Anwachsen der Mitgliederzahl der Parteiorganisationen ebenfalls eine bedeutende Rolle bei der Veränderung der gesellschaftlichen Zusammensetzung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns spielte. Schließlich kam es auch aus zahlreichen solchen gesellschaftlichen Gruppen in großem Umfang zum kollektiven und individuellen Anschluß, die gar keine zum Gewerkschaftsrat gehörende Gewerkschaft hatten, obwohl nur deren Angehörige als Parteimitglieder zählten. Man kann also die politischen Parteiorganisationen bei weitem nicht eindeutig als die Träger des proletarischen Sozialismus betrachten, und es ist unbegründet, in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften ausschließlich als die Hauptkanäle für das Einströmen kleinbürgerlich-bürgerlicher Elemente zu betrachten. Ja, der gesellschaftliche Inhalt der zu dem Gewerkschaftsrat gehörenden Fachvereine hatte noch viel eher Arbeitercharakter als der der politischen Parteiorganisationen, da die Industriearbeiterschaft auch weiterhin über die Freien Organisationen mit der Partei verbunden war. Dies blieb die Lage auch nach dem 21. März 1919.

Der Sieg der bürgerlichen Revolution bedeutete die vollkommene Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, jene rechtlichen Einschränkungen gab es nicht mehr, die früher innerhalb der Gewerkschaften die Arbeit einer gesonderten Organisation zur Durchführung der verbotenen Tätigkeit notwendig gemacht hatten. Die Freien Organisationen verschmolzen aber trotzdem nicht mit den Fachvereinen. Nach der im März des Jahres 1919, noch vor dem Sieg der sozialistischen Revolution veröffentlichten offiziellen Stellungnahme des Gewerkschaftsrates wäre der Beschluß über die Auflösung der Freien Organisationen noch verfrüht, da „die nahe Zukunft den Weg zeigen wird, den die Gewerkschaft wählen muß. Es wird viele geben, die sich von den alten, gut bewährten Freien Organisationen nicht werden trennen wollen“.<sup>83</sup> Der wirtschaftliche Interessenschutz blieb auch weiterhin eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, deshalb blieb auch die Existenzberechtigung der Freien Organisationen bestehen. Obwohl es unter den neuen Bedingungen nicht mehr notwendig war, den wirtschaftlichen Interessenschutz, die

<sup>82</sup> Népszava, 19. November 1918.

<sup>83</sup> Szakszervezeti Értesítő, 18. März 1919. 18.

Streikorganisation und die Kampfbeihilfe zu tarnen, schien die vertrauliche Handhabung des Widerstandsfonds auch weiterhin vorteilhaft zu sein, damit die Arbeitgeber und ihre Interessenvertretungen nicht die finanzielle Dekkung der Streiks, der Lohnbewegungen ermessen konnten.

Die Freien Organisationen erfüllten auch weiterhin ihren traditionellen Aufgabenbereich als Grundorganisationen der Sozialdemokratischen Partei Ungarns; sowohl die kollektive Mitgliedschaft als auch die Möglichkeit der Zahlung des Parteibeitrags in den Freien Organisationen blieb erhalten.

Die Struktur der Arbeiterbewegung wurde auch durch die Gründung der Kommunistischen Partei Ungarns (Kommunisták Magyarországi Pártja, KMP) nicht verändert (Ende November 1918). Die Kommunisten gingen von dem richtigen Prinzip aus, daß die gewerkschaftliche Einheit den Kampf um die Weiterentwicklung der Revolution nicht behindert, ja die eventuelle Sprengung würde sie von den Massen isolieren. Deshalb bezeichnete es die Kommunistische Partei Ungarns als Ziel, die Monopolstellung der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften aufzuheben, die Gewerkschaftsmitglieder sollten selbst entscheiden können, welcher Partei sie angehören wollten.<sup>84</sup>

Unter Einhaltung des erwähnten Prinzips strebten die Kommunisten danach, ihren Einfluß organisatorisch zu fixieren. Sie bildeten in den Gewerkschaften Fraktionen, Gruppen, und es begann auch der Ausbau der selbständigen Parteiorganisationen.<sup>85</sup> Die Schlagkraft der Kommunistischen Partei Ungarns wurde – wie bekannt – nicht in erster Linie durch ihre Organisationskraft gesichert, sondern durch ihre ideelle Wirkung, den Umstand, daß immer größere Massen ihre Parolen, Zielsetzungen akzeptierten. Auf organisatorischem Gebiet kam die Effektivität der Agitationsarbeit der Partei vor allem darin zum Ausdruck, daß es ihr gelang, in den Gewerkschaften die Alleinherrschaft der Sozialdemokratischen Partei Ungarns zu brechen.

Im Februar des Jahres 1919 kam es zwar in einzelnen Fällen zum Ausschluß von Kommunisten, doch der Rundbrief der Kommunistischen Partei Ungarns vom 13. Februar 1919 machte die Mitglieder darauf aufmerksam: „es gibt keine einzige Gewerkschaft, die ausgesagt hätte, daß sie die Kommunisten aus den Reihen ihrer Mitglieder ausschließt“.<sup>86</sup> Die Kommunistische Partei Ungarns verfügte aber trotz der anfänglichen Erfolge selbst im Frühjahr 1919 noch nicht über solche Organisationen, die selbständig landesweite oder auf die Hauptstadt beschränkte Aktionen hätten durchführen können und in der Lage gewesen wären, bedeutende Massen auf das Zeichen eines zentralen Entschlusses, eines einzigen Willens zu mobilisieren, zu leiten. Daraus folgt auch, daß die Kommunistische Partei Ungarns auch organisa-

<sup>84</sup> MMTVD V. 423. – Vörös Újság, Dezember 1918. 28.

<sup>85</sup> Kende, János: A szakszervezetek szerepe a Tanácsköztársaság államában (Die Rolle der Gewerkschaften im Staat der Räterepublik). Párttörténeti Közlemények, 1974. Nr. 4. 67. – Gábor, Sándorné, op. cit.

<sup>86</sup> MMTVD V. 547.

torisch nicht darauf vorbereitet war, im Falle des Sieges der sozialistischen Revolution allein aus eigener Kraft die neuen Machtmittel auszubauen und die Regierungsmacht auszuüben. Am 21. März 1919 fusionierten die Kommunistische Partei Ungarns und die Sozialdemokratische Partei Ungarns – auf kommunistischer Plattform – unter dem Namen Sozialistische Partei Ungarns (Magyarországi Szocialista Párt, MSZP).

Die neuere historische Literatur hat vielseitig bewiesen, daß die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien politisch die grundlegende Voraussetzung für den Sieg und den Bestand der Räterepublik war. Hieraus folgt aber unseres Erachtens auch, daß die Fusion die Bewahrung der Kontinuität des im Laufe von Jahrzehnten entstandenen – und im wesentlichen auch in den Monaten nach der bürgerlich-demokratischen Revolution unverändert gebliebenen – organisatorischen Aufbaus notwendig machte.

Die Kommunistische Partei Ungarns gewann einen bedeutenden Teil der in den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei vereinigten Arbeiterschaft sowie der Schichten der Intelligenz und der Angestellten für das Programm der proletarischen Revolution. Dafür aber hatten die Kommunisten – bekanntlich – weder Zeit noch Gelegenheit, die gewonnenen Massen in einer anderen, nach bolschewistischem Vorbild zentralisierten Partei zu organisieren. Die Anpassung an den Aufbau der ungarischen Arbeiterbewegung durch die Kommunisten war eine notwendige Folge der Tatsache, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Führer die politische Plattform der Kommunisten akzeptiert hatte. Wir meinen, die von der späteren politischen und geschichtswissenschaftlichen Literatur häufig vermißte Parteisäuberung, die Trennung der Partei und der Gewerkschaften wären – trotz der unzweifelhaft bestehenden Möglichkeit ihrer prinzipiellen Rechtfertigung – nach dem Sieg der sozialistischen Revolution nicht durchführbar gewesen, ohne daß diese Maßnahmen die Existenz der Rätewacht gefährdet hätten. Béla Kun, der Führer der Kommunistischen Partei Ungarns betonte, indem er den Standpunkt der Mehrheit der Kommunisten zum Ausdruck brachte: „Unsere Aufgabe ist es, die Liquidierung des bisherigen Verhältnisses der Parteiorganisationen und der Gewerkschaften auf die Weise zu vollführen, daß hieraus der Arbeiterbewegung kein Schaden erwachse“.<sup>87</sup>

Die Stellung, die Aufgaben der Partei und der Gewerkschaften in der Diktatur des Proletariats waren zu jener Zeit Fragen, die auch in Sowjet-Rußland sich auf Grund der Erfahrungen von anderthalb Jahrzehnten erst in ihren hauptsächlich theoretischen Umrissen ausgebildet hatten. Die wichtigsten Thesen auf dem Niveau der zeitgenössischen revolutionären

<sup>87</sup> MMTVD VI. A Magyar Tanácsköztársaság. 1919. március 21. – 1919. augusztus 1. Első rész, 1919. március 21. – 1919. június 11 (Die Ungarische Räterepublik. 21. März 1919 – 1. August 1919. Erster Teil: 21. März 1919 – 11. Juni 1919). Im weiteren MMTVD VI/A. Zusammengestellt von S. Gábor, Tibor Hajdu, Gizella Szabó. Budapest 1959. – Kun Béla (1886–1939), Journalist, Mitbegründer der Kommunistischen Partei Ungarns, dann vom 21. März 1919 bis zum 1. August leitende Persönlichkeit in der Ungarischen Räterepublik.

Arbeiterbewegung kannten die ungarischen Kommunisten, und diese wurden von Béla Kun in seinen bekannten Vorträgen im Mai des Jahres 1919 über die Modifizierung des Parteiprogramms richtig interpretiert.<sup>88</sup>

Kun sah richtig, daß es bei den Verhältnissen in Ungarn nicht ausreicht, einfach die Aufgaben der Partei festzulegen, sondern daß es nötiger sei, auch die der Gewerkschaften zu umreißen. Das Wesen der theoretischen Wegweisung lautete, daß man auf die Gewerkschaften bei der wirtschaftlichen, kulturellen Aufbauarbeit und beim Schutz der Proletariermacht nicht verzichten könne. In der Praxis gliederten sich die Gewerkschaften in die proletarische Staatsmacht ein, was der militärischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Tätigkeit der Räterepublik effektiv diene.

Der Ausbau einer Partei mit dem Charakter einer zur Leitung der Diktatur des Proletariats fähigen Elite blieb aber ungelöst. Die lokalen Organisationen der Sozialistischen Partei Ungarns entstanden an mehreren Orten durch die Vereinigung der Organisationen der Kommunistischen Partei Ungarns und der Sozialdemokratischen Partei Ungarns. So wurde im VI. Bezirk auf einer gemeinsamen Konferenz die Verschmelzung ausgesprochen und das Direktorium gebildet, in das von den sozialdemokratischen und den kommunistischen Gruppen jeweils acht Mitglieder hineingewählt wurden.<sup>89</sup> In den meisten Bezirken und Orten traten die Kommunisten in die zur Organisation der Sozialistischen Partei Ungarns erklärte Gruppe der Sozialdemokratischen Partei Ungarns ein.

21. März 1919, nach der Gründung der Ungarischen Räterepublik nahm das Anschlußfieber noch weiter zu. Interessenvertretungs-, Sicherheitskräfte-, gesellschaftliche, politische Körperschaften, Leitungen, andere Organe und Gebilde traten ziemlich häufig kollektiv in die Partei ein. Der Ansturm war derart groß, daß das Sekretariat einen Aufruf herausgab: alle, deren Berufszweige eine Gewerkschaft haben, sollen sich dort zur Aufnahme melden und nicht beim Parteisekretariat.<sup>90</sup>

Die Gewerkschaften zählten Ende Juni 1919 bereits mehr als 1,4 Millionen Mitglieder (unter ihnen betrug der Anteil der Industriearbeiter und der Bergleute 38,8 Prozent). In der geschichtswissenschaftlichen Literatur kommt im allgemeinen diese Angabe als Zahl der Parteimitglieder vor, obwohl offensichtlich die Partei in einer Größenordnung von Hunderttausend Mitglieder unter der fachlich nicht organisierten, nicht proletarischen Bevölkerung hatte.<sup>91</sup> Aus all dem folgt auch, daß man die politische und wirtschaftliche Bewegung nicht einfach mit einer solchen Regel voneinander trennen konnte, die ausgesagt hätte, die Gewerkschaftsmitgliedschaft bedeu-

<sup>88</sup> Die Lehren aus Rußland verlangten eine schöpferische Anwendung, denn die Gewerkschaftsbewegung war in Ungarn wesentlich entwickelter.

<sup>89</sup> Népszava, 30. März 1919.

<sup>90</sup> MMTVD VI/A. 84.

<sup>91</sup> Szakszervezeti Értésítő, 1920, Nr. 5. 34. Über die Zahl der nach Berufen nicht erfaßten Parteigenossen haben wir keine Angaben.

te fürderhin keine Parteimitgliedschaft mehr. Ein solcher Beschluß hätte gerade die fachlich organisierten proletarischen Elemente aus der Partei ausgeschlossen.

Deshalb fand unter den kommunistischen Volkskommissaren auch der Vorschlag von János Hirossik – eines der Gründungsmitglieder der Kommunistischen Partei Ungarns – auf der Sitzung des Revolutionären Regierungsrates am 14. April 1919, die sich mit den Angelegenheiten der Partei beschäftigte, keine eindeutige Unterstützung.<sup>92</sup> Hirossik warf den Gedanken auf, man müsse Partei und Gewerkschaft voneinander trennen, letztere „solle nichts damit zu tun haben, ob ihre Mitglieder in die Parteiorganisation aufgenommen werden“. Von den sozialdemokratischen Volkskommissaren wies jede Veränderung nur Mór Erdélyi, Volkskommissar für öffentliche Verpflegung, zurück, unter Berufung darauf, daß die Gewerkschaft die Grundlage der Arbeiterbewegung sei, „feste Dinge kann man nur mit den Gewerkschaften vollbringen, deshalb sollten ihre Mitglieder unbedingt auch Parteimitglieder sein“. Laut Erdélyi lohne es sich schon deshalb nicht, die Zusammenhänge zwischen den Mitgliedschaften zu verändern, denn „die Arbeiter interessieren in erster Linie die wirtschaftlichen Fragen und erst danach die Parteiangelegenheiten“.

Auf der Sitzung des Regierungsrates, auf der Hirossik den radikalsten und Erdélyi den konservativsten Standpunkt vertrat, wurden mehrere andere Gedanken und Vorschläge vorgebracht, die zwischen diesen lagen. Die Trennlinie in der Frage des Verhältnisses zwischen der Partei und den Gewerkschaften zog sich aber bei weitem nicht zwischen den Kommunisten und den ehemaligen Sozialdemokraten. Den Standpunkt der einzelnen Führer beeinflusste vielmehr der Umstand, ob sie früher auf dem politischen oder dem wirtschaftlichen Gebiet der Arbeiterbewegung intensiver tätig gewesen waren.

Auch Zsigmond Kunfi, der sozialdemokratische Volkskommissar für Volksbildung, schlug vor, die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft beziehungsweise der Partei solle getrennt werden, weil letztere auch die Teilnahme an der Macht bedeutet „und die will sie nicht jedem geben“. Kunfi sah aber den Augenblick für die Verwirklichung der Reform noch nicht für gekommen, „in Hinblick auf das gespannte Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften“. Er wünschte als vorübergehende Maßnahme eine „harte und strenge Zensur“ zur Bekleidung jedes Vertrauenspostens einzuführen.

Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Regierungsrates hielt – im Vergleich zur Trennung der zwei Arten der Mitgliedschaften – ebenfalls die Verwirklichung zeitweiliger Maßnahmen im Interesse der Sicherung des proletarischen Charakters der Partei für leichter zu verwirklichen, so besonders das „Aussieben“, das heißt die Parteisäuberung sowie die Einführung

<sup>92</sup> Das Protokoll der Sitzung vom 14. April in MMTVD VI/A. 209–213.

eines an die Zeit der Mitgliedschaft gebundenen Zensus bei der Bekleidung der leitenden Funktionen.<sup>93</sup>

In der Diskussion führte Béla Kun das russische Beispiel an, die einheitliche und geschlossene Elite, und er schlug – quasi als ersten Schritt in die Richtung ihrer Verwirklichung – vor, es sollten jene Elemente ausgeschlossen werden, „deren Tätigkeit nicht nur unerwünscht, sondern geradezu schädlich ist“. Weiterhin warf er den Gedanken der Modifizierung des Organisationsstatuts in dem Sinne auf, daß „jeder, der in einem nichtindustriellen Betrieb ist, nur auf Vorschlag eines in einem Industriebetrieb arbeitenden Arbeiters in die Partei gelangen dürfe“. Kun stellte, unseres Erachtens, an Stelle der im gegebenen Augenblick unzweckmäßigen und aussichtslosen Forcierung der Trennung von Partei und Gewerkschaften die Sicherung des proletarischen Charakters der regierenden Partei in den Vordergrund. Auf diese Weise konnte er eher damit rechnen, daß ihm auch die sozialdemokratischen Volkskommissare zustimmen würden. Sie vertraten nämlich in der Mehrzahl die Industriegewerkschaften und beobachteten das massenhafte Einströmen von Angestellten und Intellektuellen in die Gewerkschaftsbewegung mit Argwohn.

Vilmos Böhm, der sozialdemokratische Volkskommissar für Kriegswesen, stimmte dem zu, daß „die Partei tatsächlich von den Proletariern angeführt werden soll“; er unterstützte die Einführung des Zensus zur Bekleidung der leitenden Ämter mit der Voraussetzung von einigen Monaten Mitgliedschaft für Arbeiter, für andere Beschäftigte aber von einem längeren Zeitraum. Zoltán Rónai, der sozialdemokratische Volkskommissar für Justiz, wünschte das in der provisorischen Verfassung der Räterepublik festgelegte Wahlrecht,<sup>94</sup> das die ehemaligen Ausbeuter, Händler und Priester ausschloß, zur Voraussetzung der Parteimitgliedschaft zu machen. Diesen Gedanken ergänzte der kommunistische Volkskommissar für Inneres, Jenő Landler, nach dem „nur der Parteimitglied werden dürfe, der Industrie- oder Landarbeiter ist. Keinesfalls kann es jemand werden, der nach unserer Verfassung kein Wahlrecht besitzt. Auf einen Vorschlag hin sollte auch nur der Mitglied werden dürfen, der der Gewerkschaft angehört.“ Landler hielt die Institution der Kandidatur für die Mitgliedschaft mit der Schaffung „der Körperschaft der Sympatisanten“ für vorstellbar.<sup>95</sup> Er stimmte der Einführung des Zensus für die Vertrauensposten zu. Als Zusammenfassung der Diskussion schlug Kun – für alle annehmbar – die völlige Umarbeitung des Organisationssta-

<sup>93</sup> Kende, János: Szakszervezeti vita a Tanácsköztársaságban (Gewerkschaftliche Diskussion in der Räterepublik). Im weiteren: Gewerkschaftl. Diskussion. In: A magyar szakszervezetek a Tanácsköztársaságban (Die ungarischen Gewerkschaften in der Räterepublik). Budapest 1970. 33–34. – Zsigmond Kunfi (1879–1929), Lehrer, ab 1909 Mitglied der Leitung der KPU, einer der hervorragenden Theoretiker und Publizisten der Partei.

<sup>94</sup> MMVTD VI/A. 102.

<sup>95</sup> Vgl. Szabó, Ágnes: Landler Jenő (Jenő Landler). Budapest 1974. 155.

tuts vor; zu diesem Zweck gründete der Regierungsrat eine gesonderte Kommission.

Die Stellungnahmen der Sitzung der „Parteiführung“ am 14. April beweisen, daß sowohl für die Anhänger der Bewahrung der wesentlichen Elemente des status quo (bei weitem nicht ausschließlich nur die Sozialdemokraten) als auch die, die tiefgreifende Reformen wünschten (bei weitem nicht ausschließlich nur die Kommunisten) vorerst noch die Erhaltung der die Grundlage der Macht des Proletariats bildenden Einheit das primäre Ziel war.

Obwohl der Fortbestand der traditionellen Konstruktion den Interessen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer entsprach, waren auch sie nicht in jeder Hinsicht mit den organisatorischen Verhältnissen zufrieden. Sie vertrauten den während der revolutionären Welle eingeströmten Massen nicht. „Die Massen, die sich angeschlossen haben, können nicht entsprechend erzogen sein. Ihre Erziehung im gewerkschaftlichen und sozialistischen Geist ist die wichtigste und dringendste Aufgabe“, meinte das Organ des Gewerkschaftsrates.<sup>96</sup>

Die Gewerkschaftsführer befürchteten auch, daß sich als Ergebnis des Ausiebens und anderer Reformen die kommunistische Konzeption des Parteaufbaus verwirklicht und auf diese Weise ihr politischer Einfluß nachläßt, eventuell aufhört zu existieren. Diese Befürchtung wurde in den Kommentaren von Samu Jászai zu den Vorträgen von Béla Kun im Mai formuliert. Der Sekretär des Gewerkschaftsrates betonte: nicht nur die fachlichen Organisationen, sondern auch die Parteiorganisationen und die Räte verfügten über zahlreiche Mitglieder, die politisch ungeschult seien, und er meinte, auch die Stellung und die Aufgaben der Parteiorganisationen müßten entsprechend den neuen Bedingungen formuliert werden, nicht nur die der Gewerkschaften.<sup>97</sup>

Daß die Gewerkschaftsführer beleidigt und entschlossen waren, ihre Positionen zu verteidigen, zeigte sich unter anderem auch darin, daß Jászai in den Berichten des Fachrates auch solchen extremen, die Omnipotenz der Gewerkschaften fordernden Äußerungen Raum gab, nach denen die Partei ihre Rolle erfüllt hätte, sie fürderhin keine Existenzberechtigung mehr habe, eine selbstbewußte proletarische Politik nur von den Gewerkschaften zu erwarten sei.<sup>98</sup>

Sándor Propper, ein sozialdemokratischer Politiker, Mitglied der Leitung der Gewerkschaft der Holzarbeiter, forderte zwar nicht die Legitimierung der Partei, doch verkündete er die Unabhängigkeit und die Priorität der Gewerkschaften und des Fachrates. Propper schrieb beinahe herausfordernd, er sei sich dessen bewußt, daß seine Ansichten nicht mit dem Standpunkt der

<sup>96</sup> Szakszervezeti Értésítő, 24. Mai 1919. 45.

<sup>97</sup> Ebd., 15. April 1919.

<sup>98</sup> Ebd., 31. Mai 1919. 54, der Artikel ist ohne Unterschrift erschienen.

„regierenden Kreise“, also den von Béla Kun geführten Kommunisten übereinstimmen.

Die zur Ausarbeitung des Organisationsstatuts entsandte Kommission setzte inzwischen das Delegierungsverhältnis des Parteikongresses auf die Weise fest, daß jede Organisation bis zu tausend Mitgliedern durch einen, nach weiteren jeweils 2500 Mitgliedern durch noch einen Delegierten auf dem Parteikongreß vertreten werden durfte; die Grundlage für die Feststellung der Zahl der Mitglieder bildete der eingezahlte Parteibeitrag im Zeitraum zwischen dem 15. März 1918 und dem 15. März 1919.<sup>99</sup>

Auf diese Weise kam das Gewicht der nach dem Sieg der Räterepublik eingeströmten Massen der Kleinbürger und Angestellten nicht zur Geltung, doch kam die Übermacht der in bedeutendem Maße von Sozialdemokraten geführten großen Industriegewerkschaften zum Ausdruck. An sich war natürlich das Entsendungsverhältnis bei der politischen Zusammensetzung des Parteikongresses nicht entscheidend, stellte aber darin keinen zu vernachlässigenden Faktor dar, daß die Mehrheit der Delegierten sozialdemokratischer Einstellung war.<sup>100</sup>

Die Ausarbeitung des Entwurfs des Organisationsstatuts leitete der Sozialdemokrat István Farkas, der Leiter des Parteisekretariates. Er war auch der Referent dieser Frage auf dem Parteikongreß. In seinem Referat verwarf Farkas ausgesprochen jede Parteikonzeption, die auch nur gewünscht hätte, den Charakter der vereinigten Partei dem der Partei der Bolschewiki anzunähern. Er wies die früher aufgekommenen Vorstellungen über die Sicherung beziehungsweise Schaffung des proletarischen Charakters der Partei und ihrer politischen Homogenität zurück und er verwarf das Aussieben und die Mitgliedschaftskandidatur.<sup>101</sup>

Der Entwurf des Organisationsstatutes<sup>102</sup> baute auch weiterhin auf die Verknüpfung der Partei- und Fachorganisationen auf. Die wichtigste Maßnahme in dieser Hinsicht sagte nach wie vor aus, daß die Parteimitglieder, wenn sie zu Berufen gehören, die über Organisationen verfügen, verpflichtet seien, in die entsprechenden Gewerkschaften einzutreten, und die landesweite Parteiabgabe auch bei den Gewerkschaften eingezahlt werden könnte. Gültig blieb das Recht der Gewerkschaften, unmittelbar Delegierte zum Parteikongreß zu entsenden.

In der Diskussion über das Organisationsstatut bezeichneten es mehrere kommunistische Redner für notwendig, die Partei und die Gewerkschaften voneinander zu trennen, József Nemetz aber, der kommunistische Delegierte aus Gyöngyös, wies auch auf die Probleme hin, die die sogleich durchgeführte

<sup>99</sup> Ebd., 7. Juni 1909. 68.

<sup>100</sup> Vgl. Hajdu, Tibor, op. cit. 256.

<sup>101</sup> MMTVD VI/B. 44. – István Farkas (1869–1944), Schuhmacher, einer der Führer der Gewerkschaft der Schuhmacher und Lederarbeiter, 1911 Sekretär der SPU.

<sup>102</sup> MMTVD VI/B. 53–58.

Trennung verursachen würde, und zwar besonders in der Provinz. Nemetz betonte entsprechend der tatsächlichen Lage, daß in den Städten, in größeren Gemeinden jede Parteiorganisation von den fachlichen Organisationen ausgehe und nur die Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften könne zum Ergebnis haben, „selbstbewußte Proletarier zu erziehen“.<sup>103</sup>

Also hatte sich auch unter den Kommunisten noch keine einhellige Auffassung hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften, und besonders in bezug auf die konkreten Methoden und den Zeitpunkt der Umorganisation herausgebildet. (Dies hatte im übrigen bereits die Diskussion der Sitzung vom 14. April bewiesen.) Wäre der Farkas-Entwurf zu einem Beschluß erhoben worden, so hätte dies wiederum die Stellung der sozialdemokratischen Schicht der Gewerkschaftsführer gestärkt. Deshalb hielten es die Kommunisten für zweckmäßiger, wenn es auf dem Kongreß nicht zur Annahme des Organisationsstatuts kam, sondern eine aufschiebende Entscheidung gefällt wurde.<sup>104</sup> Dieser Lösung stimmten auch die Sozialdemokraten zu, denn die deutsche Gruppe wünschte eine weitgehende Autonomie für die Nationalitätengruppen. Dies solle nicht zurückgewiesen werden, doch hätte die Annahme der Forderungen – mit den Worten von István Farkas – eine Veränderung des Organisationsstatuts „von Grund auf“ bedeutet. Die Parteiversammlung überwies den Entwurf per Beschluß an die Parteileitung, damit der „Parteiausschuß auf seiner Sitzung die Frage klären und mit vorläufiger Gültigkeit bis zur nächsten Parteiversammlung in Gültigkeit erhalten soll“.<sup>105</sup>

Zur Klärung der grundlegenden prinzipiellen und praktischen Fragen, dazu, daß sich aus der vereinigten Partei eine kommunistische Partei nach dem Vorbild der Bolschewiki entwickelte, wäre ein noch längerer Zeitraum notwendig gewesen. Die Verwirklichung jener Beschlüsse und Vorstellungen des Revolutionären Regierungsrates, deren Vollstreckung ausschließlich oder zum größten Teil von den inneren Bedingungen abhing, ermöglichte auch die gegebene Struktur der Bewegung. Die notwendige Verspätung der grundlegenden Umorganisation spielte bei der Schwächung der Räterepublik keine Rolle.

<sup>103</sup> Népszava, 15. Juni 1919.

<sup>104</sup> Kende, János: Gewerkschaftl. Diskussion. 39.

<sup>105</sup> MMTVD VI/B. 49.

## II. DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI UNGARNS IM ERSTEN JAHRZEHT DES KONTERREVOLUTIONÄREN SYSTEMS

### 1. DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN POLITISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN ORGANISATIONEN VOM STURZ DER RÄTEREPUBLIK BIS ZU DEN WAHLEN IM JAHRE 1922

Die historische Literatur hat sich bereits mit mehreren wesentlichen Fragen der Partei- und der fachlichen Bewegung der Sozialdemokratie in den 1920er Jahren beschäftigt.<sup>1</sup> Die Bücher und Studien, die sich mit diesem Themenkreis befassen, berühren auch Details des Aufbaus, des Funktionierens der Bewegung, doch läßt die zusammenhängende Behandlung des Themas noch auf sich warten. Dabei beweist den Nutzen der Bearbeitung der Fragen der Organisation auch der Umstand, wie sehr der Band über die organisatorische Entwicklung der Kommunistischen Partei Ungarns das historische Bild von der kommunistischen Bewegung bereichert, nuanciert hat.<sup>2</sup>

Im August des Jahres 1919, nach dem Rücktritt des Revolutionären Regierungsrates, nach dem Sturz der Räterepublik, setzte eine einzige Körperschaft der ungarischen Arbeiterbewegung ihre Tätigkeit fort: das Exekutivkomitee des Gewerkschaftsrates. Den Funktionären des Gewerkschaftsrates stand auch eine amtliche Institution, das Sekretariat des Exekutivkomitees zur Verfügung.

Die Tätigkeit der Gewerkschaftsführer war bei der Pogromstimmung des Weißen Terrors nicht ohne jedes Risiko.<sup>3</sup> Trotzdem stellte die Tatsache für sie einen Schutz dar, daß sie keine herausragende öffentliche Rolle in der Diktatur übernahmen. Allgemein bekannt war auch, daß ihre Opposition

<sup>1</sup> Serfözö, Lajos: Magyarországi Szociáldemokrata Párt a parlamentben. 1922–1926 (Die Sozialdemokratische Partei Ungarns im Parlament. 1922–1926). Budapest 1967. – Fehér, András: A Magyarországi Szociáldemokrata Párt és az ellenforradalmi rendszer 1919. augusztus – 1921. (Die Ungarische Sozialdemokratische Partei und das konterrevolutionäre System. August 1919 – 1921). Budapest 1969. – Szabó, Ágnes: A Kommunista Magyarországi Pártjának újjászervezése. 1919–1925 (Die Neuorganisierung der Ungarischen Kommunistischen Partei. 1919–1925). Budapest 1970. – Die Studien von György Borsányi und József Szekeres in: Tanulmányok a magyarországi szakszervezeti mozgalom történetéből. Hrsg. Ernő Kabos. Budapest 1969. – Die Studie von Péter Sipos in: Studies on the History of the Hungarian Trade Union. Ed. by Ernő Kabos – András Zsilák. Budapest 1978.

<sup>2</sup> Legyőzhetetlen erő (Unbesiegbare Kraft). Hrsg. Tibor Erényi und Sándor Rákosi. Budapest 1974.

<sup>3</sup> Die Kommandantur der rumänischen Truppen gab zwar am ersten Tage der Besetzung auf Plakaten bekannt, daß sie der Arbeit der Gewerkschaften keine Hindernisse in den Weg legen werde, sofern diese den wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder diene (Szakszervezeti Értesítő, 13. September 1919).

gegenüber den Kommunisten und dem Rätestaat vom Juni 1919 ab, nachdem die Rote Armee auf die Forderung der Entente hin die im nördlichen Feldzug besetzten oberungarischen Gebiete geräumt hatte, immer mehr zunahm. Und andererseits war es in der Anfangsphase der Neuorganisierung der kapitalistischen Ordnung für die Vertreter der Entente, für die ungarische Regierung sowie die Führer der kapitalistischen Interessenvertretungen gleichermaßen unvermeidlich, Kontakt mit den als die Vertreter der Arbeiterschaft anerkannten Funktionären zu unterhalten. Mitte August verhandelten die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer Gyula Peidl, Mór Preusz, Lajos Kabók und Károly Peyer sowie die Führer der Interessenvertretung der Industriellen, Ferenc Chorin, Miksa Fenyő und Lóránt Hegedüs gemeinsam mit dem englischen General Gorton und dem amerikanischen General Bandholtz über die Einschränkung der politischen Verfolgung und die Aktionen der Fabriksdemontage der rumänischen Besatzungsarmee, und sie überreichten in beiden Fragen eine Petition.<sup>4</sup> Dieses Auftreten ging über den Rahmen der traditionellen gewerkschaftlichen Tätigkeit hinaus und war ein Vorgehen, das die Aufgabe einer politischen Partei gewesen wäre.

In den Wochen nach dem Sturz der Räterepublik versah das Exekutivkomitee des Gewerkschaftsrates die Aufgaben der sozialdemokratischen Parteileitung, und war die Basis, der Kristallisationspunkt der Neuformierung der Partei. Die Tätigkeit der politischen Parteiorganisationen ruhte, während es in den Gewerkschaften auch weiterhin gelang, die Verbindungen zur Mitgliedschaft und die Kontinuität der Leitung zu erhalten. Das entscheidende Moment war nicht, daß sie auf politischem Gebiet vorübergehend die Partei ersetzten, denn in dieser Hinsicht beschränkte sich ihr Bewegungsraum höchstens auf die Gespräche mit den bürgerlichen Politikern, den Entente-Offizieren und den Diplomaten. Die traditionellen Aufgabenbereiche der wirtschaftlichen Arbeitervereine erhielten jedoch in der gegebenen Lage einen neuen Inhalt, eine neue Bedeutung.

Die Unterstützungstätigkeit kann man nicht ausschließlich als „gute Tat“, als apolitische karitative Tätigkeit betrachten. Dieser Tätigkeitsbereich verknüpfte die Arbeiter – über seine soziale Bedeutung hinausgehend – mit festen emotionalen Banden mit den Gewerkschaften, und darüber hinaus mit der Arbeiterbewegung, und gesellschaftlich verstärkte es die inneren Bindungen des Proletariats als Klasse, trieb ihre Kohäsion voran. Die Arbeiter spürten zu Recht, daß in der feindlichen, kalten Gesellschaft ihnen nur die organisierte Solidarität ihrer Klassengefährten in ihrem Ausgeliefertsein, ihrem Elend zur Hilfe eilt. „Die Verwirklichung der verschiedenen Unterstüt-

<sup>4</sup> Hoover Institution Archives (im weiteren: HIA). ARA. Paris 74. – Die politische Arbeiterpartei ist ohne Führung geblieben – so charakterisierte das Organ des Fachrates die Situation –, deshalb rief das Exekutivkomitee des Fachrates die alten Gewerkschaftsführer zusammen, wählte eine provisorische Kommission, die mit den zuständigen Kreisen über die Beendigung der politischen Verfolgung und die Sanierung der kritischen politischen Situation verhandelte (Szakszervezeti Értesítő, 11. September 1919).

zungsarten trug in großem Maße zur Entwicklung des Fachvereins und seiner Erhaltung in den krisengeschüttelten Zeiten bei. Die durch die gegenseitige Unterstützung zum Ausdruck kommende Solidarität verband unsere Berufskollegen enger miteinander. Inmitten der unnachgiebigsten Verfolgung trieb sie die Treue zur Institution voran und half, den Verein zu erhalten“, stellte der Jubiläumsbericht der Schuhmacher fest.<sup>5</sup>

Nach dem Sturz der Räterepublik meinten selbst sehr viele der klassenbewußten Arbeiter, daß die Bewegung in Ungarn auf lange Zeit zusammengebrochen sei. Das Gefühl des Verlassenseins, des Ausgeliefertseins wurde noch dadurch gesteigert, daß jenes Gefühl des Geschütztseins beziehungsweise jenes Bewußtsein der Macht, das während den Revolutionen die Beeinflussung beziehungsweise der Besitz der Macht garantiert hatten, nun nicht mehr vorhanden war. Ein ziemlich augenscheinlicher Beweis dafür war, daß die Regierung sogleich die Zahlung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung einstellte. Nun zahlten die Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung – wegen der ruhenden Produktion die einzige Einnahmequelle sehr vieler Arbeiterfamilien – aus ihrer eigenen Kasse. Die Opfer der politischen Verfolgung und ihre Familienmitglieder konnten zu den hohen Anwaltskosten ebenfalls von den Gewerkschaften Unterstützung erhoffen, so wie sich auch die Kriegsinvaliden, die Behinderten, die Witwen und die Waisen in erster Linie hierher wenden konnten.<sup>6</sup>

Die Arbeiter suchten aber selbst in diesen schweren, bedrückenden Tagen die Gewerkschaften nicht nur wegen der Unterstützungen auf. Für die Werktätigen waren die in ganzen Etagen von Verbandszentralhäusern oder Wohnhäusern, in gesonderten Räumen von Gaststätten gemieteten Räumlichkeiten der Fachabteilungen traditionelle Zentren des kollektiven Lebens, des Politisierens, die sie regelmäßig besuchten. Für Nachrichten, Informationen und überhaupt um aktuelle Geschehen zu diskutieren, kamen die Arbeiter in den Fachverein. In den langen, zeitunglosen Wochen des Frühherbstes 1919, als die wildesten Gerüchte in der Stadt umgingen, als es vollkommen unsicher war, was im und mit dem Land geschieht, kam diese zur Konditioniertheit gewordene Gewohnheit trotz der Befürchtungen, trotz der Angst zur Geltung. Wenn auch das Leben der Organisationen nicht mit der bewegten, fieberhaften Tätigkeit der revolutionären Monate zu vergleichen war, zeigte sie trotzdem eine Lebhaftigkeit. Schließlich war diese Aktivität nicht unbedingt mit der Teilnahme an einer Demonstration, einem Streik oder einer anderen Aktion zu vergleichen, sondern bedeutete auch die Teilnahme am Verteidigungs-, die Rechte bewahrendem Kampf. Es gibt historische

<sup>5</sup> Hubai, János: A cipésmozgalom ötven éve 1878–1928 (Fünfzig Jahre Schuhmacherbewegung 1878–1928). Budapest 1928. 17.

<sup>6</sup> Vom 1. August 1919 bis zum 31. Oktober 1919 zahlten die Gewerkschaften an 114 174 Personen mehr als anderthalb Millionen Kronen Unterstützung aus (Szakszervezeti Értésítő, 15. November 1919).

Situationen, in denen die Präsenz eine Stellungnahme, Aushalten und Treue ausdrückt. Das Verhalten der organisierten Arbeiter war ein bestimmender Faktor der Existenz der Arbeitsbewegung und ein Zeichen dafür, daß der Rückzug nicht alle ihre Organisationen und Institutionen mit sich riß.

Die Gewerkschaftsführer wollten im Herbst des Jahres 1919 die verbliebene Energie der Bewegung im Interesse einer politischen Entfaltung nutzen, die soviel wie möglich zumindest von den bürgerlich-demokratischen Freiheitsrechten, Errungenschaften, aus dem Elan vom Jahre 1917/18 und aus den Kämpfen der Herbststernrevolution hinüberretten sollte. Die Sozialdemokraten hofften unverändert auf den Eingriff der Entente, da die Großmächte sozusagen „eine demokratische Richtung vertreten“.<sup>7</sup>

Es war anzunehmen, daß sich früher oder später eine Koalitionsregierung bilden würde, in der auch die sozialdemokratische Partei eine Vertretung erhielt. Das machte die Neugründung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns zu einer dringlichen Aufgabe, da ja die Gewerkschaftsführer in ihrer Eigenschaft nicht als Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung auftreten konnten. Es schien auch vorstellbar zu sein, daß die neue Regierung auf Grund des allgemeinen geheimen Wahlrechts Wahlen ausschreiben werde, was die Neuorganisation der Partei ebenfalls als dringlich erscheinen ließ. Ernő Garami, der am 20. oder am 21. August aus seiner Emigration während der Räterepublik zurückkehrte, erklärte dem Korrespondenten einer Wiener Zeitung, daß er hoffe, die Entente wolle die Krise in demokratischem Sinne lösen, mit der Teilnahme der Arbeiterschaft und des freigesinnten Bürgertums, und deshalb müsse man so schnell wie möglich auf die Konsolidierung der sozialdemokratischen Partei drängen, damit die Arbeiterklasse in der Nationalversammlung entsprechend ihrer Kraft vertreten sei.<sup>8</sup>

Als Garami heimkehrte, liefen die Vorbereitungen zur Neukonstituierung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns bereits auf Hochtouren. Mehrere Mitglieder des Exekutivkomitees des Gewerkschaftsrates sowie Farkas, der Sekretär der Partei, nahmen an der organisatorischen Arbeit teil.<sup>9</sup>

Die Führer besuchten die Räumlichkeiten der Fachgruppen, nahmen an den Besprechungen der Organisationskomitees, der Leitungen teil, um in Erfahrung zu bringen, wen die Arbeiter gern in der Leitung der Partei sehen würden. Auf diese Weise konnte gesichert werden, daß die Initiatoren der

<sup>7</sup> Szakszervezeti Értésítő, 13. September 1919.

<sup>8</sup> Hadtörténelmi Intézet Levéltára (Archiv des Instituts für Kriegsgeschichte, im weiteren: HL). VKF-1919. II. 97. MTI Bizalmas Értésítések (Vertrauliche Nachrichten des Ungarischen Depeschbüros) 23. August 1919.

<sup>9</sup> Párttörténelmi Intézet Archivuma (im weiteren: PIA) 747. f. Sándor Proppers Memoiren 238. – 658. f. Bündel 1. Protokoll des Kongresses vom 24. August 1919, Referat von Károly Peyer. – Sozialdemokratische Flugschriften, Nr. 2, Artikel mit der Unterschrift RM (Verfasser mit ziemlicher Sicherheit Mór Rothenstein). – PIA 689. (I) 3. Péter Ágostons Tagebuch, Eintragung vom 21. August 1919.

Neuformierung sich nicht im luftleeren Raum bewegten, sondern zumindest mit einem Teil der Mitgliederschaft den Kontakt aufnahmen, ihre Stimmung, und ihre Vorstellungen kennenlernten. Die größeren Berufsgruppen beanspruchten eindeutig eine größere Vertretung in der neuen Parteileitung, doch war auch ihr gemeinsamer Wunsch, daß die „übriggebliebenen Mitglieder der alten großen politischen Garde“ an der Leitung teilnehmen sollten.<sup>10</sup>

Der auf dem Kongreß angenommene Beschlußentwurf sagte bekanntlich die Neuformierung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns auf Grund des Parteiprogramms aus dem Jahre 1903 und des (in einigen Details inzwischen modifizierten) Organisationsstatutes aus dem Jahre 1908 aus und erklärte, daß die Partei nicht zur III., sondern zur II. Internationale gehöre.<sup>11</sup>

Die allgemeine politische Leitlinie des Kongresses wurde durch die Verleugnung der Räterepublik, durch einen sehr scharfen Antikommunismus charakterisiert. Károly Peyer – zu jener Zeit Sekretär der Gewerkschaft der Bergarbeiter – sprach in seinem Referat von einem „schmutzigen System“, von „kommunistischem Dreck“, von „Abenteurerpolitik“. Der im Namen des die Beratung einberufenden Komitees vorgelegte Entschlußentwurf überwiegt die Beurteilung der Aufnahmeersuchen der sich an die Partei anschließen wollenden Körperschaften und einzelnen Personen in den Zuständigkeitsbereich der neu zu wählenden Führung und des Sekretariats, dabei betonend, daß Vertrauensämter nur der bekleiden dürfe, der mindestens seit fünf Jahren Mitglied irgendeiner zum Fachrat gehörenden Gewerkschaft sei, ausgenommen den Fall, wenn es sich um eine neuere Körperschaft, von vor dem 20. März 1919 handle. Auf Grund des Dokuments sind jene, die in der Räterepublik Taten, die der sozialistischen Moral widersprechen, begangen haben, „nicht in den Verband der Partei aufzunehmen“, jene, die „exponierte politische Stellungen bekleideten“, durften in der neuformierten Partei keinen wichtigen Vertrauensposten erhalten.

Der konkrete, genaue Inhalt der Formulierungen, „die Verletzung der sozialistischen Moral“, „exponierte politische Stellung“ wurde nicht bestimmt. Auf diese Weise konnte nämlich das Sekretariat und die Leitung die Kriterien vollkommen nach ihrer eigenen Auslegung – man konnte sagen: personenbezogen – anwenden, und ihre Vorstellung über die Regulierung der Zusammensetzung sowohl der Partei- und Gewerkschaftsleitung der unteren Ebene als auch der Mitgliederschaft mit Diskretionsrecht durchsetzen.

Der im Namen der Holzarbeiter-Gewerkschaft vorgelegte Beschlußentwurf ging viel weiter und forderte ausdrücklich, daß all jene, die „an der kommunistischen Arbeit teilgenommen haben, nicht an der neuen Formierung teilnehmen sollen“. Diese Vorlage wollte also all jene von der Partei fernhalten, die in irgendeiner Form eine Aufgabe, eine Rolle in der Räterepublik übernommen hatten.

<sup>10</sup> PIA Sándor Propper, a.a.0.241.

<sup>11</sup> Fehér, András, op. cit.16.

Die Vorschläge, die den allgemeinen Ausschluß der Sozialdemokraten forderten, die in der Räterepublik ein Amt übernommen und mit den Kommunisten zusammengearbeitet hatten, fanden keine Unterstützung. Dezső Biró, der Leiter der Gewerkschaft der Buchbinder, erklärte, es sei unmöglich, jeden auszulassen, der irgendeine Rolle in der Diktatur gespielt hatte. Und Benő Martos, der Delegierte aus Gyula, formulierte das Wesen des Problems eindeutig: „man kann die neue Partei nicht mit neuen Leuten machen“.

Es war nämlich offensichtlich, daß die über den offiziellen Beschlußentwurf hinausgehenden Maßnahmen nicht nur den Kommunisten die Tore der Sozialdemokratischen Partei Ungarns verschließen würden, sondern daß auch ziemlich viele sozialdemokratische Führer, Funktionäre auf mittlerer und unterer Ebene nicht in die Partei gelangen könnten. Die praktische Tätigkeit der Diktatur des Proletariats basierte im wirtschaftlichen, im kulturellen, im gesellschaftlichen Leben, in den militärischen Angelegenheiten unmittelbar auf den Gewerkschaften. Ziemlich viele organisierte Arbeiter übernahmen Funktionen in irgendeiner – wenn auch nicht unbedingt politischen – Körperschaft, führten einen offiziellen Auftrag durch. Und wenn nicht auf andere Weise, so dienten sie als Rote Soldaten der Diktatur des Proletariats. Der Ausschluß dieser zahlenmäßig bedeutenden, die Masse der Aktiven der Bewegung bildenden Schicht hätte in erster Linie nicht die in die Illegalität gedrängte kommunistische Partei getroffen, sondern hätte die legale Partei- und Gewerkschaftsbewegung eines bedeutenden Teils ihrer erfahrenen, selbstbewußten Arbeiterbasis beraubt. Der Schutz der sozialdemokratischen Stammgarde veranlaßte auch die gegen den Weißen Terror vorgebrachten Wortmeldungen und den ähnlichen Vorschlag von Dezső Biró (einem der Führer der Gewerkschaft der Buchbinder), den einzigen Vorschlag, den der Kongreß außer dem offiziellen Entwurf annahm. Peyer hatte nämlich die Beratung ersucht, sie solle die Vorschläge über die Vergeltung, die Säuberung, zur Parteileitung zum weiteren Verfahren überweisen, daß heißt diese – sinngemäß – ad acta zu legen.

Die prinzipielle Kommunistenfeindlichkeit durchdrang im gesamten konterrevolutionären Zeitraum die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, bestimmte die Darstellung der inneren Lage der Arbeiterklasse in der Agitation und der Propaganda, in der Presse, auf den Versammlungen, im geschlossenen Kreis und öffentlich gleichermaßen. Ja, dabei handelte es sich nicht einmal um eine Schaufensterpolitik, um ein Einschläfern im Interesse der Bewahrung der Legalität. Die zahllosen Äußerungen innerhalb der Partei und Direktiven beweisen: ein großer Teil der Partei- und Gewerkschaftsleiter teilte den bekannten Standpunkt von Garami, wonach die Sozialdemokratie und der Bolschewismus keine einander folgenden Stufen der Entwicklung sind, sondern einander negierende, ausschließende Ideenströmungen.

Zwischen den Prinzipien der politischen Parteien und ihrer praktischen Politik ist aber der Abgrund notwendigerweise gegeben. Die ideellen Glau-

bensbekenntnisse besitzen zumeist einen deklarativen Wert. In die Praxis gelangt von den Manifestationen, was unter den gegebenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Bedingungen zu verwirklichen ist. Und noch ein Gesichtspunkt: das Zur-Geltung-Kommen der Ideologien der Parteien kann man nur auf Grund des Überblicks über einen längeren geschichtlichen Zeitraum ermessen. Außerdem muß man auch beachten, daß die prinzipiellen Stellungnahmen immer aktuellen, mit dem Augenblick ihrer Entstehung verbundenen Propagandazielstellungen dienen. In den Äußerungen gibt es also auch inhaltliche Momente, die die Atmosphäre der Entstehung der Programme, der Beschlüsse zum Ausdruck bringen, und die im Verlaufe der Zeit mit der Veränderung der Umstände verblassen, sekundäre Bedeutung bekommen. Diese rhetorischen Sentenzen, Phrasen muß man bei der Analyse der Ideologie einer Partei abziehen, und besonders dann, wenn wir die praktische Anwendung der Prinzipien untersuchen.

Der Antikommunismus war ein grundlegender Wesenszug der Ideologie und der Politik der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und der Gewerkschaften. Im Innenleben der legalen Arbeiterbewegung war aber diese prinzipielle Attitüde nicht restlos zu verwirklichen, nicht einmal im Zeitraum unmittelbar nach dem Sturz der Räterepublik, wobei während des gesamten konterrevolutionären Vierteljahrhunderts in dieser Zeit die schärfsten antikommunistischen Äußerungen in die Parteidokumente sowohl auf dem Kongreß als auch in die ab Ende September erneut erscheinende Népszava eingingen.

Die Gewerkschaften beanspruchten für sich auf ihrem Kongreß am 24. August 1919 größere Kontrollrechte als früher. In entschiedenem, ja drohendem Ton formulierte Lajos Kabók, ein Sekretär der Metallarbeiter, ihren Standpunkt: „Die Parteiangelegenheiten müssen vor der ganzen Parteiführung, der Gesamtheit der Parteiführer behandelt werden. Es ist nicht nötig, daß gesonderte Fraktionen entstehen... Das, was in der Vergangenheit geschah, können wir nicht mehr tolerieren... Der Metallarbeiter-Verband nimmt nur dann an der Parteileitung teil, wenn diese Politik befolgt wird. Wenn wir bemerken, daß die Parteileitung eine Kulissenpolitik verfolgt, werden wir in dem Moment nicht mehr bereit sein, an einer solchen Arbeit teilzunehmen.“

Die gewachsene Bedeutung der Fachverbände kam auch in der Zusammensetzung der neu gewählten (vorläufigen) Parteiführung zum Ausdruck. Von den elf Mitgliedern waren sechs (Lajos Kabók, Ferenc Knittelhoffer, Ferenc Miákits, Károly Peyér, Gyula Peidl und Imre Szabó) Gewerkschaftsführer; ihre Hegemonie wurde im späteren noch vollkommener, da Ernő Garami und Manó Buchinger in die Emigration gehen mußten, Sándor

Csizmadia ein Renegat wurde, so daß István Farkas der einzige Parteifunktionär in der Körperschaft blieb.<sup>12</sup>

Auf dem Kongreß im August des Jahres 1919 trat Károly Peyer zum ersten Mal als führende-tonangebende Persönlichkeit in den Angelegenheiten der Bewegung auf. Schon damals äußerten sich zwei markante Eigenschaften des Sekretärs der Gewerkschaft der Bergleute: seine Kommunistenfeindlichkeit sowie seine pragmatische, praktische Anschauung, seine Neigung zum geschickten Taktieren. Mit ihm und seinen Gefährten trat die von der Emigration „zweite Garnitur“ genannte Gruppe ihr Amt an. Ihre Genese ging von der wirtschaftlichen Bewegung aus, was mehrere charakteristische Züge ihrer späteren Tätigkeit erklärt. Peyer wies selbst auf dem 1924er Kongreß darauf hin, daß jene die politische Führung übernommen hätten, die „in erster Linie eher Gewerkschaftsleute sind und erst in zweiter Linie politische Leute, die diese ganze politische Tätigkeit nur als eine Nebenbeschäftigung ansehen, da sie in den Gewerkschaften und an anderen Orten wirken mußten“.<sup>13</sup>

Die Frage der Trennung von Partei und Gewerkschaften wurde im Herbst des Jahres 1919 nicht nur wegen des veränderten Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Zweigen von der Tagesordnung genommen. Es war offensichtlich, daß die Arbeiterbewegung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens einen harten Kampf für die elementaren Bedingungen ihrer Tätigkeit würde ausfechten müssen, und zur umfassenden Leitung dieses Kampfes war nur die politische Partei geeignet.

Den Beweis der Zusammengehörigkeit der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften machte auch die Stärkung der christlich-sozialen und das Auftreten der „nationalen“ Arbeiterparteien, Ligen usw. dringend notwendig. Am 23. September organisierte die Sozialdemokratische Partei Ungarns in sieben Räumen der Hauptstadt sowie in der Nördlichen und in der Istvántelek-Hauptwerkstatt Versammlungen, die eine rege Teilnahme zu verzeichnen hatten. Auf allen Zusammenkünften wurde ein Beschlußentwurf identischen Textes angenommen, nach dem die Versammlung „mit Beruhigung und Freude die am 24. August laufenden Jahres vollzogene Neugründung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns zur Kenntnis nimmt und ihren Anschluß zur Partei ausspricht“.<sup>14</sup> Die Veranstaltungsreihe stellte auch

<sup>12</sup> Von den 11 Personen, die auf dem Kongreß im Februar 1918 gewählt wurden, waren nur 5 Gewerkschaftsführer: Dezső Bokányi, Sándor Garbai, Ferenc Miakits, Károly Peyer und Gyula Peidl. A Magyar Munkásmozgalom Történetének Válogatott Dokumentumai (Im weiteren: MMTVD). IV/B. Zusammengestellt von S. Gábor, Tibor Hajdu, Gizella Szabó. Budapest 1959. 456.

<sup>13</sup> A Magyarországi Szociáldemokrata Párt (Die Sozialdemokratische Partei Ungarns, im weiteren: SPU). Prot. des XXII. PK der SPU im Jahre 1924. Budapest 1924. 205. – Károly Peyer (1881–1956) Maschinenschlosser, ab 1907 Funktionär der Metallarbeitergewerkschaft, ab 1917 Mitglied der Leitung der SPU, ab 1913 lenkt er die Organisierung der Bergleute, ab 1918 Sekretär der Bergmannsgewerkschaft, 1922 Parlamentsabgeordneter, 1927 leitender Sekretär des Gewerkschaftsrates.

<sup>14</sup> Magyar Országos Levéltár (Ungarisches Staatsarchiv, im weiteren OL) ME–1919–XXXVII–4982. Sozialdemokratische Flugschriften. 24, September 1919.

formal das zwischen der Partei und den Gewerkschaften bestehende traditionelle Verhältnis wieder her, und verstärkte die Struktur der Bewegung.

Der Gewerkschaftsrat hielt es auch für notwendig, festzustellen, daß ein Auftreten gegen die Sozialdemokratische Partei Ungarns den Ausschluß aus der klassenkämpferischen Gewerkschaftsbewegung nach sich ziehen würde.<sup>15</sup>

Der Terror, der auch die Gewerkschaften traf, bedrohte noch mehr die über kein den Freien Organisationen ähnliches „Hinterland“ verfügenden Parteiorganisationen. Die Sozialdemokratische Partei Ungarns forderte die Agitationsfreiheit der Partei, ja bezeichnete dies sogar als die Bedingung der endgültigen Anerkennung der Huszár-Regierung.<sup>16</sup> Der Budapester Polizeipräsident erlaubte am ersten Dezember die Tätigkeit von Einzahlungsstellen für die Parteiorganisationen in Budapest und Umgebung, erkannte das Recht zur Veranstaltung von Gesamtverbandssitzungen, Bezirkszusammenkünften und Parteitag an.<sup>17</sup>

Die behördliche Erlaubnis bedeutete an sich so gut wie gar nichts. Die Parteiführung protestierte erneut gegen den Terror und stellte in Aussicht, sie werde sich in die Passivität zurückziehen. Es stellte sich heraus, daß sie nicht mit der Unterstützung der Entente rechnen konnten, und daß bei den Vertretern der Großmächte nur die krassesten Übergriffe schwache Reaktionen auslösten, die Behinderung der alltäglichen organisatorischen Arbeit beachteten sie nicht einmal. Die Parteiführung hoffte, sie werde sich trotz der schweren Lage irgendwie bis zu den Wahlen durchkämpfen, und dann, bereits im Besitz der Mandate, effektiver gegen die Verfolgung auftreten können.<sup>18</sup> Die Führer der Sozialdemokratischen Partei Ungarns waren bestrebt, bis dahin die Parteiorganisationen mit allen ihren Kräften auszubauen und zu erhalten. Am 26. Dezember wurden in der Hauptstadt an dreißig Stellen Versammlungen abgehalten. Die Redner distanzieren sich von der Diktatur des Proletariates und betonten, es sei das unmittelbare Ziel der Partei, ihre organisatorische Kraft zu vergrößern, an den Wahlen teilzunehmen, die Produktionsarbeit wiederherzustellen.<sup>19</sup>

Für die Wahlen von 1920 sammelte die Sozialdemokratische Partei Un-

<sup>15</sup> Szakszervezeti Értésítő vom 15. November 1919 besagt: Wenn sich eine Organisation dem Beschluß der Mehrheit nicht unterwirft, dann wird sie nicht nur dort ausgeschlossen, sondern auch aus der wirtschaftlichen Organisation, kann sie nicht Mitglied des Fachrates sein (139).

<sup>16</sup> Ende November 1919 wurde auf die Forderung der Entente hin unter dem christlich-sozialen Politiker Károly Huszár eine sogenannte Konzentrations/Koalitionsregierung gebildet, in der die SPU mit Károly Peyer als Arbeits- und Wohlfahrtsminister und Ferenc Miakits als Staatssekretär für Handelswesen vertreten war. Aufgabe der Regierung war es, auf Grund des allgemeinen geheimen Wahlrechts die Wahlen zur Nationalversammlung durchzuführen.

<sup>17</sup> PIA 658.f. 8/6 AE.

<sup>18</sup> PIA Sándor Propper, a.a.O. 254.

<sup>19</sup> HIL VKF-V-1919 Nr. 9198. – Die Parteiorganisationen wurden nach Wahlbezirken gebildet. Ihr Sitz befand sich meist in Arbeiterwohnheimen oder in den Räumlichkeiten der Fachvereinigungen. Auf Gaststätten waren nur die Organisationen des Wahlbezirks IV (Óbuda) und XIX (ein Teil des Bezirks Ferencváros in Budapest) angewiesen. (Népszava, 31. Dezember 1919)

garns mehr als 1,3 Millionen Kronen.<sup>20</sup> Der größere Teil des Betrages stammte wahrscheinlich von den Freien Organisationen. Das Anfangsstadium des Parteiausbaus zeigt an, daß die Budapester Organisationen zwischen September und Dezember 1919 überhaupt keinen Parteibeitrag bezahlt hatten, und die Gesamtsumme der Einzahlungen in der Provinz nicht einmal tausend Kronen erreichte.<sup>21</sup>

Die Taktik der Parteiführung hatte nicht den gewünschten Erfolg, und am 15. Januar 1920 faßte das Parteikomitee einen Beschluß über den Austritt der sozialdemokratischen Minister aus der Konzentrationsregierung.<sup>22</sup> Gleichzeitig damit stellte die Partei die Agitation völlig ein, die Leitungen erhielten die Aufforderung, sich jedweden öffentlichen Auftritts zu enthalten. Das Organisationsleben beschränkte sich von dieser Zeit an über zwei Jahre ausschließlich auf die Einnahme der Parteibeiträge der nicht zu den Gewerkschaften gehörenden Parteimitglieder, der Aufnahme eventueller neuer Mitglieder und auf andere Arten der Administration im Zusammenhang mit den Mitgliedern. Das einzige Lebenszeichen war die regelmäßig abgehaltene offizielle Stunde; Versammlungen, Parteitage, andere Arten von Zusammenkünften durften nicht durchgeführt werden.<sup>23</sup>

Die Kontinuität der legalen Arbeiterbewegung wurde zwischen 1920 und 1922 von den Gewerkschaften aufrechterhalten.

Im Dezember des Jahres 1921 unterzeichneten Ministerpräsident István Bethlen und die Führer der Sozialdemokratischen Partei Ungarns eine Vereinbarung, die als Gegenleistung für den Verzicht auf das politische Streikrecht, die Unterstützung der revisionistischen Außenpolitik und andere Konzessionen die Möglichkeit der Tätigkeit für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung sicherte. Der Bethlen-Peyer-Pakt sicherte den Gewerkschaften der Industriearbeiter, aber auch denen der Privat- und Handelsangestellten einen größeren Bewegungsspielraum als in den vorhergehenden Jahren, doch war er besonders für den Neubeginn der Tätigkeit der Parteiorganisationen von Bedeutung. Die Ausgabe der *Népszava* vom 25. Dezember 1921 hob dies besonders hervor, dabei zugleich auch darauf hinweisend, daß die Kommunisten leichter in die Parteiorganisationen gelangen könnten, und die Gefahr bestehe, daß „die gemeinsame Kraft das Opfer innerer Gegensätze“ werden könne.<sup>24</sup> Diese Überlegung wirkte bis zuletzt mit bei der sozialdemokratischen Parteaufbauarbeit, und veranlaßte die Parteiführung, das Tempo zu bremsen.

Vorerst stand die Bestrebung zur Ausbeutung der neuen Möglichkeiten im Vordergrund. In Vác und Nagymaros hielt man bereits Ende Dezember

<sup>20</sup> Szocializmus 1922. 529.

<sup>21</sup> Bericht der Leitung der SPU für den Zeitraum vom 1. September 1919 bis 31. Dezember 1920. Budapest 1921, 11–14.

<sup>22</sup> Fehér, András, op.cit. 80. – Szabó, Ágnes, op.cit. 66.

<sup>23</sup> *Népszava*, 15. Mai 1921. Die Parteiorganisationen in der Hauptstadt Budapest.

<sup>24</sup> *Népszava*, 25. Dezember 1921.

öffentliche sozialdemokratische politische Versammlungen ab.<sup>25</sup> Die großangelegte Parteiorganisierungskampagne begann in den hauptstädtischen Parteiorganisationen mit den am 4. Januar 1922 (seit zwei Jahren das erste Mal) durchgeführten Parteitagen.<sup>26</sup> Die Vortragenden erklärten den Inhalt, die Bedeutung des Paktes Punkt für Punkt; selbstverständlich hoben sie in erster Linie seine vorteilhaften Züge hervor.

Die Führung versuchte die Parteimitglieder fester an die politischen Organisationen zu binden. Das Organisationsstatut schrieb die konsequente Durchsetzung jener Bestimmungen vor, die aussagten, nur derjenige könne als Parteimitglied angesehen werden, der in die für den Wohnort zuständige Organisation eingetreten sei beziehungsweise dorthin aufgenommen worden sei und den Parteibeitrag bezahlte.<sup>27</sup>

Die große Zahl der Parteiveranstaltungen in der Hauptstadt und ihrer Umgebung sowie der sprunghafte Anstieg der Einnahmen aus dem Parteibeitrag beweisen die Aktivität. In Budapest betrug die Zahl der Parteimitglieder in den Organisationen der Wahlbezirke im Jahre 1922 mehr als 12 000 Personen, in der Umgebung von Pest mehr als 13 000.<sup>28</sup>

Die Organisationsarbeit begann auch auf dem Land. Das Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei Ungarns sandte den in den Städten und größeren Gemeinden lebenden, als Aktivisten erfaßten Personen, in erster Linie den Führern der Fachgruppen eine Aufforderung, Parteiorganisationen zu gründen, die Parteitage am Mittwoch zu halten, das System von Straßen- und Hausvertrauensleuten zu organisieren, die jungen Arbeiter zu vereinen.<sup>29</sup>

Die Berichte der Gendarmerie in Debrecen, Szeged und Székesfehérvár sprachen einstimmig davon, daß die Arbeiter seit den Verhandlungen mit der Regierung „sehr laut“ seien und „sich stolz als internationalistisch bekennen“; am heftigsten jene, die sich während der Räterepublik „kompromittiert“ hätten. Nach Ansicht der politischen Abteilung der Polizei in Szombathely „hat die offizielle Stellungnahme der Regierung in der Frage der Arbeiterschaft scheinbar eine gute Wirkung gehabt, und eine bestimmte Befreiheit hat sich der Arbeiterschaft bemächtigt“.<sup>30</sup> Der Bericht aus Szeged hob das massenweise Erscheinen der aus Rußland heimgekehrten Kriegsgefangenen auf den Parteiversammlungen, den gewerkschaftlichen Zusammenkünften hervor.

Wir haben hier keinen Raum, die Organisationsarbeit der Partei eingehender darzustellen, wir unterstreichen nur den landesweiten und intensiven Charakter der Kampagne.<sup>31</sup>

<sup>25</sup> Népszava, 28. Dezember 1928.

<sup>26</sup> HIL HM-1922-Präs. Kpo. Nr. 58820.

<sup>27</sup> PIA 658.f. 8/6. AE.

<sup>28</sup> PIA 658.f. Bündel 1, 1922/2. AE.

<sup>29</sup> HL HM 1922. Präs. Kpo. Nr. 50005/5; 10; 15; 43.

<sup>30</sup> HL HM 1922. Präs. Kpo. Nr. 50005/25.

<sup>31</sup> PIA 658. f. 5/73. AE. Unter dieser Signatur ist das Versammlungserfassungsbuch der SPU zu finden, in ihm läßt sich der Verlauf der Parteiorganisierung nach Tagen und Orten verfolgen.

Der Parteiausschuß faßte am 21. März 1922 auf Vorschlag der Leitung einen Beschluß darüber, daß die Sozialdemokratische Partei Ungarns an den Wahlen zur Nationalversammlung teilnimmt. Der Beschluß erhöhte besonders die Bedeutung der politischen Parteiorgane. „Das Sicheinschalten in die landesweite Politik macht auf dem Gebiet der Leitung der politischen Bewegung die politischen Parteiorgane zu entscheidenden Faktoren“,<sup>32</sup> stellte die Népszava fest. Das Parteiblatt betonte: die Wahlen geben den Parteiorganisationen die Möglichkeit, „ihren Zuständigkeitsbereich bis zum Maximum auszuschöpfen und ihre ständige Tätigkeit zu krönen“.

Trotz der breit angelegten organisatorischen Arbeit waren die neugegründeten Parteiorganisationen bei weitem nicht in der Lage, die Wahlen allein durchzuführen. Die – fragmentarisch erhalten gebliebenen – Richtlinien für den Ausbau der Parteiorganisationen legten fest: „An den Arbeiten der Parteiorganisation müssen die in den Gewerkschaften wirkenden Genossen teilnehmen und eine führende Rolle spielen, damit sie die Reibungen und Fehler vermeiden.“<sup>33</sup>

In der ersten Hälfte des Jahres 1922 betrachteten die Gewerkschaften die Wahlarbeit als ihre wichtigste Aufgabe. Die politische Abteilung der Budapester Gendarmeriekommandatur stellte auf Grund der Berichte, die Spitzel aus den Gewerkschaften gegeben hatten, fest: „Die Arbeiter und die sozialdemokratische Partei nehmen die Dinge und ihren Gang, wenn sie auch nicht vollkommen mit der Vereinbarung und vor allem mit ihrer Durchführung zufrieden sind, mit einer gewissen Resignation zur Kenntnis, sich dabei den Umstand vor Augen haltend, daß sich bei den nahenden Wahlen die Situation erneut entscheiden wird. Auf Grund dieser Erwägung wird in den Gewerkschaften die auf die aktive Teilnahme bei den Wahlen gerichtete Propaganda bereits sehr stark durchgeführt.“<sup>34</sup> Nach den Beobachtungen der Gendarmeriekommandatur von Miskolc beschäftigt man sich in den Fachgruppen nicht mit wirtschaftlichen, sondern mit politischen Fragen.<sup>35</sup>

Die örtlichen Gruppen der Gewerkschaften durften aber offen, unter ihrem eigenen Namen nicht an der Wahlkampagne teilnehmen, da dies eine verbotene politische Betätigung gewesen wäre. Dies war die Ursache jener Bestrebung der Parteileitung, überall die Parteiorganisationen zu schaffen.

Charakteristisch für die allgemeine Methode ist der Verlauf der Entstehung der Parteiorganisation in Mosonmagyaróvár. Győző Knaller, ein Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, reiste in mehrere westungarische Städte, die über mehrere Industriebetriebe verfügten und rief dort die Leitungen aller Berufe zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Auf der Beratung erschienen die Führer der örtlichen Metall- und Chemiegruppe, die

<sup>32</sup> Népszava, 25. März 1922.

<sup>33</sup> PIA 658.f. 13/120. AE.

<sup>34</sup> HL HM 1922. Präs. Kpo. Nr. 50005/20.

<sup>35</sup> Ebd., 50005/18.

die Gründung der Holz- und Bauarbeitergruppe vorbereitenden, bereits gewählten Vertrauensleute sowie die in der Pulverfabrik und im Kühne-Betrieb arbeitenden Vertrauensleute. Knaller erklärte die Aufgaben der Parteiorganisation und die Notwendigkeit ihrer Gründung, dann wurde die Leitung gewählt, die sogleich einen Beschluß faßte: sie wünschen einen Kandidaten von der sozialdemokratischen Partei und führen die Beschlüsse des Parteausschusses über die mit der Wahl verbundenen Aufgaben durch.<sup>36</sup>

Die Parteiorganisation war vielerorts in Wirklichkeit nur eine Kulisse. Die Rolle der Basis fiel auf die stärkste örtliche Gruppe, so bildete zum Beispiel in Orosháza die Gruppe der Erdarbeiter, in Ózd die Gruppe der Metallarbeiter den Mittelpunkt der Parteiorganisationen.<sup>37</sup>

Die örtlichen Berufsgruppen stellten für die Partei nicht nur die Grundlage der Organisierung dar, sondern erfüllten auch eine sehr wichtige praktische politische Funktion.

Das Parteisekretariat stand bei der Auswahl der sozialdemokratischen Kandidaten und der örtlichen Verwirklichung der Oppositionspolitik mit den bürgerlichen oppositionellen Parteien unmittelbar mit den Berufsgruppen in Verbindung. Das Sekretariat ließ sich zunächst von den örtlichen Gruppen über die bürgerlichen Kandidaten unterrichten und sandte den sozialdemokratischen Wählern dann eine Information, wenn die Sozialdemokratische Partei Ungarns nicht im jeweiligen Bezirk um ein Mandat kämpfte, welchen bürgerlichen Kandidaten sie unterstützen sollten.<sup>38</sup>

Die Gewerkschaften spielten eine ziemlich wichtige Rolle bei der Deckung der finanziellen Grundlagen der Wahlen. Der Parteausschuß faßte – gleichzeitig mit den Beschlüssen über die Teilnahme an den Wahlen – einen Beschluß, wonach jeder organisierte Arbeiter einen Halbtagsverdienst für die Unterstützung der Wahlziele stiften sollte. Die praktische Verwirklichung des Beschlusses wartete auf die Gewerkschaften. Das Parteisekretariat sandte den einzelnen Berufsgruppen die Wahlmarken und ein gesondertes Einzahlungsblatt zu. Den Aufruf zur Abgabe des Halbtagsverdienstes brachten alle Fachblätter; die Gewerkschaftskörperschaften, Exekutivkomitees, Gesamtverbandssitzungen faßten nacheinander Beschlüsse über die Erfüllung des Aufrufs des Parteausschusses.<sup>39</sup>

Für den Wahlfonds kamen 6,3 Mill. Kronen zusammen, hiervon etwas mehr als zwei Millionen auf dem Lande (31,5%). Von den in der Hauptstadt

<sup>36</sup> PIA 658.f. 5/76 AE.

<sup>37</sup> Vanczák bat das Parteisekretariat auf dem offiziellen Briefpapier der Metallarbeitergruppe von Ózd um Wahlplakate. Am Kopf war die Aufschrift „Die Ortsgruppe des Verbandes der Eisen- und Metallarbeiter von Ózd“ durchgestrichen worden, der Text auf dem Stempel lautete: „Sozialdemokratisches Parteisekretariat des Wahlbezirks Ózd“.

<sup>38</sup> Ebd.

<sup>39</sup> Unter anderem: Népszava, 8. März 1922. – Építőmunkás, 1. April 1922. – Vas- és Fémmunkások Lapja, 26. Mai 1922. – PIA 658.f. 5/76 AE. – 672.f. 1922/26 AE.

eingezahlten 4,3 Mill. betrug der Anteil der Organisationen in den Wahlbezirken 323 000 Kronen (7,4%).<sup>40</sup> Der eingegangene Betrag deckte aber die Kosten nicht. Der Grund des mehrere Millionen hohen Defizits war – nach Ansicht des Leiters des Wirtschaftsamtes der Partei –, daß „nicht jede Organisation auf den Verkauf der Marken drängte“. Die fehlenden 4 Mill. Kronen wurden auf die einzelnen Gewerkschaften verteilt.

In der Wahlpropaganda kam den Fachblättern eine besonders wichtige Aufgabe zu, da die Regierung die Herausgabe von Flugschriften verboten hatte. Das Blatt der Eisen- und Metallarbeiter brachte – gemeinsam mit anderen Organen – in den Wochen vor der Wahl regelmäßig den Aufruf: „Agitiert in den Fabriken und den Organisationen. Wählt die Sozialdemokratie!“<sup>41</sup>

Auch bei der Durchführung der Wahlen übernahmen die Gewerkschaftsfunktionäre Aufgaben. Ein wichtiger Teil der Manöver der Regierung war die Fälschung der Wählernamenslisten. Die Parteileitung machte die Kontrolle der Listen zur Aufgabe der Berufvertrauensleute.<sup>42</sup>

Grundlage des bedeutenden Wahlerfolgs der Sozialdemokratischen Partei Ungarns war das nach Berufszweigen organisierte Proletariat. Wie Miklós Kozma, der Leiter des Ungarischen Pressebüros, bitter feststellte: „die Arbeiterschaft verhielt sich gegenüber der Parteileitung am diszipliniertesten“.<sup>43</sup>

In organisatorischer Hinsicht bedeutete das Wiederaufleben der Parteiorganisationen ein bleibendes Ergebnis, beziehungsweise die Gründung in sehr vielen Ortschaften, auch dann, wenn sie die Lasten des Wahlkampfes allein nicht übernehmen konnten. Die während den Wahlen entstandenen Parteiorganisationen lebten und wirkten weiter. In Miskolc faßte die Gesamtverbandssitzung der Gewerkschaften im August des Jahres 1922 einen Beschluß über die weitere Tätigkeit des während der Wahlen entstandenen Apparates (Straßenvertrauensleute, Bezirkskommissionen): Ähnliche Entscheidungen wurden auch anderswo gefällt.<sup>44</sup>

## 2. DER AUFBAU DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI- UND GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

### *a) Die Freien Organisationen und die Bedingungen der Mitgliedschaft*

Für die Gewerkschaften war die offene politische Betätigung nach wie vor untersagt. Deshalb waren die halblegalen Freien Organisationen auch weiterhin als Grundorganisationen der Sozialdemokratischen Partei Ungarns tätig.

<sup>40</sup> PIA 658.f. 11/9 AE.

<sup>41</sup> Vas- és Fémmunkások Lapja, 12. Mai 1922.

<sup>42</sup> PIA 672.f. 1922/25 AE. – Népszava, 16. Mai 1922.

<sup>43</sup> OL Kozma-Schriften. Bündel 1, 15d. Aufzeichnung vom 15. Juni 1922.

<sup>44</sup> HL HM 1922 Präs. Kpo. 50005/72.

Der Fortbestand der Freien Organisationen in der wirtschaftlichen Bewegung wurde dadurch notwendig, daß die konterrevolutionäre Regierung die Rolle der Gewerkschaften in den Lohnkämpfen juristisch nicht anerkannte, rechtlich die Organisation von Streiks und die damit zusammenhängende Zahlung von Unterstützung nicht erlaubte. Im Vergleich zur Zeit des Dualismus war es aber eine wesentliche Veränderung, daß die Grundstatuten der Gewerkschaften in bezug auf die Lohnbewegungen nicht mehr das vom Innenminister erlassene Verbot, den sogenannten Streikparagraphen enthielten. (Die Voraussetzung der behördlichen Genehmigung war vor 1914, daß das Statut ausgesprochen einen Punkt enthielt, der die finanzielle Hilfe im Falle von Arbeitseinstellung oder Aussperrung verbot.)

Die Berufsorganisationen erhielten de facto die Anerkennung als Institutionen zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Jene Entwürfe, die in den 1920er Jahren zur Regelung der rechtlichen Stellung der Gewerkschaft angefertigt worden waren, und die die Ansichten der Staatsmacht über die Gewerkschaften zum Ausdruck brachten, gingen davon aus, daß die Gewerkschaften die Instrumente des wirtschaftlichen Kampfes sind.<sup>45</sup> Die Interessenvertretungen der Industriebourgeoisie akzeptierten die Gewerkschaften ebenfalls als offizielle Verhandlungspartner, die sie gegenüber allen staatlichen lohnfestlegenden oder anderen vermittelnden Institutionen bevorzugten.

Selbstverständlich ging es nicht darum, daß der Staat oder die Bündnisse der Kapitalisten den Gewerkschaften nunmehr aus eigenem Antrieb einen größeren Spielraum sichern wollten. Die Arbeiterschaft hatte sich selbst das Recht des Partners während des ersten Weltkriegs erkämpft. Und in der Zeit der Revolutionen wirkten die Gewerkschaften als Teile der Staatsmacht. Nach solchem Vorspiel konnte man jene anachronistische Anschauung nicht mehr weiter aufrechterhalten, die die Gewerkschaften lediglich als karitative und soziale Vereine akzeptierte. Andererseits konzentrierte die konterrevolutionäre Staatsmacht ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Liquidierung der revolutionären Arbeiterbewegung. Es hätte die Energie des Gewaltapparates zu sehr geteilt, wenn er die Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretungen der Arbeiterschaft nicht toleriert hätte – und jede Tätigkeit in der Lohnbewegung mit Gewalt zu verhindern versucht hätte. Im Zusammenhang mit den Gewerkschaften war es das vorrangige Ziel der Regierung, ihre Verbindungen zur sozialdemokratischen Partei abzurechnen, und sie wies die Organe der Polizei und der Gendarmerie an, in erster Linie die zur Sozialdemokratischen Partei Ungarns führenden Stränge aufzudecken und zu unterbinden.<sup>46</sup>

Die Grundeinheit der Freien Organisation war die die in einem Beruf tätigen Arbeiter vereinigende Fachabteilung, an deren Spitze das Organisa-

<sup>45</sup> PIA 654.f. 63.AE. – OL Akten des Justizministeriums. T. 567–142.

<sup>46</sup> PIA 651.f. 5/1922, 20. August.

tionskomitee stand. Deren Arbeit lenkte der auf dem Kongreß des die Fachabteilungen vereinigenden landesweiten Verbandes gewählte Sekretär der Freien Organisationen, unterstützt von seinem Apparat, dem Büro der Freien Organisationen. Bei den Metallarbeitern war das Exekutivkomitee Budapest und Umgebung die neben die Einpersonaleitung gewählte Körperschaft, deren Kompetenzbereich sich in den Angelegenheiten der Freien Organisationen über das ganze Land erstreckte. Im Bauarbeiterverband versah das Budapest geschäftsführende Sekretariat die Aufgaben der Leitung der Wirtschaftsbewegung. Bei den Druckern stand das sogenannte Landeskomitee an der Spitze der Freien Organisationen, dessen Leiter der „Landesvertrauensmann“ war.

Die Sekretäre der Organisationskomitees der Fachabteilungen verbanden die einzelnen Berufe mit den Zentralen der Freien Organisationen, während zwischen den in Betrieben, Werkstätten arbeitenden organisierten Arbeitern und dem zuständigen Organisationskomitee die Vertrauensleute die Verbindung aufrechterhielten. „Das System der Vertrauensleute ist das Bindeglied zwischen der Werkstatt und der Organisation“,<sup>47</sup> legte die Richtlinie für die Vertrauensleute als Leitprinzip fest. Im allgemeinen wählten 10–30 Gewerkschaftsmitglieder jeweils einen Vertrauensmann. In den Fabriken, in denen mehrere Berufsorganisationen vertreten waren, wählten die in den verschiedenen Abteilungen und Bereichen arbeitenden Vertrauensleute, die den gleichen Beruf hatten, auch noch den sogenannten Fachvertrauensmann, und innerhalb der einzelnen Bereiche, Abteilungen koordinierte der Vertrauensmann, der die Abteilung leitete, die Arbeit der verschiedenen Fachvertrauensleute. Die Vertrauensleute nominierten aus ihren eigenen Reihen den Hauptvertrauensmann, der die Bewegung der gesamten Fabrik leitete. Für die Gewerkschaften war das Netz der Vertrauensleute das grundlegende Instrument zur Mobilisierung der Mitgliedschaft.

In den Angelegenheiten der Bewegungen, Aktionen und Veranstaltungen faßte die leitende Körperschaft auf Vorschlag der leitenden Funktionäre der Freien Organisation einen Beschluß, danach wurden alle Mitglieder des Organisationskomitees zusammengerufen, als nächster Schritt die Haupt- und leitenden Vertrauensleute, und schließlich die gesamte Vertrauensleutekörperschaft. Dieses schrittweise Vorgehen ermöglichte die gründliche Vorbereitung der Aktionen auch aus verschiedenen Gesichtspunkten. Es ergab sich die Möglichkeit zu mehrfacher Anleitung der Funktionäre in Schlüsselpositionen, außerdem berichteten die Mitglieder des Organisationskomitees beziehungsweise die Vertrauensleute der verschiedenen Ebenen über die Meinung, die Stimmung eines immer größeren Kreises der Arbeiter. Dem konnte man sich nach Charakter, Umfang und Intensität der auf der Tagesordnung stehenden Aktionen noch bis zum letzten Augenblick anpassen. Auf diese Weise konnte die Leitung in Kenntnis der augenblicklichen Disposition

<sup>47</sup> Anweisung für Vertrauensleute. Budapest 1923.4.

der Mitgliedschaft, die sie zwar nicht immer beachtete, aber sich auch nie zu sehr von ihr entfernte, flexibel reagieren. Wenn die Leiter sich im Falle einer Bewegung oder einer Veranstaltung an ihre ursprünglichen Pläne halten wollten, dann konnten sie sich auf den Beratungen vor einer breiteren Öffentlichkeit notfalls auf die vorherigen Stellungnahmen der in einem engeren Kreise, aber auf einer höheren Ebene durchgeführten Besprechungen berufen.

Das das organisierte Proletariat in seiner Gesamtheit umfassende System der Vertrauensleute, durch das die Leitungen der Gewerkschaften mit jeweils jedem ihrer Mitglieder in Verbindung standen, kann man als das wichtigste Tätigkeits- und Strukturelement der legalen Arbeiterbewegung betrachten.

Wir gehen an dieser Stelle nicht ausführlich auf die Rolle der Freien Organisationen in den Wirtschaftskämpfen ein, ohne die man die historische Entwicklung und die Ergebnisse der klassenkämpferischen Organisierung nicht vollwertig darstellen kann. Man muß sich immer vor Augen halten, daß die gemeinsame Tätigkeit der beiden Institutionen, also der Gewerkschaft (ihrem offiziellen, dem Grundstatut entsprechenden Namen nach dem Verband) und der Freien Organisationen (in den meisten Quellen werden sie, soweit sie überhaupt erwähnt werden, Fachblatt, Vertragsbüro des Fachblattes, seltener als seine Redaktion bezeichnet) die Gewerkschaftsbewegung in Ungarn darstellte.

Die Freie Organisation war die Institution des wirtschaftlichen Interessenschutzes und zugleich auch die Grundorganisation der den politischen Kampf führenden sozialdemokratischen Partei. Die Freien Organisationen waren kollektive Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und zahlten proportional zu ihrer Mitgliederzahl einen Beitrag. Diese Summe wurde dem Parteisekretariat unmittelbar aus der Kasse der Freien Organisation überwiesen.<sup>48</sup> Die Mitglieder der Freien Organisationen zahlten individuell, aber durch Vermittlung der Freien Organisation eine andere Art des Parteimitgliedsbeitrags, den landesweiten Parteibeitrag.

Jeder gewerkschaftliche Wochenbeitrag bestand nämlich aus zwei grundlegenden Posten: aus dem gewerkschaftlichen Mitgliedsbeitrag (mit der offiziellen Bezeichnung Verbandsbeitrag) und dem Mitgliedsbeitrag der Freien Organisation (offiziell: „Abonnement des Fachblattes“). Dieser letztere Teil enthielt auch den landesweiten Parteibeitrag. Die Freien Organisationen zahlten nach jedem Wochenbeitrag unter der Bezeichnung landesweite Parteisteuer einen im Organisationsstatut der Partei festgelegten Betrag an das Parteisekretariat.<sup>49</sup>

<sup>48</sup> PIA 672/133. AE. Die Freie Organisation der Metallarbeiter zahlte zwischen 1931 und 1938 jährlich 6–14 000 Pengő als Parteibeitrag. Das ist – unseres Wissens – die einzige erhalten gebliebene detaillierte Abrechnung einer Freien Organisation. – Nach dem Statut der SPU vom Jahre 1929 belief sich der monatliche Mitgliedsbeitrag bis 300 Mitglieder auf 4 Pengő, bis 500 Mitglieder auf 6, bis 1000 auf 10, bis 2000 auf 16, bis 3000 auf 24, bis 5000 auf 36, bis 10 000 auf 60 und bei noch mehr Mitgliedern auf 80 Pengő.

<sup>49</sup> In der Praxis wurde das so abgewickelt, daß der Zeitungskassierer der Gewerkschaftsgrup-

Die Gewerkschaft und die Freie Organisation erhielten von dem von den Mitgliedern eingezahlten Wochenbeitrag – den die Leitungen versuchten, ungefähr auf dem Niveau des Arbeitslohns für eine Stunde zu halten – zumeist im Verhältnis von 50–50 Prozent, bei einzelnen Berufen mit Abweichungen von 10 Prozent für den Fonds der Gewerkschaft oder der Freien Organisation.<sup>50</sup>

Das Abonnement des Fachblattes beziehungsweise der Eintritt in die Freie Organisation, was dasselbe bedeutete, war für alle Gewerkschaftsmitglieder obligatorisch.<sup>51</sup> Auf diese Weise war jeder organisierte Arbeiter und Angestellte mindestens auf zweifache Weise mit der sozialdemokratischen Partei verbunden: durch *mittelbare kollektive Bindung*, da er Mitglied der Freien Organisation war, die als Gemeinschaft Teil der Sozialdemokratischen Partei Ungarns war, und durch *mittelbare individuelle Bindung*, da er den landesweiten Parteibeitrag mit dem Beitrag für die Freie Organisation zahlte. In diesem Sinne war jedes Mitglied der Freien Organisation zugleich auch Parteimitglied. Deshalb muß man die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in die Mitgliederzahl der Sozialdemokratischen Partei Ungarns miteinbeziehen. Das Parteisekretariat teilte in seinem im Jahre 1926 an das Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale gesandten Bericht folgendes mit: „In Ungarn basiert der organisatorische Aufbau der Partei auf den Freien Berufsorganisationen und die Mitgliederzahl der Gewerkschaften bedeutet eigentlich auch die Zahl der Mitglieder der Partei.“<sup>52</sup>

Ein (zahlenmäßig nicht genauer bestimmbarer) Teil der Gewerkschaftsmitglieder war persönlich Mitglied der Partei, mit der sie als drittes Glied durch *unmittelbar individuelle Mitgliedschaft* verbunden waren. Die Übernahme der individuellen Parteimitgliedschaft geschah vom Beginn des Jahres 1920 ab mit dem Ausfüllen einer Eintrittserklärung.

Die individuelle Parteimitgliedschaft als Ausdruck eines höheren Maßes an politischem Bewußtsein war die Verpflichtung der Vertrauensleute sowie der Mitglieder des Organisationskomitees und der Leitung. Es war ein regel-

---

pen auf dem Abrechnungsbogen den Landesparteibeitrag gesondert aufführte, diesen leitete das Verlagsbüro des Fachblattes an das Wirtschaftsbüro des zuständigen Organs des Parteisekretariats weiter (PIA 672.f. 1920/26 AE). Der Wochenbeitrag belief sich im Herbst 1919 auf 4 Filler, von 1920 an auf 10 Filler und betrug Ende 1926 durch die Inflation 300 Kronen. Im Januar 1927 ging er wieder auf 4 Filler zurück. Über die Art und Weise der Einzahlung und die Rolle der Freien Organisationen bzw. der Fachblätter: PIA 658.f. 11/12. AE. – 672.f. 1929/AE. – 666.f. I/1924/20/b AE. – 672.f. 1927/21 AE. – Népszava, 1. März 1924. – HL HM Kpo 50005/35.

<sup>50</sup> PIA 672.f. 1926/14 AE. – 1929/23 AE. – 666.f. I/1927/5 AE. – 1928/6 AE. – 654.f. 4/60 AE. – 651.f. BM VII. – 1939. 13 455. AE.

<sup>51</sup> PIA 654.f. 4/60 AE. – Magyarországi Magántisztviselők Szövetségének alapszabályai, ügykezelési és segélyezési szabályzata (Statuten, Handhabungsvorschriften und Unterstützungsvorschriften des Verbands der Ungarischen Privatangestellten). Budapest o.J. 19. – Vas-és Fémmunkások Szabadszervezetének Szabályzata (Statut der Freien Organisation der Eisen- und Metallarbeiter). Budapest 1929. 3.

<sup>52</sup> PIA 658.f. 5/95 AE.

mäßig wiederkehrender Tagesordnungspunkt der Körperschaftssitzungen, daß die Mitglieder ihre Parteimitgliedsbücher sowie die Abonnementsquittung der Népszava vorwiesen.<sup>53</sup> Das Präsidium der Metallarbeitergewerkschaft sagte in einem gesonderten Beschluß, daß der Verband eine sozialdemokratische Organisation sei und es sich für jedes einzelne ihrer Mitglieder, aber besonders für die Mitglieder der Leitung sowie der Vertrauensleutekörperschaften „zieme, in die Reihen der Partei einzutreten“.<sup>54</sup> Die Mitgliedschaft wurde aber nicht für die Gewerkschaftsmitglieder obligatorisch.<sup>55</sup>

Die einzelnen Parteimitglieder zahlten den örtlichen Parteibeitrag, und dann führte das Organisationsstatut von 1929 einen sogenannten Parteiorganisationsbeitrag ein. In ihren Reihen befanden sich selbstverständlich nicht nur Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch Intellektuelle, kleine Handwerker und Kaufleute oder Arbeiter und Angestellte, die in nicht organisierten Berufen oder Berufszweigen arbeiteten. Die Gewerkschaftsmitglieder zahlten, da sie über die Freie Organisation auch den landesweiten Parteibeitrag entrichteten, nur 50 Prozent des gesonderten Parteiorganisationsbeitrags. Die Zahl der individuellen Parteimitglieder und der Gewerkschaftsmitglieder ergibt gemeinsam die organisatorische Kraft der Sozialdemokratischen Partei Ungarns.<sup>56</sup> Man muß aber beachten, daß es unter den individuellen Parteimitgliedern auch Gewerkschaftsmitglieder gab, wir erhalten also nur ein annäherndes Ergebnis.

Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften und so auch der Sozialdemokratischen Partei Ungarns ging von 202 000 im Jahre 1922 schrittweise auf 86 000 im Jahre 1930 zurück, doch überschritt sie bereits im folgenden Jahr die 100 000, und im Jahre 1936 betrug sie 121 000. Im Jahr 1942 fiel die Zahl der Mitglieder zwar auf 72 000 zurück, doch näherte sie sich Anfang 1944 erneut an die 100 000.

Die Zahl der zur sozialistischen Bewegung gehörenden Gewerkschaften betrug in Ungarn in den Jahren 1919–1944 – durch die Fusionen und Trennungen – zwischen 32 und 40. Die Ursache dieser großen Zergliederung war die traditionell auf fachlicher und nicht auf industrieller oder betrieblicher Zusammengehörigkeit aufgebaute Organisation. Die zu den gleichen Berufen gehörenden Arbeiter und Angestellten vereinigten sich in der Zeit der

<sup>53</sup> PIA 672.f. 1929/19 AE. – 666.f. I/1927/10 AE.

<sup>54</sup> PIA 672.f. 1927/21 AE.

<sup>55</sup> In der österreichischen Arbeiterbewegung, die wesentlich entwickelter war als die ungarische, besagte erst das auf dem Linzer Kongreß von 1926 angenommene Organisationsstatut, daß die Gewerkschaftsmitglieder in die Sozialdemokratische Partei eintreten müßten (Verwaltungsarchiv. SD Parteistelle. 165.d.).

<sup>56</sup> 1922 betrug die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder 202 956, in Budapest gab es 25 231 individuelle Parteimitglieder. 1925 gab es 125 024 Gewerkschaftsmitglieder und 13 604 Parteimitglieder in Budapest und in der Provinz zusammen. 1926 lauteten die Zahlen 126 260 bzw. 12 336. (Zahl der Parteimitglieder PIA 658.f. Bündel 1. 1922/2 AE).

Genese, seit den 1860er Jahren in Fachvereinen. Dann vereinigten sich als Ergebnis der Entwicklung und der Bevölkerungsentfaltung die miteinander verwandten Fachvereine in einem Landesverband, so in der Eisen-, Bau-, Holz-, Leder- und Nahrungsmittelindustrie. Die Werktätigen einzelner Berufe bewahrten aber auch noch in diesen Zweigen ihre Selbständigkeit. Die Drucker, die Buchbinder, die Schmiede, die Edelmetallschmiede, die Glaser, die Kellner, die Fleischer und die Schlächter, die Zeitungsausträger und die Hutmacher bewahrten ebenfalls ihre Unabhängigkeit.

Die Mitglieder gehörten innerhalb der einzelnen Organisationen fachlich ausgerichteten Fachabteilungen und örtlichen Gruppen an. Bei den Lederarbeitern wirkten – unter anderem – Fachabteilungen für die Schuhmacher und die Oberledererfertiger, bei den Bauarbeitern für die Maler, die Maurer, die Zimmerleute, die Steinmetze und die Arbeiter in der Ziegelfabrik, bei den Holzarbeitern für die Tischler, die Tapezierer und die Besenbinder, bei den Angestellten im Handel eine Bekleidungs-, Kurzwaren- und Reisendefachabteilung, bei den Metallarbeitern für die Gießer, Dreher, Klempner und Installateure, Bauschlosser, Fabrikschlosser, selbständige Schmiede, Fabrik-smiede, Elektriker und Mechaniker. Die Mitgliedschaftsverbinding lebte im Rahmen der Fachabteilungen in der Realität des Alltags auf.

*b) Die leitenden Körperschaften und die Exekutivorgane*

Auf Grund der gemeinsamen Mitgliedschaft war die sozialdemokratische wirtschaftliche und politische Bewegung von den leitenden Körperschaften bis zu den Grundorganisationen organisiert. Von den möglichen Gesichtspunkten der Untersuchung des strukturellen Aufbaus und der Praxis wählen wir den, von dem aus wir es für bestimmbar halten, auf welche Weise die organisatorische Einheit der Partei in der Beschlußfassung und der Durchführung zur Geltung kam.

Im Prozeß der Beschlußfassung war das zentrale Gremium der gesamten Bewegung die sozialdemokratische Parteileitung, die wichtigste Institution. Das Organisationsstatut aus dem Jahre 1908, und dann jenes aus dem Jahre 1925 hatten den Aufgabenbereich dieser Körperschaft ziemlich wortkarg umrissen: „...lenkt im Sinne der Beschlüsse der Parteiversammlung die Angelegenheiten der Partei“. Ausführlicher definierte das Statut aus dem Jahre 1929, das aussagte: „Die Parteiführung leitet die Angelegenheiten der Partei im Geiste der Beschlüsse der Landesparteiversammlung; sie bestimmt und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Zentrale; sie kontrolliert und leitet die Parteibewegung, die Arbeit der Parteiorganisationen und übt über die Parteinstitution die Aufsicht aus.“ Die Parteileitung bestand – bis zur Parteiversammlung im Jahre 1931 – aus 11 Personen, an den Sitzungen nahm mit beratendem Recht das fünfköpfige Kontrollkomitee teil, das vom Kongreß

ebenfalls unmittelbar zur Aufsicht der wirtschaftlichen Angelegenheiten der Partei gewählt wurde.

Die Leitung hatte den Charakter einer Körperschaft, es sonderte sich also kein Amt ab, das seinem Inhaber ungeteilte, alleinige Macht gesichert hätte. Die in der wahrscheinlich Anfang des Jahres 1920 angefertigten Notiz mit dem Titel „Die Tätigkeit der Partei und die Aufgaben der nahen Zukunft – Das Parteiprogramm“<sup>57</sup> enthaltenen Rechte und Aufgaben gingen weit über den Kompetenzbereich hinaus, der dem leitenden Sekretär bzw. dem im Statut von 1929 das erste Mal angeführten Generalsekretär in Wirklichkeit zustanden. Dieses Amt bedeutete die operative Arbeit des Parteisekretariats, ihre Lenkung, was zwar einen nicht zu unterschätzenden Einfluß sicherte, doch in den die allgemeine Tätigkeit der Partei und der Gewerkschaften berührenden Fragen die Einpersonenentscheidung und auch souveräne Entscheidungen in einzelnen praktischen Schritten, Maßnahmen, nicht ermöglichte. Ja, die Funktion gab nicht einmal innerhalb der Parteileitung das Recht des entscheidenden Wortes, die Stellung des „Ersten unter den Gleichen“.

Die Ursache für das Fehlen der Macht eines Parteiführers sehen wir darin, daß die Sozialdemokratische Partei Ungarns selbst keine ausreichende Grundlage bildete, um einen auch von den Gewerkschaften eindeutig anerkannten Führer stellen zu können. Schließlich umfaßte die sozialdemokratische Partei – als selbständige Organisation, also ohne die Fachverbände, die Vereine – nur die Parteileitung, das Sekretariat, die Redaktionen der Parteiblätter, die Parlaments- und Gemeindefraktionen – auf die wir noch zurückkommen werden –, einige Betriebe (Buch- und Zeitungsverlag Népszava, Druckerei Világosság, Corvina-Versicherung) sowie die nur wenige Mitglieder zählenden Organisationen in den Wahlbezirken. Die Gewerkschaften konnten aber infolge ihres Charakters, ihres Aufgabenkreises und ihrer rechtlichen Stellung für keine einzige Person einen umfassenden, auch in der politischen Sphäre gültigen, unbeschränkten leitenden Zuständigkeitsbereich sichern.

In der Zusammensetzung der Parteileitung kam der gewerkschaftliche Hintergrund und die Bindung hinsichtlich der Genese der Gesamtheit der Körperschaft und der Laufbahn der einzelnen Mitglieder auf vielseitige Art zur Geltung. Allgemein kann man feststellen, daß die Mitglieder ihre Tätigkeit in der Arbeiterbewegung in irgendeinem Berufsverein begonnen hatten, und sie ihre Verbindungen zu ihm – mit unterschiedlichem Niveau und unterschiedlicher Qualität – auch während ihrer Tätigkeit in der Parteiführung aufrechterhielten.

<sup>57</sup> PIA 658.f. 5/67 AE. In dem nichtdatierten Dokument ist unter den Voraussetzungen der Rückkehr zur Aktivität von der Rücknahme der Internierungsverordnung und vom schnellen Abschluß der Untersuchung der außer Kraft gesetzten Gewerkschaften die Rede. Diese beanstandeten Regierungsmaßnahmen waren in den Monaten September bis Dezember 1919 getroffen worden.

Schon die meisten Führer der Sozialdemokratischen Partei Ungarns vor 1919 waren aus der Gewerkschaft gekommen, während die andere Hauptquelle für Kader die Redaktion der Népszava war. Aus der Berufsbewegung kamen eher Organisatoren und Redner, von der Parteipresse eher Politiker und Theoretiker. Nach dem Sturz der Räterepublik übernahmen, worauf wir bereits verwiesen haben, eher Leiter mit gewerkschaftlichem Hintergrund die Führung sowohl in der Parteibewegung als auch in der Népszava.

Dann spaltete sich auch diese Garnitur. Mehrere blieben ständig oder endgültig in den Parteiinstitutionen oder bei der Presse, zumeist jene, die bereits durch das Redigieren eines Fachblattes breitere öffentliche und publizistische Praxis besaßen. Auch hielten sie die Verbindung mit ihrer Gewerkschaft aufrecht: sie blieben Mitglieder irgendeiner breiteren, größeren Leitungskörperschaft. Ihre Präsenz in der fachlichen Bewegung hatte eher einen symbolischen Sinn.

Die andere Schicht der Parteileitung bildeten ständig in der Parteiführung tätige Funktionäre (zumeist die leitenden Sekretäre jeweils eines bedeutenden Verbandes, landesweiten Berufsverbandes). Sie hatten eventuell gleichzeitig mehrere wichtige politische Aufträge: sie waren Abgeordnete im Parlament, Mitglieder des Stadtverwaltungs Ausschusses von Budapest, bekleideten einen Posten in der Direktion irgendeines Parteibetriebes, eventuell auch in der sozialdemokratischen Fraktion der Sozialversicherungsselbstverwaltung.

Zu Wort kommen konnten im obersten Parteiorgan auch die zweiten oder dritten Leute der größeren Berufe, Beschäftigungszweige oder auch die Leiter der Verbände mit geringer Mitgliederzahl, die über kein politisches Amt verfügten, deren Namen außerhalb des Berufes landesweit nicht bekannt waren. Sie gelangten zumeist durch ihre Mitgliedschaft im Kontrollkomitee in die Parteiführung, doch von Fall zu Fall wurden sie auch in die elfköpfige Körperschaft hineigewählt.

Zwischen 1922 und 1929 waren acht bis neun Mitglieder der Parteileitung, und das Kontrollkomitee bestand in seiner Gesamtheit aus hauptberuflichen Gewerkschaftsfunktionären.

Bei der Ausformung der personellen Zusammensetzung spielte das Vertretungsprinzip eine wichtige Rolle. Die Führer der die Masse der Parteimitglieder ausmachenden größeren Gewerkschaften und weiterhin der grundlegenden Institutionen der politischen Arbeit wurden hier berücksichtigt: die Sekretäre des Parteiapparates und die Redakteure der Parteiblätter, die mit bedeutendem Recht auch dann an den Sitzungen der Leitung teilnahmen, wenn sie nicht deren gewählte Mitglieder waren.

Die Parteiführung nahm auf ihren wöchentlichen Sitzungen<sup>58</sup> in den politischen, administrativen und personellen Angelegenheiten der Bewegung Stel-

<sup>58</sup> PIA 658.f. 2/1 AE. Über die Beratungen der Parteileitung besitzen wir ausschließlich für die Zeit vom 29. Dezember 1922 bis zum 16. Mai 1923 Protokolle, die die konkreten Beschlüsse stichwortartig festhalten.

lung. In den Beratungen wurden die taktischen Schritte der Sozialdemokratischen Partei Ungarns gegenüber der Regierung und den anderen Parteien besprochen. Die Körperschaft war dafür zuständig, Beschlüsse über Aktionen der gesamten Bewegung, über Versammlungsreihen, Kampagnen und größere Einzelbewegungen zu fassen. In den Sitzungen kamen wiederholt die mit den internationalen Verbindungen der Sozialdemokratischen Partei Ungarns zusammenhängenden Probleme zur Sprache. Die Parteiführung beschäftigte sich auch mit den Angelegenheiten der Parteiblätter, zumeist mit deren finanziellen Fragen. Die Person der Sekretäre der territorialen Parteiorganisationen wurde ebenfalls durch dieses Gremium in ihrem Amt bestätigt.

Der Vorsitzende Mór Rothenstein und der Sekretär Samu Jászai, die Leiter des Gewerkschaftsrates, nahmen mit beratendem Recht an den Sitzungen der Parteiführung teil, auf denen häufig Entscheidungen gefällt wurden, die gleichfalls auch im Interesse der Gewerkschaften lagen. So besagte die Sitzung vom 10. April 1923, die einzelnen Berufszweige sollten am ersten Mai Versammlungen abhalten; am 24. April faßten sie einen Beschluß, daß die Angelegenheit des Provinzsonderbeitrags vom Gewerkschaftsrat und von der Parteileitung gemeinsam behandelt werden sollte; am 30. April beauftragten sie Farkas und Rothenstein, einen Entwurf in der Angelegenheit der Sekretäre in der Provinz auszuarbeiten.

Die zentrale Leitungskörperschaft der Gewerkschaftsbewegung war der Gewerkschaftsrat. In jener Epoche verstand man im breiteren Sinne darunter das elfköpfige Exekutivkomitee und den etwa 50–60köpfigen Ausschuß, während der Gewerkschaftsrat im engeren Sinne nur das Exekutivkomitee bedeutete. (Den Begriff gebrauchen wir im weiteren in der letzteren Bedeutung.)

Nach dem seit dem Gewerkschaftskongreß im Jahre 1907 gültigen Statut war die Körperschaft „...die auf der Grundlage der modernen Arbeiterbewegung stehende zentrale Vertretung der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen“, die unmittelbar vom Kongreß selbst gewählt wurde.<sup>59</sup> Der Oberbürgermeister von Budapest forderte im Jahre 1922 auf Anweisung des Innenministers den Gewerkschaftsrat auf, Statute einzureichen. Im Laufe des sich über zwei Jahre hinziehenden Genehmigungsverfahrens war die Bewegung einer der Hauptdiskussionspunkte. Die Behörden erlaubten nämlich nicht den Gebrauch des Titels „Gewerkschaftsrat“, unter Berufung darauf, daß unter dem Namen Gewerkschaft kein einziger Arbeiterverein tätig sein dürfe. Schließlich war nach dem ersten Paragraphen des am 20. Mai 1924 vom Innenminister genehmigten Statuts die Aufgabe des Verbandes der Ungarischen Arbeitervereine, „Fragen, die die zum Zwecke der wirtschaftlichen

<sup>59</sup> A szakszervezeti mozgalom Magyarországon 1904–1907. A Magyarországi Szakszervezeti Tanács jelentése (Die Gewerkschaftsbewegung in Ungarn 1904–1907. Bericht des Ungarischen Gewerkschaftsrates). Budapest (1908) 90.

Organisierung entstandenen, über behördlich zugelassene Statute verfügende Arbeiter- und Angestelltenvereine und -verbände gemeinsam interessieren, vorzubereiten und zu bearbeiten, in solchen Fragen den Vereinen und Verbänden Vorschläge zu unterbreiten; in solchen Fragen mit den Behörden des Landes zu verkehren; über diese Fragen Vorträge auf öffentlichen Sitzungen zu halten, Diskussionsabende zu organisieren und Bücher und Fachzeitschriften herauszugeben“.<sup>60</sup>

Der Gewerkschaftsrat war formal ebenfalls als „Zeitungsorganisation“ tätig, da er seine Aufgaben offiziell aus der Summe der Abonnementsgelder deckte, die die einzelnen Verbände für das Monatsblatt „Szakszervezeti Értesítő“ bezahlten. Die Mitgliedervereine zahlten in Wirklichkeit regelmäßige Beiträge; und die Kosten der einzelnen Kampagnen, Aktionen deckten sie von Fall zu Fall auf Grund gemeinsamer Beschlüsse, entsprechend ihrer Mitgliederzahl und Finanzkraft.<sup>61</sup>

Im Gewerkschaftsrat waren die Mitglieder der landesweiten Verbände und Vereine vertreten. Hierher gelangten zumeist die zweiten Leute der größeren Organisationen, die Leiter von Berufszweigen. Von ihnen bekleideten mehrere – worauf wir bereits hingewiesen haben –, als Mitglieder der Parteiführung oder des Kontrollkomitees, auch eine Parteifunktion. Am politischen Leben nahmen sie eventuell als Abgeordnete im Parlament oder als Stadtväter teil.

Die politischen Grundprinzipien der Tätigkeit des Gewerkschaftsrates waren mit der sozialdemokratischen Konzeption der Parteiführung identisch. Die Sozialdemokratie verzichtete nicht auf die Veränderung der ungarischen Gesellschaft, doch war ihr Ziel nicht der revolutionäre Umsturz der bestehenden Ordnung, sondern ihre schrittweise innere Reform. Das unmittelbare Ergebnis der Reformen war, nach den Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, die bürgerliche Demokratie, während die klassenlose Gesellschaft – deren Verwirklichung die Partei als Ergebnis der unaufhaltbaren Entwicklung der Produktivkräfte als eine historische Notwendigkeit ansah – das perspektivische Ziel darstellte. Das Proletariat muß sich auch bis dahin auf den Eintritt in den Sozialismus vorbereiten, um dann in der Lage zu sein, die Leitung auf allen Gebieten des Lebens übernehmen zu können. Die Voraussetzungen für die Selbstbildung der Arbeiterklasse sind aber: möglichst günstige Arbeitsbedingungen und höhere Löhne, für die man kontinuierlich mit den den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Mitteln kämpfen muß.

Im Sinne der oben genannten Grundprinzipien war die Partei- und Gewerkschaftsführung bereit, sich in das nach dem Sieg der Konterrevolution neuformierende kapitalistische System zu integrieren, doch knüpfte sie ihre Mitwirkung an Bedingungen, die die selbständige Position der organisierten

<sup>60</sup> PIA 654.f. 4/36 AE. – Képviseleti Napló (Journal des Abgeordnetenhaus). Im weiteren: KN 1922–1926. Bd. XXVII. 274. Beitrag von Samu Jászai. 19. November 1924.

<sup>61</sup> PIA 672.f. 1929/23 AE. – 666.f. I/1920/10 AE.

Arbeiterklasse und die Unabhängigkeit ihrer Organisationen – als Organisationen mit sozialdemokratischen Ideen und praktischem Klasseninhalt – sichern konnten. Der Inhalt des Programms war – in weiterem Sinne – die Anerkennung der öffentlichen Mission der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften sowie ihrer Institutionen und Presse als Interessenvertretung der Gesamtarbeiterschaft als eine der grundlegenden Klassen der Gesellschaft, mit einer den Zielen der Sozialdemokratie entsprechenden Rolle und Bestimmung.

Im Kampf für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse übernahmen die Gewerkschaften unter der Leitung des Gewerkschaftsrates die Vertretungsfunktion. „Im Leben der Gewerkschaften gehörte die Revolution immer eher nur zur Phraseologie und nicht sie, sondern das Prinzip der Evolution hat die Richtung und die Instrumente ihrer Tätigkeit bestimmt.“<sup>62</sup> Die Gewerkschaften forderten die Mitsprache in Fragen, die vom Gesichtspunkt der Arbeiter von entscheidener Bedeutung waren: wie erhalten sie Arbeit (Arbeitsvermittlung), für wieviel verkaufen sie ihre Arbeitskraft (Arbeitslohn), wieviel und in welcher Zeit müssen sie arbeiten (Arbeitsintensität und Arbeitszeit), unter welchen Umständen, Bedingungen (Arbeitsordnung im Betrieb). Um all dies regulieren zu können, wünschten sie organisch und dauerhaft solche Institutionen und Verfahren ins Wirtschaftsleben einzuschalten, die es unmöglich gemacht hätten, daß die Kapitalisten und die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer den Umsatz des Arbeitsmarktes willkürlich bestimmten sowie innerhalb der Fabrikttore allein die Macht besaßen. Diesem Zweck hätte auch die offizielle und universelle Anerkennung des Systems der Vertrauensleute sowie die Schaffung der paritätischen, lohnfestlegenden Institutionen gedient.

Die Gewerkschaften erwarteten die Lösung der Lohnregulierung von solchen Maßnahmen, die automatisch garantierten, daß sich die Löhne dem Wachstum des Existenzminimumindex anpassen. Abhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen versuchten die Vertretungen der Arbeiter – je Industriezweig und Beruf mit unterschiedlichem Inhalt und für eine unterschiedliche Zeit – die Kollektivverträge annehmen zu lassen. All diese Methoden hätten es ermöglicht, daß sie ohne Streiks, Arbeitsniederlegungen Ergebnisse bei der Lohnregelung und der Arbeitsbedingungen erreichten. In der Auslegung der Gewerkschaftsführer ist es das Wesen des Klassenkampfes, daß die organisierten Arbeiter aller Berufszweige mit ähnlichen Methoden übereinstimmende Forderungen stellen und mit dem gemeinsamen Auftreten die Kapitalisten zu Zugeständnissen zu zwingen. Der Zwang und die Verhandlung sind einander ergänzende Elemente, Zwillingspfeiler dieser Auffassung, sofern es das Ziel des in der einstimmigen Aktion der Arbeiter zur Geltung kommenden Zwanges ist, Verhandlungen zu erzwingen. Nach dem im Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei dargelegten Standpunkt

<sup>62</sup> Népszava, 17. Februar 1920.

„...ändert es nichts am Wesen, ob wir dies Klassenkampf nennen oder gewerkschaftlichen Vergleich“. <sup>63</sup> Die Gewerkschaften verzichteten auch prinzipiell nicht auf die schärferen Formen des Kampfes und bestanden auf dem Streikrecht als die unveräußerliche Waffe der Arbeiterklasse. Kabók betonte auf der vom Gewerkschaftsrat im März 1924 einberufenen Konferenz die Bedeutung „...des sich auf das gesamte Wirtschaftsleben erstreckenden allgemeinen Streiks“. <sup>64</sup> Die Gewerkschaftsführer hielten aber – unter Beachtung der Verhältnisse des konterrevolutionären Systems und der wirtschaftlichen Lage – die massenhafte Arbeitseinstellung für viel zu riskant, deshalb wollten sie nach Möglichkeit darauf verzichten.

Dezső Biró erklärte auf der bereits erwähnten Sitzung im Mai des Jahres 1924, daß die Führer der Berufe eine „Feuerwehrarbeit verrichten müssen“, „...sie müssen sich vor die Massen hinstellen, wenn sie nicht wollen, daß die Massen gegen die Polizeiabsperungen und die Bajonette des Militärs anstürmen“. Und Kabók machte kaum zwei Wochen nach der zitierten Äußerung im Abgeordnetenhaus in der Debatte über den Gesetzesentwurf zur Sanierung darauf aufmerksam, daß die Führer der Arbeiterschaft nicht mit den innerhalb der Arbeiterschaft auftretenden radikalen Bestrebungen übereinstimmen, sondern „...sich quasi als Prellbock dazwischenschieben, und wenn wir dies tun, dann halten wir unsere Kollegen ständig unter Hinweis auf die unglückliche Lage des Landes zurück, damit sie nicht in kraftvollere Äußerungen übergehen“. <sup>65</sup>

Es steht außer Zweifel, daß der Streik nicht ausschließlich die einzige Art und Weise des wirtschaftlichen Kampfes ist, die den Interessen der Arbeiterschaft entspricht. Der Erfolg der Arbeitsniederlegung hatte ziemlich viele Voraussetzungen und die Entscheidung übertrug den Führern eine große Verantwortung. Mit der Erklärung des Streikbeschlusses war gleichzeitig die Übernahme der Verpflichtung zur Auszahlung der Kampfunterstützung, eventuell über einen längeren Zeitraum, verbunden. Dazu war es notwendig, die Kraftressourcen der Gewerkschaft und der verwandten Berufe zu kennen, und vor allem zu wissen, wie groß der Streikfonds war. Es war auch zweckmäßig, sich über die Lage der anderen im jeweiligen Betrieb beschäftigten Berufe zu informieren, denn der Stopp in einem Berufszweig betraf auch andere Gruppen von Arbeitern. Die Aussichten des Lohnkampfes beeinflussten auch die wirtschaftlichen Faktoren der Arbeitgeber wesentlich. „Der Streik, die Einstellung der Produktion durch die Arbeiterschaft kann nur dann und insofern sein Ziel erreichen, wenn dadurch das Profitinteresse der Kapitalisten leidet“, stellte der marxistische Ökonom Jenő Varga fest, indem er betonte, die Effektivität der geplanten Bewegung könne man dadurch beurteilen, „...welche Wirkung die Arbeitspause auf den Profit des Betriebes

<sup>63</sup> Népszava, 25. Juli 1920.

<sup>64</sup> PIA 654.f. 4/57 AE.

<sup>65</sup> KN 1922–1926. XXIII. 109. Wortmeldung von Lajos Kabók. 12. April 1924.

hatte“. Hierzu muß man aber die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die allgemeine Konjunktur, den Geschäftsgang und die Vermögensverhältnisse der einzelnen Berufszweige kennen.<sup>66</sup> Zur Zeit des konterrevolutionären Systems mußte man viel eher als vor 1914 die Möglichkeit des gewaltsamen Einschreitens der Staatsmacht sowie der Aktionen der offiziellen Streikbrecherorganisationen beachten.

Alle Faktoren gaben Grund zu Umsicht und Vorsicht, ja machten sie sogar notwendig, bildeten aber von Fall zu Fall auch die Grundlage für Kompromisse. Nur durch die Aufdeckung der konkreten Bedingungen und des Ablaufs der einzelnen Bewegungen kann man entscheiden, wann die Beendigung des Streiks ohne ein Ergebnis oder mit geringen Konzessionen – manchmal im Gegensatz zum Wunsch der gesamten Arbeiterschaft oder eines Teiles – von nüchterner Überlegung diktiert wurde, und wann der Opportunismus die Entscheidung zum Abbruch motivierte. Andererseits kann man die Existenzberechtigung der Formen der Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung nicht von vornherein abstreiten, und die Petition, die Verhandlung, die Übereinkunft usw. können nicht allgemein als Friedfertigkeit gewertet werden.

Die Gewerkschaftsleitung war sich auch darüber im klaren, daß die sich auf einen Berufszweig landesweit erstreckende Arbeitsniederlegung und noch mehr der mehrere Zweige gleichzeitig mobilisierende allgemeine Streik mit politischer Aktion eine klare Herausforderung des Systems darstellte. Die Taktik der Sozialdemokratischen Partei Ungarns basierte aber – bis zum Ende der zwanziger Jahre – auf der Vermeidung von offenen Massenaktionen. Die Partei wollte die Bestrebungen der Arbeiterschaft in erster Linie mit Hilfe der Möglichkeiten, die die neu eröffneten Foren – Parlament, Gesetzeshörden – boten, verwirklichen, und danach richtete sich auch die Auswahl der Methoden durch die Gewerkschaften.

Die gesamte Taktik der legalen Arbeiterbewegung wurde aber nicht von engen fachlichen Interessen, von Lohnerhöhungen um wenige Fillér oder von anderen, unbedeutenden lokalen Konzessionen bestimmt. Deshalb kann man die Effektivität, die Bedeutung der Gewerkschaft als Institution nicht in Frage stellen. Man kann ihre Stellung nicht in der Peripherie der Gesellschaft, irgendwo neben den Sozialabteilungen der Verwaltungen und den karitativen Vereinen der Kirchengemeinden ansiedeln.

Es ist nämlich falsch, die Bedeutung der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen zu unterschätzen. Die mobilisierende Kraft, die Rolle von Lohn, Arbeitszeit und ähnlicher Fragen bei der Bindung der Arbeiter an die Organisationen sicherte nicht nur die Aussichten der Regelung einer, vielleicht tatsächlich unbedeutenden Lohndiskussion oder die Chancen für die Behe-

<sup>66</sup> Varga, Jenő: Közgazdasági tudnivalók a szakszervezeti harchoz. A mozgalom útmutatója (Ökonomische Kenntnisse zum gewerkschaftlichen Kampf. Wegweiser der Bewegung). Budapest 1918. 82. Hrsg. Samu Jászai.

bung irgendeiner isolierten, geringfügigen Beschwerde. Das grundlegende Motiv, das die Arbeiter zum Anschluß und zur Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft veranlaßte, war die berechnete Annahme, daß sie mit einem dauerhaften und vielseitigen Interessenschutz rechnen konnten. Die Anstrengungen in den Gewerkschaften zur Lösung der einzelnen, an sich vielleicht unbedeutenden Probleme ordneten sich zu einer kontinuierlichen Vertretungstätigkeit; und die Teilergebnisse summierten sich in größerer Perspektive zu Errungenschaften, die die Lage, die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft positiv beeinflußten.

Was die Wahl der Kampfmittel anbetrifft, so wäre eine Verurteilung der Gewerkschaften und des Gewerkschaftsrates ebenfalls unbegründet. Die grundlegende taktische Konzeption der gesamten Bewegung, an die sich die Lösungsmethoden der einzelnen Fragen, die Verfahren, die im Laufe der Verhandlungen zum Ausdruck kommenden Verhaltensweisen orientierten, wurden von den führenden Körperschaften der Partei festgelegt, in erster Linie von der Parteileitung.

Zwischen der politischen und der wirtschaftlichen Bewegung ergaben sich von Zeit zu Zeit Konflikte in den praktischen Fragen der Verwirklichung der gemeinsamen Prinzipien. Es handelt sich hierbei bei weitem nicht um ein unterschiedliches Maß an Radikalität, um eine Lage, daß der Fachrat die Bestrebungen der Parteileitung, stärker aufzutreten, zurückgehalten hätte oder umgekehrt: daß die Entscheidungen der Gewerkschaftsleitung über eine kämpferische Taktik von der Parteileitung, eventuell von der Parlamentsfraktion gemildert worden wären. Die Diskussionen wurden durch die Frage nach der Priorität ausgelöst. Es kam nämlich vor, daß die Gewerkschaftsführer irgendeinen Schritt der Partei für die Interessen der wirtschaftlichen Bewegung als schädlich betrachteten, oder irgendeine gewerkschaftliche Aktion vom Gesichtspunkt der Partei zu einem ungeeigneten Zeitpunkt und auf eine ungeeignete Weise durchgeführt wurde.

Doch bestimmten nicht die relativ seltenen Konflikte das Verhältnis der Gewerkschafts- und der Parteileitung, sondern das Aufeinanderangewiesensein kam als ständig wirkender Faktor zur Geltung. Das Interesse der Partei an der interdependären Verbindung haben wir bereits bei der Skizzierung der mehrfachen Mitgliedschaft und der Tätigkeit der Freien Organisationen berührt. Und vom Gesichtspunkt der Gewerkschaften war die Sozialdemokratische Partei Ungarns der einzige legale Faktor, der sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens für ihre Ziele einsetzte. Hierbei geht es nicht nur um die individuellen Stellungnahmen der Gewerkschaftsführer als Persönlichkeiten sozialdemokratischer Gesinnung, sondern in breiterem Sinne um die allgemeinen politischen Bedingungen des Wirkens der Gewerkschaften, vor allen Dingen um die demokratischen Freiheitsrechte. „...die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter steht in engem Zusammenhang mit der Organisierungsfreiheit der Arbeiter. Solange die Kraftfaktoren der Arbeiterklasse keinen solchen Einfluß auf die Regierung haben werden wie das

Großkapital, wird eine Veränderung der Lage von Grund auf nicht eintreten... diesen Einfluß können wir nicht durch die Stärkung der sozialdemokratischen Partei erreichen“, führte Benő Gál, zweiter Sekretär des Fachrates, auf dem Kongreß der Gewerkschaften im März des Jahres 1926 aus.<sup>67</sup> Im Parlament, in den örtlichen Selbstverwaltungskörperschaften und in anderen politischen Institutionen außerhalb der Arbeiterbewegung vertrat die sozialdemokratische Partei durch ihre unmittelbare Präsenz die Interessen der Gewerkschaften. Es gehörte zum Aufgabenbereich des Gewerkschaftsrates, jene Organe der Sozialdemokratischen Partei Ungarns über die Wünsche und Vorschläge der einzelnen Fachverbände, Fachvereine zu informieren, die die Arbeit der Vertretungen lenkten.

Die Bedeutung der Verbindungen von Partei und Gewerkschaften anerkannte man auch auf der mittleren und unteren Ebene der fachlichen Bewegung. Ein Vertrauensmann der Metallgießer erklärte: „Wenn jemand an der Lage etwas helfen könnte, so ist es allein die Partei, weil man über die Partei die Interessen der Arbeiter im allgemeinen regeln kann“.<sup>68</sup> Die Vollversammlung der Konditoren grüßte im März des Jahres 1928 die Partei, die im öffentlichen Leben „...allein für die Befreiung der Arbeiterschaft kämpfte“. Nach Meinung des Metallarbeiterfunktionärs Simon Steiner hatten es die Gewerkschaftsführer gelernt, daß der Kampf um wirtschaftliche Interessen nur mit Massen erfolgreich durchgeführt werden kann, die politische Rechte besitzen. Dem Umstand kann man es zuschreiben, daß „... die in den Freien Organisationen vereinigte Arbeiterschaft nirgendwo anders als gerade in Ungarn so eng mit der Parteibewegung verbunden war“.<sup>69</sup>

Die Sozialdemokraten gaben sich mit der Hegemonie nicht zufrieden und drängten auf das Monopol. Die Verwirklichung dieses Ziels konnte infolge der eigentümlichen Verbindungen von Partei und Gewerkschaften in erster Linie durch den ungeteilten Besitz der Schlüsselpositionen in den Gewerkschaftskörperschaften und Apparaten gesichert werden. Die Partei- und Gewerkschaftsführer griffen dann zu ausgesprochen gewalttätigen Methoden gegenüber den Kommunisten und ihren Sympathisanten, benutzten dann den Ausschluß als „ultima ratio“, wenn die Monopolstellung in Gefahr geriet. Trotzdem, das Fehlen der zum Teil Ausgeschlossenen, aber in noch größerem Maße das der sich aus Solidarität, aus Empörung abwendenden Massen hätte die gesellschaftliche Basis der sozialdemokratischen Bewegung empfindlich schädigen können. So sehr der Spielraum der sozialdemokratischen Führung nach „links“ durch den oft zwar überbetonten, aber auf jeden

<sup>67</sup> A szakszervezeti mozgalom Magyarországon 1923–1925. Függlék az 1926. március 28–29-én tartott VIII. szakszervezeti kongresszus jegyzőkönyvéhez (Die Gewerkschaftsbewegung in Ungarn 1923–1925. Anhang zum Protokoll des am 28.–29. März 1926 abgehaltenen VIII. Gewerkschaftskongresses). Im weiteren: A szakszervezeti mozgalom Magyarországon 1923–1925. Budapest (1926) 85.

<sup>68</sup> PIA 672.f. 1923/21 AE.

<sup>69</sup> PIA 660.f. 18. AE. – Vas- és Fémmunkások Lapja. 10. Mai 1929.

Fall realen Gesichtspunkt des Schutzes der Legalität eingeschränkt war, so wurde ihr Abschwenken nach „rechts“ durch die Notwendigkeit der Erhaltung der Massenkraft, der Haupttruppe beschränkt. Das heißt bei weitem nicht, daß die organisierte Arbeiterschaft unter kommunistischem Einfluß gestanden hätte, schließlich bedeutete der Sturz der Diktatur eine Niederlage, und dies sahen viele als den Bankrott der Kommunisten an, erklärten es als „verfrüht“, schrieben das Ergebnis dieses Versuches der Verwirklichung der bolschewistischen Ideen in Ungarn, den „nicht herangereiften Bedingungen“ zu. Die Enttäuschung, die Ernüchterung eines bedeutenden Teils des Proletariates bedeutete aber dennoch nicht die Zustimmung zu gewalttätigen Schritten gegen die Kommunisten. Viele aus der Haupttruppe der Partei und der Gewerkschaften erachteten – abweichend von der Auffassung der leitenden Funktionäre – im Vergleich zu ihren eigenen sozialdemokratischen Ansichten die revolutionäre Einstellung der Kommunistischen Partei Ungarns, die Radikalität ihrer Forderungen, die Losung der Diktatur des Proletariats lediglich als einen graduellen Unterschied. Und sie sahen keine ausreichenden Gründe dafür, all jene aus der Bewegung auszuschließen, die der revolutionären Arbeiterpartei gefolgt waren, beziehungsweise während der Diktatur die kommunistische Leitung akzeptiert hatten. Schließlich hatte dies die Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft auf jeder Ebene getan, die überwiegende Mehrheit ihrer Führer ebenfalls miteingeschlossen. Deshalb konnte es auch im Herbst des Jahres 1919 – trotz aller Drohungen und hysterischen Erklärungen – zu keinen, einer allgemeinen Parteisäuberung gleichkommenden Maßnahmen kommen sowie später auch nicht zum massenweisen Ausschluß. In Wirklichkeit waren den ganzen konterrevolutionären Zeitraum hindurch in den sozialdemokratisch geführten Parteiorganisationen und Gewerkschaften die Kommunisten und ihre Sympathisanten, die Anhänger des revolutionären proletarischen Sozialismus, aktiv tätig. Auch sie bildeten einen Teil der gesellschaftlichen Basis der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und der Gewerkschaften, und ihre Abtrennung hätte die Arbeiterbewegung gegenüber dem Klassenfeind dermaßen geschwächt, daß dies auch schon für die Sozialdemokraten schädlich gewesen wäre. Der Begriff des „Kommunisten“ kann nicht, so meinen wir, innerhalb der behandelten historischen Periode auf die organisierten Mitglieder der Kommunistischen Partei Ungarns und des KIMSZ (Kommunistischer Jungarbeiterverband Ungarns) eingengt, aber auch nicht auf jene beschränkt werden, die die Losungen der Partei von Zeit zu Zeit stellenweise durch Flugschriften, durch Presseerzeugnisse, eventuell durch das lebendige Wort erreichten.

Die Illegalität der Kommunistischen Partei Ungarns beschränkte den Wirkungsbereich, die Möglichkeiten der Partei außerordentlich. Die Präsenz der revolutionären sozialistischen, kommunistischen Richtung in der einen oder anderen Parteiorganisation oder Fachgruppe, Fachabteilung, war nicht unbedingt und nicht immer das Ergebnis der unmittelbaren Organisations- und Agitationsarbeit der Kommunistischen Partei Ungarns. Es gab eine

große Zahl (die Einschätzung der tatsächlichen Anteile ist Aufgabe noch weiterer Forschungen) von Arbeitern in der legalen Bewegung, die den Reformismus für ungenügend hielten, die Diktatur des Proletariats, die sozialistische Revolution aber nicht als eine unmittelbare Zielstellung, sondern als eine perspektivische Aufgabe der Arbeiterbewegung ansahen.

Nach 1919 kann man nicht nur zwei Pole unterscheiden: die Sozialdemokraten auf der einen Seite wünschten den Sozialismus ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu verwirklichen, wenn dann als Ergebnis der langwierigen Entwicklung sich die Bedingung für den Übergang, das gewaltfreie Hinüberwachsen in die neue Gesellschaft herausgebildet haben; auf der anderen Seite die Kommunisten, die die neue proletarische Revolution und die zweite Räterepublik als ein aktuelles Programm verkündeten. Die Farbskala der ungarischen Arbeiterbewegung war aber weit komplexer. Die klassenbewußte Arbeiterschaft focht die Kämpfe des Alltags in den sozialdemokratisch geführten Organisationen, da sie nicht zur Kommunistischen Partei Ungarns gelangte, beziehungsweise die Kommunistische Partei Ungarns sie nicht erreichte. In dieser Schicht gingen aber viele in ihrem Denken über den oben zusammengefaßten traditionellen sozialdemokratischen Standpunkt hinaus, und die Bejahung der neuen sozialistischen Revolution, der Diktatur des Proletariats bildete einen organischen Bestandteil ihrer Anschauungen. All das stellte selbstverständlich keine Bereitschaft zur unmittelbaren revolutionären Handlung dar. Wir müssen beachten, daß sich die politische Stellungnahme, ganz gleich ob es sich um die reformistische Sozialdemokratie oder um den revolutionären Sozialismus, den Kommunismus handelte, nur bei wenigen in steriler, reiner Form zeigte. Und überhaupt – die freie Konfrontation, die Klärung der Ansichten und Meinungen, die öffentliche prinzipielle Diskussion war unmöglich. Wir meinen, zwischen den beiden angeführten Polen kann man ziemlich viele Übergangsformen annehmen, und in der legalen Bewegung war der Anteil der radikal gesinnten Arbeiter viel höher als dies sowohl in den oppositionellen Gewerkschafts- und Parteibewegungen als auch in der Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei Ungarns zum Ausdruck kam. Die latente revolutionäre Einstellung (wir müssen hinzufügen, daß wir nicht die latenten revolutionären Instinkte meinen, sondern die bewußte proletarisch-sozialistische Auffassung) trat zur Zeit der vorteilhaften Veränderung der Bedingungen, nach der Zerschlagung des bourgeoisien Gewaltapparates in den letzten Tagen des zweiten Weltkrieges, massenweise an die Oberfläche und sicherte die primäre Basis der Kommunisten im Kampf um die Macht, gegen die Kräfte der bürgerlichen Restauration.

Am Anfang unserer Studie haben wir darauf hingewiesen, daß die historischen Prozesse, so auch die Entwicklung der Arbeiterbewegung nicht starr auf Grund von Periodengrenzen zerstückelt werden dürfen, die auf bestimmten Jahreszahlen basieren. Die Entstehung der legalen revolutionären Massenpartei nach der Befreiung in einer so kurzen Zeit kann man – selbst noch

unter Berücksichtigung der konjunkturellen Faktoren – nur dann verstehen, wenn wir annehmen, sie habe Vorläufer nicht nur in der auf einen ziemlich engen Raum begrenzten illegalen Kommunistischen Partei Ungarns, sondern auch in der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften gehabt.

Ein wichtiger Charakterzug der sich nach 1919 entfaltenden legalen Bewegung war, daß sich in ihr der Einstellung nach heterogene Schichten gruppieren. Die Verbindung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, weiterhin die Illegalität der Kommunistischen Partei Ungarns formte das politisch-ideologische Antlitz der Bewegung auf vielfältige Weise, indem sie Elemente, die auf unterschiedlichen Bewußtseinsebenen standen, in einen gemeinsamen organisatorischen Rahmen zwang. Die Heterogenität ist viel stärker zu beobachten als in der Bewegung zur Zeit des Dualismus, weil die Sozialdemokratische Partei Ungarns – unter Ausschluß der aktiven Revolutionäre – als Sammelpartei der klassenbewußten Arbeiter neugegründet wurde.

Zur Rekonstruktion der Motive der Schichtbildung, der inneren Zusammensetzung der einzelnen Gruppen und des Kräfteverhältnisses zwischen ihnen ist noch eine gründliche Forschungsarbeit notwendig. Auf dem Stand unserer gegenwärtigen Kenntnisse können wir nur aus den Erscheinungen der Bewegung auf die bewußtseinsmäßige Verteilung folgern. Die erfolgreichen oder zum Teil erfolgreichen Machtbestrebungen zur Erlangung der Machtpositionen von der traditionellen Bürokratie, die Wortmeldungen im radikalen Ton, die Eingaben und andere Manifestationen beweisen die Präsenz der revolutionären sozialistischen Gruppen – mit oder ohne Verbindungen zur Kommunistischen Partei Ungarns – in den legalen Arbeiterorganisationen.

Die Sozialdemokratie bewahrte, wenn ihre Macht auch bei weitem nicht ungeteilt blieb, auch weiterhin ihren bedeutenden Einfluß innerhalb der organisierten Arbeiterschaft. In den Leitungskörperschaften, vom Gewerkschaftsrat bis zu den Fachorganisationskomitees blieben die sozialdemokratischen Funktionäre in den meisten Organisationen in der überwiegenden Mehrheit. Das innere Leben der Bewegung regulierten, wenn auch nicht immer und überall, doch im Grunde und hinsichtlich der anhaltenden Tendenzen demokratische Prinzipien (kollektive Leitung, jährliche Erneuerung der Funktion, Pflicht der Berichterstattung in mehrere Richtungen). Die daraus entspringenden positionellen Vorteile und Möglichkeiten zum Manövrieren halfen der Stabilität der Führung voran, die aber ohne ein ausge dehntes inneres Lager nicht hätte aufrechterhalten werden können. Die Mehrheit der Mitgliedschaft stimmte den sozialdemokratischen Zielen und den gemäßigten Mitteln zu, gab sich mit den so erreichten Ergebnissen zufrieden.

Der Großteil der Arbeiter hielt sich nach den nun beinahe ein Jahrzehnt dauernden, vorerst uferlos erscheinenden Entbehungen in erster Linie aktuelle wirtschaftliche Ziele vor Augen. „Diese sehr wohl verständliche Ideolo-

gie kann man leicht als den Ausdruck der momentanen Interessen nicht der Arbeiterklasse, sondern der einzelnen unterdrückten Arbeiter“ erklären, schrieb Béla Kun in einem seiner Briefe im Jahre 1921. „...gerade dies ist der Typ, dessen Wurzeln – um es so auszudrücken – die ältesten in den Fabriken sind.“<sup>70</sup>

Die von den Partei- und Gewerkschaftsberatungen auf mittlerer und unterer Ebene, von anderen ähnlichen Veranstaltungen in sehr geringer Zahl erhalten gebliebenen inhaltlichen, das heißt also auch die Äußerungen festhaltenden Protokolle, Aufzeichnungen beweisen ebenfalls, daß die sozialdemokratische Anschauung noch immer eine ziemlich große Wirkung hatte. Es besteht kein Zweifel, daß die Kritik bei der Beurteilung der Tätigkeit der Leitung in allen Zirkeln häufig geübt wurde, da ja das Verhältnis zwischen der Leitung und der Mitgliedschaft einer Organisation auch immer von vornherein die gegenseitige Unzufriedenheit enthält. Die Ursachen der Schwächen, der Fehler sieht man von unten zumeist in der laschen Leitung, von oben im Fehlen der notwendigen Unterstützung, in der Indifferenz und Passivität. Es ist also unbegründet, in die ständige Polemik der Leitung und der Mitgliedschaft auch unbedingt einen politischen Inhalt hineinzuzinterpretieren. Ja, man muß auch noch beachten, daß in einem gegebenen Umfeld eher die kritische Absicht, die Unzufriedenheit zur Aktivität anregt als die Unterstützung oder das sich mit etwas Abfinden, das heißt die Quellen widerspiegeln die Gegensätze besser als die Zustimmung zur allgemeinen Politik und Taktik der Partei und der Gewerkschaften.

Im Interesse der Durchsetzung der sozialdemokratischen Prinzipien und der Praxis übte der Gewerkschaftsrat eine enge politische Kontrolle über die Gewerkschaften aus, dies war eine der grundlegenden Funktionen des zentralen Organs der Berufsbewegung. Der Fachrat fälltte wiederholt Entschlüsse gegen die kommunistisch geführte Opposition und bestimmte in Direktiven die Kriterien und die praktischen Anforderungen der politischen Kontrolle. Die Führung versuchte verstärkt, mit den von István Vági geführten Gruppen mit kommunistischem Hintergrund abzurechnen. Der Gewerkschaftsrat faßte im Februar des Jahres 1925 einen Beschluß, die Verbände sollten Vágis Anhänger „auf Grund ihrer durch das Grundstatut gegebenen Rechte“ ausschließen.<sup>71</sup> Auf Grund dieses Beschlusses wurden Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns aus vielen Gewerkschaften ausgeschlossen.

Die Gewerkschaften bildeten ihren inneren Aufbau, ihr Unterstützungs- und Hilfssystem auf autonome Weise aus. Der Gewerkschaftsrat besaß aber in finanziellen Angelegenheiten – die Details sind noch durch weitere Forschungen zu klären – das Kontrollrecht. Hierauf deutet der Brief von Benő

<sup>70</sup> PIA 500.f. 2/23 AE.

<sup>71</sup> A szakszervezeti mozgalom Magyarországon 1923–1926. 47. István Vági (1883–1940), Zimmermann, innerhalb der SPU Führer der radikalen Opposition, der in Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Ungarns im April 1925 die legale, ideologisch revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns gründete (MSZMP, im weiteren: SAPU).

Gál, des Kassierer-Sekretärs des Gewerkschaftsrates, vom Februar des Jahres 1930 hin, in dem er, offensichtlich entsprechend der routinemäßigen Praxis, die MÉMOSZ-Leitung aufforderte, daß sie die finanziellen Ergebnisse des Verbandes für das Jahr 1929 und das Budget für 1930 mitteilen solle, damit dies dem die Aufsicht ausübenden Komitee vorgelegt werden könne.<sup>72</sup>

Die in den einzelnen Industriezweigen interessierten Verbände, landesweiten Fachvereine leiteten den wirtschaftlichen Kampf, die Lohnbewegungen und die Streiks. Zur Arbeitsniederlegung mußten die einzelnen Berufe – im Sinne der vom Kongreß im Jahre 1907 angenommenen Streikordnung – nicht nur bei ihrer eigenen Landeszentrale, sondern auch beim Gewerkschaftsrat um eine Erlaubnis nachsuchen. Eine Solidaritätssammelaktion konnte nur für die Teilnehmer an einer auf solche Weise erlaubten Arbeitsniederlegung durchgeführt werden. Die Hilfskampagne initiierte der Gewerkschaftsrat, indem er die Verbände aufforderte, sie sollten die Unterstützung der kämpfenden Arbeitergruppe, des Berufszweiges in ihrem eigenen Kompetenzbereich organisieren und die Summen an den Fachrat senden.<sup>73</sup>

Ein anderes wichtiges Gebiet der finanziellen Angelegenheiten der gesamten Bewegung bildete die Unterstützung der Berufe, die sich in einer schlechten Lage befanden. In mehreren Zweigen entstand nämlich ein „Teufelskreis“. Von den wenigen Mitgliedern gingen nur wenige Beiträge ein, was die Agitation einschränkte, das Anwerben verlangsamte. Die schwachen Gewerkschaften wiederum (zum Beispiel die Textilarbeiter- und Chemiearbeitergewerkschaft) besaßen kein Ansehen, sie erwiesen sich als unfähig, gegenüber den Kapitalisten Kraft zu zeigen, und so erreichten sie auch keine Ergebnisse, die Interesse geweckt hätten. Ohne Anziehungskraft gingen die Zahl der Mitglieder und so auch die Einkünfte zurück, die Schlagkraft der Organisation nahm noch weiter ab. Das Dahinvegetieren und dann die Auszehrung wurde zur chronischen Erscheinung. Das Aufhalten der Niedergangstendenz wurde nur durch die Unterstützung durch die stärkeren Berufe (Eisenbahner, Drucker) möglich. Das organisierte der Fachrat. Ein wichtiger Teil des sich in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre entfaltenden Erneuerungsprogramms war die Stärkung des Einflusses der Sozialdemokratie in den Dörfern, und innerhalb dieser die Stärkung der Bewegung der Erdarbeiter. Die vom Fachrat entsandte Spezialunterkommission stellte Anfang des Jahres 1928 fest, daß „die Entwicklung der Bewegung der Erdarbeiter ein besonderes Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung ist, und deshalb ersucht der Gewerkschaftsrat die interessierten Verbände, die notwendige Hilfe zu leisten“. Der Plan sah vor, daß zur Wiederaufrichtung des Erdarbeiterverbandes ein Jahr lang monatlich 400 Pengö zu zahlen seien. Der Betrag wurde

<sup>72</sup> PIA 666.f. I/130/10 AE. Hier soll bemerkt werden, daß die Rekonstruierung der Tätigkeit des Exekutivkomitees des Gewerkschaftsrates und seines Sekretariats dadurch erschwert wird, daß das Aktenmaterial dieser Organe nicht erhalten geblieben ist.

<sup>73</sup> PIA 666.f. I/1928/14 AE. – 1929/10 AE.

unter die Berufe aufgeteilt, das Sekretariat des Fachverbandes sammelte die Raten ein und überwies sie dem Erdarbeiterverband. Hilfe zum Weiterausbau der Organisation oder aber zum Start erhielten die Arbeiter der Textil- und die der Tabakfabriken.

Der Gewerkschaftsrat nahm in jeder Organisationsangelegenheit, die über den Kompetenzbereich der einzelnen Verbände, Fachvereine hinausging, möglicherweise eine Diskussion zwischen zwei oder mehr Gewerkschaften auslöste, Stellung.

Die Organisationskoordinierung der gesamten Bewegung war vor allem in zweierlei Hinsicht notwendig. Auf dem Land verfügten die Berufe in den einzelnen Ortschaften zumeist über wenige Mitglieder, abgesehen von den bedeutenden Ballungspunkten. In den kleineren Städten, Marktflecken und Gemeinden, wo es kein örtliches Gewerkschaftskomitee gab, sicherte der Gewerkschaftsrat unmittelbar die Zusammenarbeit in den wichtigeren gemeinsamen Angelegenheiten.

Das Sekretariat des Gewerkschaftsrates sorgte für den Beginn der Werbung in solchen Ortschaften, in denen noch keine einzige klassenkämpferische Gewerkschaft tätig war, für die Koordinierung der Tätigkeit der bereits existierenden Gruppen zum Bau eines Arbeiterheims, zum gemeinsamen Unterricht, für gemeinsame Kampagnen, Veranstaltungen sowie die anderen organisatorischen Angelegenheiten. Dieser Aufgabenkreis war besonders dort wichtig, wo keine Parteiorganisation arbeitete.

Zwischen den Gewerkschaften kam es immer häufiger in der Frage der Zugehörigkeit einzelner Arbeitergruppen zu Meinungsverschiedenheiten. Neue Probleme warf in dieser Hinsicht in den 1920er Jahren die langsame, aber starke Bewegung zur Organisation in Industriezweigen auf. (Zum Beispiel forderte die Bergarbeitergewerkschaft mehrmals das Recht der Organisation der in den Bergwerksanlagen arbeitenden Metallarbeiter.) Heftigen Streit löste die Frage der als Folge der technischen Entwicklung erscheinenden und zunehmend ausgeübten neuen Berufe (zum Beispiel die Kraftwagenfahrer) aus. Viele Meinungsverschiedenheiten verursachte das Recht der Organisation der ungelerten Schichten, der Hilfsarbeiter und Tagelöhner. In all diesen Angelegenheiten stand die endgültige Entscheidung dem Gewerkschaftsrat zu.

Im öffentlichen Leben trat der Gewerkschaftsrat als einheitliche und zentrale Vertretung der Gewerkschaftsbewegung im Interesse der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft auf. Unter den Bedingungen des konterrevolutionären Systems konnte man auch die ausgesprochen politische Stellungnahme für bessere Bedingungen im Kampf um höhere Löhne und Arbeitsbedingungen nicht vernachlässigen. Die Gewerkschaftsführung war sich darüber im klaren, daß es auch die grundlegende Sicherheit des erfolgreichen Feilschens, der Einigung ist, wenn sie ihre Bereitschaft zum Kompromiß aus der Position der Stärke erklären. Die Sicherung vorteilhafter Positionen bei den Verhandlungen sahen sie in zwei Faktoren:

in der möglichst weitgehenden Vollständigkeit der demokratischen Freiheitsrechte und der Gleichheit mit den Organisationen der Arbeitgeber. Dies ist der wiederkehrende politische Inhalt jener Manifestationen, die der Gewerkschaftsrat mehrfach unmittelbar den Regierungsgremien zukommen ließ.

Samu Jászai erklärte in seinem im Januar 1921 an den Ministerpräsidenten gerichteten Memorandum, während die Arbeitgeber „...mit allen, ja auch unmoralischen Mitteln ihre Interessen schützen dürfen, ist es überhaupt nicht gerecht und steht jene Praxis im Widerspruch zum Begriff des gleichen Rechtes, die den Vereinen der Arbeiter die Tätigkeit überhaupt nicht oder nur in sehr engen Grenzen erlaubt“.<sup>74</sup> Der Gewerkschaftsrat und die Parteileitung wandten sich im Februar des Jahres 1921 in einem gemeinsamen Brief an die Abgeordneten der Nationalversammlung, in dem sie die Einstellung des beschleunigten Gerichtsverfahrens forderten, die Internierung und die polizeiliche Aufsicht als eine Methode der politischen Verfolgung bezeichneten, die Pressezensur und die Einmischung der Polizei in die Lohndiskussion beanstandeten.<sup>75</sup>

Die Delegation des Gewerkschaftsrates legte im Juli 1923 Ministerpräsident Bethlen die wirtschaftlichen Vorschläge der Gewerkschaften vor: die Einrichtung des Lohnangleichungsamtes, die Einführung des Indexsystems, die Sicherung der Wertbeständigkeit der Löhne. Die Mitglieder der Delegation machten darauf aufmerksam, daß mit der Erfüllung dieser Wünsche „...die Verbitterung der in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiter ... heute noch abgeleitet werden kann“, doch im Falle einer Zurückweisung „...können sie die Verantwortung für die Folgen nicht übernehmen“.<sup>76</sup>

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre geriet die Aktionsreihe für eine Versicherung im Falle der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Interessenvertretungstätigkeit des Gewerkschaftsrates. Im Zusammenhang damit entfaltete sich der landesweite Kampf für die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit von täglich acht beziehungsweise wöchentlich 48 Stunden.<sup>77</sup>

Der Gewerkschaftsrat leitete im Jahre 1929 bei den Sozialversicherungswahlen im ganzen Land die Kampagne der legalen klassenkämpferischen Arbeiterbewegung, die für das organisierte Proletariat den größten Erfolg des Jahrzehnts als Ergebnis hatte.<sup>78</sup>

Der Gewerkschaftsrat war also nicht politisch, sondern in seiner Mission ein unabhängiges Organ, das zu Angelegenheiten Stellung nahm, die die

<sup>74</sup> PIA 654.f. 4/15 AE.

<sup>75</sup> PIA 658.f. 5/71 AE.

<sup>76</sup> PIA 654.f. 4/37 AE.

<sup>77</sup> A szakszervezeti mozgalom Magyarországon 1923–1925. 27. – A szakszervezeti mozgalom Magyarországon 1926–1929. Budapest (1930). 42 u. 49.

<sup>78</sup> Petrák, Katalin: A szervezett munkásság küzdelme a korszerű társadalombiztosításért (Der Kampf der organisierten Arbeiterschaft für eine zeitgemäße Sozialversicherung). Budapest 1978. 206.

wirtschaftliche Gesamtbewegung sowie zwischenfachliche Fragen betrafen, gemeinsame Aktionen organisierte, politisch die Gewerkschaften kontrollierte und in ihrem Namen auf öffentlichen Foren auftrat. Die Beschlüsse der Partei erstreckten sich, wie wir gesehen haben, auf die allgemeine politische Richtlinie der legalen Bewegung, auf ihre Taktik, auf die Organisation der Partei, ihre Presse, ihr inneres Leben.

Die gemeinsamen Interessen der sozialdemokratischen politischen und wirtschaftlichen Organisationen vertrat die Parlamentsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in der Landespolitik. Die Gruppe der Abgeordneten verfügte über eine Beschlußfassungsfunktion bei der Bestimmung der Reaktionen auf aktuelle innen- und außenpolitische Fragen, vor allem in Zusammenhang mit den Plänen und Schritten der Regierung, und der Festlegung der Aufgaben.

Den sozialdemokratischen Standpunkt und die entsprechende Taktik bildete die Fraktion nicht unabhängig, sondern in Zusammenarbeit mit den anderen Leitungskörperschaften aus. Die Koordinierung wurde durch die gegenseitigen persönlichen Verbindungen gewährleistet, sofern die Parlamentsfraktion die leitenden Funktionäre der Partei und der Gewerkschaften in ein gemeinsames politisches Organ mit ausgesprochen politischer Berufung zusammenschloß. Sowohl im Zyklus von 1922–1926 als auch im folgenden waren 50 Prozent der Vertreter Gewerkschaftsführer, die andere Hälfte bestand aus Funktionären irgendeines Parteiorgans oder einer Institution. Die Mitglieder der Fraktion waren also zweifach gebunden: sie gehörten irgendeiner Körperschaft der Bewegung an, deren Stellungnahmen und Beschlüsse für sie gültig waren, andererseits unterwarfen sie sich der inneren Disziplin und den Beschlüssen der Abgeordnetengruppe. Die primäre Abhängigkeit ist die von der Partei- beziehungsweise der Fachorganisation, -institution, diese stellt die ständige Bindung dar. Von hier stammt die Berechtigung für das Mandat, selbstverständlich wurde die Rolle der nicht rechtlichen, sondern politischen Persönlichkeiten in der Führung durch den Umstand wesentlich beeinflußt, daß die Auswahl in erster Linie durch Gesichtspunkte der Bewegung entschieden wurde.

Die Abgeordnetengruppen der bürgerlichen Parteien besaßen kein beständiges und organisches Fundament. Den zur Nominierung beziehungsweise zur Wahl notwendigen Hintergrund bildeten zumeist nicht Organisationen oder Institutionen mit homogenem gesellschaftlichen oder ideologischen Inhalt, sondern Momente individuellen Charakters: Verbindungen auf Landesebene, lokale Verwurzelung, Einfluß durch Reichtum, durch ein Amt oder durch Beschäftigung in einer wichtigen gesellschaftlichen Gruppe oder einer Landesregion. Während der Zyklen bestand der Kontakt zwischen dem Abgeordneten und seinen Wählern in der Abhilfe bei Beschwerden, in Besuchen, Berichten auf Versammlungen, in Sprechstunden und politischen Abendessen. Für den Abgeordneten bedeutete – wenn auch die Bewahrung der Sympathie der örtlichen Wählerschaft wichtig war – Sicherheit für seine

Wiederwahl in erster Linie, daß er den oben erwähnten Auswahlkriterien auch weiterhin entsprach, ja in dieser Beziehung seine Position noch stärkte. Nur so konnte er seine Possibilität für den die Partei führenden engeren Klan erhalten, zu dem er hinsichtlich seiner politischen Laufbahn in ein Abhängigkeitsverhältnis geraten war.

Voraussetzung dafür, in die sozialdemokratische Abgeordnetengruppe zu gelangen, war aber nicht die individuelle gesellschaftlich-materielle Situation und der daraus folgende Wirkungskreis, der Einfluß, sondern die – im weiten Sinne aufgefaßte – Stellung in der Bewegung. Dies war nämlich die wichtigste Quelle des persönlichen Ansehens, der Voraussetzung der Nominierung und der eventuellen Wahl. Es konnte also jemand erst überhaupt deshalb bei der Nominierung in Frage kommen, weil er eine wichtige Position bekleidete und sein Name breiteren Arbeiterkreisen bekannt geworden war, und nicht das Mandat war es, das die Eintrittskarte zu irgendeiner leitenden Position darstellte. (Es ist eine andere Frage, daß solche Stellen, bei denen die Gefahr eines Strafverfahrens besonders häufig drohte, so auch die Posten der verantwortlichen Redakteure und Herausgeber, in vielen Fällen – zumindest nominell – durch einen Abgeordneten der Nationalversammlung bekleidet wurden, damit die Immunität einen gewissen Schutz bot.)

Nach dem Statut der Fraktion<sup>79</sup> erfolgt die Tätigkeit der Parlamentsabgeordneten „...auf Grund des Parteiprogramms, im Geiste der von der Parteiführung, dem Parteausschuß und von der Parteiversammlung gefaßten Beschlüsse“, die Gruppe geht in ihrer Tätigkeit entsprechend den von den zuständigen Foren festgelegten Prinzipien vor.

Die die Zusammenarbeit betonende Vorschrift blieb keine Phrase, sondern kam in der Praxis der Parteipolitik ständig zur Geltung. Wiederholt kam es zu Konsultationsberatungen mit der Teilnahme der Mitglieder von Parteileitung, Kontrollkomitee, Gewerkschaftsrat und Abgeordnetengruppe. Die wie oben erwähnt zusammengesetzte breitere Leitungsgruppe diskutierte die wichtigen Beschlüsse und nahm zu taktischen Schritten Stellung. Dieses Verfahren ist nicht gleichaltrig mit dem Wirken der Sozialdemokratischen Partei Ungarns im Parlament, sondern wurde nach dem ersten Jahr voller Meinungsverschiedenheiten zwischen den Führungsgremien, in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 zur ständigen Einrichtung. Mónus, der Sekretär der Parlamentsfraktion, betonte im Oktober 1923, daß die Kooperation zwischen Parteiführung und der Abgeordnetengruppe nichts zu wünschen übrig lasse, doch die Zusammenarbeit von Gewerkschaftsrat und Fraktion sei nicht befriedigend. Er sagte, deshalb „...muß man dem Gewerkschaftsrat Gelegenheit geben, daß in den die Parlamentsgruppe interessierenden politischen und wirtschaftlichen Fragen gemeinsame Besprechungen abgehalten werden, damit auf diesen zwischen den führenden Körperschaften der Partei eine übereinstimmende Auffassung entstehen könne“.<sup>80</sup> Die betroffenen Sei-

<sup>79</sup> Prot. des XXI. PK der SPU im Jahre 1922. Budapest 1922. 55.

<sup>80</sup> 658.f. Bündel 3, 1. AE. 9. Oktober 1923.

ten stimmten dem Vorschlag von Mónus zu und mit der Teilnahme der erwähnten Körperschaften entstand ein informelles integriertes Entscheidungsforum.

Die Abgeordnetengruppe bildete in erster Linie in der im engeren Sinne genommenen parlamentarischen Arbeit eine gesonderte Gemeinschaft, die mit eigenen inneren Regeln, eigener Arbeitsteilung und Führung arbeitete. Nach den Vorschriften des Tätigkeitsstatuts leitet der Verwaltungsausschuß die Parlamentstätigkeit der Mitglieder der Fraktion, er beschließt über die Person der Redner, den Gegenstand und die Reihenfolge der Wortmeldungen, kontrolliert die politischen Stellungnahmen der Abgeordneten außerhalb des Parlaments. Der Sekretär des Verwaltungsausschusses und Vorsitzender der Fraktion im Zyklus 1922–1926 war Gyula Peidl, die Mitglieder waren István Farkas, Károly Peyser, Sándor Propper und János Vanczák, der Sekretär war Illés Mónus.<sup>81</sup>

Die Fraktion entschied als selbständige Körperschaft in den Fragen der Taktik der Partei in der Nationalversammlung beziehungsweise – ab 1926 – im Parlament. Die Wortmeldungen, die Vorschläge, die Interpellationen, die Verhandlungen im Haus mit den Ministern, von Fall zu Fall mit dem Regierungschef – zeigten in erster Linie das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei Ungarns zur Regierung und zu den anderen Parteien und brachten die Meinung der organisierten Arbeiterschaft über die Politik des Regimes zum Ausdruck.

Die sozialdemokratische Partei sah die parlamentarische Arbeit im mittleren Drittel der 1920er Jahre als wichtigstes Gebiet ihrer Tätigkeit an. Das bedeutete aber bei weitem nicht, daß der Verwaltungsausschuß der Fraktion ein „...beinahe die ganze Tätigkeit der Partei bestimmendes und leitendes“ Organ gewesen wäre.<sup>82</sup> Schließlich gehörten, wie wir gesehen haben, auch die Abgeordneten zur Parteiführung, zum Gewerkschaftsrat oder zu anderen Organen. Die Parlamentsgruppe war nicht irgendein fremdes Gebilde innerhalb der Partei, noch weniger eine separate, unabhängig politisierende und leitende Körperschaft, sondern sie wirkte eingebettet in die Bewegung.

Und auf zahlreiche Gebiete des Partei- und Gewerkschaftslebens erstreckte sich die Zuständigkeit und der Einfluß der Abgeordnetengruppe als Körperschaft überhaupt nicht. Andererseits modifizierte sich vom Anfang der 1920er Jahre an die Taktik der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, die

<sup>81</sup> Serfözö, Lajos, op. cit. 76; er lenkt mit Recht die Aufmerksamkeit darauf, daß Mónus' Aufstieg in die Landesparteileitung mit dieser Funktion begann. István Farkas hatte Mónus für dieses Amt empfohlen, vermutlich hatte er sich in der gemeinsamen Vergangenheit in der Schuhmacherbewegung von den Fähigkeiten seines Schützlings überzeugt. Illés Mónus (1886–1944), Schuhmacher, 1908 Redakteur des Fachblattes. 1922 Leiter des Wahlbüros der SPU, bis 1939 Sekretär der Parlamentsfraktion, obwohl er kein Mandat hatte. Ab 1927 Mitglied der Parteileitung, 1934–1938 Redakteur der Népszava. Einer der hervorragenden Publizisten und Theoretiker der Partei.

<sup>82</sup> Serfözö, Lajos, op. cit. 79.

Bedeutung des Parlaments ließ nach und die Rolle der Fraktion wurde geringer.

Die Gewerkschaften wollten die Arbeit der sozialdemokratischen Abgeordnetengruppe in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Interessen der wirtschaftlichen Bewegung beeinflussen. Der Gewerkschaftsausschuß betonte in seiner Deklaration vom Juni des Jahres 1922, daß die organisierte Arbeiterschaft die sozialdemokratischen Mitglieder der Nationalversammlung als ihre eigenen Beauftragten betrachte und mit ihrer ganzen Kraft die Parlamentsfraktion unterstütze. Ihre wichtigste Aufgabe legte der Beschluß des Ausschusses darin fest, daß sie die wesentliche Erweiterung der demokratischen Freiheitsrechte, die Aufhebung der Sonderregelungen erreichen sollte und auf dem Gebiet der Sozialpolitik und des Arbeiterschutzes solche Reformen erkämpfen, die die Lage der ungarischen Arbeiterschaft dem Niveau der entwickelten westeuropäischen Länder annäherten.<sup>83</sup>

Die Gewerkschaften hielten es für wichtig, selbst in der Parlamentsfraktion vertreten zu sein, da sie meinten, die Interessen der in ihre Zuständigkeit gehörenden Arbeitergruppen würden auf diese Weise unmittelbarer und erfolgreicher im Abgeordnetenhaus und im allgemeinen im öffentlichen Leben zum Ausdruck gebracht werden. Lajos Kabók brachte im August des Jahres 1922 auf der Sitzung der zentralen Leitung der Metallarbeiter zur Sprache, seine Tätigkeit als Abgeordneter „...halten einige für unvereinbar“ mit seinem Posten, den er im Verband bekleide. Die Körperschaft wies diesen Standpunkt einstimmig zurück und ging über die Anschuldigung der Inkompatibilität „zur Tagesordnung über“.<sup>84</sup>

Anfang 1928 forderten die Metallarbeiter ultimativ das eine – durch einen Todesfall – freigewordene Mandat für sich. Auf der Sitzung des Parteiausschusses wurde Ferenc Szeder, der Führer der Erdarbeiterbewegung, von mehreren vorgeschlagen. Schließlich entschied man sich – mit geringer Stimmenmehrheit – für Ferenc Bárdos, den Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, der der Abgeordnete des Listenwahlbezirks in der Nähe von Pest wurde.<sup>85</sup> Das ähnliche Auftreten der weniger bedeutenden, schwächer organisierten Berufe und Zweige hatte keinen Erfolg.

Die benachteiligten Berufe gerieten bei der parlamentarischen Tätigkeit nicht nur in Personalfragen in Gegensatz zur Parteileitung. Die Eisenbahner und die Erdarbeiter beanstandeten zu Recht, daß die Parteiführung zu ihrem Nachteil von der Regierung erlassene Beschränkungen und Verbote akzeptiert hatte und nicht einmal in der Nationalversammlung mit genügend Nachdruck für ihre Organisationsfreiheit kämpfte. Ja, in ihrer gemeinsam verfaßten Eingabe an die Parlamentsfraktion im Juni des Jahres 1923 machten die Vertreter der beiden Berufszweige darauf aufmerksam, daß in der

<sup>83</sup> A szakszervezeti mozgalom Magyarországon 1917–1922. A Magyarországi Szakszervezeti Tanács jelentése. 88–89.

<sup>84</sup> PIA 672.f. 1922/23 AE.

<sup>85</sup> PIA 500.f. 1/89 AE.

Bewegung allgemeine Unzufriedenheit mit der Intensität des Kampfes für das Vereinigungs- und Versammlungsrecht herrsche, und betonten: „...als am stärksten unterdrückte Berufe sind natürlicherweise wir es, die diese Zweifel und Wünsche als erste aussprechen“. Im Namen der Eisenbahner und der Erdarbeiter forderten Gyula Lukács, Aladár Weisshaus und andere, daß sich die Abgeordneten aus dem Sitzungssaal „hinauswerfen lassen sollen“, die Sitzung solange nicht ermöglichen sollten, solange es kein Vereinigungs- und Versammlungsrecht gebe. Sie wiesen auch darauf hin, daß man im Interesse der Freiheitsrechte auch zu Mitteln greifen müsse, die über das Taktieren im Parlament hinausgehen, wozu die Mobilisierung der Massen notwendig sei.<sup>86</sup>

In den Reihen der die Stütze der Sozialdemokratie bildenden gut organisierten Berufen, der Metallarbeiter und der Drucker, rief der Umstand rebellische Emotionen hervor, daß sich die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in der Nationalversammlung für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft im wesentlichen als unfruchtbar erwiesen hatte. Die inflationäre Konjunktur war bereits Ende 1922, Anfang 1923 zu Ende gegangen, die Vorbereitungen der Stabilisierung und dann die Sanierung verursachte eine schwerwiegende Krise. Die Gewerkschaftsführer befürchteten, eine erneute große Ausweitung der Arbeitslosigkeit würde selbst die gut organisierten, festen Verbände, landesweiten Fachvereine finanziell zerschlagen. Deshalb drängten die Metallarbeiterfunktionäre mit der Unterstützung der Führer der Drucker darauf, die Fraktion sollte entschlossener gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung auftreten, die die Sanierung auf Kosten der arbeitenden Klassen und Schichten lösen wollte. Tonangebend war Sekretär Sándor Rády. Der Funktionär der Metallarbeiter berichtete Anfang Oktober 1923 auf der Sitzung der Abgeordnetengruppe über die Unzufriedenheit der Massen wegen der wenigen erreichten Ergebnisse auf dem Gebiet des Vereinigungs- und Versammlungsrechts, doch beschuldigte er die Mitglieder der Fraktion hauptsächlich der Vernachlässigung der wirtschaftlichen Forderungen. Rády machte darauf aufmerksam, daß bereits jede Ware die Goldparität erreicht hatte, nur die Arbeitskraft nicht, und daß die Löhne sehr weit von diesem Niveau entfernt waren. Weiterhin betonte er, wie wichtig es wäre, die staatliche Unterstützung der Arbeitslosen zu erreichen, da die Kraftquellen der Gewerkschaften sich erschöpften. Und auf dem Gebiet der anzuwendenden Taktik forderte auch er eine „radikalere Arbeiterpolitik“.<sup>87</sup> Wir glauben, zum Auftreten von Rády hätte es ohne die Zustimmung der Metallarbeiterführung nicht kommen können. Seine kritischen Worte und Wünsche brachten also nicht nur seine persönlichen Anschauungen zum Ausdruck, sondern übermittelten der Fraktion die allgemeine Unzufriedenheit der Gewerkschaft, ja der gesamten organisierten Arbeiterschaft.

Auch auf der bereits erwähnten Gewerkschaftskonferenz im März des

<sup>86</sup> PIA 658.f. Bündel 3, 1. AE. 16. u. 18. Juni 1923.

<sup>87</sup> PIA 658.f. Bündel 3, 1. AE. 9. Oktober 1923.

Jahres 1924 hatte eine Atmosphäre der Gärung geherrscht, dort hatte Kabók auf die Verbindung der in der Gesetzgebung geleisteten Arbeit mit lebhaften, stärkeren Aktionen der Bewegung gedrängt. „Wenn sich die Kraft der Massen ihr nicht anschließen kann...“, sagte er, „dann ist die gesamte Arbeit der Fraktion vergebens.“ Und Dezső Bíró warf den Gedanken auf, ob die sozialdemokratische Abgeordnetengruppe mit ihrer Tätigkeit zur Erhaltung der Legalität des Systems beitragen solle, und warnte davor, das Sanierungsprogramm anzunehmen, bevor die Regierung die Wünsche der Arbeiter erfüllte.

Die erwähnten Äußerungen ließen schon ahnen, daß innerhalb der Führungsschicht der Sozialdemokraten die Erkenntnis heranreife: Der Anfang des Jahres 1922 begonnene Aufschwung der Bewegung hatte sich totgelaufen, und die Zeit war gekommen, die Taktik zu erneuern, die Methoden zu ergänzen und aufzufrischen. Die Zeichen der inneren Krise traten schrittweise an die Oberfläche, und es ist kein Zufall, daß gerade die Tätigkeit der Abgeordnetengruppe und deren Verhältnis zu der Arbeit auf den anderen Gebieten der Bewegung eine Spaltung in der führenden Gruppe hervorrief. Die Forderungen nach schärferer Opposition gegenüber der Regierung, härterem Tonfall und entschiedener Opposition trafen aber nicht auf ungeteilte positive Aufnahme, und die Eingaben, Vorschläge wurden ad acta gelegt.

Ein Jahr später, Ende 1924 machte aber der Angriff der Regierung die Veränderung der Taktik für die Sozialdemokratische Partei Ungarns unvermeidlich. Die Partei ging – im Bündnis mit der bürgerlichen Opposition – zu einer schärferen Kampfweise über, und über ein halbes Jahr boykottierte sie die Nationalversammlung.<sup>88</sup>

In den folgenden Monaten kam es innerhalb der sozialdemokratischen Führungsgruppe ständig zu heftigen Diskussionen über die Zweckmäßigkeit der Passivität im Parlament. Die Gewerkschaftsführer beriefen sich darauf, daß der Gewerkschaftsrat eine Aktion im Interesse eines Gesetzesvorschlages für die Einführung einer Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit gestartet habe und hierüber bereits Ende Januar Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten und dem Wohlfahrtsminister geführt worden seien. Als Folge des Boykotts – obwohl er die Taktik der Sozialdemokratischen Partei Ungarns grundlegend nicht verändert hatte – verschärfte sich das Verhältnis zwischen Partei und Regierung ganz unvermeidlich. Die Gewerkschaftsführer befürchteten, in der gespannten Atmosphäre werde Bethlen nicht zu Konzessionen bereit sein und den Vorschlag solange nicht auf die Tagesordnung setzen, bis die Passivität nicht aufhöre. Mitte April entschloß sich der

<sup>88</sup> Prot. des XXIII. PK der SPU im Jahre 1925. Budapest 1925. 42. – Vgl. Serfözö, Lajos: op. cit. 234. – L. Nagy, Zsuzsa: Bethlen liberális ellenzéke (A liberális polgári pártok 1919–1931) (Bethlens liberale Opposition. Die liberalen bürgerlichen Parteien 1919–1931). Budapest 1980. 134. – L. Nagy, Zsuzsa: The Liberal Opposition in Hungary 1919–19. Budapest 1983.

Fachrat für die Aufgabe der Passivität. János Sávolt, der Führer der Holzarbeiter, argumentierte auf der gemeinsamen Sitzung der Parteiführung, des Fachrates und der Fraktion damit, „...daß die Lage schlechter ist, seit wir nicht mehr im Haus sind, werden wir nicht mehr beachtet“. Nach Malasits, dem Metallarbeiterfunktionär, „...ist vom Gesichtspunkt der Arbeiterschaft unser Redefluß gleichgültig, trotzdem sage ich, man muß zurückgehen, und die kleinen Angelegenheiten der Arbeiterschaft zur Sprache bringen“.<sup>89</sup> Er und seine Kameraden meinten, die Passivität sei sowieso unzweckmäßig. Schließlich hatte sie die Position der Regierung nicht erschüttert, hatte sie Bethlen in politischer Hinsicht weder auf dem Gebiet der neuen Hausordnungen noch auf dem des Wahlrechts zu ernsthaften Zugeständnissen gezwungen. Sie schätzten es als eine nur rein äußerliche Demonstration ein, deren Preis ihrer Ansicht nach die Gewerkschaften damit zu bezahlen hatten, daß diese die zur Erwähnung ihrer Klagen und Beschwerden geeignete Parlamentstribüne verloren hatten.

Die Parteipolitiker beurteilten die Situation dagegen anders. Farkas führte auf der Sitzung am 7. Februar aus, er sehe keinen Grund dafür, die Passivität einzustellen. Die Situation der Partei beurteilte er seit dem Boykott als günstiger, da „...man die Partei nicht für die schlechte Wirtschaftslage und die Ergebnislosigkeit der Arbeit der Nationalversammlung verantwortlich macht“. Dem Standpunkt des führenden Sekretärs schlossen sich Gyula Peidl und Illés Mónus an. Die Ansicht der Parteifunktionäre, die gegen die Aufgabe der Passivität waren, brachte Sándor Propper auf der Fraktionssitzung am 22. Mai zum Ausdruck: „Die Gewerkschaftsführer beklagen sich über die Verfolgung der Gewerkschaften. All das ist nur ein kleiner Tritt auf das Hühnerauge, was neben den großen Fragen verschwindet.“

Peyer balancierte zwischen den beiden Ansichten, das Wesen seines Standpunktes war, man müsse zwar ins Haus zurückkehren, aber nur dann, wenn es gelingt, von Bethlen einen entsprechenden Gegenwert zu erhalten. Deshalb forderte Peyer eine größere Aktivität der Partei außerhalb der Nationalversammlung: Er erwartete von der Népszava einen kämpferischeren Ton und für den Zeitraum der Behandlung des Wahlrechts warf er den Gedanken von Demonstrationen auf. „Statt des Parlamentskampfes“ empfahl er den „Passivitätskampf“.<sup>90</sup> Andererseits drängte Peyer wiederholt darauf, mit dem Ministerpräsidenten über die Bedingungen der Rückkehr zu verhandeln.

Das Beharren wurde bei dem Boykott immer mehr dadurch erschwert, daß es nicht gelungen war, die öffentliche Meinung im Interesse des Boykotts zu mobilisieren. Schließlich erschienen ab dem 25. Mai die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Ungarns erneut bei den Sitzungen des Hauses. Der Grund dafür war nach Mónus: „Die Ungeduld der Gewerkschaftsführer und des Gewerkschaftsrates veranlaßte die Partei, die Passivität aufzugeben,

<sup>89</sup> Ebd., 17. u. 20. April, 7. Mai 1925

<sup>90</sup> Ebd., 7. März 1925

obwohl es die Auffassung des Verwaltungsausschusses der Fraktion war, daß die Passivität weiter beibehalten werden muß. Nur so hätte man Zugeständnisse erreichen können.“<sup>91</sup>

Die Meinungsunterschiede in der Frage des Boykotts liefern einen wichtigen Beitrag zum Kennenlernen der Teilung der sozialdemokratischen Leitung. In bezug auf die innere Teilung der die Parteiorganisation und die Gewerkschaft leitenden Gruppe ist die von Perioden und Umständen unabhängige, zeitlose und absolute Anwendung der Gruppierung rechter Flügel – Zentrum – linker Flügel konstruiert, willkürlich und entspricht nicht immer den tatsächlichen Kraftlinien. Es ist nämlich das wichtigste Kriterium der erwähnten Aufteilung, die einzelnen Personen in die eine oder andere Gruppe einzuteilen, sie einzureihen, entsprechend ihres Verhältnisses zum revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung, der Kommunistischen Partei Ungarns. Von diesem Gesichtspunkt aus sieht man aber statt eines alles zeigenden Totalbildes nur ein einseitiges Bild. Die Korrelation Sozialdemokrat – Kommunist tritt im allgemeinen nur in zugespitzten Situationen, in Zeiten der äußeren Gefährdung der gesamten Arbeiterbewegung oder in revolutionären Krisenphasen in den Vordergrund, wenn die Schaffung der Arbeitereinheit zu einer zentralen Frage wird und der Schwung, die Dynamik der revolutionären Arbeiterpartei den Gang der Ereignisse entscheidend beeinflusst. In den 1920er Jahren waren aber die Verhältnisse anders. Deshalb sind die Begriffe rechter Flügel – Zentrum – linker Flügel ohne konkrete Bedeutung. Außerdem ist es ein unhistorisches Verfahren, die dem behandelten Zeitraum voraus- oder nachgehenden Verhaltensformen voraus- oder – was noch viel häufiger der Fall ist – zurückzuprojezieren, und auf diese Weise zu „klassifizieren“. Diese Methode ist auch deshalb unhistorisch, weil sie die Bewegung der Gruppen und Personen außer acht läßt, die sich verändernde Wirklichkeit statisch erstarren läßt.

In den 1920er Jahren zeichnen sich innerhalb der Führungsschicht der legalen Arbeiterbewegung die Umrisse zweier grundlegender Gruppen ab, nicht mit festen Trennwänden, sondern mit einander konturenartig in Berührung stehenden, ineinanderfließenden Grenzen. Die parteiorientierten Persönlichkeiten leugneten die Bedeutung der Gewerkschaften nicht, doch sahen sie deren Funktion in erster Linie darin, jederzeit eine mobilisierbare Massenkraft zur Verwirklichung der politischen Ziele zu garantieren. Es ist eine andere Frage, daß sie die Mitgliedschaft nicht offensiv bei Protestkundgebungen und offenen Demonstrationen nutzen wollten. Jedoch waren sich die Parteiführer dessen bewußt, daß ihnen nur die in den Gewerkschaften konzentrierte Arbeiterschaft im politischen Leben einen Handlungsspielraum sichert. Schließlich stellten die oppositionellen bürgerlichen Parteien gerade deshalb keine bedeutende Kraft dar, weil sie die Klubs und Kasinos kaum als wesentlichen organisatorischen Hintergrund anführen konnten.

<sup>91</sup> Ebd., 16. Juli 1925

Die in erster Linie in der Gewerkschaft interessierten Führer erkannten die Bedeutung der Partei an, stimmten ihrer Präsenz im Parlament und auf anderen Foren des öffentlichen Lebens zu. Die Berechtigung, die Begründung für die Tätigkeit der politischen Organisation sahen sie aber darin, daß die Sozialdemokratische Partei Ungarns die vom Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Bewegung wichtigen Gesichtspunkte vertreten, für die wirtschaftliche Bewegung durch die Erweiterung der Freiheitsrechte einen größeren Bewegungsraum erkämpfen sollte. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Sache der Freiheitsrechte keine Detailfrage des Programms der demokratischen Veränderung als unmittelbare Zielstellung der legalen Arbeiterbewegung, sondern ein selbständiges Anforderungssystem, dessen Verwirklichung – nach dem Standpunkt der Gewerkschaftsführer – den Inhalt des praktischen sozialdemokratischen Politikums ausfüllt. Das Sprachrohr der Metallarbeiter betonte: „Ein politisch gut geschulter Arbeiter kann nur Gewerkschaftsmitglied sein, jedoch muß ein gut geschultes Gewerkschaftsmitglied zugleich auch ein Sozialdemokrat sein.“ Das Wesen der Taktik der Partei sah das Blatt – die in der Fachbewegung allgemein werdende Ansicht zusammenfassend – nicht im „starren prinzipiellen Kampf“, sondern „im praktischen konstruktiven Kampf“. „Diese neue Richtung ist die Richtung der praktischen Politik, die ... sich aktiv in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes einschaltet, bestrebt ist, Ergebnisse zu erreichen – auf Grund des Programmes der sozialdemokratischen Partei.“<sup>92</sup>

Die voneinander abweichende Interessenorientierung der beiden hauptsächlichlichen Schichten der Führungsebene drückte an sich noch keine unterschiedlichen Stufen auf der Skala des Radikalismus aus. Man kann also nicht behaupten, daß der innere Gehalt der Partei oder des gewerkschaftlichen Segments sich hinsichtlich der vertretenen Auffassung über die Ziele und Methoden der gesamten sozialdemokratischen Bewegung voneinander unterschieden hätte. Beide Gruppen verkündeten die gleiche reformistische Strategie und Taktik und setzten sie jeweils in ihrem eigenen Tätigkeitsfeld durch. Dies war der die Teilung behindernde Kohäsionsfaktor, der die Führungsgruppe zugleich ideologisch geschlossen machte. Wer von hier nach links abfiel, der hatte sich bereits dem revolutionären Flügel angeschlossen, und wer sich nach rechts bewegte, der wurde zum Renegaten, zum Verräter.

Mit dem Partei- beziehungsweise dem Gewerkschaftsinteresse als differenzierendem Motiv kann man das doppelte Antlitz der meisten sozialdemokratischen Persönlichkeiten erklären. Wenn im Parlament, in der Presse oder auf anderen Foren Fragen zur Sprache kamen, die die unmittelbaren Interessen der politischen Bewegung betrafen, dann formulierten die zuständigen Führer der Partei häufig ziemlich kräftige Forderungen, kritisierten die Regierung und die Behörden scharf, wollten Aktionen, Bewegungen, zeigten Schwung und Lebhaftigkeit. Die gleichen Funktionäre nahmen häufig in

<sup>92</sup> Vas- és Fémmunkások Lapja, 26. März 1920. (Die Hervorhebung vom Autor – P. S.)

Angelegenheiten, die mit den wirtschaftlichen Kämpfen und der Fachbewegung zusammenhingen, schwach und in nachgiebigem Tonfall Stellung. Die gewerkschaftlichen Funktionäre wiederum traten im Zusammenhang mit der Entlohnung, der Arbeitszeit, der Arbeitsvermittlung, der Betriebsordnung, den Organisationsrechten kämpferisch, offensiv auf, während in der „großen Politik“ zumeist sie die Befürworter der Nachgiebigkeit und der Loyalität gegenüber dem System waren. Bei keiner Gruppe handelt es sich um Inkonsequenz, Unbeständigkeit, sondern um die von Vorrangmotiven beeinflussten Varianten der reformistischen Grundhaltung.

Auch an Personen gebunden kann man die Zusammensetzung der beiden Gruppen – annähernd – bestimmen. Typische Vertreter der parteiorientierten Schicht waren unter anderem István Farkas, Illés Mónus, Sándor Propper, József Büchler, Manó Buchinger und Jakab Weltner, während die Priorität der gewerkschaftlichen Interessen vor allen Dingen Samu Jászai, Benő Gál, Lajos Kabók, Sámuel Csapó, Géza Malasits, Ferenc Knittelhoffer, Mór Rothenstein und Rudolf Gyürey vertraten.

Das besondere Ansehen und die Führungsrolle von Károly Peyer in der Bewegung sicherte in erster Linie, daß er durch seine Person die beiden Gruppen verband: In der Gewerkschaftsbewegung vertrat er konsequent die auf dem Kongreß vom 24. August 1919 angenommene Parteilinie, während innerhalb der Parteileitung seine Stellungnahme immer mehr die Meinung der Gewerkschaften darstellte.

Peyers Bestrebung war es aber, daß die konterrevolutionäre Regierung ihn als gleichberechtigten Partner in der Vertretung der Arbeiterklasse akzeptierte, so wie auch andere Klassen und Schichten Fürsprecher im öffentlichen Leben besaßen. Dazu mußte er aber in den beiden Zweigen der Bewegung gleichermaßen dafür sorgen, daß seine Person bekannt war, eine solche Ausnahmeposition einnahm, die ihm erlaubt hätte, sowohl im Namen der sozialdemokratischen Partei als auch der Gewerkschaften, also im Namen der gesamten legalen Bewegung, bei den Institutionen der Arbeiterklasse aufzutreten. In den zwanziger Jahren machte er wichtige Schritte in Richtung auf die Verwirklichung seines Ziels mit der Übernahme der Rolle des internen Verbindungsmannes.

Die Durchsetzung der Vermittlerfunktion wurde dadurch erleichtert, daß die Gegensätze den Gedanken des Bruches, der Zweiteilung nicht in den Vordergrund der Gedanken über die Umorganisation der Bewegung hoben. Unter den Verhältnissen des konterrevolutionären Systems wurde die gegenseitige Abhängigkeit weder durch die Partei noch durch die Gewerkschaften in Frage gestellt. Die Parteiorganisation (Pártszervezet), das offizielle Parteiblatt, machte Anfang des Jahres 1929 darauf aufmerksam, daß man auf dem Gebiet des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaften in Ungarn an eine „grundlegende Veränderung“ nicht denken könne, die Voraussetzung

für die Veränderung wäre die demokratische staatliche Einrichtung und die völlige allgemeine Freiheit.<sup>93</sup>

Sowohl in der Partei als auch in der Gewerkschaftsbewegung besaßen die breiteren Körperschaften das Recht, zu den Entscheidungen der engeren Leitungen etwas hinzuzufügen, ihre Meinung zu äußern: der Parteiausschuß und der Gewerkschaftsausschuß. Beide hatten die gleiche Bestimmung, während sie sich in ihrer Zusammensetzung und dem Charakter der Angelegenheiten, die auf ihren Sitzungen auf der Tagesordnung standen, voneinander unterschieden.

Älter ist der Gewerkschaftsausschuß, den das Statut aus dem Jahre 1907 konstituiert hatte. Laut der offiziellen Festlegung hilft das Organ „...dem Gewerkschaftsrat bei der Durchführung seiner Tätigkeit, sorgt dafür, daß die in den Bereich der Gewerkschaftsbewegung gehörenden Beschlüsse ohne Verzögerung durchgeführt werden“.<sup>94</sup>

In den Ausschuß konnten die Gewerkschaften auf je tausend Beitrag zahlende Mitglieder jeweils einen Delegierten entsenden, nach Brüchen über 500 jeweils noch eine weitere Person. Die Institution war also die zentrale Vertretungskörperschaft der Landesverbände und Berufsvereine.<sup>95</sup> Zumeist beriet sie jeden Monat, doch im Falle größerer Lohnbewegungen, Kampagnen hielt sie auch besondere Zusammenkünfte ab. Auf den Sitzungen beschäftigte man sich zumeist mit der Taktik des wirtschaftlichen Kampfes, den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen, die im Interesse der Gesamtgewerkschaft standen, man nahm deklarative Beschlüsse an, weiterhin nahm man auf Grund der Vorschläge des Fachrates in den Angelegenheiten der Solidarität mit den im Kampf stehenden Berufen und der materiellen Unterstützung Stellung.

Der Parteiausschuß kam, wie wir bereits darauf hingewiesen hatten, im Jahre 1917 auf Wunsch der Gewerkschaften als „verbindendes, kontrollierendes, vollstreckendes Organ“ zustande. Die Körperschaft war ihrer Zusammensetzung nach die die ganze sozialdemokratische Arbeiterbewegung umfassende Vertretung, in die die Freien Organisationen sowie die Parteiorganisationen Budapests und der Provinz im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl Mitglieder entsandten. In den 1920er Jahren nominierten die Leitungen der Fach- und der Parteiorganisationen die Delegierten. Das Organisationsstatut des Jahres 1929 führte die Wahl der Beauftragten durch geheime Abstimmung auf den Mitgliederversammlungen oder Vertrauensleutesitzungen der einzelnen Organisationen ein.<sup>96</sup>

In der Arbeit der Institution kam in erster Linie die informierende Funk-

<sup>93</sup> Pártszervezet, 1. Februar 1929.

<sup>94</sup> A szakszervezeti mozgalom Magyarországon 1904–1907. 91.

<sup>95</sup> PIA 666.f. 1928/14 AE.

<sup>96</sup> A Magyarországi Szociáldemokrata Párt Szervezeti Szabályzata (Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Ungarns). Budapest 1929. 16.

tion zur Geltung, sofern die Sitzungen es der Parteiführung ermöglichten, die Meinung und Stimmung der Mitglieder abzuschätzen. Das 1925er Organisationsstatut, daß den Parteiausschuß auch offiziell in das System der Leitung eingliederte, legte einen bedeutenden Kompetenzkreis fest: „Jede Frage von landesweiter Bedeutung oder die die gesamte Partei betrifft, muß der Parteiausschuß vor die Parteiführung bringen. Die Beschlüsse über Angelegenheiten solchen Charakters können erst nach der Stellungnahme des Parteiausschusses durchgeführt werden.“

Die leitende Gruppe war aber nicht bereit, diese Bestimmung so zu deuten, daß sie dem Ausschuß untergeordnet sei. Mónus führte auf dem 1929er Kongreß aus, daß die Entscheidungen des letzteren zwar eine moralische Bedeutung besäßen, doch seien seine Stellungnahmen im rechtlichen Sinne für die Parteiführung nicht verbindlich.<sup>97</sup>

Über die Einberufung der alle zwei bis drei Monate durchgeführten Sitzungen des Parteiausschusses und über die Tagesordnung beschloß die Parteiführung, so daß sie auf diese Weise praktisch seine Tätigkeit regulierte. Zu den Beratungen der Körperschaft kam es zumeist vor politischen Kampagnen mit landesweiter Bedeutung, im Interesse einer breiten Mobilisierung. Der Parteiausschuß behandelte die mit dem allgemeinen politischen Verhalten der Partei zusammenhängenden Fragen, nahm in diesen Fragen prinzipielle Beschlüsse an, hieß weiterhin vor den Wahlen die Liste der Abgeordneten kandidaten gut. Der Parteiausschuß war also eher ein Diskussionsforum und keine operative Institution, seine Rolle im Prozeß der Entscheidungsfindung war, im Namen der gesamten Parteimitgliedschaft zur Verwirklichung der Beschlüsse der leitenden Gruppe eine politische Ermächtigung zu geben.

Die leitende Institution der Durchführung der Beschlüsse war das Zentralsekretariat der Sozialdemokratischen Partei Ungarns. Ihm untergeordnet wirkten noch mehrere Organe: die Frauenbewegung, die deutschen Parteiorganisationen, die Parteiorganisationen der Hauptstadt, die Sekretariate der Parlamentsgruppe und der Gemeindefraktion, die Abteilungen für Unterricht und Rechtsschutz sowie das Wirtschaftsamt. In politischen Angelegenheiten führte das zentrale Parteisekretariat unmittelbar – also unter Ausschluß der Verbands- und Fachvereinszentralen – die Organisationskomitees der Freien Organisationen. Diese wirkten auch als Parteigrundorganisationsleitungen und die Freien Organisationen besaßen den gleichen Organisationsstatus wie die Gebietsparteiorganisationen. Die Organisationskomitees gaben die Aufgaben an die Vertrauensleute weiter. Der von der Partei nur mittelbar abhängigen Mitgliedschaft – der überwiegenden Mehrheit der Gesamtzahl – überbrachte also das Netz der Wirtschaftsbewegung die politischen Informationen, die praktischen Anweisungen für die Versammlungen, Kampagnen, Aktionen der Sozialdemokratischen Partei Ungarns usw.

<sup>97</sup> Prot. des XXVI. PK der SPU im Jahre 1929. Budapest 1929. 231. Die Parteileitung konnte sich darauf berufen, daß ihre Mitglieder direkt vom Kongreß gewählt wurden und sie diesem in ihrer Person wie als Körperschaft verantwortlich waren.

Die Verwirklichung der Parteiaufgaben beschränkte sich aber nicht auf die fachlichen Organisationskomitees und die Vertrauensleute. Andere Institutionen und Funktionäre der Gewerkschaften nahmen ebenfalls an der politischen Arbeit und am Parteiaufbau teil. Nach der Parteiversammlung von 1925 wurde ein ausführliches Programm über die Aufgaben des Parteisekretariates angefertigt. Laut Arbeitsplan muß mit den Sekretären der Fachverbände und ihren zentralen Angestellten ein ständiger Kontakt unterhalten werden, damit sie bei ihren Dienstreisen auch Parteiarbeit verrichten: Sie sollen die Angelegenheiten der Parteibeitragszahlung und des Zeitungsvertriebs erledigen, die vorbereiteten Versammlungen und Beratungen führen. Die Funktionäre der Gewerkschaften erhielten regelmäßig Informationen, worauf sie in den einzelnen Ortschaften vom Blickwinkel der Partei aus den Akzent setzen sollen. Nach der Direktive des Sekretariats müssen die Mitarbeiter der Gewerkschaften und die hauptamtlich tätigen Funktionäre am Leben der Parteiorganisationen teilnehmen, die auch in die Parteileitungen gewählt werden sollen. Und wo eine Parteiorganisation wegen der niedrigen Zahl der Mitglieder oder der Verfolgung durch die Behörden nicht aufgebaut werden konnte, dort wurden einzelne Personen durch die Fachgruppen mit der Abwicklung der Parteiangelegenheiten, der Aufrechterhaltung der Verbindungen betraut.

Die angeführten Richtlinien brachten die tatsächlichen strukturellen Verhältnisse zum Ausdruck: Den landesweiten Wirkungskreis der Sozialdemokratischen Partei Ungarns sicherten in erster Linie die örtlichen Fachgruppen.

In den bedeutenderen Ortschaften wirkte als Vertretung des Fachrates auch ein aus den Beauftragten der Führer der Fachgruppen bestehendes Gewerkschaftskomitee. Diese Körperschaft war aber kein vollstreckendes Organ, verfügte weder über einen Anweisungs- noch einen Aufsichtskompetenzbereich, ihre Aufgabe beschränkte sich nur auf die Informierung des Sekretariats des Fachrates, auf Datenlieferung, auf die Einsendung von Lohn- und anderen Statistiken in Arbeitsangelegenheiten. Die Komitees koordinierten auch die in den einzelnen Städten von den Gewerkschaften durchgeführte Erziehungs- und andere Propagandaarbeit.

In den Städten, größeren Gemeinden leitete den politischen und wirtschaftlichen Kampf der organisierten Arbeiterschaft die unter dem Namen Exekutivkomitee arbeitende örtliche sozialdemokratische Parteileitung. Das Zentralsekretariat sandte seine politischen, organisatorischen, Erziehungs-, Presse-, Wahlanweisungen etc. an dieses Organ. Und das Exekutivkomitee legte für die örtlichen Fachgruppen als Leitungen der Parteigrundorganisationen die aus der Direktive auf sie entfallenden Aufgaben fest. Die Durchführung der auf lokale Initiative zurückgehenden Aktionen entfiel in erster Linie ebenfalls auf die einzelnen Berufe. Ende 1925 wirkten in den 22 größeren Städten des Landes insgesamt 198 Gewerkschaftsgruppen mit 14 137 Mitglie-

dern.<sup>98</sup> Von einem anderen Gesichtspunkt: im Jahre 1925 waren in Ungarn 137 Bauarbeiter-, 66 Metallarbeiter-, 52 Lederarbeiter- und Schuhmacher-, 50 Holzarbeitergruppen und Einzahlungsstellen tätig.<sup>99</sup> Eine jede von ihnen stand entweder über das örtliche (Partei-)Exekutivkomitee oder über die eigene Gewerkschaftszentrale mit der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in Verbindung, eventuell unterhielt sie mit dem zentralen Parteisekretariat eine schriftliche Verbindung.

Vielorts entstanden auch territoriale Parteiorganisationen. Hier traten die Intellektuellen, Handwerker, Kleinhändler, Bauern, Agrarproletarier sowie die Arbeiter aus solchen Berufen ein, die in den jeweiligen Siedlungen keine selbständige Gruppe hatten. Diese Organisationen besaßen eine relativ geringe Zahl an Mitgliedern: im Jahre 1925 waren es in Debrecen 546, in Győr 196, in Miskolc 794, in Pécs 290, in Szeged 804, in Székesfehérvár 445, in Sopron 410 Personen.<sup>100</sup> „Die Tätigkeit der Ortsgruppen der Gewerkschafts- und der Parteiorganisationen kann man nicht voneinander trennen“, stellte ein zusammenfassender Bericht der Behörden fest. „Die Führung der örtlichen Parteiorganisation bestimmt und diese Bestimmungen werden über die Ortsgruppen der verschiedenen Berufe der Arbeiterschaft mitgeteilt und durchgeführt.“<sup>101</sup> In Győr brachten die Buchdrucker auf einer ihrer ordentlichen Jahresvollversammlungen zur Sprache, daß die beim Győri Hírlap (Győrer Nachrichtenblatt) angestellten Personen nicht bereit seien, den Parteibeitrag zu zahlen. Hierauf erwiderte Parteisekretär Hegyi: „Wenn jemand Mitglied der Gewerkschaften ist, ist er eo ipso auch Mitglied der Partei.“<sup>102</sup>

Der individuelle Parteibeitrag wurde auf dem Lande auf die Weise eingenommen, daß der Kassierer der Parteileitung die Marken den Kassierern der Fachgruppen übergab, damit diese sie unter den Mitgliedern austeilten. Den restlichen Beitrag sammelten die Fachgruppen ein und zahlten sie der zuständigen Gewerkschaftszentrale ein, auf einer gesonderten Zahlkarte den Verbandsmitgliederbeitrag, der auch den Landesparteibeitrag enthielt. 50 Prozent beziehungsweise ab 1925 30 Prozent der aus dem örtlichen (individuellen) Parteibeitrag eingeflossenen Summe übergaben die Gruppen den Parteiorganisationen, die daraus ihre Ausgaben deckten.

Die Fachgruppen wurden auf gewerkschaftlicher Ebene von den Zentralleitungen und nicht den Organisationskomitees der einzelnen Fachabteilungen geleitet. „Die Bewegung auf dem Lande wird vom dem Zentralbüro

<sup>98</sup> A szakszervezeti mozgalom Magyarországon 1923–1925. 44.

<sup>99</sup> Magyar Vas- és Fémmunkások Zsebnaptára (Taschenkalender der Eisen- und Metallarbeiter). 1925. 33–39. – Bőripari Munkások Zsebnaptára (Taschenkalender der Lederarbeiter). 1925. 170–172. – Famunkások Zsebnaptára (Taschenkalender der Holzarbeiter). 1925. 153–154. – PIA 666.f. 1928/1 AE.

<sup>100</sup> PIA 658.f. 1. 1922/2 AE.

<sup>101</sup> HL HM 1924. Präs. Kpo. Nr. 50561.

<sup>102</sup> Győr-Sopron Megyei 1 sz. Levéltár Főispáni Iratok (Komitat Győr-Sopron. Archiv Nr. 1. Schriften des Obergespans). Nr. 1922/587.

versehen, und es kann nicht sein, daß die Bewegung auf dem Lande nach Berufen behandelt werden soll“, beschloß die Metallarbeiterleitung im Sommer des Jahres 1922.<sup>103</sup> Ein ähnliches Prinzip regelte den Aufbau bei den Bauarbeitern, den Druckern und anderen Verbänden, landesweiten Fachvereinen, während die zentrale Leitung der Bewegung in der Hauptstadt von einem gesonderten (unter dem Namen Exekutivkomitee, Sekretariat, Ausschuß wirkenden) Organ durchgeführt wurde.

Die Durchführung der Lohnbewegungen von örtlicher Bedeutung, die Verhandlungen über die Kollektivverträge und andere wirtschaftliche Aktionen fiel ebenfalls unter die Kontrolle der Stadt-beziehungsweise Gemeindeparteileitungen. In den wichtigen Ortschaften arbeitete ein hauptamtlich tätiger Sekretär, der außer der Parteiarbeit auch die Lohnkämpfe der Berufe, die Besprechungen des Kollektivvertrags usw. führte.

Die Person der Sekretäre wurde auf Grund von Vereinbarungen mit den Berufen von der Leitung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns festgelegt, ihre Bezahlung leisteten die Zentralen der größeren Gewerkschaften und der Partei sowie der Fachrat gemeinsam.

Eine grundsätzliche Voraussetzung des kontinuierlichen Partei- und Gewerkschaftslebens war die Infrastruktur der Bewegung. Ihr wichtigstes Element stellten die Arbeiterwohnheime, die Gewerkschaftshäuser und -räumlichkeiten dar. Die in den örtlichen Siedlungen wirkenden Gruppen und Parteiorganisationen verfügten selbst zumeist nicht über ausreichende finanzielle Mittel, um ein eigenes Heim zu schaffen. Die Teilung der Kräfte wäre auch sinnlos gewesen, obwohl hier und da durch fachlichen Chauvinismus der Partikularismus zur Geltung kam. In den meisten Städten gelang aber unter der Leitung der Parteiführung die Konzentration, deren häufigste Form in den zwanziger Jahren der Arbeiterwohnheimverein war. Im Jahre 1927 entstand unter der Leitung des Exekutivkomitees des Fachrates die Arbeiterwohnheimgenossenschaft Zukunft (Jövő Munkásotthon Szövetkezet), die ein landesweites Netz zur Schaffung und zum Betreiben von Heimen ausbaute.

In der Hauptstadt entstand bei den Einrichtungen zwischen den Partei- und den Fachorganisationen ebenfalls eine enge Zusammenarbeit. Beim Bau des Arbeiterwohnheims in Óbuda koordinierte die Parteiorganisation die Tätigkeit der interessierten (Metallarbeiter-, Holzarbeiter-, Textilarbeiter-, Nahrungsmittelindustriearbeiter- und Transportarbeiter-) Gruppen.

Das innere Leben der Bewegung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns baute in den 1920er Jahren, wie wir gesehen haben, grundlegend auf die Freien Organisationen der Berufe auf. (Aus Gründen des Umfangs sind wir nicht auf die Verbindungen der Partei und der Gewerkschaften bei der Tätigkeit des Ungarischen Frauenorganisationskomitees [Országos Nőszer-

<sup>103</sup> PIA 672.f. 1922/23 AE.

vező Bizottság], bei der Organisierung der Jungarbeiter, im Unterricht und im Rechtsschutz eingegangen.)

Die Politik der Partei stellten im öffentlichen Leben in erster Linie ihre Tageszeitung, ihre Abgeordnetengruppe in der Gesetzgebung und ihre in den Selbstverwaltungskörperschaften arbeitenden Fraktionen dar. In der Tätigkeit dieser für die Öffentlichkeit arbeitenden Institutionen und Organe kam den Gewerkschaften ebenfalls eine wichtige Rolle zu.

Eine zentrale Frage der Agitationsarbeit war in jener Zeit die Erhöhung der Zahl der Leser der Zeitung Népszava. Es wurde kaum irgendwo eine Versammlung, Beratung oder irgendeine andere Zusammenkunft durchgeführt, ohne daß nicht irgendeine Erklärung im Interesse des Blattes vorgetragen worden wäre. Über die Abonnementsdaten informierte das Herausgeberbüro kontinuierlich die Leitungen der Landesverbände und Fachvereine, und auch die sogenannten Vorbestellnummern wurden nach Berufen verschickt.<sup>104</sup>

Der Vertrieb der Népszava basierte auf dem Netz der Pressevertrauensleute. Die Exekutivkomitees und die Vertrauensleutekörperschaften legten jeweils eine Person als Verantwortlichen für die Arbeit mit der zentralen Parteizeitung fest, und sie hielten die Verbindung mit den betrieblichen Pressevertrauensleuten. Die Zeitungsleute wurden auch in der Provinz je Fachabteilung gewählt.

Im Leben der Gewerkschaften war die Népszava unentbehrlich. Die organisierte Arbeiterschaft informierte sich aus dem Blatt über die Dinge und Ereignisse des In- und Auslandes und erhielt Informationen über den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik.

Die Rubrik Berufsbewegung der Zeitung teilte regelmäßig den Zeitpunkt und den Ort der Körperschaftsberatungen mit. „Hinter diesen grauen, eintönigen Nachrichten steht das Leben“, so beurteilte die Redaktion das Nachrichtenmaterial. „Wir, die wir Tag für Tag diese Nachrichten registrieren, sehen, wie hinter ihnen das Leben pulsiert. Wir sehen, daß jede kleine fachliche Nachricht hunderte, tausende von Menschen in Bewegung bringt und mit einer solchen kleinen zweizeiligen Nachricht mehr Interesse verknüpft ist als mit den großen, mehrere Spalten umfassenden Berichten.“<sup>105</sup> Die Gewerkschaften zahlten für die Mitteilungen eine Reklampauschalsumme, die eine der wichtigsten Einnahmequellen des Blattes darstellte.

Die Gewerkschaften nahmen am Kampf für die Wiedererlangung des im November 1924 eingezogenen Kolportagerechtes der Népszava teil. Die Parteileitung startete im Jahre 1927 für die Möglichkeit des Straßenverkaufs eine breit angelegte Kampagne. Das Sekretariat forderte die Berufsverbände auf: Sie sollten Protestversammlungen einberufen, die die Aufhebung des

<sup>104</sup> PIA 666.f. 1/1924/8 AE.

<sup>105</sup> Népszava, 1. Mai 1922.

Verbots des freien Verkaufs fordern, und die Fachblätter sollten Artikel ähnlichen Inhaltes publizieren.<sup>106</sup>

Auch die Regierung war sich über die Bedeutung der Népszava im klaren, deshalb belegte sie das Blatt auch ziemlich häufig mit Presseprozessen und verhinderte mehrmals ihr Erscheinen. In der relativ kurzen Zeitdauer der Verbote und dem Scheitern der Erstickungsversuche spielte die Tatsache eine wichtige Rolle, daß die Gewerkschaft der Drucker, sobald die Népszava verboten wurde, beinahe automatisch den Streik ausrief, also auch die bürgerlichen Blätter nicht erscheinen konnten.

Die Parlamentsfraktion wirkte nicht nur als Organ der Beschlußfassung, sondern auch der Exekutive. Die Mitglieder der Körperschaft legten in den Diskussionen die Meinung der Partei zu den von der Regierung auf die Tagesordnung gesetzten Vorschläge dar. Die Abgeordneten reichten Anregungen ein und machten häufig von ihrem Interpellationsrecht Gebrauch.

Eines der zentralen Themen der Äußerungen der Sozialdemokratischen Partei Ungarns im Parlament waren die demokratischen Freiheitsrechte. Zu den Wortmeldungen sammelte das Sekretariat der Fraktion das Material der konkreten Beschwerden von den Gewerkschaften, unter Vermittlung des Sekretariats des Fachrates.

In sehr vielen Fällen machten die Gewerkschaften die Fraktion auf schwerwiegende Klagen, auf die Willkür der Behörden aufmerksam und empfahlen in einzelnen Angelegenheiten die Interpellation oder baten darum, daß sich ein angesehenener Abgeordneter persönlich einschaltete, zumeist beim Innenminister oder dem Leiter des Justizportefeuilles. Im Interesse der Staatsräson waren die zentralen Regierungsorgane von Fall zu Fall bereit, die offensichtlich gesetzeswidrigen Maßnahmen der örtlichen Mächtigen zu überprüfen.

Die Abgeordnetengruppe unterhielt auch auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Interessenschutzes und der Sozialpolitik enge Verbindungen zu den Gewerkschaften. In zahlreichen Fällen kam es zur Vorlage von Vorschlägen, zu Wortmeldungen, Interpellationen auf Grund der Bitte oder der Anregung des Fachrates oder irgendeines Verbandes in Fragen der Arbeitslosenunterstützung, des Lohnausgleichs, der Lohnfestlegung auf Grundlage des Index, der Regulierung der Arbeitszeit usw.

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns erreichte in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre in Budapest und in vielen Provinzstädten und kleineren Ortschaften in den Körperschaften der juristischen Behörden und auch in anderen Selbstverwaltungskörperschaften eine Vertretung.<sup>107</sup> Die Arbeit der sozialdemokratischen Mitglieder beziehungsweise Fraktionen ist noch nicht

<sup>106</sup> PIA 658.f. 5/101 AE.

<sup>107</sup> Nach dem auf dem Parteikongreß von 1930 vorgelegten Rechenschaftsbericht saßen mehr als 500 Sozialdemokraten in den Vertretungskörperschaften in 82 Stadt- und Gemeindeverwaltungen (Protokoll des Parteikongresses der SPU im Jahre 1930. Sonderdruck aus der Nummer der Népszava vom 10. September 1930. 14).

erforscht, deshalb können wir die Rolle der Gewerkschaften bei ihrer Tätigkeit nur andeuten. Die Freien Organisationen und die örtlichen Berufsgruppen wirkten bei der Aufbringung der finanziellen Deckung der Gemeindewahlen mit und übernahmen einen wesentlichen Teil der Durchführung der Kampagne. Einen bedeutenden Teil der Kandidaten hatten die Fachgruppen vorgeschlagen.

Die zwischen 1925–1930 dreiundfünfzigköpfige, zwischen 1930–1935 siebenundreißigköpfige sozialdemokratische Gruppe des Budapester Verwaltungsausschusses bestand zu 60 Prozent aus Gewerkschaftsfunktionären. Die Budapester Betriebe sicherten der Sozialdemokratischen Partei Ungarns ansehnliche Einkünfte in Form der Annoncenpauschalsumme, die sie der Népszava zahlten, und den Tantiemen für die Direktionsmitglieder. „Die Einzahlung der letzteren Beträge in die Parteikasse übernahmen die sozialdemokratischen Direktionsmitglieder vor ihrer Delegation in einer schriftlichen Verpflichtung.“<sup>108</sup> Die Gewerkschaften nutzten die Vertretung nun im Interesse ihrer Mitglieder, Beschwerden zu beheben und Unterstützungen zu gewähren.

### 3. KRISENERSCHEINUNGEN UND LÖSUNGSVERSUCHE IN DER ZWEITEN HÄLFTE DER 1920ER JAHRE

Die ungarische Sozialdemokratie war – ähnlich einer jeden, bestimmte Klasseninteressen ausdrückenden Bewegung – eine zusammengesetzte gesellschaftliche Form, die a) ideologischen Inhalt, b) politische und Instrumententypen, c) organisatorisches und Institutionssystem beinhaltete. Die Aufdeckung der Lebensfunktion der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und der Gewerkschaften ist durch Analyse der jeweils in diesen vier Schichten abgelaufenen Veränderungen möglich.

Die Vermeidung des Schematismus, die nuancierte Bewertung stellt nicht nur die Absonderung bestimmter Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie oder die Betrachtung einzelner Personen, Gruppen in ihrer Entwicklung dar. Der Forscher muß auch Schnittlinien entlang voranschreiten, die innerhalb der legalen Arbeiterbewegung funktionale aufeinander aufbauende Elemente, die ideologischen, politischen und organisatorischen Prinzipien aufdecken. Die Einflüsse von außen (und in diesem Zusammenhang sind hierher all jene Erscheinungen oder Entwicklungen außerhalb der Bewegung zu zählen, die mit der Partei oder mit den Gewerkschaften in irgendeinem Kontakt treten) erreichen nämlich jede Ebene der Bewegung nicht zur gleichen Zeit und mit gleicher Intensität, also ist auch die Antwort, die Reaktion auf den einzelnen Ebenen unterschiedlich.

Wir müssen also in Wirklichkeit nicht eine abstrakte und monolithische

<sup>108</sup> PIA 651. Bündel 4, 1931/54 AE.

„Parteilinie“ einer sich verändernden Welt gegenüberstellen, sondern die erwähnten einzelnen Bestandteile, deren Empfindlichkeit, Veränderlichkeit bei weitem nicht gleich sind. Zwischen der Bewegung der ideologischen, programmatischen, methodischen und organisatorischen Schichten lassen sich bei der Anpassung an die neuen Umstände und Lebensbedingungen bedeutende Phasenverschiebungen beobachten. In der ungarischen legalen Arbeiterbewegung riefen von 1925 an zum Teil neue Sorgen, zum Teil frühere chronische Probleme auf allen Gebieten Krisenerscheinungen, kritische Situationen hervor. Im Prozeß der Auswegsuche hatte in einzelnen Gesichtspunkten schon eine gewisse Bewegung begonnen, auf anderen Feldern war man nur bis zur Erkenntnis, vielleicht bis zur Formulierung der Aufgaben gelangt, das heißt also, die Entwicklung bewegte sich nicht in allen Schichten synchron.

Als bleibendes Ergebnis der revolutionären Krise nach dem ersten Weltkrieg erschienen die sozialdemokratischen Parteien mit großer Durchschlagskraft im öffentlichen Leben der entwickelten kapitalistischen Länder, traten aus der Rolle der traditionellen Opposition heraus und eroberten sich einen gewissen Teil der Macht in Politik und Regierung. In zahlreichen Staaten wuchs die Bedeutung der demokratischen Institutionen und in ihnen das Gewicht der Parteien und Organisationen, die die Werktätigen, über etwas Eigentum verfügenden Klassen, Schichten der Gesellschaft vertraten.<sup>109</sup> Es veränderte sich nicht nur die Landkarte Europas, sondern auch die politische Palette im Innern der einzelnen Länder, was die politische Charakteristik des ganzen Kontinents grundlegend zur bürgerlichen Demokratie hin veränderte. Die Demokratie aber war, mit Otto Bauers Worten „der Nährboden des reformistischen Sozialismus“.<sup>110</sup> In den skandinavischen Ländern, in Belgien, England, in der Tschechoslowakei, in Österreich und in Deutschland bildeten die sozialdemokratischen Parteien, aufbauend auf den Wahlerfolgen, vorübergehend oder dauerhaft selbständige oder Koalitionsregierungen.<sup>111</sup> Dies alles schuf für die Sozialdemokratie günstige Voraussetzungen, die Elemente jenes Programmes, deren Verwirklichung mit dem Fortbestand der kapitalistischen Ordnung zu vereinbaren war, auf der Ebene der Regierungspolitik zur aktuellen politischen Frage zu machen.

Im Augenblick des Schreckens machte die Bourgeoisie freiwillig oder unfreiwillig wichtige Zugeständnisse, die zugleich auch die Konsolidierung

<sup>109</sup> Zur Charakterisierung nur eine Angabe: In England gab es 1910 insgesamt 7,6 Millionen Wähler, 28% der erwachsenen Bevölkerung, 1919 stieg die Zahl der wahlberechtigten Staatsbürger auf 21,7 Millionen, 78% der erwachsenen Bevölkerung (British Political Facts. London 1969. 155).

<sup>110</sup> Bauer, Otto: Zwischen zwei Weltkriegen? Bratislava 1936. 104.

<sup>111</sup> Nach den Angaben vom Mai 1924 hatten im Abgeordnetenhaus die britische Arbeiterpartei 24,6% der Mandate inne, die belgischen Sozialisten 42%, die österreichischen Sozialisten 42,2%, die schwedischen Sozialdemokraten 45,2% und die deutschen Sozialdemokraten 26% (Sozialistische Internationale. Tätigkeitsbericht 1923–1925. Berlin 1925. 231).

des Kapitalismus unterstützten. Die Umstände des Klassenkampfes hatte sich im Verhältnis zur Situation vor 1914 insofern verändert, daß die als Interessenvertretung der Arbeiterklasse auftretende Kräftegruppe, innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Macht, auch mit deren Mitteln für teilweise wirtschaftliche, soziale und kulturelle Reformen auftreten konnte. Aus dieser Situation zogen die beiden Flügel der Arbeiterbewegung unterschiedliche Schlußfolgerungen.

Die Kommunisten betrachteten die Stabilisierung lediglich als vorübergehend, ihrer Beurteilung nach mußte sie früher oder später nicht nur in eine neue Krise, sondern unbedingt in die Revolution des Proletariats münden. Die Übergangszeit prophezeiten sie als relativ kurz, ihre Probleme bezeichneten sie als zweitrangig, wobei sie das Endziel, die Revolution, absolutierten.

Für die Sozialdemokraten schrumpfte das letzte Ziel des Klassenkampfes immer mehr zu einem körperlosen Ideal zusammen, das zu erwähnen es sich von Zeit zu Zeit gehörte, in erhabenem, feierlichem Ton, wie das schon fast utopische Ideal unabsehbarer, weiter Ferne. Die reformistische Strategie und Taktik wurde vom Sozialismus als Theorie unmittelbar nicht beeinflußt, denn die Sozialdemokraten betrachteten den Übergang selbst, den revolutionären Prozeß als wirklich wichtig und wesentlich. Die teilweisen Erfolge, Errungenschaften waren das verabsolutierte Ziel der Arbeiterorganisationen, zu deren Verwirklichung die Stärkung und Entwicklung der Bewegung das wichtigste Mittel war. „Obwohl die Theorie des Sozialismus auf dem Kontinent revolutionär geblieben ist, muß er sich in der täglichen Praxis in den langen Friedensperioden notwendigerweise auf den Kampf um gesetzliche Waffen, auf den Kampf mit gesetzlichen Mitteln, auf Reformen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft beschränken“, charakterisierte Otto Bauer die Doppelheit von Theorie und Praxis.<sup>112</sup> Dieser Situation entsprechend, kam es nach dem ersten Weltkrieg in ganz Europa zur Überprüfung der sozialdemokratischen Programme.

Die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, die vor dem Krieg mit der österreichischen, tschechischen, deutschen Partei Schritt gehalten hatte, bewegte sich jetzt in eine andere Richtung und in einem anderen Tempo. 1919 hatte eine bedeutende Mehrheit der ungarischen Sozialdemokratie den Weg der Partei mit entschiedener Energie zum revolutionären Sozialismus, zur Diktatur des Proletariats hin geöffnet. Nach dem Sturz der ungarischen Kommune aber trat eben gerade nicht die programmatische Formulierung der größeren Beteiligung an der restaurierten bürgerlichen Staatsmacht in den Vordergrund, sondern die reine Lebenserhaltung von Partei und Gewerkschaften, der Schutz der Legalität. Um die Existenz im politischen Leben zu sichern, enthielt die erste Deklaration der Partei, die Gyula Peidl 1922 im Parlament vorlegte, nur einige Teilwünsche, in sich verteidigendem Ton, an die Einsicht der Regierung appellierend und nicht

<sup>112</sup> Otto Bauer, op.cit. 244.

mit Berufung auf die Kraft der organisierten Arbeiterschaft. Obwohl die Wahlergebnisse dazu berechtigt hätten.<sup>113</sup>

Nicht nur der aus dem Verlauf der revolutionären Krise in Ungarn resultierende Phasenunterschied verzögerte den westeuropäischen Weg, sondern die unterschiedlichen Konzeptionen der herrschenden Schichten verhinderten auch in Ungarn die Integrierung der Sozialdemokraten. Denn die zum guten Teil aus der Gentry-Mittelklasse rekrutierten Kräfte, die bereit gewesen wären, die Taktik der „sozialen Öltropfen“ zu verfolgen, wollten die Konzessionen an die Arbeiterschaft mit der Beseitigung der Sozialdemokratie verbinden. Die Industriebourgeoisie aber war nicht bereit, die Zugeständnisse und die Kosten der „verstaatlichten“ national eingestellten Arbeiterorganisationen zu decken. So konnte die Sozialdemokratische Partei Ungarns und die unter ihrer Leitung tätigen Gewerkschaften ihre Funktion der Interessenvertretung nur als Opposition erfüllen, verfolgt von der Staatsmacht und selbst für das kleinste Zugeständnis mit den Kapitalisten und den Organen der Arbeitgeber zum Kampf bis auf Messers Schneide gezwungen.

In dieser Situation waren die westeuropäischen Verhältnisse für die ungarischen Sozialdemokraten gleichsam das Vorbild, die idealen Zustände. Schon im September 1919 hatte Mónus erklärt: „Jeder Versuch, der für die westeuropäische Demokratie an der Leitha eine Schranke errichten will und die Arbeiterbewegung, die Organisationen, die die Wünsche und Ziele der Volksklassen ausdrücken, durch Verfolgung und Unterdrückung zum Schweigen bringen will...fügt dem Land schweren Schaden zu...“<sup>114</sup>

In der ersten Hälfte der zwanziger Jahre errangen die Sozialdemokratische Partei Ungarns und die Gewerkschaften gewisse Positionen im öffentlichen Leben, erhielten in wichtigen Foren Vertretungs- und Mitspracherecht. Alle diese Errungenschaften, und mochten sie noch so klein sein, erweckten in der sozialdemokratischen Führung schon Hoffnungen, daß auch in Ungarn die Zeit gekommen sei, die im europäischen Sinne genommene bürgerliche Demokratie auf evolutionärem Wege zu erkämpfen, und dem wollten sie die theoretische Ausrichtung der Partei anpassen. Mónus, der die ideelle Entwicklung der westeuropäischen Sozialdemokratie aufmerksam verfolgte, sagte Anfang 1925: „Heute übt die Arbeiterbewegung auf der ganzen Welt Revisionismus, ohne daß aber ihr Glaube an den Sozialismus wankend geworden wäre, daß sie ihr marxistisches Denken aufgeben würde.“<sup>115</sup>

Im September 1925 brachte Árpád Szakasits als eine der wichtigsten Aufgaben der Bewegung die Modifizierung der Ideologie der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, die Umstellung des inneren Gehalts des Apparates

<sup>113</sup> KN 1922–1926. I, 244. – Gyula Peidl (1873–1943), Drucker, 1919 Mitglied der Leitung der SPU, 1921 Vorsitzender der Gewerkschaft der Drucker, 1922–1931 Abgeordneter, Vorsitzender der Parlamentsfraktion.

<sup>114</sup> Szociáldemokrata Rőpiratok, 1919, Nr. 1.

<sup>115</sup> Szocializmus, Februar 1925. 59.

zur Verbreitung der Ideen zur Sprache. In der theoretischen Zeitschrift der Partei betonte er, den Massen müßte zu Bewußtsein gebracht werden, daß die Zeit des „Romantizismus“ vorüber und die Epoche der demokratischen Evolution gekommen sei. Nur darin sah Szakasits die Gewähr für die Abwendung des Einflusses der revolutionären Arbeiterbewegung, den Schutz vor der Gesellschaftsanschauung „der Gewalt, der Diktatur“. Er verwies darauf, daß sich die Politik der Partei in ihren Einzelheiten kaum von der demokratisch-bürgerlichen Politik unterscheide, deshalb sei es angebracht, den sozialistischen Inhalt auf theoretischer Ebene zu stärken, neu zu formulieren. „Die alten Phraseologien sind abgenutzt, die Zeit ist über sie hinweggegangen, neue sind nicht geschmiedet worden... Revision und Renaissance in einem“,<sup>116</sup> legte er dar. Szakasits hielt es zur Benutzung demokratischer Mittel für unerläßlich, die Bündnispolitik der Partei zu entwickeln, um andere Schichten von Werktätigen und Kleinbesitzenden außerhalb der Arbeiterklasse zu gewinnen, er brachte in den Städten die Organisierung von Gruppen der Intelligenz, der Angestellten und Handwerker zur Sprache, beurteilte aber als wichtigste Aufgabe die Organisation auf dem Dorf, was die Ausarbeitung des Agrarprogramms dringend mache. Er schlug weiterhin die Ausarbeitung schichtenpolitischer Prinzipien für Frauen und für die Jugend vor. Noch entschiedener formulierte László Faragó, ein sozialdemokratischer Theoretiker und Publizist, die Forderung nach Ideologie und Programmwechsel. Als Reaktion auf Szakasits' Artikel schrieb er: „Den Massen muß verständlich gemacht werden, daß die Zeit der periodischen Revolutionen und daher der Revolutionserwartungen vorbei ist und daß wir in der Revolution der Umgestaltung von der Revolution in die Technik der Macht, von der Opposition in den Gouvernentalismus leben...“<sup>117</sup>

Der Beschluß der Parteiversammlung vom Jahre 1925 über die Ausarbeitung des neuen Parteiprogramms und des Agrarprogramms ist das Ergebnis der ideologischen Bewegung und Diskussionen. Der Kongreß entläßt einen Ausschuß, um die beiden Dokumente zu erarbeiten. Das Parteiprogramm arbeitet – der in der Emigration lebende – Ernő Garami aus, der Bericht des Ausschusses ist im November 1927 fertiggestellt. Die Körperschaft beschließt – vermutlich auf Grund einer Entscheidung der Parteileitung –, daß der Entwurf nicht öffentlich diskutiert wird, denn die Diskussion „...ist nur in einer geeigneteren Atmosphäre als der heutigen möglich, wo größere Möglichkeit für die freie Meinungsäußerung besteht, die allgemeinen Freiheiten auch die öffentliche Diskussion darüber in größerem Maße möglich machen“.<sup>118</sup>

<sup>116</sup> Szocializmus, September 1925. 341. – Árpád Szakasits (1888–1965), Steinmetz, 1908 Mitglied der Leitung der Bauarbeitergewerkschaft. Redakteur beim Fachblatt. Von 1925 Mitglied der Leitung der SPU, ab 1923 stellvertretender Vorsitzender, ab 1928 Vorsitzender der Gewerkschaft. 1938–1942 Generalsekretär der SPU.

<sup>117</sup> Szocializmus, 1925. 401.

<sup>118</sup> PIA 658.f. 5/91 AE.

Garami hatte eine im herkömmlichen Sinne gehaltene prinzipielle Erklärung ausgearbeitet, vor deren Behandlung die Parteileitung zurückschreckte, weil sie befürchtete, die allgemeinen ideologischen Fragen der Bewegung zur Diskussion zu stellen und ihren pragmatischen Grundstandpunkt zu verlassen. Die Zeit für den offenen Revisionismus war in Ungarn noch nicht gekommen, der Partei wurde ja der Gouvernamentalismus verweigert, und für die Möglichkeit der Eingliederung, der Integration, mußten offensichtlich noch schwere Kämpfe ausgetragen werden.

Auch innerhalb der Bewegung hätte es kaum eine Plattform für die offene Erklärung des Verzichts auf den Klassenkampf gegeben. Die erneute Betonung des proletarischen Sozialismus und des Internationalismus hielten die führenden Kreise der Partei in der herrschenden Atmosphäre wiederum ebenfalls für nachteilig.

Das ideologische Zaudern, die Unsicherheit, das Zurückschrecken vor entscheidenden Schritten wirkte sich in erster Linie auf die Partei selbst nachteilig aus, denn sie konnte auf die Fragen, die sich aus den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Ungarn ergaben, keine Antwort geben. So fehlte der Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei Ungarns die zielbewußt erarbeitete Perspektive, und dieser Mangel beschränkte die Ausdehnung des Einflusses der Partei nicht nur in den behandelten Jahrzehnten, sondern im ganzen Zeitraum des konterrevolutionären Systems. Außer Zweifel steht aber auch, daß die Partei – worauf wir schon an anderer Stelle verwiesen haben – ihre ideologische Erscheinung auch in dem Sinne nicht veränderte, daß sie auf den proletarischen Sozialismus, auf den Internationalismus, auf die Prinzipien des Klassenkampfes verzichtet hätte und auf ihre konservative Art ihr marxistisches theoretisches Fundament bewahrte. Indem der Entwurf des neuen Programms ad acta gelegt wurde, unterblieb also die Diskussion über die grundlegenden ideologischen Fragen. Die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung war weder als gesellschaftliches Ziel noch im Prinzip ein Thema, das die Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in den Vordergrund ihrer theoretischen und Propagandaarbeit rücken wollte. Bleibendes Ergebnis der ideologischen Bewegung war, daß auf dem Kongreß im Jahre 1930 das erste Agrarprogramm der Partei angenommen wurde.

Widersprüchliche Ergebnisse hatten die Arbeiten zur Auffrischung der unmittelbaren politisch-wirtschaftlichen Ziele. Auf dem Kongreß im Jahre 1928 ging die Partei zum ersten Mal über die engen Rahmen der Parlamentsdeklaration von 1922 hinaus und nahm ein umfassendes demokratisches Programm an.<sup>119</sup>

Die Parteileitung hob aber aus dem Programm nur ein einziges Element heraus und stellte es in den Mittelpunkt ihrer Politik – wiederum die Forderung nach dem allgemeinen geheimen Wahlrecht. Schon im Juni 1927 hatten

<sup>119</sup> Prot. des XXV. PK der SPU im Jahre 1928. 5.

die leitenden Funktionäre der Partei beschlossen, den Wahlrechtskampf zu erneuern.<sup>120</sup> In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre trat diese Forderung in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Partei, denn man glaubte, wie Mónus sagte, „...daß die Grenzen und die Kraft des politischen Einflusses vom Ausmaß des und von der Geheimhaltung durch das Wahlrecht bestimmt werden“.<sup>121</sup> Die Erneuerung dieser alten Forderung war ohne Erfolg und Ergebnis. Das Abgeordnetenhaus war schon lange kein so wichtiger politischer Schauplatz mehr wie zur Zeit des Dualismus. Deshalb hatte die Forderung nach dem allgemeinen Stimmrecht an sich überhaupt keine mobilisierende Wirkung, besonders bei der jüngeren Arbeitergeneration nicht.

Als bedeutend wirksamer erwies sich das sogenannte Mieterschutzprogramm. Die Partei forderte die Fixierung der Mieten auf dem Stand vom Mai 1927, die Aufschiebung der Freigabe des Wohnungsverkehrs und den Beginn des Baus billiger Kleinwohnungen.<sup>122</sup>

Die Anzeichen der Wirtschaftsrezession veranlaßten die Leitung der Partei und der Gewerkschaften schon Ende 1928, Anfang 1929 in den Mittelpunkt des Wirtschaftsprogramms der legalen Arbeiterbewegung den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu stellen. Das wurde, mit der zentralen Losung „Arbeit und Brot“ eines der wichtigsten Arbeitsgebiete von Partei und Gewerkschaften.<sup>123</sup> Die konkreten Forderungen (die Regierung und die Hauptstadt sollten für Arbeitsplätze sorgen, Achtsturentag, Arbeitslosenversicherung) hatten große mobilisierende Wirkung.

Auch die Umwertung der taktischen Prinzipien der Sozialdemokratischen Partei Ungarns erwies sich als unumgänglich. Die in- und ausländischen Entwicklungen verliefen nämlich nicht in der Richtung, wie die Parteileitung das an der Wende von 1921 zu 1922, als sie wieder aktiv wurde, angenommen hatte. Die Sozialdemokraten hatten gehofft, auf die Regierung würde sich ein starker internationaler Druck legen, um demokratische Zugeständnisse zu erreichen. Sie hatten weiter gehofft, daß die Regierungspartei auseinanderfallen und Bethlen gestürzt werden würde, daß die bürgerliche liberale und demokratische Opposition kraftvoll vorstoßen und Regierungspositionen erringen und an der so entstehenden Konstellation auch die Sozialdemokratische Partei Ungarns in irgendeiner Form an der politischen Macht beteiligt werden würde.

Besonders große Hoffnungen knüpfte die Parteileitung daran, daß die Labour-Regierung im Jahre 1924 an die Macht gelangte, gerade zu der Zeit, als die Verhandlungen über das Sanierungsdarlehen für Ungarn im vollen Gange waren. Die Sozialdemokratische Partei Ungarns entsandte im Februar des Jahres 1924 unter Teilnahme von Gyula Peidl, Ernő Garami

<sup>120</sup> PIA 651.f. 5/1927. 22. Juni AE.

<sup>121</sup> Népszava Naptár (Népszava-Kalender). 1927. 29.

<sup>122</sup> Prot. des XXV. PK der SPU im Jahre 1928. Budapest 1928. 47.

<sup>123</sup> Prot. des XXVI. PK der SPU im Jahre 1929. Budapest 1929. 18.

sowie von Rusztem Vámbéry, des über gute englische Verbindungen verfügenden bürgerlich-radikalen Juristen, eine Delegation nach London, wo sie dem britischen Außenministerium ein Memorandum überreichten. In der Schrift erhoben sie Anklage gegen die Bethlen-Regierung, indem sie den Scheinparlamentarismus, die Einschränkung der Freiheitsrechte usw. entlarvten. Die Sozialdemokraten betonten, wenn das Darlehen für das ungarische Wirtschaftsleben auch wichtig sei, so wäre es „...ohne die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen eher eine Unterstützung der ungarischen Reaktion als des ungarischen Volkes“.<sup>124</sup> Nach der im Foreign Office angefertigten Notiz war es das Ziel von Peidl und Garami, daß „...das Darlehen von bestimmten, von der ungarischen Regierung zu erfüllenden politischen Bedingungen abhängig gemacht werden soll“. Nach dem erwähnten Memorandum wäre es wünschenswert, wenn England auf die Einhaltung jener Paragraphen (55, 58, 76, 355) des Friedensvertrages bestehen würde, die die persönlichen Freiheitsrechte sichern und gesondert über die Organisationsrechte der Arbeiterschaft verfügen. Die Macdonald-Regierung war aber nicht bereit, den Wunsch der Sozialdemokratischen Partei Ungarns zu erfüllen.

Während des Skandals um die gefälschten Francs hoffte die Sozialdemokratische Partei Ungarns darauf, daß die internationale Empörung das Horthy-Bethlen-Regime hinwegfegen werde. Im Februar des Jahres 1926 setzte Peyer dem Budapester englischen Gesandten auseinander, daß jene Regierungen Druck im Interesse der Entfernung des Staatsoberhauptes und seines Ministerpräsidenten ausüben müßten, die sehen, was für eine Bedrohung die Person des Reichsverwesers für den europäischen Frieden darstelle.<sup>125</sup> Auch diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Es wurde zur Gewißheit, daß die Parteiführung auf keinen ausländischen Eingriff rechnen konnte, der die Demokratisierung der Regierungspolitik von Grund auf oder nur ihre Liberalisierung zum Ergebnis haben könnte.

Auch jene Annahme bestätigte sich nicht, daß die Regierungspartei, eines der grundlegenden innenpolitischen Instrumente der Bethlenschen Konsolidierung, entlang der zwischen den in ihr vereinigten und in vielerlei Hinsicht andere Interessen besitzenden gesellschaftlichen Schichten bestehenden Bruchlinien in ihre Bestandteile zerfallen würde.<sup>126</sup> Das zwangsweise Ausscheiden der von Gömbös angeführten Rassenschützer im Jahre 1923 blieb eine Einzelercheinung. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts gelang es Bethlen, die verschiedenen Fraktionen zur Mamelucken-Disziplin zu zwingen und sie unter seiner unumschränkten Macht zu halten.

Die an die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Opposition geknüpften

<sup>124</sup> Public Record Office (London) FO.371.9902/C 2786.-9905/C. 2925.

<sup>125</sup> Ebd., 11365/C. 1581.

<sup>126</sup> Peyer legte auf dem Kongreß im Jahre 1922 dar, die Einheitspartei sei eine Versammlung heterogener politischer Kräfte, die die erste größere Krise zerbrechen werde (Prot. des XI. PK der SPU im Jahre 1922. 166).

Erwartungen erwiesen sich ebenfalls als eine Illusion. Dies beweist faktisch das Scheitern der Passivität im Jahre 1924/25. Die Regierung befürchtete einige Zeit, daß eine Art Gegenparlament entstehen könnte. „Die bürgerlichen Oppositionsparteien hatten davor aber eine noch größere Angst als die Regierung und sorgten dafür, daß diese Gefahr nicht zur Wirklichkeit werde“<sup>127</sup>, stellte Mónus mit bitterer Resignation fest.

Der Bankrott der innen- und außenpolitischen Erwartungen machte eine Revision der Taktik und der Methoden der Sozialdemokratischen Partei Ungarns unvermeidlich notwendig. In der ersten Hälfte der zwanziger Jahre maß die Partei – in der erwähnten Hoffnung und Erwartung günstiger Entwicklungen – der Tätigkeit in der Nationalversammlung eine besondere Bedeutung bei. Die Leitung, noch in den Kategorien aus der Vorkriegszeit denkend, meinte, die Sozialdemokratische Partei Ungarns könnte in Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Opposition jenen oppositionellen Bewegungsraum gegenüber der Regierung übernehmen, den vor 1914 die Unabhängigkeitspartei und ihre Verbündeten beherrschte. In der Tat, im Zeitraum des Dualismus hatten die stürmischen Ereignisse im Abgeordnetenhaus, die Obstruktionen, die „Taschentuchwahl“ usw. eine gewaltige Konsternation hervorgerufen. Mehrere Aktionen großer Bedeutung der Arbeiterbewegung schlossen sich auch in irgendeiner Form unmittelbar daran an; es reicht an dieser Stelle nur auf den 23. Mai 1912 zu verweisen.

In der ersten Hälfte der zwanziger Jahre, nunmehr im Besitz von zwei Dutzend Mandaten, legte die Sozialdemokratische Partei Ungarns – auf Grund der früheren Traditionen – dem parlamentarischen Kampf eine zu große Bedeutung bei und unterstellte das Bewegen der außerparlamentarischen Kräfte auch den vermuteten Interessen des Politisierens im Haus. Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns setzte in ihrem im August des Jahres 1926 an die Sozialistische Internationale gesandten Memorandum auf die taktischen Grundprinzipien eingehend auseinander: „Wir dürfen nicht mehr riskieren, als unter den gegebenen Verhältnissen riskiert werden darf in diesem Kampf... Nach einer niedergeschlagenen Revolution würde eine sich den gegebenen Verhältnissen widersetzende Politik nur eine erneute Katastrophe auf die Arbeiterklasse hereinbrechen lassen... heute hat sie (die Partei nämlich) noch nicht so viel Kraft und Möglichkeiten, neben dem parlamentarischen Kampf auch den Kampf der Massenbewegungen ruhig auf sich nehmen zu können.“<sup>128</sup>

Der tatsächliche Erfolg dieses methodischen Prinzips blieb aber beschränkt, und es war nicht dazu geeignet, die gesellschaftliche Basis der legalen Arbeiterbewegung auszuweiten und zu festigen. Die Tätigkeit in der Nationalversammlung hatte – worauf wir weiter oben bereits aufmerksam gemacht haben – in vielerlei Hinsicht Vorteile in Hinblick auf die Funktion

<sup>127</sup> Szocializmus, August 1925. 298.

<sup>128</sup> PIA 768.f. 5/95 AE.

der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und der Gewerkschaften. Es war aber ein Fehler anzunehmen, daß die Arbeiterschaft und die anderen arbeitenden Klassen und Schichten den Kampf im Parlament als die hauptsächlichste Form des Kampfes gegen das kapitalistische System und die Horthy-Staatsmacht akzeptieren würden. Die Deklamationen, Interpellationen in der Nationalversammlung, die häufig große Skandale verursachenden Zwischenrufe fanden außerhalb des Hauses kein Echo, waren inzwischen zu verrosteten Waffen geworden. Die gesetzgeberischen Arbeiten – da sie zu abstrakt, zu stark juristisch waren – mobilisierten, interessierten die Arbeiter nicht, die wußten oder spürten, daß die Klassengegensätze nicht im Sitzungssaal entschieden werden können. Sie sahen also nicht nur das Verhältnis der parlamentarischen Ergebnisse und Fehlschläge (schließlich wurden die wichtigeren Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei Ungarns immer niedergestimmt) als enttäuschend an, sondern das angewandte Verfahren selbst als Taktik entbehrte der zündenden, mit sich reißenden Kraft. Nichts an ihr war spannend oder neu. Deshalb löste die gewaltsame Entfernung von vierzehn sozialdemokratischen Abgeordneten und dann ihr zeitweiliger Ausschluß aus dem Parlament sowie der Beschluß der Partei über den Boykott der Sitzungen im November des Jahres 1924 keine besondere Empörung aus. „Erstaunlicherweise reagierte die Masse, die bis dahin ständig ein radikaleres Auftreten von uns gefordert hatte, auf dieses radikalste Auftreten schwach, viel schwächer als wir es erwartet oder geglaubt hatten. Ohne Übertreibung könnte ich auch sagen, daß das Ereignis vom 28. November überhaupt keine Wirkung auf sie hatte“,<sup>129</sup> erinnerte sich Sándor Propper an die Enttäuschung der Parteiführung.

Ab 1925/26 erhielt auf Grund der Erfahrungen im Instrumentarium der sozialdemokratischen Partei die Anwendung, die Benutzung von Methoden und Kräften außerhalb der Nationalversammlung immer stärkere Betonung. „Keinen einzigen Augenblick soll jemand darüber in Zweifel sein, daß die sozialdemokratische Gruppe der Nationalversammlung Massen vertrat und daß unsere in der Nationalversammlung vorgebrachten Forderungen durch das Echo der Massen ver Hundertfacht wurden“,<sup>130</sup> schrieb Illés Mónus. In den Artikeln, Erklärungen und Reden der sozialdemokratischen Führer erhielt die Bedeutung der Bewegung einen immer größeren Nachdruck und der Beweis jenes Prinzips, daß die Partei das Parlament nur als Kanzel ansieht, von der aus sie das konterrevolutionäre System kritisieren kann. Entsprechend des Beschlusses des Kongresses vom Jahre 1928 kann „nur der weitestgehende Kampf“ im Interesse der demokratischen Veränderung die unzufriedenen und unterdrückten Massen aufschütteln, das Abgeordneten-

<sup>129</sup> PIA Propper, Sándor, op. cit. 380. Sándor Propper (1877–1956). Tapezierer, ab 1904 einer der Führer der Gewerkschaft der Holzarbeiter. 1919–1939 Mitglied der Leitung der SPU, 1922–1939 Abgeordneter.

<sup>130</sup> Népszava Naptár, 1927. 57.

haus sei nur eine Tribüne und man müsse auf den außerparlamentarischen Kampf große Sorgfalt verwenden.<sup>131</sup>

Auch die Kommunisten wurden darauf aufmerksam, daß das Wesen der in der Tätigkeit der Sozialdemokraten eingetretenen Veränderungen eine „kühne und scharfe Wende in den Methoden der Arbeit mit den Massen“ war.<sup>132</sup>

Eine spektakuläre Ouvertüre des neuen Stils war die Großversammlung der Partei im Jahre 1927 in Budapest mit etwa 30 000 Teilnehmern. Auch die Mieterschutzaktion nahm den Charakter einer Massenbewegung an. Zu dem Memorandum, das Forderungen im Zusammenhang mit Mieten und anderen Wohnungsangelegenheiten enthielt, wurden 100 000 Unterschriften gesammelt. An dieser Kampagne nahmen die Gewerkschaften aktiv teil. Im Juni des Jahres 1928 teilte der Fachrat den Vorständen der Landesverbände mit, er werde zusammen mit der Parteiführung einen Kampf gegen die weitere Anhebung der Mieten beginnen. Jede Gewerkschaft delegierte in das Ungarische Mieterschutz-Komitee (Országos Lakóvédő Bizottság) Beauftragte. Und die Fachorganisationskomitees nahmen an der Unterschriftensammlung teil.

Die Organisierung der Massenbewegung gegen die Arbeitslosigkeit basierte auch in erster Linie auf den Berufsverbänden. Das Sekretariat des Fachrates forderte im Dezember des Jahres 1929 alle Gewerkschaften auf: sie sollten am gleichen Tag und zur gleichen Stunde (am 16. Dezember vormittags um halb zehn Uhr) öffentliche Arbeitslosenversammlungen durchführen, auf denen ein im Grunde einheitlicher, durch die besonderen fachlichen Forderungen erweiterter Beschlußvorschlag angenommen werden sollte. Der Entwurf wurde an jeden Berufszweig geschickt.

Um die Mitte der 1920er Jahre wurden neben den ideologischen, politischen und taktischen Problemen die Nachteile der aus dem niedrigen Entwicklungsstand der Parteiorganisationen resultierenden Einseitigkeit immer stärker spürbar.

Der Ausbau der territorialen Organisationen der sozialdemokratischen Partei schritt ziemlich langsam voran. Die Parteiführung mußte im Jahre 1926 eingestehen, daß die Agitation nicht den entsprechenden Erfolg gehabt hatte. Ja, die Angaben über die Mitgliederzahlen zeugten ausgesprochen von einem Rückfall. Im Jahre 1922 wurden in Budapest 14 000 Mitglieder registriert, im Jahre 1925 erreichte die Mitgliederzahl nicht die 7000, die Hälfte der Zahl von vor 3 Jahren.<sup>133</sup>

Bei der Stagnation der Parteiorganisationen, ja hinsichtlich der Mitgliederzahl bei ihrem ausgesprochenen Niedergang spielte jener Umstand zweifels-

<sup>131</sup> Prot. des XXV. PK der SPU im Jahre 1928. Budapest 1928. 5.

<sup>132</sup> PIA 500.f./234 AE.

<sup>133</sup> Prot. des XXIV. PK der SPU im Jahre 1926. Budapest 1926. 33. – PIA 658.g. Bündel 1, 1922/2 AE.

ohne eine bedeutende Rolle, daß die Behörden mit anhaltender Unnachgiebigkeit, jedes Mittel nutzend, die organisatorische Entfaltung der politischen Bewegung behinderten. Hierfür bot das ungeklärte Recht auf Vereinigung eine juristische Grundlage. Die Schaffung der sozialdemokratischen Parteiorganisationen wurde zumeist dadurch unmöglich gemacht, daß vom Innenministerium zugelassene Statuten von den örtlichen Organisationen gefordert wurden, und wenn sie ohne solche eine regelmäßige Tätigkeit ausübten, dann wurde gegen ihre Leiter, die Initiatoren ein Verfahren wegen „verbotener Versammlungen“, wenn Mitgliederbeiträge gezahlt wurden, dann wegen „verbotenem Spendensammeln“ eröffnet. Die Strafen waren an sich nicht bedeutend, und blieben weit hinter den in den antikommunistischen Strafprozessen gefällten Urteilen zurück. Das ewige Schikanieren erwies sich vielerorts trotzdem als ausreichend, um von vornherein die Versuche zur Gründung von Parteiorganisationen zu verhindern.

Das Verhalten der Behörden gibt allein keine Erklärung für die Stagnation der Organisation, denn in der Hauptstadt besaß die Parteibewegung, aus den bekannten Gründen, eine größere Bewegungsfreiheit, und trotzdem nahm die Zahl der Mitglieder ab.

In Wirklichkeit war die wahlorientierte Konzeption der Organisierung der Partei veraltet und erwies sich als ungeeignet, die regelmäßige Tätigkeit der politischen Bewegung aufrechtzuerhalten. Die leitenden Funktionäre des Apparates sahen bis dahin den grundlegenden Inhalt der Parteiorganisation in den mit den Wahlen zusammenhängenden Aufgaben. Die ständige Kontrolle der Listen, die Vertretung der Sache der unrechtmäßig Ausgelassenen und die Durchführung der Kampagne markierten sie als zentrale Aufgaben.<sup>134</sup> In den Parteiorganisationen wollten sie nur die passiven Formen der politischen Tätigkeit einführen. Auf diesem Gebiet waren die Aufgaben, in der Formulierung von József Büchler, eines Sekretärs der Sozialdemokratischen Partei Ungarns: „...den Sozialismus verbreiten... Versammlungen, Beratungen, Vorträge halten. Die Tagesereignisse der Politik vorstellen. Die Wähler organisieren. Sie zu Parteimitgliedern agitieren.“<sup>135</sup> Einen tatsächlich selbständigen Inhalt besaß nur die Schulung und die politische Information, alle anderen Äußerungen, Veranstaltungen knüpften in irgendeiner Form an die Wahlen an.

Die Diskussion der mit den inneren Problemen der Arbeiterklasse zusammenhängenden ideologisch-politischen Fragen, ihre Behandlung gehörte nicht zu den Aufgaben der Parteiorganisationen. In der Sozialdemokratischen Partei Ungarns wollte man gerade hinsichtlich der Strategie und Taktik der Partei keine Stellungnahmen, Wertungen, Kritiken von der Mitglied-

<sup>134</sup> István Farkas' Rede auf der Parteikonferenz der Parteiorganisationen von Budapest und Umgebung. Népszava. 27. Februar 1923. – Sándor Proppers Referat auf der Budapester Parteikonferenz im Jahre 1924. Népszava, 27. Mai 1924.

<sup>135</sup> Népszava, 1. Mai 1925.

schaft. „Die Parteiorganisationen können keine gesonderten örtlichen politisierenden und kritisierenden Einheiten sein, sondern sozialistische Parteischulen und gut funktionierende vollstreckende Organe der sozialdemokratischen Partei.“ Um dies zu sichern, kam die strengere Durchführung der Aufnahme neuer Mitglieder zur Sprache. János Vanczák legte dar, daß man bei den sich zur Aufnahme meldenden Arbeitern und Angestellten die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft fordern müsse, und bei den Angehörigen anderer Schichten das Abonnement der Parteizeitungen.<sup>136</sup>

Das wichtigste Ziel dieser Vorschriften war das Fernhalten der Kritiker. Die Opposition war nämlich bestrebt, die Parteiorganisationen zu Schauplätzen der Kritik an der Leitung werden zu lassen, was ein lebhaftes politisches Leben in mehreren Territorialorganisationen zur Folge hatte. Die Anziehungskraft der Aktivität wird dadurch unter Beweis gestellt, daß die Zahl der Mitglieder dort und ausschließlich nur dort zunahm, wo die Leitung in den Händen der Opposition lag. In der Organisation im VIII. Wahlbezirk war ein Drittel des Exekutivkomitees oppositionell, und auch eine aus drei Mitgliedern bestehende kommunistische Fraktion war tätig. Und der Hauptsitz der Opposition war der XIV. Wahlbezirk, wo eine aus zehn Mitgliedern bestehende Fraktion der Kommunistischen Partei Ungarns wirkte, an ihrer Spitze mit Sándor Fürst, dem Führer der Arbeit der kommunistischen Gruppe innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Ungarns.<sup>137</sup>

Die Bestrebungen der Parteiführung richteten sich auf die Einschränkung des Politisierens, auf das „Ausieben“ der Mitgliedschaft, um eine Erweiterung der Bewegung zu verhindern, die sie nicht mehr unter strenger Kontrolle halten konnte. Diese Überlegung trug aber nicht zum Anstieg der Mitgliederzahl, der Stärkung der Parteiorganisationen bei.

Die Opposition forderte erneut, man solle mit dem organisatorischen Umbau beginnen. Die auf dem Kongreß vom Jahre 1925 unter dem Namen Arbeiteropposition auftretende Gruppe beantragte die Trennung von Partei und Gewerkschaften. Der XIV. Wahlbezirk schlug auf dem Kongreß vom Jahre 1928 vor, zwischen den Berufs- und den Parteiorganisationen sollte die Eintrittspflicht gegenseitig bestehen, die führenden Funktionäre sollten auch in der Parteibewegung Aufgaben übernehmen.

Die Opposition trug tatsächlich vorhandene Probleme vor. Aber die Parteiführung erkannte erst nach der Niederlage bei den Wahlen von 1926 die Notwendigkeit der Erneuerung der Organisation. Da stellte es sich heraus, daß die Struktur der legalen Arbeiterbewegung selbst im Interesse der Durchsetzung der reformistischen Taktik, der evolutionären Methoden einer Modernisierung bedurfte.

Im Ergebnis der Wahlen von 1922, dem Erfolg der Partei war die revolutionäre Welle noch spürbar. Schließlich stieg die Zahl der Mitglieder der Ge-

<sup>136</sup> Szocializmus. 1925, Nr. 2, 54-56.

<sup>137</sup> PIA 500.f. 2/119 AE.

werkschaften im Jahre 1922 auf den Spitzenwert von über 200 tausend (hierbei abgesehen vom Zeitraum der bürgerlich-demokratischen Revolution und der Räterepublik). Das halbe Jahr seit dem Bethlen-Peyer-Pakt bis zu den Wahlen war zu kurz, um schlagkräftige Parteiorganisationen ausbauen zu können. Deshalb baute die Kampagne, wie wir das in einem früheren Kapitel schilderten, auf die Gewerkschaften. Aus dem Erfolg zog die Parteiführung die falsche Schlußfolgerung, daß die Wahlen mit politisch passiven, nur administrativen Parteiorganisationen durchzuführen seien, die Freien Organisationen auch für die erneuten Wahlkämpfe eine ausreichende organisatorische Basis sichern würden.

Aber die Gewerkschaften wurden in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts durch die Inflation und dann die Sanierungskrise geschwächt, die Zahl ihrer zahlenden Mitglieder nahm ab. Auf diese Erscheinung, auf deren zu erwartende Folgen wurde die Parteileitung erst spät, im Herbst des Jahres 1926 aufmerksam. Die große Krise „...zermahlte jede Energie der Arbeiter... im Interesse der Partei konnten sie keine Tätigkeit ausüben, die notwendig gewesen wäre“.<sup>138</sup> Die Leiter der Sozialdemokratischen Partei Ungarns hatten auch nicht mit notwendiger Umsicht ermessen, inwieweit die Konsolidierung die politische Atmosphäre verändert hatte.

Das Fiasko machte offensichtlich, daß die Integrierung, das Ziel der reformistischen Politik auf nur gewerkschaftlicher Grundlage nicht zu verwirklichen war. Die Kraft der wirtschaftlichen Bewegung war zu sehr mit der konjunkturellen Lage verbunden. Als die wirtschaftlichen Verhältnisse günstig waren, wurden die Gewerkschaften stärker, sie waren in der Lage, die Partei zu unterstützen, ja sogar zu vertreten. Eine nachteilige Wende riß aber auch die Partei mit, die vor allen Dingen auf die Gewerkschaften aufbaute. Und das wirkte nachteilig auf die Berufsverbände zurück, weil sie gerade unter den schwierigen Verhältnissen, als sie besonders stark darauf angewiesen waren, nicht damit rechnen konnten, daß die Sozialdemokratische Partei Ungarns auf dem politischen Schlachtfeld mit ihren Mitteln erfolgreich als Vertretung der Arbeiterschaft auftreten konnte.

Nach den Wahlen von 1926 bildeten sich stufenweise sowohl die Diagnose als auch die Therapie heraus. Die Führer der Partei umrissen die grundlegenden Methoden der Neuorganisation. Mónus setzte in der 1926er Weihnachtsausgabe der Népszava auseinander: Es müßten Wahlbezirkssekretariate geschaffen werden, die ständig, also nicht nur beschränkt auf den Zeitraum der Kampagnen die Verbindungen mit der Bevölkerung des Gebietes, mit den Wählern aufrechterhalten.

Das andere, neben der Kontinuität der Parteiarbeit wichtige und wiederholt betonte Prinzip lautete: Einbeziehung der wirtschaftlich organisierten Arbeiter in die politischen Organisationen. Um dies zu verwirklichen, wurden die ersten Schritte zum Ausbau der betrieblichen Parteiorganisationen

<sup>138</sup> Prot. des XXIV. PK der SPU im Jahre 1926. 49.

gemacht. Die Metallarbeiter nahmen die Organisierung der betrieblichen Sozialdemokratischen Partei Ungarns prinzipiell an, die Drucker führten auch praktisch ein, daß der individuelle Parteibeitrag jeweils im Betrieb eingenommen werden sollte.

Als wichtiges Moment der Reorganisierung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns nahm die Parteiversammlung im Jahre 1929 ein neues Organisationstatut an. Dieses moderne und im Leben der Partei das erste Mal ausführlich, auch im Detail ausgearbeitete Statut blieb im wesentlichen bis zum Ende der konterrevolutionären Epoche gültig, im Jahre 1935 wurde es nur in einigen Einzelfragen modifiziert. Zahlreiche Punkte der Bestimmungen drückten vorerst eher das Programm der Organisierungsarbeit, ihre Ziele aus, als die tatsächliche Lage.

Der Kongreß vom Jahre 1929 nahm dafür Stellung, daß die wirtschaftlich organisierten Arbeiter sich nicht mit der Einzahlung des Beitrags zufriedengeben sollten, sondern aktive Mitglieder der Parteiorganisationen sein sollten.<sup>139</sup> Die Trennung von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, das heißt, die Einstellung der Tätigkeit der Freien Organisationen als politische Organisationen, konnte vor der praktischen Durchsetzung des oben erwähnten Beschlusses nicht verwirklicht werden. Wenn es auf der Grundlage des Ende der zwanziger Jahre bestehenden Status quo zur Trennung gekommen wäre, dann wäre die in den Freien Organisationen vereinigte Mitgliedschaft für die Partei verloren gewesen, die Sozialdemokratische Partei Ungarns wäre zu einer Rahmenpartei ohne Massenkraft reduziert worden.

Um die wahlorientierte Einstellung zu beseitigen, wurde im Jahre 1920 eine wichtige Reform durchgeführt, gleichzeitig mit der Gebietssanierung der Hauptstadt, der Bildung von vierzehn Verwaltungsbezirken statt der früheren zehn. Auf Grund des Beschlusses der Parteiführung wurden die zweiundzwanzig Wahlbezirksorganisationen aufgelöst. Die Budapester Parteibewegung gliederte sich in Organisationen, die den neuen Bezirken entsprachen, an ihrer Spitze stand jeweils gesondert ein Exekutivkomitee, das die je Wahlkreis geschaffenen Gruppen leitete.<sup>140</sup>

Die Parteiorganisierung auf dem Lande wurde Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre vorübergehend dadurch vorangetrieben, daß es im Dezember des Jahres 1929 der Sozialdemokratischen Partei Ungarns gelang, eine prinzipielle Entscheidung des Innenministeriums abzunötigen, die besagte, die politischen Parteien seien nicht verpflichtet, regierungsamtlich zugelassene Statute einzureichen. Laut der Verordnung des Innenministeriums VII 172 616 aus dem Jahre 1929 bestand bei der Gründung der örtlichen Parteigruppen nurmehr die Anmeldepflicht; ihr Verbot war dann begründet, „wenn die Ziele der politischen Partei zu den bestehenden Gesetzen

<sup>139</sup> Prot. des XXVI. PK der SPU im Jahre 1929. 27.

<sup>140</sup> PIA 658.f. 8/9 AE. In den Jahren der Umorganisierung wurden in Budapest 4213 Mitglieder in Wahlbezirken und 4114 in Betrieben erfaßt.

im Gegensatz stehen, hinsichtlich der Staats- und allgemeinen Sicherheit bedenklich sind oder wenn die Tätigkeit bei der örtlichen Einwohnerschaft irreparable Schäden anrichtet. Die Sozialdemokratische Partei Ungarns ist eine landesweit anerkannte politische Partei, deren politische Organisationen auch ohne jede behördliche Erlaubnis arbeiten können, solange ihre Tätigkeit nicht gegen die oben erwähnten Gesichtspunkte verstößt.“ Diese Stellungnahme ermöglichte natürlich nur die Gründung der Parteiorganisationen, schloß aber noch lange nicht ihr Verbot aus, wie dies auch die weiteren Entwicklungen der Organisierung der Partei auf dem Dorf bewiesen.

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zeigten sich auch in der konservativ aufgebauten, in vieler Hinsicht noch die Formen der Genese bewahrenden Gewerkschaftsbewegung Modernisierungstendenzen. Es gab Versuche der Liquidierung der starren Gliederung nach Berufen, beziehungsweise zu ihrer Lockerung. Bei den Metallarbeitern verbreitete sich die territoriale Organisationsform. In mehreren Gegenden und in Budapester Randstädten, wo viele Metallarbeiter arbeiteten und wohnten, entstanden territoriale Organisationskomitees.

Die Kohäsion der Arbeiterschaft der Bauindustrie wurde dadurch vorwärtsbewegt, daß sich an sehr vielen Orten die Ortsgruppen der Maurer und der Zimmerleute vereinigten. Auch MÉMOSZ war bestrebt, in jene Betriebe einzudringen, die in größerer Zahl Arbeiter beschäftigten, die in ihren Organisationskreis gehörten.

Die Gründung des Bauarbeiterblocks stellte den Keim der Organisierung nach Industriezweigen dar. Die neue Form umfaßte alle an den Gebäuden arbeitenden organisierten Arbeiter, außer der MÉMOSZ, des Verbandes der Bauarbeiter, auch die Mitglieder der Metallarbeiter- und der Glaserverbände.

In der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften sind von der Mitte der 1920er Jahre ab in allen Ebenen des Lebens der Bewegung Reformbestrebungen, Veränderungen zu beobachten. Es wurde die Richtung auf modernere, effektivere, die Aktivität der Massen besser beachtende Formen eingeschlagen. Das Tempo war langsam und die Verwirklichung der Vorstellungen wurde durch den konterrevolutionären Charakter der Staatsmacht, das Fehlen der bürgerlichen Demokratie und den Widerstand innerhalb der Bewegung gleichermaßen gebremst. Trotzdem kann man von dieser Zeit an jene Entwicklung datieren, die es ermöglichte, daß die Sozialdemokratische Partei Ungarns und die Gewerkschaften in den folgenden Jahrzehnten den Kampf gegen die totalitären faschistischen Versuche übernehmen konnten.

### III. DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI UNGARNS IM KAMPF GEGEN DEN FASCHISMUS UND WÄHREND DES ZWEITEN WELTKRIEGS

#### 1. DIE DREISSIGER JAHRE

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise erforderte die Knappheit schnelles Handeln. Am 9. Februar 1930 gab die Sozialdemokratische Partei Ungarns und der Fachrat mit dem Titel „Arbeit, Brot! – An das im Elend lebende und leidende ungarische Volk!“ einen Aufruf heraus.<sup>1</sup> Die Erklärung war von einer sehr scharfen Rhetorik gegen die Regierung und die Arbeitgeber charakterisiert, die angekündigten Schritte waren aber kaum drohend: massenweise Interpellationen im Parlament, Wortmeldungen auf den Versammlungen der Verwaltungskörperschaften auf Stadt- und Komitatsebene, eine Versicherung im Fall der Arbeitslosigkeit für sofortige Bargeldhilfe und Arbeitsmöglichkeiten. Im Frühjahr und Sommer des Jahres 1930 stellte sich aber heraus, daß die Regierung und die Behörden diese Aufforderungen auch nicht ernster nahmen als ähnliche frühere Wünsche und nichts für die Milderung der Arbeitslosigkeit unternahmen. Inzwischen waren die Bewegungen der Arbeitslosen immer umfangreicher geworden, in denen auch der Einfluß der illegalen Kommunistischen Partei Ungarns zur Geltung kam. Für die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsleitung war der Zeitpunkt der entscheidenden Beschlüsse gekommen. Die früher ausgesprochenen Stellungnahmen und Versprechungen über die Nutzung der Kraft der Massen, der Radikalisierung der Taktik mußten jetzt bereits in Taten von durchschlagender Kraft eingelöst werden, damit ihre Glaubwürdigkeit bestehen blieb. Die kleineren und größeren spontanen Hungerdemonstrationen und Aufmärsche zeigten zweifellos, daß jetzt schon ein immer größerer Teil der Arbeiterschaft bereit war, für ihre Forderungen das Risiko der offenen Demonstration auf der Straße, außerhalb der gewerkschaftlichen Räumlichkeiten, der Arbeiterwohnheime und der Extraräume der Gaststätten auf sich zu nehmen. Auf einer Versammlung von Arbeitslosen am 5. Juni kündigte Peyer an, man werde weitere ähnliche Veranstaltungen nicht mehr organisieren, doch deutete er an, man werde die Kraft des gesamten Proletariates einsetzen, wenn die Regierung auch weiterhin untätig bleibt.

Im Gewerkschaftsrat begann man Anfang August mit den Vorbereitungen für eine mit einem mehrstündigen Streik verbundene Straßendemonstration in Budapest und auf dem Lande. Daran sollten in jedem Beruf die Beschäftig-

<sup>1</sup> Népszava, 9. Februar 1930.

ten und die Arbeitslosen teilnehmen. Im Organisationskomitee der Eisengießer kündigte Sekretär Károly Spitálszky am 8. August an, der Gewerkschaftsausschuß werde am 11. eine Sitzung abhalten, auf der über eine allgemeine Aktion für den ersten September beschlossen werde.<sup>2</sup> Später berichtete Spitálszky auch, daß die Arbeitgeber am 22. August die Betriebspause zur Kenntnis genommen hatten, und sie diese am 29. August auf den Aufruf der Regierung hin direkt angeordnet hatten, um den Erfolg der Aktion zu vermindern.

An der Demonstration, die in erster Linie durch die Aktivität der Kommunisten zu einem Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und der Ordnungsmacht wurde, die jedermann erschütterte, nahmen etwa 150 000 Menschen teil.<sup>3</sup> Der erste September und die weiteren Aktionen im Jahre 1930 und 1931 trugen zum Sturz der seit mehr als zehn Jahren im Amt befindlichen Bethlen-Regierung bei.

Gyula Károlyi, der neue Ministerpräsident, versuchte gegenüber der Arbeiterschaft die Taktik „des Zuckerbrotes und der Peitsche“ anzuwenden. Unter dem Vorwand des Attentats von Biatorbágy wurde das Standrecht verkündet, als quasi ein Schutzschild gegen die Massenbewegungen, und das Versammlungsrecht wurde weiter eingeschränkt.

Im November überwies die Regierung einen Teil der Hungerhilfe, 150 000 Pengő, den Gewerkschaften. Die Summe wurde vom Exekutivkomitee des Fachrates unter den Gewerkschaften entsprechend der Anteile der arbeitslosen Mitglieder verteilt. (Vier Wochen lang wurden in insgesamt 24 284 Fällen im Durchschnitt 6 Pengő gezahlt). Über den bedeutungslosen Umfang der Summe waren sich auch die Führer des Fachrates im klaren. Peyer sah aber einen Durchbruch in der Geste der Regierung, den Sieg jenes seit langem verkündeten prinzipiellen Standpunktes der Gewerkschaften, daß der Staat Verpflichtungen für die Zahlung der Arbeitslosenhilfe übernehmen solle.<sup>4</sup>

Die weitere Entwicklung bestätigte aber nicht den Optimismus des leitenden Sekretärs. Die überwiegende Mehrheit der kapitalistischen Interessenvertretungen und der bürgerlichen Politiker – die liberale Opposition miteingeschlossen – wandten sich gegen den Schritt von Gyula Károlyi. Auch die Behörden brachten ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck. Im Januar des Jahres 1932 teilte der Ministerpräsident der von Peyer angeführten Delegation des Fachrates mit, daß die Regierung den Gewerkschaften keine weiteren Beträge übergeben werde. Als Antwort faßte der Gewerkschaftsausschuß einen Beschluß: Das Exekutivkomitee soll den Kampf im Interesse der staatlichen Unterstützung fortsetzen.

<sup>2</sup> PIA 672.f. 1929/22 AE.

<sup>3</sup> Borsányi, György: „Munkát! Kenyeret!“ – A proletariátus tömegmozgalmai Magyarországon a gazdasági válság éveiben. 1929–1933 („Arbeit! Brot!“ – Die Massenbewegungen des Proletariats in Ungarn in den Jahren der Wirtschaftskrise. 1929–1933). Budapest 1974. 102.

<sup>4</sup> Népszava, 25. Dezember 1931.

Die legale Arbeiterbewegung kämpfte nämlich seit 1932–1933 nicht mehr nur für einzelne Teilforderungen, sondern für die Existenz der sozialistischen Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften mußten auch in den 1920er Jahren mit den Gefahren der „Nationalisierung“ und der Degradierung zu einem Hilfsverein rechnen. Die Bestrebungen der führenden Kreise zur Liquidierung der klassenkämpferischen Arbeiterbewegung waren damals aber nicht mit dem Versuch der Veränderungen des gesamten politischen Modells von Grund auf verbunden, gingen nicht mit weitreichenden sozialpolitischen Reformen einher, es entfaltete sich keine pseudorevolutionäre konkurrierende Massenbewegung und auch im internationalen Leben gab es keine Tendenzen, die die gewerkschaftsfeindlichen Schritte ausgesprochen begünstigt hätten. In den dreißiger Jahren aber gefährdete dies alles die Gewerkschaften schon zusammen, ja in einer gesellschaftlichen Umgebung mit einer vorübergehend ungünstigen Entwicklungsrichtung.

Die Zahl der Arbeiter stieg besonders im letzten Drittel des Jahrzehnts sehr schnell an. Die meisten der neuen, vom Dorf gekommenen Arbeiter waren der sozialistischen Bewegung, dem Klassenkampf früher noch nie begegnet, für ihr Denken war zumeist ein apolitischer Zug charakteristisch. Sie interessierten sich für keine einzige im öffentlichen Leben tätige parteipolitische Bewegung, sie betrachteten sie nicht als Ausdruck ihrer Interessen, ja ein bedeutender Teil von ihnen war noch nicht einmal an dem Punkt angelangt, irgendein kollektives Auftreten als notwendig zu erachten. Ihre Bewußtseinswelt wurde zum Großteil von dem durch das Schulwesen im konterrevolutionären System und durch den von den Massenmedien eingeblauten Nationalismus bestimmt. Auf Teile der neuen Arbeitergruppen, ja in einzelnen Berufen auch auf die der früheren Schichten blieb die pseudorevolutionäre, den Antisemitismus mit sozialer Demagogie vereinende Propaganda der Pfeilkreuzler nicht ohne Wirkung.

Die sozialistisch gesinnten organisierten Arbeiter hatten in den meisten Fabriken und Betrieben auch schon früher eine Minderheit gebildet.

Die Stimmung der sie umgebenden indifferenten Masse wurde von vielen Schattierungen von der Sympathie bis zur Befremdung gekennzeichnet, was im allgemeinen den extremsten Grad des Abstandhaltens darstellte. Aber von der Mitte der dreißiger Jahre mußten die Gewerkschaften auch innerhalb der Fabrikttore mit aktiven, ausgesprochen feindlichen Kräften rechnen. Die faschistische Propaganda, Anfeindungen verbreiteten sich, was sich auch in Bespitzelungen und Anzeigen äußerte.

Peyer und die anderen sozialdemokratischen Führer erhielten mehr als genügend Warnungen über die unheilsschwangeren politischen und gesellschaftlichen Umweltveränderungen.

In den Jahren nach der Weltwirtschaftskrise war in Ungarn der heftige Kampf zwischen den an der Erhaltung des konservativen konterrevolutionären Systems interessierten Gruppen mit den Kräften, die sich für die totale

faschistische Diktatur einsetzen, bezeichnend. Die sich in der Frage der innenpolitischen „Umstellung“ und im Zusammenhang damit in der außenpolitischen Orientierung immer mehr verschärfenden Gegensätze beeinflussten auch das Schicksal der legalen Arbeiterbewegung.

Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften mußten auch in den zwanziger Jahren mit den Gefahren der „Nationalisierung“ und der Degradierung zu einem Hilfsverein rechnen. Die Bestrebungen zur Liquidierung der klassenkämpferischen Arbeiterbewegung waren aber damals noch nicht mit dem Versuch der radikalen rechtsgerichteten Veränderung des gesamten politischen Modells verbunden, gingen nicht mit weitreichenden sozialpolitischen Reformen einher, es entfaltete sich keine pseudorevolutionäre Massenbewegung und auch im internationalen Leben gab es keine Tendenzen, die diese Schritte ausgesprochen begünstigt hätten. In den dreißiger Jahren gefährdete aber all dies zusammengesetzt die sozialdemokratische Bewegung inmitten des internationalen Vordringens des Faschismus.

Gyula Gömbös, der im Oktober des Jahres 1932 sein Amt als neuer Ministerpräsident antrat, machte kein Hehl daraus, daß sein Ziel der systematische, konsequente Ausbau der totalen faschistischen Diktatur in Ungarn sei. Die Führer der Sozialdemokratischen Partei Ungarns reagierten in zahlreichen scharf formulierten Erklärungen, daß sie Gömbös' Drohungen zu rückwiesen und ihre Organisationen und Institutionen beschützen würden.

Der Gewerkschaftsrat rief am 29. Oktober 1932 etwa tausend Gewerkschaftsführer zu einer Beratung zusammen, deren einziger Tagesordnungspunkt die neue Situation war, die sich dadurch ergeben hatte, daß Gömbös an die Macht gekommen war. Die Aktivsitzung nahm eindeutig im Namen der organisierten Arbeiterschaft Stellung: Sie akzeptierten keinerlei Form der Kooperation und gingen gegenüber den Faschisierungstendenzen mit ganzer Kraft in die Defensive.<sup>5</sup>

Peyer gab auch auf dem Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Ungarns im Jahre 1933 eine Erklärung ab, die von Entschlossenheit zeugte: „...Wenn jemand bei uns ein nach dem Vorbild des italienischen Faschismus zu verwirklichendes System der Interessenvertretung einführen will, so wird er sich der Arbeiterklasse gegenübersehen..., die bis zu ihrem letzten Tropfen Blut Widerstand leisten wird.“<sup>6</sup> Der Führer des Fachrates wies im Laufe seiner Verhandlungen mit Gömbös im Jahre 1934 wiederholt die Übernahme einer „nationalen“ Basis und die Aufgabe der sozialdemokratischen Prinzipien zurück.<sup>7</sup>

Die Führung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und des Fachrates meinte, die Verhandlungen könnten nur dann einen Erfolg haben, wenn sie

<sup>5</sup> PIA 651.f. Bündel 2, 1932.

<sup>6</sup> PIA 651.f. Bündel 2, 1933–4–2118 AE.

<sup>7</sup> Pintér, István: A Szociáldemokrata Párt története 1933–1944 (Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei 1933–1944). Budapest 1981. 31.

in geschlossenem Kreise, in Kenntnis von höchstens einigen Eingeweihten, durchgeführt werden. Sie hielten im Laufe der Gespräche eine stärkere Aktivität der Bewegung nicht für wünschenswert, die eventuell – ähnlich dem 1. September 1930 – für die Führer der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften unkontrollierbar werden könnte, denn sie befürchteten, die freigewordenen Kräfte nicht mehr beherrschen zu können. Auf diese Weise konnte die Arbeiterbewegung für die bürgerliche Ordnung eine derartige Gefahr darstellen, die auf der Ebene der politischen und der Regierungsmacht die Zwangsmaßnahmen, das Lager der Anhänger der Faschisierung stärkt.

Obwohl es in den ersten Jahren der Ministerpräsidentenschaft von Gömbös so schien, als ob die die Staatsführung tragende Gruppe in Auflösung begriffen war und die Spaltung den sozialdemokratischen Politikern günstige Möglichkeiten zur Ausnutzung der Gegensätze – wie im Dezember des Jahres 1921 – geben würde, wenn das Gefühl des Bedrohtseins nicht die Einheit der führenden Schichten verstärkt hätte.

Die sozialdemokratischen Führer sahen 1933/34 bessere Möglichkeiten zu Manövern als bei allen früheren Chancen. Schließlich konnten sie jetzt nicht nur mit einer relativ schwachen bürgerlichen Opposition gegen die Regierung rechnen, jetzt würden sie auch, so hofften sie, innerhalb des Regierungslagers auf Verbündete treffen. Wenn diese auch keine engen Verbündeten sein würden, so doch zumindest Partner, die mächtig genug sind, um die von Gömbös anvisierten „Reformen“ zu vereiteln. Bethlen, der Gegenspieler des Regierungschefs, war kein unbedeutender gestürzter Ministerpräsident, sondern unverändert der Führer der Mehrheit der Regierungspartei, der erste Berater des Reichsverwesers. Die Parteiführung war sich darüber im klaren, daß die konservativen Faktoren nicht in ihrem Interesse gegen Gömbös auftraten, doch hofften sie darauf, daß es der Bethlen-Gruppe gelingen werde, das Schiff der totalitären faschistischen Vorstellungen zu torpedieren und zusammen mit diesen würden auch die an die Stelle der Gewerkschaften geplanten Korporationen verschwinden.

Der sogenannte Interessenvertretungs-Reformentwurf der Regierung Gömbös war Anfang 1935 fertig und gleichzeitig damit sickerten erste Informationen über die Vorstellungen hinsichtlich der „Arbeitsverfassung“ durch.<sup>8</sup>

Als Peyer am 18. Februar auf einer Besprechung in engem Kreise den Gesetzesentwurf den Führern der Gewerkschaften vorlegte, sprach er über die Möglichkeit eines „Dialogs“. Ja, er verbot den Teilnehmern strengstens, die Mitglieder über Einzelheiten des Gömbösschen Entwurfs zu informieren,

<sup>8</sup> Vgl. Sipos, Péter: *Harc a szakszervezetekért a harmincas évek második felében* (Kampf um die Gewerkschaften in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre). In: *Tanulmányok a magyar szakszervezeti mozgalom történetéből* (Studien zur Geschichte der ungarischen Gewerkschaftsbewegung). Hrsg. Ernő Kabos. Táncsics. Budapest 1969.

da sozusagen, „...die Rechte und die Linke Agitationsmaterial erhalten würde, denn schließlich schlägt die Linke auch bisher ständig auf die sozialdemokratische Partei ein“.<sup>9</sup>

Jene Taktik des Widerstandes aus leidenschaftlich vorgetragenen Erklärungen auf Versammlungen, Parteitagungen und Gewerkschaftskonferenzen, der Zusammenarbeit mit den nichtfaschistischen gesellschaftspolitischen Faktoren und des Kuhhandels mit der Regierung entsprach seit dem Frühling des Jahres 1935 immer weniger den innenpolitischen Entwicklungen und den sich in der Arbeiterbewegung entfaltenden neuen Erscheinungen. Die von Bethlen angeführte konservative Opposition war durch die Auflösung des Parlaments sowie im Verlaufe des Wahlkampfes für die neuen Wahlen aus der Regierungsmacht verdrängt worden, auf sie konnte man vorerst nicht rechnen. Es schien kein Zweifel mehr daran zu bestehen, daß Horthy Gömbös die Vollmacht für die Verwirklichung des „nationalen Arbeitsplanes“ gegeben hatte.

Bereits im Verlaufe seiner Kampagne, um Stimmen zu gewinnen, hatte Gömbös in seiner Szegeder Rede in entschiedener Form, und nicht in allgemeinen Phrasen, für die nahe Zukunft, und nicht als perspektivisches Versprechen, die Einführung des Interessenvertretungssystems in Aussicht gestellt.<sup>10</sup> Der auf der ersten Ministerratssitzung nach den Wahlen angenommene Vierteljahresarbeitsplan sah vor, daß der Ausbau der Korporationen im Frühling des Jahres 1936 auf die Tagesordnung gesetzt werden und ihm einige sozialpolitische Maßnahmen vorausgehen sollten, um die ungarische Arbeiterklasse stimmungsmäßig auf die Eingliederung in die „nationale Einheit“ vorzubereiten und ihre Affinität für das Ideal des Patriotismus zu stärken.<sup>11</sup> In den Äußerungen der Mitglieder der Regierung im Herbst 1935 kehrte ebenfalls das Programm „der Organisation der ungarischen Arbeiterschaft zum nationalen Ziel“ ständig wieder. Der Industrieminister stellte auch die Übernahme der faschistischen Freizeitorganisation *Dopolavoro* in Aussicht.<sup>12</sup>

Die unmittelbare Gefahr veranlaßte die Sozialdemokraten, auf eine aktive, entschlossenerere Politik zu drängen, und sie anzuwenden. Zum Handeln schuf der Aufschwung des Wirtschaftslebens seit der Mitte des Jahrzehnts eine günstige Umwelt. Die Streikbewegung verbreiterte sich.

In Debrecen fanden im Jahre 1934 vier Streiks statt, im Jahre 1935 zwei, im Jahre 1936 sieben, in Győr im Jahre 1934 zwei, im Jahre 1936 vier, in Kaposvár im Jahre 1935 einer, im Jahre 1936 drei, in Nyíregyháza im Jahre 1935 drei, im Jahre 1936 vier und in Szeged im Jahre 1934 drei, im Jahre 1935 fünf. In Hajdúböszörmény, Hajdúszoboszló, Hódmezővásárhely, Szentes,

<sup>9</sup> PIA 500.f. Bündel, 2, 576 AE.

<sup>10</sup> *Népszava*, 19. März 1935.

<sup>11</sup> OL Minisztertanácsi jegyzőkönyv (Protokoll des Ministerrates) 1935.

<sup>12</sup> *Új Magyarország*, 29. Oktober 1935.

Hatvan usw., wo zwischen 1932–1935 kein einziger Streik vermerkt worden war, finden wir im Jahre 1936 ebenfalls Lohnbewegungen.

Eine besonders aktive und auch von schärferen Formen des Kampfes nicht zurückschreckende Arbeit wurde im Bauarbeiterverband durchgeführt.

Die Bewegung der Bauarbeiter erreichte mit dem Streik Ende Sommer 1935 (vom 25. Juli bis zum 21. August) ihren Höhepunkt. Obwohl im Vordergrund Lohnforderungen standen, betonten die an der Leitung beteiligten linken Elemente nachdrücklich die Bedeutung der politischen Motive – des Schutzes der Freien Organisierung, des Systems der Vertrauensleute und des Streikrechts.

Die Vertrauensleuteberatung der Lederarbeiter bezichtigte am 30. März den Fachrat öffentlich der Vernachlässigung der Mobilisierung zum Schutz der Gewerkschaften und forderte das aktive Auftreten gegen Gömbös. Der Beschlußentwurf der Berufsversammlung der Schneider beanstandete, daß der Fachrat mit der Regierung über die Arbeiterkammern verhandeln sollte, und sprach sich für den Kampf auf der Grundlage der Einheitsfront aus. In den Losungen der großen Streiks der Schuhmacher und Schneider im Frühling des Jahres kam neben den wirtschaftlichen Wünschen auch die Forderung nach freier Organisierung und der Anerkennung des Systems der Vertrauensleute vor. Auf der Generalversammlung der Bäckereiarbeiter Anfang Juni protestierten die Redner gegen die Einführung des Interessenvertretungssystems und forderten eine starke Agitationsarbeit im Interesse der Stärkung der Gewerkschaften. Unter den Angestellten der Straßenbahn und bei den Taxichauffeuren begann ebenfalls die Organisierung, die die Gesetzesvorschläge der Kammer verwarf, obwohl in diesen Berufen auch die Christlich-Sozialisten über einen gewissen Einfluß verfügten.

Die in der Organisierung der von den Kommunisten geführten Vereinigten Gewerkschaftsopposition laufende Kampagne zum Schutz der Gewerkschaften traf in immer breiteren Schichten der Arbeiterschaft auf Sympathie. Dies bewies die Bereitschaft bedeutender Gruppen des Proletariates zur Teilnahme am Gegenangriff. Und dies ließ die leitenden Gruppen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei Ungarns erkennen, daß ihr Einfluß auf die Massen und ihre Popularität auf dem Spiel stand. Eines der wichtigsten Momente der Tätigkeit der Opposition war gerade, daß schon allein die Existenz der Vereinigten Gewerkschaftsopposition bei der Sozialdemokratie den Konkurrenzschock auslöste.

Auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß im September des Jahres 1935 verkündete Peyer den aktiven Widerstand und gab die Losung der Verstärkung der Gewerkschaften aus. Der auf seinen Vorschlag angenommene Beschluß protestierte gegen den inzwischen an die Öffentlichkeit gelangten Gesetzesvorschlag über die Interessenvertretung, forderte die Rücknahme der die Tätigkeit der Gewerkschaften einschränkenden Verordnungen, sagte, daß zum Schutz der Interessen der Arbeiterschaft allein die durch die Arbeiterschaft gegründeten und in autonomer Zuständigkeit geführten Vereine

berechtigt sind. Der Sekretär des Gewerkschaftsrates nahm für die Erhaltung der Verbindungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und den Gewerkschaften sowie für die Bewahrung des sozialdemokratischen politischen Inhalts der Wirtschaftsbewegung Stellung. Der Beschlußentwurf des Exekutivkomitees besagte, „...sie steht auf der Grundlage des Prinzips der freien Vereinigung und protestiere gegen jede Zwangsorganisation... sie erkennt die von der Arbeiterschaft geschaffenen und in einem autonomen Kompetenzbereich geführten Vereine an“.<sup>13</sup>

Im politischen Leben trat die sozialdemokratische Partei, gestützt auf die materielle und organisatorische Kraft der Gewerkschaften, gegen die totalitären faschistischen Versuche auf. Ja, infolge des durch die erneute Einschränkung des Vereinigungs- und Versammlungsrechts verengten Bewegungsspielraums nahm die Bedeutung der politischen Tätigkeit der Gewerkschaften noch mehr zu. Die politischen Versammlungen wurden mehrmals verboten, doch konnten die Vereine, die Statuten hatten, ihre Zusammenkünfte abhalten. Dies bedeutete praktisch, daß die Sozialdemokratische Partei Ungarns regelmäßig nur über die Gewerkschaften Kontakt mit ihren Mitgliedern aufnehmen konnte. „Was also die Partei nicht sagt, das muß in den Gewerkschaften gesagt werden“, skizzierte Peyer im März des Jahres 1935 die Aufgabe, „deshalb überweisen wir diese Frage völlig in den Kompetenzbereich des Fachrates.“<sup>14</sup> Um die Unkosten des Wahlkampfes zu den Parlamentswahlen im Jahre 1935 zu decken, wurde mit der Zustimmung des Fachrates das mobile Bargeld der Gewerkschaften herangezogen. Zur Regelung der finanziellen Angelegenheiten der Népszava räumte der Fachrat für 24 Monate einen Kredit aus dem Reservefonds der Gewerkschaften ein.

Die Führung der sozialdemokratischen Partei beschloß zu Beginn des Jahres 1936 die Vorbereitung einer großangelegten Agitationskampagne. Auf der Sitzung des Fachrates am 14. Februar kündigte Peyer an, die Gewerkschaften würden im Frühling des Jahres einen „Gewerkschaftsmonat“ veranstalten, dessen wichtigstes Ziel die Rekrutierung neuer Mitglieder in großer Zahl sein werde.

Den wichtigsten Teil der prinzipiellen Vorbereitungen stellte die Fixierung jener Programmpunkte dar, auf die die Arbeiter der einzelnen Berufe in der gegebenen Lage voraussichtlich am besten reagieren würden. Der Fachrat sicherte sich das Recht der Kontrolle und der Veränderung der einzelnen Vorschläge, um so zu verhindern, daß „übertriebene und radikale“ Forderungen allgemein würden.

Anfang April war der konkrete Plan der am Ende des Monats (am 27.) mit einer Gesamtleitungssitzung zur startenden Agitationskampagne fertiggestellt worden; er sah vor, daß zwischen dem 3. und 22. Mai die einzelnen Gewerkschaften öffentliche Fachversammlungen und Beratungen der Vertrauensleu-

<sup>13</sup> Szakszervezeti Értésítő, März 1935.

<sup>14</sup> PIA 651.f. Bündel 2, 1935-4-3183.

te, Mitgliederaufnahme- und Jubiläumsfeiern, Kulturabende, gesonderte Jugend- und Frauenversammlungen usw. durchführen sollten; die Maiausgabe des Fachblattes sollte voll und ganz in den Dienst der Gewerkschaftspropaganda gestellt werden; in großer Zahl sollten Agitationsflugschriften verbreitet werden, und zwar besonders in den nichtorganisierten Betrieben.

Nach einem Bericht der politischen Polizei hatte über einen Monat lang „...jeder Apparat der Partei und der Gewerkschaften Tag für Tag die Werkstätten, die Fabriken, ja sogar die Häuser der Proletarierviertel Tür für Tür aufgesucht, um die Arbeiter zum Eintritt in die Organisation zu bewegen... sie suchten die wegen kommunistischen Verhaltens Ausgeschlossenen auf und riefen sie ohne jede Bedingung zurück,...wenn sie am Gewerkschaftsleben teilnehmen und helfen, die Gewerkschaften erneut ihre alte Kraft erreichen zu lassen“.

Die Bewegung beschränkte sich zeitlich nicht auf den Gewerkschaftsmonat oder auf dessen unmittelbare Ausstrahlung, und territorial auf Budapest und die Provinzstädte. Im Herbst überstiegen die Streiks bereits den örtlichen Rahmen und trugen landesweiten Charakter. „Auch in solchen kleinen Gemeinden und Dörfern gibt es Lohnkämpfe..., wo man früher nicht einmal gewußt hatte, daß so etwas existiert.“

1936 war also das Jahr des Aufschwungs der Arbeiterbewegung. Es ist zwar nicht durch herausragende, große Aufmerksamkeit mit einem Schlag auf sich ziehende Klassenzusammenstöße gekennzeichnet, wie es der 1. September 1930 gewesen war, aber mit den im Hinblick auf die Berufe und Landesgebiete umfassenden Charakter tragenden, über das ganze Jahr hindurch anhaltenden erfolgreichen Streikkämpfen sowie der kontinuierlichen Zunahme der Mitgliederzahl der Gewerkschaften hatte das ungarische Proletariat eine Antwort auf die Pläne gegeben, die auf die Faschisierung ihrer Organisationen abzielten.

Die großen Erfolge des Jahres 1936 flößten den klassenbewußten Arbeitern auch noch im folgenden Jahr Kraft ein: „...die Gewerkschaftsführer und auch die Mitglieder legen ihre Standpunkte immer aggressiver dar, in ihrem Auftreten sieht man ihr großes Selbstvertrauen und sie betonen mit einem beinahe übertriebenen Selbstgefühl ihr sozialistisches Sein“, können wir in dem Bericht des Obergespans des Komitats Fejér vom April des Jahres 1937 lesen.<sup>15</sup>

Die Ausdehnung der Lohnbewegungen wurde durch die Wirtschaftskonjunktur, das Wachsen der Industrieproduktion vorangetrieben. Weiterhin gelang es den Gewerkschaften, eine Taktik anzuwenden, die es ihnen ermöglichte, ihre Teilnahme bei der Verwirklichung der Regierungsreformen für Arbeitsangelegenheiten zu erzwingen.

Von der Mitte der 1930er Jahre ab schuf das zunehmende staatliche Eingreifen in die Arbeitsverhältnisse in der Industrie für die Gewerkschaften

<sup>15</sup> Siehe Sipos: *Harc a szakszervezetekért...*

einen neuen Sachverhalt. Ein bedeutender Teil jener Forderungen, die früher die Bewegung im Namen der Arbeiterschaft formuliert hatte, wurde in Form von Gesetzen und Verordnungen in die offizielle Sozialpolitik eingebaut.

Die Verordnung 6660/1935 des Ministerpräsidenten führte die Institution zur Feststellung der niedrigsten Arbeitslöhne ein. Und dann regelte der Gesetzesartikel XXI aus dem Jahre 1937 diese Frage endgültig; er besagte: wenn in irgendeinem Geschäft, Betrieb, einer Firma oder einem Berufszweig die Arbeitslöhne unbegründet niedrig sind, dann ist die offizielle Feststellung der niedrigsten Arbeitslöhne gerechtfertigt: die niedrigsten Arbeitslöhne können für einen ganzen Kreis von Geschäften, Betrieben, Firmen oder Berufen festgelegt werden oder nur für einige ihrer Bereiche, eventuell nur für die Heimarbeit, und zwar entweder für das ganze Landesgebiet oder nur mit Gültigkeit für einen bestimmten Landesteil. Die in dem Beschluß festgestellten geringsten Arbeitslöhne waren in dem im Beschluß angegebenen Rahmen für alle Arbeitgeber von Verbindlichkeit, in dem Sinne, daß sie ihren Arbeitern keinen geringeren Arbeitslohn als den festgesetzten zahlen durften. Bis Ende 1938 war der Arbeitslohn von etwa 60 Prozent der Arbeiter geregelt worden.

Im Sinne des Paragraphen 3 des Gesetzesartikels durfte die tägliche Arbeitszeit der Arbeiter nicht mehr als 8, die wöchentliche nicht mehr als 48 Stunden betragen, und die der Beamten durfte wöchentlich nicht die 44 Stunden übersteigen. Der Paragraph 4 des Gesetzes schrieb vor, daß den Arbeitnehmern während der Arbeit zur Erholung und zum Essen mindestens eine viertelstündige Arbeitspause zu geben ist. Sofern der Arbeitnehmer eine erlaubte Zusatzarbeit verrichtet hat, war der Arbeitgeber verpflichtet, ihn dafür mit einem um mindestens 25 Prozent höheren Tarif als sein eigentlicher Arbeitslohn zu entlohnen.

Nach Paragraph 11–14 des erwähnten Gesetzes standen dem Arbeitnehmer, der im Geschäft, Betrieb oder in der Firma desselben Arbeitgebers über ein Jahr fortlaufend gearbeitet hatte, mindestens sechs Tage bezahlter Urlaub zu. Im Jahre 1937 entsprach – nach den Angaben der Gewerkschaften – von 997 000 Versicherten die Lage von nur 69 000 Personen (7 Prozent) den Bedingungen.

Das System des Familienarbeitslohnes institutionalisierte der Gesetzesartikel XXXVI aus dem Jahre 1938, der die Summe des Kindergeldes je Kind mit monatlich 5 Pengö festlegte.

Es stimmt aber, daß all dies im wesentlichen als Teil des Faschisierungsprozesses, mit dem Ziel geschah, daß auch das Industrieproletariat fühlen sollte: die Regierung betrachte es nicht mehr als „heimatlose Vagabunden“, sondern als „nationale Klasse“, für die sie Sorge, die sie vor dem „jüdischen Großkapital“ beschütze. Trotzdem verbesserten die Maßnahmen, unabhängig von den sich dahinter verbergenden Absichten, die materielle Lage der Werktätigen, verbesserten ihre Lebensbedingungen und erweckten noch die Hoffnung auf weitere vorteilhafte Veränderungen.

Die gesetzliche Regelung der maximalen Arbeitszeit, die Einführung des Familienzuschusses und des bezahlten Urlaubs, weiterhin die Festlegung der Mindestlöhne stellte die Grundlage für eine Sozialpolitik mit autoritärem Charakter dar, mit dem Konsens der Großbourgeoisie und der oberen ministerialen Bürokratie. Die kapitalistischen Interessenvertretungen stimmten gezwungenermaßen der Aufgabe der liberalen Traditionen zu. Auch die Arbeitgeber waren daran interessiert, daß die Arbeiter die in den oben erwähnten Rechtsnormen gesicherten und das Lebensniveau der Arbeiterschaft verbessernden Errungenschaften „von oben“ erhielten, die klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung also überflüssig werden würde.<sup>16</sup>

Es war keine einfache Angelegenheit, den demagogischen Charakter der sozialen Gesetzgebung, ihre Zusammenhänge mit dem Faschisierungsprozeß zu entlarven. Die Maßnahmen wurden langsam, mit zahlreichen von vornherein eingebauten Beschränkungen inmitten der Sabotagebestrebungen der Arbeitgeber verwirklicht, die Arbeiterschaft betrachtete sie dennoch – nicht ohne Grund – als Gesten, die das Lebensniveau erhöhten, die Lebensqualität verbesserten. Die sich ausgesprochen auf Ablehnung beschränkende Antwort wäre weder auf Verständnis noch auf Unterstützung gestoßen. Die Gewerkschaftsbewegung konnte die Bemühungen der Regierung, die „Arbeiter zu fangen“, nur durch abgestufte Schritte ausgleichen. Die Gewerkschaftsführer erkannten, wenn die Gewerkschaften ihren Einfluß bei der Inartikulation der sozialpolitischen Reformen höchstens indirekt spürbar machen konnten, dann mußte man erreichen, daß die Fachbewegung bei der Durchführung bewies, daß das Tempo und der Umfang der Verwirklichung der Maßnahmen von ihren Anstrengungen abhing. Schließlich ging es um Rahmengesetze, deren tatsächlicher Inhalt sich in der Praxis ausbildete. „Die Arbeiterschaft wird sich in der Zukunft bei der Regelung der Lohnfragen auch nur auf ihre Organisierung stützen können und höchstens als Aushilfsmittel die in der Sache der minimalen Arbeitslöhne herausgegebenen Verordnungen der Regierung in Anspruch nehmen können“, schrieb Szakszervezeti Értesítő (Mitteilungsblatt der Gewerkschaften) zu Anfang des Jahres 1937.

Die Fachbewegung vertraute zu recht auch darauf, daß von den Behörden keine konsequenten, harten Sanktionen gegen die widerstrebenden Arbeitgeber zu erwarten waren. Die Gewerkschaften konnten also unter den veränderten Bedingungen ihre wirtschaftliche Funktion auf die Weise bewahren, daß sie die Einhaltung der Rechtsvorschriften, deren ständige Erweiterung erzwangen.

Die sich auf das ganze Land erstreckende Interessenschutz Tätigkeit verband sich deshalb in erster Linie mit der sozialen Gesetzgebung. Die Gewerkschaften waren bestrebt, im Verlaufe der praktischen Verwirklichung der einzelnen Maßnahmen die vom Staat zumeist unterstützten Abwertungsak-

<sup>16</sup> Sipos, Péter: Az ipari munkásság gazdasági harcai 1919–1944 (Die wirtschaftlichen Kämpfe der Industriearbeiterschaft, 1919–1944). Társadalmi Szemle, März 1986. 57 ff.

tionen der kapitalistischen Vertretungen zu verhindern, die auf die Einingung oder Ausschaltung der für die Arbeiter vorteilhaften Auswirkungen abzielten. So beanstandeten die Beauftragten der Gewerkschaften bei der Feststellung der Minimalarbeitslöhne in der Regel folgendes: die Festlegung der Löhne erfolge derart langsam, daß sie, bis sie in Kraft treten, der Lage nicht mehr entsprechen; die während der Wirtschaftskrise heruntergedrückten Löhne werden fixiert; die minimalen Löhne werden als die obere Grenze betrachtet; der Abschluß von Kollektivverträgen wird nicht vorangetrieben; das Streikrecht wird nicht gesetzlich gesichert; in den Kommissionen, die die Minimallöhne feststellen, sind auch die Vertreter der nicht klassenkämpferischen Arbeiterorganisationen präsent. Und in der Angelegenheit des bezahlten Urlaubs forderten sie, die Gültigkeit der Maßnahme solle auch auf die ausgeschlossenen Arbeiter in der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie ausgedehnt werden.

Die Betonung des zwischen der Verwirklichung der Reformen und der Kraft der Gewerkschaften bestehenden Zusammenhanges zeugte von politischer Routine und taktischer Gewandtheit. Die Manipulationsabsichten der Regierung zwangen sie nämlich, zumindest zum Teil, zur Einlösung ihrer Versprechen. So bot sich eine günstige Möglichkeit, daß die Sozialdemokraten mit Abstimmungsverhandlungen, mit Kompromissen auf jeden Fall Erfolge erreichten. Und andererseits trugen die auf der Tagesordnung stehenden Lohn-, Arbeitszeit- usw. Fragen, da sie in erster Linie keinen politischen Charakter besaßen, nicht das Risiko schwerwiegender Zusammenstöße.

Auf politischem Gebiet stellte die Sozialdemokratische Partei Ungarns nach dem Frühjahr 1935, nachdem die Bethlen-Gruppe in die Opposition gedrängt worden war, den Schutz der Verfassung in den Mittelpunkt ihrer innenpolitischen Zielsetzungen. Dies war mit der Bewahrung der während der Zeit der Bethlenschen Konsolidierung entstandenen Struktur gleichbedeutend. Der status quo beinhaltete die Aufrechterhaltung des Rechtes und der Institution (Parlament und Presse) der oppositionellen Kritik, die Zurückweisung des Führerprinzips und der faschistischen Massenpartei und selbstverständlich die Sicherung der legalen Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Die Sozialdemokratische Partei Ungarns wurde also gewollt-ungewollt zu einer Ordnungspartei. Es stellte sich nämlich heraus, daß das Bethlensche System auch eine faschistische Alternative besitzt, und zwar – abweichend von den 1920er Jahren – nicht von oppositioneller Seite, sondern innerhalb der Regierung. In dieser Situation – verkündete der Kongreß von 1937 – „...steht die Partei auf der Grundlage des Prinzips der Verfassungsmäßigkeit und der Demokratie auf das schärfste allen diktatorischen, faschistischen und hakenkreuzlerischen Bestrebungen gegenüber“. Die Forderungen gingen nicht über die bereits früher formulierten demokratischen Reformen, die Erweiterung der Freiheitsrechte, die Bodenreform von Grund auf, über soziale Forderungen hinaus.

Offensichtlich war auch, daß die Faschisierungsbestrebungen und die er-

starkende deutsche Orientierung in engem Zusammenhang standen. Die Népszava schrieb wiederholt über die „in der Besessenheit durch die Hitlerische Seele lebende Gömbös-Regierung“, die dem Land eine „Friedhofsruhe“ aufzwingen wolle. Für die sozialdemokratischen Führer bestand auch kein Zweifel daran, daß die ungarische Regierung von Hitlers Machtergreifung neue Kraftquellen für die Verwirklichung ihrer irredentistischen Pläne erhoffte. Die Sozialdemokratische Partei Ungarns wies die Bindung an die deutsche und die italienische Außenpolitik entschieden zurück und betonte, dieses Verhalten verschrecke die westlichen bürgerlichen Demokratien von vornherein vor der eventuellen Unterstützung der Gebietsrevision. Als wichtigstes außenpolitisches Interesse Ungarns bezeichneten die Sozialdemokraten die Aufrechterhaltung der freien Hand und der Neutralität. Dies hielten sie auch deshalb für nötig, weil für sie der Zusammenhang zwischen dem Umsichgreifen des Faschismus und der Gefahr eines neuen Krieges immer offensichtlicher wurde. Illés Mónus sagte im Jahre 1935 voraus: „Sich neben Hitlerdeutschland zu verdingen, das bedeutet einen zweiten verlorenen Krieg“. Die Sozialdemokratische Partei protestierte aus diesem Grunde gegen die zunehmenden Verpflichtungen, die gegenüber den faschistischen Großmächten und besonders gegenüber Deutschland übernommen wurden.

Der Kampf gegen den Faschismus bedeutete bei weitem nicht nur die Zurückweisung der achsenfreundlichen Orientierung der ungarischen Außenpolitik. Der die Ideen verkündende Apparat der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und der Gewerkschaften entlarvte den Faschismus und brachte die Solidarität der Arbeiterschaft mit den zerschlagenen Bruderparteien und Gewerkschaften zum Ausdruck. Die sozialdemokratische Presse griff den deutschen Faschismus bereits seit dem Tag ihrer Machtergreifung in sehr scharfem Ton an.

Der gemeinsame Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und des Gewerkschaftsrates vom 1. Mai besagte im Jahre 1933: „Der deutsche Scheiterhaufen, auf dem der Braunhemdfaschismus den Sozialismus, die Freiheit des deutschen Volkes und die Kultur von Generationen verbrennen will, verpestet mit seinem schwarzen Rauch die Luft ganz Europas.“

In der Agitations- und Propagandaarbeit erhielt die Entlarvung der arbeiterfeindlichen Maßnahmen des deutschen Faschismus einen immer größeren Raum. Die eine Fachzeitschrift machte im Februar des Jahres 1934, über die neuen Arbeitsgesetze in Deutschland berichtend, darauf aufmerksam, daß das Dritte Reich „...ein neues Sklavenhaltersystem ins Leben gerufen hat, zum Spott der menschlichen Kultur und Zivilisation“. Die verschiedenen Maßnahmen der Naziregierung kommentierend, kehrte der Gedanke beinahe immer wieder zurück, daß auf deutschem Boden eine „riesige Kaserne und Haftanstalt“ ausgebaut wird. Es ist als eine symbolische Geste anzusehen, daß mehrere Gewerkschaften ihre Bibliotheken durchsahen, die unter dem Hitlerregime herausgegebenen Bücher aussortierten und diese durch antifaschistische Publikationen ersetzten.

Die ungarischen Sozialdemokraten sahen den antifaschistischen Aufstand der Wiener Arbeiter im Februar 1934 als einen Teil des Freiheitskampfes der Welt an. Besonders große Empörung löste die Ermordung von Kálmán (Koloman) Wallisch aus. (Wallisch, Steinmetz, Mitglied des Szegeder revolutionären Direktoriums, war 1919 gezwungen, zu emigrieren. Er war der Leiter der sozialistischen Parteiorganisation und des Schutzbundes in der Steiermark, später Bürgermeister von Bruck an der Mur.) Árpád Szakasits machte auf dem Kongreß der Bauarbeiter im Jahre 1934 darauf aufmerksam, daß nicht nur die „historischen Blätter“ der österreichischen, sondern auch der ungarischen Arbeiterbewegung den Namen und das Andenken des Märtyrers „für immer bewahren“.

Der Antifaschismus der ungarischen Sozialdemokratie beschränkte sich in der ersten Hälfte der 1930er Jahre nicht nur auf die Entlarvung und die Übernahme der Solidarität. Obwohl auch dies Handlungen von großer Bedeutung sind, vor allen Dingen wenn man die herrschende Anschauungsweise des damaligen öffentlichen Lebens beachtet. Darüber hinausgehend begann die Partei seit dem mittleren Drittel der dreißiger Jahre einen großangelegten geistigen Kampf gegen den Faschismus. In einem programmatischen Artikel in der theoretischen Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Ungarns Szocializmus stand im Dezember des Jahres 1932 zu lesen, daß „...die geistige Offensive des demokratischen Sozialismus notwendig“ ist, und es gebe keine wichtigere Aufgabe, „als die Verkündung und Verbreitung der Lehren und Prinzipien des Sozialismus“.

Von 1938 ab wurde die faschistische Gefahr vor allen Dingen auf Grund der veränderten internationalen Verhältnisse besonders bedrohend. Deutschland wurde nach dem Anschluß Österreichs zum unmittelbaren Nachbarn Ungarns. Die westeuropäischen bürgerlich-demokratischen Länder hatten im Zeichen der Befriedungspolitik die südosteuropäischen kleinen Staaten „abgeschrieben“, sie betrachteten diese als zur deutschen Interessensphäre gehörend. Deshalb trafen Hitlers aggressive Schritte in diesem Gebiet kaum auf Widerstand.

Das Anwachsen des internationalen Gewichts des deutschen Faschismus und dessen Folgen ließen das Ansehen der Sozialdemokratie in der ungarischen Innenpolitik auf den Tiefpunkt sinken. Die apolitischen, nur auf ihre alltäglichen wirtschaftlichen Interessen achtenden Arbeiter wurden von den Möglichkeiten, die das die starke Aufrüstung beginnende Győrer Programm versprach, betäubt... „Die meisten erhoffen von der Einmilliardeninvestition eine Wendung ihres Schicksals zum Besseren“, steht im Bericht des Szegeder sozialdemokratischen Parteisekretärs. Vielen Arbeitern nahmen die wiederholten, bestimmten Äußerungen der Minister der Imrédy-Regierung über die Liquidierung der Gewerkschaften die Lust, was in der gegebenen Atmosphäre beileibe nicht mehr als derart illusorisch erschien wie drei Jahre zuvor.

Die Abnahme der Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften hatte bereits im Jahre 1937 begonnen, von 121 842 im Vorjahr auf 114 205.

Ein niederschmetterndes Bild zeigte sich bei den Gewerkschaften auf dem Lande. „In der gesamten Gewerkschaftsbewegung zeigt sich das Bild eines Risses. Auf dem Gebiet der Bewegung, wo früher die Arbeitsergebnisse gebracht hatte, ist ein vollkommenes Nichtstun zu bemerken. Die Gewerkschaften werden formal... durch die Leitungen erhalten, sie tagen, halten Beratungen beim vollkommenen Desinteresse der Mitglieder ab“, kann man in einem Bericht aus Miskolc lesen. „Die seelisch-politischen Auswirkungen des Anwachsens der Macht des deutschen Hitlerismus, des Unvermögens der westlichen Demokratien haben eine geradezu unermeßliche Zerstörung in den Reihen der arbeitenden Massen vollbracht“, charakterisierte der Bericht der Leitung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns an den Kongreß im Januar des Jahres 1939 die allgemeine Lage.

In Ungarn sah selbst die überwiegende Mehrheit der arbeitenden Klassen und Schichten den Zeitpunkt der Liquidierung von Trianon, der Wiedergutmachung des nationalen Unrechts für gekommen. Der Bejahung der Gebietsrevision konnte im legalen politischen Leben keine einzige politische Kraft ausweichen, so auch die Sozialdemokratische Partei Ungarns nicht. Die Sozialdemokraten wünschten – entsprechend ihrer früheren prinzipiellen Auffassung – die strittigen Fragen mit den benachbarten Ländern auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen und wollten vermeiden, daß das Land aus Hitlers Gnade Gebiete erhielt. Die Parteileitung befürchtete aber, sie würde sich vollkommen von den Massen, die den „Landeszuwachs“ feierten, isolieren und schloß sich deshalb sowie auch unter der Wirkung der Drohungen der Regierung dem Jubel über den Wiener Schiedsspruch an und begrüßte die Gebietsregelung. Von den offiziellen Kreisen und der ultrarechten Opposition grenzten sich die sozialdemokratischen Führer auf die Weise ab, daß sie verkündeten: Für die Gebiete müsse man den faschistischen Ländern nicht mit innen- und außenpolitischen Konzessionen „zahlen“.

Auf dem Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Ungarns im Jahre 1939 legte Peyer dar, „niemandem gebührt Dank“, und er beanstandete den Anschluß an den Antikomintern-Pakt. Er protestierte dagegen, daß die Regierung der vom Volksbund geleiteten ungarndeutschen Volksgruppe im Zeichen des sogenannten „völkischen Prinzips“ Privilegien zuerkannte. Er beanstandete die Durchsetzung der deutschen Wirtschaftsinteressen. Er deutete auch an, daß das Vorwärtsdrängen des Faschismus – kein unaufhaltbarer Prozeß sei. „Weil es überhaupt nicht so sicher ist“, sagte er, „daß jene Richtungen oben bleiben, die heute in so hoher Gunst stehen. Ich möchte mich nicht in Prophezeiungen einlassen, doch zeigen die Zeichen, und die Geschichte hat es nicht nur einmal gezeigt, daß die Bäume nicht bis in den Himmel wachsen.“<sup>17</sup> Er betonte das Ideal der nationalen Unabhängigkeit, die in jeder Hinsicht durchgesetzt werden sollte. Auf dem Kongreß trat eine kleinere, sich vor allem auf die Unterstützung einiger Bezirkssekretäre aus

<sup>17</sup> Népszava, 31. Januar 1939.

der Provinz stützende Gruppe auf, die – mit einer auch vom Antisemitismus nicht freien Argumentation – forderte, die Partei solle die Internationalität verweigern und zur „nationalen“ Grundlage übergehen. Die nationalistischen Versuche wurden auf das entschiedenste zurückgedrängt und ihre Initiatoren aus der Partei ausgeschlossen. Als taktischer Schritt veränderte der Kongreß den Namen der Partei in „Sozialdemokratische Partei“, dabei das auf die Zugehörigkeit zur Sozialistischen Arbeiterinternationale hinweisende letzte Glied „Ungarns“ weglassend. Dieser Beschluß diente dem Zweck, jene Anschuldigungen zu widerlegen, nach denen die sozialdemokratische Partei kein selbständiger Faktor, sondern das Instrument „fremder Kräfte“, ja ihr Agent sei, und unter einer ausländischen Zentrale arbeite.

Die Parteileitung meinte, die Namensänderung könnte zum Ausdruck bringen, daß es sich nicht um die ungarische Filiale einer internationalen Organisation handle, sondern um eine selbständige ungarische Organisation, die auf der Basis des Klassenkampfes und des Internationalismus stehe. Deshalb wurde der Vorschlag verworfen, das Attribut „Ungarische“ in den Namen aufzunehmen.

Die Geste war für die Sozialistische Arbeiterinternationale nicht schädlich, denn die Organisation hatte sich zu dieser Zeit bereits tatsächlich aufgelöst. Doch konnte die pragmatische Lösung nicht die prinzipielle Stellungnahme in der Frage des Verhältnisses von Arbeiterbewegung und Nation ersetzen.

Die ausgebliebene Wegweisung konnte auch die Erklärung des Gewerkschaftsrates „über innen- und außenpolitische Fragen“ im Januar des Jahres 1940 nicht ersetzen.<sup>18</sup> Ja, die Manifestation stiftete in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft Verwirrung, war aber wiederum für die Regierung nicht ausreichend. Nach dieser Stellungnahme stehen die Ziele der organisierten Arbeiterschaft und die der Nation im Zeichen der Sicherung der Unabhängigkeit und der Freiheit in Einklang miteinander. Die gesellschaftliche Aufgabe ließ die überschwengliche Rhetorik des Textes – unseres Erachtens – bewußt im Dunkeln. Unter den Festlegungen „die gerechte Gesellschaft der Arbeit“ und „die sinnvolle Organisierung der Arbeit“ konnte jeder das verstehen, was er wollte... Auf die Klassengegensätze wies bloß ein einziges Detail hin. Die Erklärung hob hervor, daß die Arbeiterschaft keine Klassenherrschaft wolle. Die Betonung dessen war aber weder glücklich noch aktuell. Obwohl es in der damaligen Zeit unbegründet und unzeitgemäß gewesen wäre, die Schaffung der Macht des Proletariates als Ziel zu bezeichnen (und dies tat auch der revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung nicht), so konnte die in der Deklaration gebrauchte Formulierung als Verzicht auf den Klassenkampf aufgefaßt werden.

In der nationalen Frage war es nie eine einfache Sache gewesen, den sozialistischen Standpunkt auszubilden und durchzusetzen, oder ihn den in den natürlichen Anziehungsbereich der Arbeiterbewegung gehörenden Klas-

<sup>18</sup> Népszava, 30. Januar 1940.

sen, Schichten klarzumachen, von ihnen akzeptieren zu lassen. In den Jahren 1938–1940 erwies sich das als eine schwierigere und kompliziertere Aufgabe als jemals zuvor. Denn die teilweise Revision des imperialistischen Friedensvertrages von Trianon war in erster Linie mit Unterstützung durch Hitlerdeutschland von der faschisierenden Regierung verwirklicht worden. Es war also der in der Geschichte nicht seltene Fall eingetreten, daß retrograde Kräfte mit einem ungerechten Verfahren, mit Zwangsmitteln – ein der Gerechtigkeit ähnliches, ihr sich annäherndes Ergebnis erreichten.

Die Kommunisten machten darauf aufmerksam, daß die Mittel die Dauerhaftigkeit des Erfolges fragwürdig erscheinen ließen, ja – mit den Worten Révais – auch das noch verlorengelassen könnte, was nach Trianon erhalten geblieben sei. Auf den in den ausländischen oder den in geringer Auflagenhöhe erscheinenden ungarischen illegalen oder halblegalen Blättern veröffentlichten richtigen prinzipiellen Standpunkt, auf das warnende Wort vor dem das Land überschwemmenden Nationalismus, achteten allenfalls nur wenige.

Das Verhalten der sozialdemokratischen Partei stimmte, worauf wir hingewiesen haben, im wesentlichen mit dem der konservativen Gruppen überein – die Gebiete ohne die Aufgabe der Unabhängigkeit und die weitere Faschisierung annehmen und behalten, und für den ständigen Besitz die Unterstützung der Westmächte, vor allem die Englands, sichern. Von der Sozialdemokratischen Partei hätte man aber erwarten können, daß auf dem zur Verfügung stehenden Rednerpult im Parlament, in der Népszava, auf den Partei- und Gewerkschaftsversammlungen nicht die Begeisterung, der Jubel die emotionale Szene beherrschten, sondern eher die zurückhaltende, vorsichtige Resignation, das Sichabfinden mit dem Unvermeidlichen. Selbst innerhalb der gegebenen Schranken der Rede- und Pressefreiheit wäre eine entschlossener, stärkere warnende Stimme angebracht gewesen – nur die neutrale, Hitler gegenüber „undankbare“ Außenpolitik konnte eine schwache Hoffnung erwecken, die von Ungarn bewohnten Gebiete nach der großen Abrechnung, dem erneuten Krieg, über dessen Unvermeidlichkeit sich die Sozialdemokraten im klaren waren, behalten zu können. Auf diese Weise hätte man vielleicht in der öffentlichen Meinung einen Block ausbilden und später verstärken können, der die Erhaltung der Revisionsergebnisse nicht ausschließlich mit der Freundschaft mit Deutschland und dem Horthy-System verband. Da es hierzu nicht kam, da die Sozialdemokratische Partei nicht einmal ihre geringen Chancen nutzte und die Kommunistische Partei Ungarns auf dem Gipfel der nationalistischen Welle, in den Jahren 1938–1940 als organisierte Kraft gar nicht existierte, erschien die Durchführung der in den Augen der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft als wichtigstes nationales Ziel angesehenen Aufgabe unter der Führung oder zumindest der Mitwirkung der Arbeiterbewegung als nicht zu verwirklichen. Diese allgemeine Auffassung veränderte sich erst im Jahre 1943 in einem Teil der öffentlichen Meinung, als der Krieg eine Wende nahm.

Aus der Masse der seit dem zweiten Drittel der 1930er Jahre wuchernden

ultrarechten Oppositionsparteien hoben sich die in den einzelnen Zeitabschnitten unter unterschiedlichen Namen wirkenden Organisationen des Generalstabsoffiziers a. D. Ferenc Szálasi hervor. Ein Teil von ihnen war immer eine halblegale oder gerade illegale Bewegung, die als Institution mit geschlossenem und zentralisiertem Führungsprinzip für Szálasi die Basis im Kampf um die Macht sicherstellte. Von hier stammt der ab 1939 ständig gebrauchte Doppelname: Pfeilkreuzlerpartei – Hungaristische Bewegung. Die Tätigkeit der letzteren erfolgte im geheimen, wenn auch die politische Polizei zumeist über ihre Angelegenheiten informiert war. Die Pfeilkreuzlerpartei selbst unterschied sich aber von den anderen bürgerlichen Parteien.

Die Szálasi-Organisation stellte nämlich keinen leeren Rahmen dar. Die Zahl der Mitglieder der Pfeilkreuzlerpartei betrug im Sommer 1938 bereits fünfundsiebzigtausend Personen und stieg danach kontinuierlich auf zweihundertundfünfzig-dreihunderttausend an.

Bei der Ausbildung der Pfeilkreuzler-Massenpartei am Ende der 1930er Jahre spielten die außenpolitischen Umstände eine wichtige stimulierende Rolle, vor allen Dingen die spektakulären „Erfolge“ Hitlerdeutschlands. Aber nur mit diesem Faktor als Erklärung können wir uns nicht zufrieden geben. Auch die Regierung verfolgte eine grundlegend deutschfreundliche Politik, die Freundschaft zu Deutschland und die Konformität zum System paßten also sehr gut zueinander. Die Pfeilkreuzlerpartei war aber eine oppositionelle Institution, griff das Regime sowohl mit verfassungsmäßigen als auch ungesetzlichen Mitteln scharf an, führte einen Kampf gegen das Regime. Der Masseneinfluß der Pfeilkreuzlerbewegung ist also in großem Maße auf innere Ursachen zurückzuführen, denn die prodeutsche Einstellung machte es noch nicht notwendig, Pfeilkreuzler zu sein.

In der ungarischen Gesellschaft hatte sich eine unerhörte soziale Spannung angestaut. In den städtischen und dörflichen arbeitenden Klassen, im Kleinbürgertum und in den mittleren Schichten herrschte eine tiefe Unzufriedenheit. Die bürgerlichen liberalen und die demokratischen Parteien sowie die Sozialdemokratie drückten nur die Bestrebungen bestimmter, auch weltanschaulich engagierter und im Falle der bürgerlichen Opposition, auch konfessionell umgrenzter Schichten aus. Deshalb wandten sich bedeutende Massen, zu denen keine Richtung der Progression gelangt war, den Pfeilkreuzlern zu, die die Liquidierung ihrer brennenden Sorgen, die Beseitigung der Ursachen ihrer Unzufriedenheit in Aussicht stellten. „Den größeren Teil (der Mitglieder der Pfeilkreuzlerpartei) machten keine überzeugten Nationalsozialisten aus und sie sind nur aus Opposition in die Partei eingetreten“, stellte ein Polizeibericht fest.

Die Programme und Äußerungen der ultrarechten Opposition beinhalteten in erster Linie für das Kleinbürgertum und die Mittelschichten demagogische Versprechungen. Das Landesaufbauprogramm der Pfeilkreuzlerpartei aus dem Jahre 1939 verkündete den „Arbeitsstaat“, der die Arbeitslosigkeit und die „parasitären Einkünfte“ beseitigt; es forderte die Verstaatlichung der

Kriegsindustrie und der großen Energiequellen, die Bodenreform, die Freiheit und den Schutz der Kleinindustrie und des Kleinhandels, den „judenfreien“ Staat.

Daß die Pfeilkreuzlerpartei in Opposition zum System stand, das machten die von Zeit zu Zeit gegen die Partei durchgeführten Polizeiaktionen glaubhaft, die der Angst der herrschenden Kreise entsprangen, daß die Losungen der sozialen Demagogie – wie das ein an Horthy gerichtetes Memorandum formulierte – „...nicht bei den Juden stehenbleiben werden, sondern langsam allgemein werden und den in das Gesetz und die Rechtsordnung gesetzten Glauben und das allgemeine Vertrauen vollkommen erschüttern“.

Bei der Beurteilung der Demagogie der Pfeilkreuzler müssen wir beachten, daß die politische Kultur der arbeitenden und kleinbesitzenden Gesellschaftsschichten vor allem durch die Prinzipien und die Praxis der Erziehung in der konterrevolutionären Diktatur auf einem sehr niedrigen Niveau stehengeblieben war, weshalb der verlogene Charakter der Versprechungen und der pseudorevolutionären Propaganda der Pfeilkreuzler überhaupt nicht oder nur in dem relativ engen Einflußbereich der sozialistischen Arbeiterbewegung erkannt wurde.

Es handelte sich hierbei aber nicht nur um Versprechungen und Szálasis „Märtyrerglorie“, die auf Grund seiner dreijährigen Gefängnisstrafe entstanden war. Die Pfeilkreuzlerpartei war bemüht, für die Mitgliedschaft und die Sympathisanten einen Gemeinschaftsrahmen zu schaffen. Die Formen, Veranstaltungen, Zeremonien des Parteilebens zogen den kleinen Mann an, der sich von den oberen Schichten verachtet, aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen fühlte. Hier konnte auch er zu Worte kommen, eine Rolle spielen, wozu er anderswo keine Gelegenheit hatte. Viele Menschen interessierte die Möglichkeit, eine Funktion auszuüben. Nach der täglichen Arbeit fühlten sie sich bedeutender, wenn sie ihre Uniform, das grüne Hemd, Bridgesehosen, Stiefel, Schulterriemen oder gerade den an einen Grundbesitzer erinnernden „birgerli“ (Schnürstiefel) anzogen und zumindest im engen kleinen Parteilokal Anordnungen trafen, sich zu Worte meldeten, Maßnahmen ergriffen – „jemand“ waren. Es gab auch unter den Pfeilkreuzlern viele zweifelhafte Existenzen, die Lumpenelemente mit trüber Vergangenheit und undurchsichtigem Charakter, die von der „Umstellung“, der „Wachablösung“ eine Stellung, ein Geschäft, eine Werkstatt oder gerade nur Möglichkeiten des leichten Geld- und Vermögenserwerbs erhofften.

Außer den kleinbürgerlichen und den Lumpenschichten erreichten die Pfeilkreuzler auch innerhalb der Industriearbeiterschaft und den Bergleuten einen bedeutenden Einfluß, besonders in den Jahren 1938–1940. Nach einem kommunistischen Bericht vom Januar des Jahres 1940 waren „...die unter dem Einfluß der Pfeilkreuzler stehenden Arbeiter zum größten Teil anständige, aber zurückgebliebene, politisch ungeschulte Arbeiter mit revolutionärer Einstellung. Sie wollen eine ‚gerechte Verteilung‘ usw. Die Massen der Pfeilkreuzler oder zumindest einen Teil von ihnen muß man als die Reserve der

revolutionären Bewegung ansehen“. Diese den Realitäten Rechnung tragende Meinung ist zugleich auch das Eingeständnis, daß die Pfeilkreuzlerbewegung gerade innerhalb der Reihen der radikal eingestellten, Veränderungen mit durchschlagender Kraft wünschenden Arbeiter Anhänger fand, die mit dem Reformismus der Sozialdemokratie unzufrieden waren, und die die von der Illegalität betroffene und mit den Sorgen der Umorganisation ringende kommunistische Partei nicht erreichte. Man kann auch die Wirkung der mit dem Antisemitismus verwickelten antimarxistischen, antisozialistischen Agitation sowohl bei der bewußten Orientierung als auch bei dem durch emotionale Bindung motivierten politischen Handeln nicht außer acht lassen.

Die sozialdemokratische Leitung stellte sich gegenüber der ultrarechten Pfeilkreuzlerbewegung ebenfalls auf den Standpunkt der völligen Zurückweisung. Die Partei und die Gewerkschaften beschlossen im Herbst des Jahres 1937, den Kampf gegen die Pfeilkreuzler zu eröffnen, doch betonten sie, sie wollten nicht mit Gewalt, sondern mit geistigen Waffen für die Verwirklichung ihrer Ziele kämpfen.

Die Sozialdemokraten deckten auf, daß die Pfeilkreuzlerpartei und ihre Presse aus Deutschland finanziert wurden. Die Führer der Partei kündigten im April 1938 auf einer großangelegten Aktivsitzung an, die sozialdemokratische Partei werde mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den Kampf gegen die Pfeilkreuzler aufnehmen, da die Regierung nicht gegen die Übergriffe und Terrortaten der Grünhemden auftrete. Die Sozialdemokratische Partei Ungarns konnte in diesem Kampf mit der Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft rechnen.

Die Kämpfe der konservativen Kräfte, der Rechten und der Ultrarechten in der Frage der innenpolitischen „Umwandlung“ und in engem Zusammenhang damit in der außenpolitischen Orientierung berührten die Existenz der legalen Arbeiterbewegung in den Jahren 1939–1940.

Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften mußten auch in den 1920er Jahren mit den Gefahren der „Nationalisierung“ und der Degradierung zu einem karitativen Verein rechnen. Die auf die Liquidierung der klassenkämpferischen Arbeiterbewegung abzielenden Versuche waren damals aber nicht mit dem Versuch der Veränderung des politischen Modells von Grund auf verbunden, sie gingen nicht mit breitgefächerten sozialpolitischen Reformen einher, es entfaltete sich keine pseudorevolutionäre konkurrierende Massenbewegung und auch im internationalen Leben meldeten sich keine Tendenzen, die diese Schritte ausgesprochen begünstigt hätten. In den dreißiger Jahren gefährdete nun dies alles konzentriert die sozialdemokratische politische und Wirtschaftsbewegung, und zwar in einer internationalen Umgebung mit vorübergehend ungünstiger Entwicklungstendenz.

Die Maßnahmen der faschistoiden Staatsmacht veränderten im Jahre 1939 auch die traditionelle Ordnung des inneren Lebens der legalen Arbeiterbewegung. Die Teleki-Regierung ordnete bei den Gewerkschaften eine Untersuchung an und hob ihre Selbstverwaltung auf. Die ministeriellen Kommissare

beanstandeten vom juristischen Standpunkt die statutenwidrige Tätigkeit der Freien Organisationen, obwohl dies – so der Wortlaut eines Berichts – „...die behördlichen Untersuchungen seit Jahrzehnten nicht beanstandet hatten“. In Wirklichkeit besaß das ganze Verfahren keine juristischen, sondern politische Motive: Die Regierung wollte es unmöglich machen, daß die Gewerkschaften unter der Leitung der sozialdemokratischen Partei arbeiteten, die Partei finanziell unterstützten und ihre Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei Ungarns zur Verfügung stellten.

Als Folge der Untersuchung ordnete der Innenminister die Liquidierung der Freien Organisationen an, den Übergang ihres Vermögens in Gewerkschaftseigentum und verbot die Einnahme jeglichen, in den Statuten nicht verzeichneten Beitrags. Nach der Anordnung „...dürfen die Gewerkschaften für die Sozialdemokratische Partei Ungarns beziehungsweise irgendeine ihrer Organisationen unter keinem Titel Auszahlungen vornehmen, mit der Sozialdemokratischen Partei Ungarns gemeinsame Örtlichkeiten unterhalten ... Die Mitglieder der Leitung oder Angestellten der Gewerkschaften dürfen parteipolitischen Zwecken dienende Einzahlungen oder Spenden in den Örtlichkeiten des Vereins nicht bearbeiten.“<sup>19</sup>

Im Laufe der Durchführung der Verordnung waren die Gewerkschaften gezwungen, die von den Parteiorganisationen im Gewerkschaftshaus gemieteten Räumlichkeiten zu kündigen. Es kam auch vor, daß aus der Räumlichkeit der Parteiorganisation eine örtliche Fachgruppe auszog, oder wenn sie dies nicht mit der gewünschten Eile tat, so diente dies z.B. in Cinkota (im Komitat Pest, dem Reich des faschistischen Untergespans László Endre) als Vorwand zur Auflösung der örtlichen Gruppe der Metallarbeiter.

Die andere grundlegende Form der Tätigkeit der Freien Organisationen, die Unterstützungstätigkeit der Bewegung wurde legal, indem das modifizierte Statut auch dies ermöglichte. Der Fachblattfonds wurde, nachdem die Verwaltung von Geld durch die Freien Organisationen mit dem 31. August 1939 formal aufgehört hatte, in Wirklichkeit unter der Bezeichnung „Tätigkeitsreserve“ auch weiterhin als gesondertes Vermögen weitergeführt. Die Legalisierung des wirtschaftlichen Interessenschutzes konnte die schweren Nachteile nicht ausgleichen: Die Behörden hatten das früher vertraulich, geheim gehandhabte Eigentum der Freien Organisationen ihrer Kontrolle unterstellt, weiterhin machten sie die finanzielle Unterstützung der sozialdemokratischen Partei so gut wie unmöglich oder schränkten zumindest deren Möglichkeiten sehr ein.

Gleichzeitig mit der Verwirklichung der Anforderungen der innenministeriellen Untersuchung verpflichtete man die Gewerkschaften auch, die Anordnungen des zweiten Judengesetzes zu vollstrecken, nach denen eine dem Gültigkeitsbereich des Gesetzes unterliegende Person nicht Mitglied der Leitung und Angestellter sein konnte.

<sup>19</sup> Sipos: Harc a szakszervezetekért...

Das Judengesetz zwang der Arbeiterbewegung nicht nur die konfessionell-rassistische Diskriminierung faschistischen Charakters auf, sondern schränkte auch das Recht der Arbeiter ein, auf Grund allgemeinen Übereinkommens ihre als am geeignetsten erscheinenden Kameraden zu ihren Führern zu wählen. Die diskriminierende Verordnung war also außer für die betroffenen Arbeiter israelitischer Konfession oder Abstammung auch für alle Mitglieder der Gewerkschaften von Nachteil. Schließlich ist jeder äußerer Eingriff, jede Gewaltanwendung gegen das Recht der Wahl und des Gewähltwerdens sowie das Prinzip der Gleichheit der Mitglieder dem Wesen der Gewerkschaften, dem Prinzip der Selbsthilfe fremd.

Die Zahl der jüdischen oder als solche eingestuften Mitglieder des Präsidiums betrug 134 Personen, etwa 12–14% der obersten Leitungskörperschaften. In der Hauptstadt betrug dieser Anteil (nach Angaben aus dem Jahre 1935) innerhalb des Aushilfspersonals in Industrie, Handel und Verkehr (also unter den Arbeitern) und den Beamten etwa 21%. Die dahingehenden Behauptungen der offiziellen und der ultrarechten oppositionellen Propaganda, daß die Juden die führenden Positionen majorisierten oder in einem ihren Anteil weit übertreffenden Maße besetzten, entsprachen nicht der Wahrheit.

Imrédy hielt besonders die energische Übernahme und die „Maßregelung“ der Presse für wichtig. Deshalb trat Anfang September 1938 Mihály Kolosváry-Borcsa, der Chefredakteur des Blattes *Függetlenség* (Unabhängigkeit), an die Spitze der Presseabteilung. Auf den neuen Pressechef wartete die Durchführung des Gesetzesartikels XVIII aus dem Jahre 1938, den noch die Darányi-Regierung am Vorabend ihres Sturzes angenommen hatte. Das neue Gesetz besagte unter anderem, daß die periodischen Zeitschriften bis zum 15. August erneut verpflichtet waren, um eine Erscheinungsgenehmigung zu ersuchen, und wenn sie diese bis zum 31. Dezember nicht erhalten sollten, mußten sie ihr Erscheinen einstellen. Auf Antrag von Kolosváry-Borcsa erschien – im wesentlichen gesetzeswidrig – auch eine Zusatzverordnung, in deren Sinne die Verweigerung der Genehmigung bereits vor Jahresende in Kraft treten konnte. Er bestritt auch gar nicht, daß „diese Maßnahme Imrédy unterstützende politische Gründe hatte“. Für die Ausmaße des Ausrottungsfeldzugs ist charakteristisch, daß von etwa 1300 Blättern 410 (31,5 Prozent) das Recht des Erscheinens entzogen wurde.

Szocialismus, die theoretische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, verstummte, alte, seit mehreren Jahrzehnten erscheinende Fachzeitschriften hörten auf zu existieren.

## 2. VOM BEGINN DES ZWEITEN WELTKRIEGES BIS ZUR DEUTSCHEN BESETZUNG UNGARNS

Die am 2. September 1939 herausgegebenen besonderen Verordnungen sowie andere aus der Kriegslage folgende Umstände erschwerten die Tätigkeit der legalen Arbeiterbewegung in großem Maße. Veranstaltungen, Zusammenkünfte und Versammlungen durften nur mit Erlaubnis durch die Polizeibehörde abgehalten werden. Auf Grund des Gesetzesartikels II des sogenannten Wehrgesetzes aus dem Jahre 1939 durften die militärischen Organe auch die Räumlichkeiten der Arbeiterorganisationen in Anspruch nehmen – und von diesem ihrem Recht machten sie auch mit besonderer Vorliebe Gebrauch. Einen bedeutenden Teil der Fabriken erklärte man zu militärischen Betrieben. Auf diese Weise wurden die herkömmlichen Varianten des Wirtschaftskampfes so gut wie unmöglich, die militärischen Befehlshaber behinderten die Tätigkeit der verschiedenen Formen der Interessenvertretung, besonders die der Vertrauensleute auf Schritt und Tritt.

Die sozialdemokratische Führung aber konnte auch unter solchen Bedingungen auf die Stammgarde der Partei und der Gewerkschaften rechnen, deren Mitgliederzahlen selbst noch im Mai 1942 bei über 70 000 Personen lagen.

Die relative Stabilität der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften erwies sich auch für die Kommunisten als vorteilhaft. Auf Grund der bereits dargelegten Prinzipien integrierten sich die Kommunisten in die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, weil – nach den Erinnerungen von József Skolnik, einem der Führer der illegalen Kommunistischen Partei Ungarns – „...dies am günstigsten war, damit die Partei mit den breiten Massen in Verbindung stehe“.

Nach dem Eintritt Ungarns in den Krieg am 26. Juni 1941 lastete ein sehr großer Druck auf der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften, die ernsthaft gefährdet waren. Die Ultrarechte forderte die vollkommene Liquidierung der legalen Arbeiterbewegung. Die Parteiführung trat gegen diese Bestrebungen auf und verurteilte zugleich den Angriff auf die Sowjetunion. József Büchler, der Leiter der Budapester Parteiorganisationen, erklärte am 24. Juni in seinem in einem Arbeiterwohnheim gehaltenen Vortrag: „...da die Sowjetunion gegen ihren Willen in diesen Krieg hineingeraten ist und für den Schutz ihrer eigenen Freiheit kämpft, können wir nun in diesen schicksalsentscheidenden Zeiten nichts anderes tun, als uns mit Herz und Seele auf die Seite Sowjet-Rußlands zu stellen und zusammen aus einem Herzen, aus einer Seele sagen: Hände weg vom Sowjet!“

Für die Sozialdemokraten bestand kein Zweifel, daß der Krieg mit dem Sieg der antifaschistischen Koalition enden würde. Selbst Peyer war im Juni 1941 dieser Ansicht: „Wenn für Churchill Stalin als Verbündeter genehm ist,

so können wir nun wirklich keinen Einwand haben“.<sup>20</sup> Die sozialdemokratische Partei unterstützte jene Schritte der Regierung, die auf eine Lockerung der Abhängigkeit von der Achse beziehungsweise auf den „Absprung“ aus dem Krieg abzielten.

Die sozialdemokratischen Führer rechneten auch während des Krieges damit, daß sie die Liquidierung der legalen Arbeiterbewegung würden vermeiden können. Das hätten die angelsächsischen Mächte als die Faszisierung, die „Gleichschaltung“ des ungarischen politischen Lebens, auffassen können, jene Mächte, denen gegenüber die einflußreichen Gruppen der führenden Kreise die Unabhängigkeit des Landes, zumindest die innere Handlungsfreiheit der Regierung sowohl im Zeitraum der „bewaffneten Neutralität“ als auch dem der „Schaukelpolitik“ zu beweisen versuchten. Und in innenpolitischer Hinsicht kam der Einfluß jener konservativen Gruppen zur Geltung, die die Bewahrung der gegebenen Struktur des Systems wünschten, und dazu gehörte auch die Existenz der reformistischen Arbeiterbewegung. Die wirtschaftlichen Überlegungen sprachen ebenfalls für die Erhaltung der Gewerkschaften. Das Verbot hätte schließlich eine die Kriegsproduktion gefährdende Erschütterung verursachen können.

Dem Interesse der Kontinuität der Produktion ordnete die Regierung auch die politischen Ziele unter. Auf diese Weise konnten die Gewerkschaften, wenn auch unter stark begrenzten Bedingungen, auch weiterhin arbeiten. Das Bulletin des Internationalen Gewerkschaftsverbandes bezeichnete im November 1941 die Legalität der ungarischen Gewerkschaften als den „letzten Funken des gewerkschaftlichen Lebens“ im nazistischen Lebensraum.

Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften war, im Bewußtsein der Sicherheiten der Legalität bestrebt, nichts zu unternehmen, was deren Gültigkeit schwächen oder gar außer Kraft setzen lassen konnte. Die Bewahrung der Möglichkeit, öffentlich tätig zu sein, war ohne Zweifel das universale Interesse der ungarischen Arbeiterbewegung. Doch kam die optimistische Einschätzung der Lage darin zum Ausdruck, daß sich die leitende Gruppe nicht auf eine Wende der Verhältnisse vorbereitete, die die Fortsetzung der Arbeit unter den Bedingungen der Illegalität notwendig machte.

Die meisten Funktionäre meinten, die Arbeiterbewegung besitze nicht die Kraft, bestimmend in die Außenpolitik hineinreden zu können. Sie hielten dies auch nicht für besonders wichtig, da sie davon überzeugt waren, das Schicksal des Landes, seine künftigen Grenzen und seine innere Ordnung würden durch den Ausgang des Krieges entschieden werden. Sie beurteilten also jedes Risiko als sinnlos, das zur Folge haben könnte, daß die Kraft der Sozialdemokratie die bei der Neuordnung nach der Niederlage des Faschismus sehr benötigt werden würde, zerrieben wurde. Deshalb beurteilten sie die

<sup>20</sup> A reakció ellen. A Szociáldemokrata Párt harca (Gegen die Reaktion. Der Kampf der Sozialdemokratischen Partei). Budapest 1945. Hrsg. Mihály Révész. 71.

Teilnahme der Partei und der Gewerkschaften an den von den Kommunisten initiierten Bewegungen und Aktionen nur widerwillig und waren zumeist gegen sie, besonders nach Ungarns Eintritt in den Krieg.

Die wichtigste taktische Aufgabe der sozialdemokratischen Partei sahen die Führer der Partei darin, die Legalität der Partei zu erhalten und ihre Kraft nach Möglichkeit in die Zeit nach der als sicher angenommenen Niederlage der faschistischen Mächte unbeschadet hinüberzuretten.

Die Politiker der Sozialdemokratischen Partei Ungarns waren sich dessen bewußt, daß diese Passivität, die Einstellung jeglicher Bewegung und Tätigkeit den Tod der Bewegung bedeuten könnte. Deshalb froren sie das Leben der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen nicht ein, hielten aber nur solche Formen der Tätigkeit aufrecht, die die „Rettungspläne“ nicht gefährdeten. Auf diese Weise zeigten sich die Sozialdemokraten zum Handeln bereit: im Interesse des Schutzes der Aktiva und der Einrichtungen der Partei, bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft oder zumindest beim Abbremsen des Tempos der Verschlechterung; in der nicht aktuellen politischen ideologischen Arbeit, innerhalb dieser bei der Ausarbeitung der Pläne für die Zukunft. Zur Aktivität bereit waren sie auch noch bei der Informierung der Mitgliedschaft über den tatsächlichen Verlauf der Fronten, bei der Erneuerung der Verbindungen mit der Partei der Kleinen Landwirte und den konservativen Gruppen der herrschenden Klassen, beim Ausgleichen der kommunistischen Agitation und Einflußnahme.

Die anderen, nicht auf die Initiative der Parteileitung zurückgehenden und nicht von ihr kontrollierten Tätigkeiten, versuchten sie aus dem Leben der Organisationen auszuschließen. Die Fachblätter machten die Mitglieder im August 1941 darauf aufmerksam, daß „unbekannte Personen“ sie zu „ungesetzlichen Taten“ gewinnen wollten. Deshalb machten die Gewerkschaften das Betreten ihrer Räumlichkeiten von der Ausweiskontrolle abhängig, außerdem ersuchten sie ihre Mitglieder, Diskussionen über die Kriegslage zu vermeiden, warnten sie vor der Verbreitung von Flugblättern und forderten sie schließlich auf, Personen, die „provokative Ziele“ äußerten, der Polizei zu übergeben.

Dieser Aufruf kann nicht eindeutig beurteilt werden. Es steht außer Zweifel, daß sein primärer Zweck die Verhinderung der Tätigkeit von Kommunisten war, doch kann man auch nicht außer acht lassen, daß die Gefahr der Provokation durch die Pfeilkreuzler oder durch den Generalstab, die das Verbot der Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften mehrmals energisch gefordert hatten, nach einem Vorwand suchten oder ihn liefern wollten. Weiterhin spielte bei der Herausgabe des Aufrufs zur Erhaltung der Legalität auch die Absicht eine Rolle, die Fügsamkeit unter Beweis zu stellen, indem die Verordnungen, Vorschriften oder gar die von der Polizei mündlich vorgebrachten Wünsche erfüllt, ja sogar übererfüllt wurden. Bei den Mitgliedern fanden die erwähnten Maßnahmen keine Zustimmung. Mehrere griffen die Führer an und beschuldigten sie, daß sie „die faschisti-

schen Kriegshetzer beschützen“. Die Stimmung in der Arbeiterschaft war – nach Berichten der politischen Polizei – „...von Faschistenfeindlichkeit und Sympathie für die Sowjetunion gekennzeichnet. Für Sabotageaktionen würde sich wohl kaum jemand finden, doch würden solche Aktionen mit passiver Sympathie verfolgt, die Täter nicht angezeigt werden und dies würden sie sich nicht einmal von den Vertrauensleuten gefallen lassen.“

Während des zweiten Weltkrieges wurden – wie in jedem kriegführenden Land – auch die sozialpolitischen Gesetze außer Kraft gesetzt. Aufgrund der Bestimmungen des Gesetzesartikels II des Wehrgesetzes aus dem Jahre 1919 wurde die Arbeitskräftebewegung eingeschränkt. Nach den Erfahrungen aus dem ersten Weltkrieg war sich die Regierung auch darüber im klaren, daß die ungestörte Produktion nicht ausschließlich durch Zwangsmaßnahmen, durch Terror gesichert werden kann. Deshalb verwandten sie besondere Sorge darauf, die Arbeiter mit den grundlegenden Bedarfsartikeln zu versorgen, und das System der organisierten allgemeinen Versorgung funktionierte im wesentlichen bis zum Herbst 1944.

Die Industrie kam unter staatliche Leitung, bei der Festlegung der Löhne, der Arbeitszeit und in anderen Fragen stand das entscheidende Wort den Regierungsbehörden zu, in erster Linie dem Ministerpräsidium und dem Industrieministerium. Das Exekutivkomitee des Fachrates drängte bei diesen Organen wiederholt auf die allgemeine Anhebung der sogenannten Teuerungszulage als dem Mittel der Vorbeugung vor dem Sinken des Reallohnes. Im Krieg war die primäre Methode der Lohnbewegung, die Eingaben zur Anhebung der Zulage regelmäßig dem Industrieministerium, den Interessenvertretungen der Arbeitgeber und den Direktionen der Fabriken zu überreichen. In den Memoranden standen jene Argumente im Vordergrund, die das Verständnis, die Geduld und die kontinuierliche Arbeit der Arbeiterschaft erklärten, doch angepaßt an die Umstände enthielten sie verdeckt auch Drohungen. Die Eingaben verschwiegen nicht, daß die Arbeiterschaft „...sich dessen immer bewußter wird, daß die vielen Entbehrungen auf Kosten ihrer Leistungsfähigkeit gehen und welche Gefahr dies letztlich für sie bedeutet“.

Ab und zu organisierten sie neben der Übergabe der Memoranden auch teilweise Arbeitsniederlegungen, Streiks. Als Ergebnis gelang es den Arbeitern, örtlichen Lohnausgleich zu erkämpfen. Der Fachrat strebte danach, daß die Lohnerhöhungen allgemein, sich auf alle Berufe und Zweige erstreckten. Auf diesem Gebiet gelang es, partielle Ergebnisse zu erreichen.

Die Informationspolitik der sozialdemokratischen Partei war dadurch charakterisiert, daß die Partei jede Möglichkeit zu nutzen suchte, um ihre Überzeugung zum Ausdruck zu bringen: Die grundlegenden existentiellen Interessen der ungarischen Arbeiter und des ganzen Volkes wünschten den Sieg der antifaschistischen Weltkoalition. Die Népszava schloß sich nicht der antisowjetischen Propaganda an, sondern brachte die Frontberichte sogar im von der Zensur abgesteckten Rahmen, in der Weise, daß sich die Leser ein

Bild von der tatsächlichen Lage machen konnten. „Die in der Tiefe der Ereignisse wirkenden, manchmal sich nur in komplizierten Formen bemerkbar machenden Kräfte arbeiten in der Richtung des Fortschritts. Das gesamte Abwägen lenkt die Nachrichten dieses Augenblicks zum Maß dieser Beständigkeit und entscheidet auf Grund dessen, welche sie von ihnen akzeptiert und welche sie von sich weist“, schrieb das Blatt quasi als „Gebrauchsanweisung“ im Oktober 1942.

Am 1. März 1942 erschien der Aufruf der Ungarischen Historischen Gedächtniskommission, der legalen Körperschaft, die die Antihitlerkräfte vereinigte. Die Kommunisten schlugen vor, man solle am 15. März am Petöfi-Denkmal eine antifaschistische, eine Antikriegsdemonstration organisieren. Die Gedächtniskommission gab zu diesem Anlaß ein Petöfi-Abzeichen heraus.

Anfangs stimmten die Führer der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften der Teilnahme der organisierten Arbeiterschaft an der Demonstration zu. Nach der Ernennung von Miklós Kállay zum Ministerpräsidenten machte aber ein Teil der bürgerlichen Mitglieder der Gedächtniskommission einen Rückzieher. Auch die sozialdemokratischen Führer traten zurück. Auf der Sitzung des Parteiausschusses unmittelbar vor der Demonstration wurde ein Beschluß gefaßt, nach dem die Népszava – unter Berufung auf Provokationen durch die Pfeilkreuzler – öffentlich gegen die Demonstration Stellung nehmen sollte. Die Kommunisten gaben die Losung „Wir werden trotzdem dort sein!“ heraus, die am 15. März viele Menschen, zumeist organisierte und junge Arbeiter, zum Petöfi-Denkmal mobilisierte. Sie legten die Kränze der Ungarischen Historischen Gedächtniskommission, der verschiedenen Arbeiterbezirke, Betriebe und Organisationen nieder. „Hitler den Tod!“, „Nieder mit dem Krieg“, „Ein freies, unabhängiges Ungarn!“, riefen die Massen und bewegten sich dann am Donauufer auf das Kossuth-Denkmal zu. Doch die Polizei verhaftete an der Kettenbrücke 90 Personen und trieb die Demonstration mit Knüppeln auseinander.

Vom März 1942 ab eröffnete der Gewaltapparat einen allgemeinen Angriff auf die antifaschistische Unabhängigkeitsbewegung, besonders gegen den linken Flügel der Arbeiterklasse. Die Zensur wurde stärker, die Mitglieder der Historischen Gedächtniskommission wurden belästigt, und so wurde erreicht, daß sich die Körperschaft auflöste. Etwa 400 sozialistische Funktionäre wurden zum Militärdienst einberufen, unter ihnen viele Gewerkschaftsfunktionäre, sie wurden sofort in besonderen Arbeitskompanien an die Ostfront gebracht, wo sadistische Befehlshaber und ihre Gehilfen die meisten Arbeitsdienstler zu Tode qälten, ermordeten.

Die Ultrarechte und die führenden Militärkreise forderten das Verbot der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Ministerpräsident Kállay war hierzu nicht bereit, doch forderte er von der Partei völlige Loyalität. Die sozialdemokratischen Führer akzeptierten den Wunsch der Regierung, und der Parteiausschuß sowie die Gesamtleitungssitzung der Ge-

werkschaften nahmen eine Deklaration an, die die legalen Organisationen von den durch die Kommunisten angeführten Unabhängigkeitskampf abgrenzte, Árpád Szakasits wurde seines Postens als Generalsekretär enthoben, den der kommunistenfeindliche Ferenc Szeder übernahm. Szeder war zu dieser Funktion auch geeignet, da er als Parlamentsabgeordneter das Immunitätsrecht besaß. Außerdem hatte er durch seine Tätigkeit in Agrarangelegenheiten gute Verbindungen zur Partei der Kleinen Landwirte.

Die Taktik der Sozialdemokraten, die bereits auch auf die Vorbereitung der Neuordnung nach dem Kriege abzielte, basierte auf folgenden Elementen: Sie unterstützten den konservativen Flügel der herrschenden Klassen und persönlich Horthy gegen jeden möglichen ultrarechten Versuch der Machtübernahme; dann, nach dem Ende des europäischen Faschismus werden sie mit der Partei der Kleinen Landwirte und mit anderen kleinbürgerlich-liberalen, demokratischen Gruppen zusammenarbeitend, die konterrevolutionäre Diktatur stürzen. Die Politiker der Sozialdemokratischen Partei meinten, jetzt könne das gelingen, was sie im Frühjahr 1919 nicht hatten verwirklichen können: Sie würden die die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zum Ausdruck bringende Koalition von Arbeitern und Kleinbürgern bilden, die bei einer auf der Grundlage des absolut demokratischen Wahlrechts durchgeführten Wahl mit einem sicheren Sieg würde rechnen können. Gegenüber der auf der Sozialdemokratischen Partei und der Partei der Kleinen Landwirte basierenden Regierung mit Zentrumscharakter würden von links die Kommunisten, von rechts die konservativen bürgerlichen Richtungen die Opposition bilden.

Die außenpolitischen Voraussetzungen der künftigen Neuordnung hielten sie für gegeben. Die meisten sozialdemokratischen Funktionäre hielten es – zumindest bis zum Sommer 1944 – für sicher, daß nach der Niederlage des Faschismus die angelsächsischen Großmächte auch im südosteuropäischen Raum ein entscheidendes Wort mitzureden haben würden. Sie meinten, in England käme die Labour-Partei an die Regierung und das Verhalten der Vereinigten Staaten würde von Präsident Roosevelt bestimmt werden. Keiner dieser beiden Faktoren würde den Bolschewismus wünschen, sondern auf die Übernahme der Macht in Ungarn durch ein bürgerlich-demokratisches System bestehen, dessen politisches Fundament nur die Sozialdemokratische Partei und die Partei der Kleinen Landwirte sein könne. Ihre Vorstellungen waren im wesentlichen mit den Plänen identisch, die innerhalb der englischen und amerikanischen Regierungskreise über die Ordnung, die Regierung Ungarns nach dem Krieg heranreiften.

Mit der Sowjetunion rechneten die Sozialdemokraten nicht als Faktor, der bei der Frage der inneren Verhältnisse der Länder der Region würde mitreden können. Sie meinten, die Sowjetunion würde bis zum Ende des Krieges, trotz des Sieges, in geschwächtem Zustand allenfalls für den Wiederaufbau genügend Kräfte besitzen.

Ende 1942, Anfang 1943 meinten die Führer der Sozialdemokratischen

Partei – im Zusammenhang mit der Entwicklung der militärischen Lage –, bereits in naher Zukunft könne eine außen- und innenpolitische Wende eintreten, die ihre Partei zu einem Regierungsfaktor machen könnte. Im Dezember 1942 hielt die Partei einen Kongreß ab. Peyer begründete die Durchführung der Beratung damit, daß mit Ereignissen zu rechnen sei, bei denen die Partei ein entscheidendes Wort werde mitreden können. Und dies mache es notwendig, daß eine vom Kongreß ermächtigte, von ihm beauftragte Leitung an der Spitze der Bewegung stehe. Die Hoffnungen, in die Regierung einbezogen zu werden, wurde dadurch bekräftigt, daß Horthy Ende März 1943 in der Person von Peyer zum ersten Mal einen sozialdemokratischen Politiker empfing.<sup>21</sup>

In der zweiten Hälfte des Jahres 1943 überschwemmten nach den Ereignissen in Italien, nach Mussolinis Sturz, die einen Sonderfrieden fordernden Flugblätter der Friedenspartei das Land. Die Führung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften versicherte das italienische Volk ihrer Sympathie und der Solidarität der organisierten Arbeiterschaft Ungarns.

Die Ereignisse beschleunigten die Annäherung zwischen der Partei der Kleinen Landwirte und der Sozialdemokratischen Partei. Anfang August 1943 schlossen die beiden Parteien ein Bündnis. Die Partei der Kleinen Landwirte forderte in einem – von Bajcsi-Zsilinszky abgefaßten – Memorandum von der Regierung den Austritt aus dem Krieg, die Durchführung einer auf die angelsächsischen Mächte gestützten außenpolitischen Wende, selbst dann, wenn es zu einem bewaffneten Konflikt mit den Deutschen kommen sollte. In dem Memorandum hieß es, im Interesse der Zukunft des Landes müsse man das Risiko auf sich nehmen.

Im Jahre 1943 wurde die organisatorische Tätigkeit des Fachrates im Zusammenhang mit der militärischen Situation lebendiger. Im September forderte Peyer in einem Rundbrief die örtlichen Fachgruppen auf, sie sollten in jeder Stadt ein Gewerkschaftskomitee bilden, dafür sorgen, daß die Leiter der Gruppen von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte organisierten, auf denen die Delegierten des Fachrates über Fragen informierten, die Arbeiter und Gewerkschaften interessierten.

Ende Oktober kündigte der Gewerkschaftsrat in Übereinstimmung mit den Verbündeten für die Wochen zwischen dem 15. November und dem 15. Dezember einen Gewerkschaftsmonat an. Das primäre Ziel der Kampagne war die Werbung. Den Erfolg der Agitation beweist, daß sich bis zum Beginn des Jahres 1944 die Zahl der Mitglieder erneut den 100 000 annäherte.

Im Zeitraum 1941–1944 lastete trotz der Legalität ein drückender moralischer und physischer Terror auf den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Es handelte sich dabei bei weitem nicht um die gewohnten Mißbräuche der Behörden, um das Verbot der einen oder der

<sup>21</sup> Sipos, Péter: Peyer Károly a magyar munkásmozgalomban (Károly Peyer in der ungarischen Arbeiterbewegung). Századok 1983, Nr. 6, 1317.

anderen Veranstaltung, das Infragestellen der Einhaltung des Statuts oder vielleicht um Presseprozesse. All diese Machtmißbräuche, Ungesetzlichkeiten erschienen jetzt beinahe wie Nichtigkeiten, da nun Tag für Tag die Freiheit, das Leben der Funktionäre, der Aktiven auf dem Spiel stand.

Die organisierten Arbeiter hatten in den meisten Fabriken, in den Betrieben, den Büros der Privatfirmen, in Geschäften und Kaufhäusern usw. auch früher eine Minderheit gebildet. Die Stimmung der sie umgebenden indifferenten Menge wurde durch vielerlei Schattierungen von der Sympathie bis zur Nervosität, die im allgemeinen den äußersten Grad des Abstandhaltens bildete, charakterisiert. Seit dem Ende der dreißiger Jahre aber mußten die organisierten Arbeiter auch am Arbeitsplatz mit den ausgesprochen feindlichen aktiven Kräften rechnen. Die Propaganda der Pfeilkreuzler nahm zu, der Haß äußerte sich ständig auch in Bespitzelungen und Anzeigen. Die Verhaftung bedeutete jetzt nicht mehr nur Abschiebehaft, Freiheitsverlust, sondern die Folterkammer der Andrassy-Kaserne, von Alag, Csillaghegy und anderer berüchtigter Orte, die Todeskompagnie, den Tod auf einem der mobilen Schafotts.

Im Inhalt der Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Partei und in der Gewerkschaft erhielt das Engagement für die im Zeichen der Prinzipien des proletarischen Sozialismus wirkenden Arbeiterbewegung immer größeres Gewicht. In Kriegszeiten drückte diese Bindung eine Stellungnahme in den Schicksalsfragen der ganzen Menschheit aus. Schließlich war es für jeden, dessen politische Kultur auf dem Niveau des regelmäßigen Zeitungslesens und Radiohörens stand, offensichtlich, daß nicht nur Staatenbündnisse mit gegensätzlichen Interessen einen erbitterten Kampf miteinander führten, sondern im Kampf der faschistischen Achse und der demokratisch-sozialistischen Koalition Ideologien, Gesellschaftssysteme zusammenstießen. Es bestand kein Zweifel, daß die Sozialdemokraten den Sieg der antifaschistischen Koalition wünschten. Die Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei und in den unter ihrer Leitung stehenden Gewerkschaften bedeutete eine Identifikation mit der Sache der sowjetisch-englisch-amerikanischen Koalition, symbolisierte ein abweisendes Verhalten gegenüber dem Waffenbündnis, das die ungarische Regierung mit Hitler geschlossen hatte.

Die sozialdemokratischen Führer sprachen in immer entschiedenerem Ton auch schon vor der Öffentlichkeit davon, daß die konterrevolutionäre Diktatur den Krieg nicht überleben werde. Im Januar 1944 erklärte Peyer in einer öffentlichen Versammlung: „Was für eine Ära hier beginnen wird, das wird sich darin zeigen, in wessen Hände in naher Zukunft Warschau gelangen wird!“<sup>22</sup> Nach der polizeilichen Meldung sprach der Redner „außer sich, brüllend“ inmitten der „orkanartigen Beifallskundgebungen“ der Zuhörer. Obwohl die Führer der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften die Liquidierung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse auf revolutionä-

<sup>22</sup> PIA 651.f. Bündel 12, 17. AE.

rem Wege nicht zur Sprache brachten, machten sie kein Geheimnis daraus, daß sie eine neue Gesellschaft wollten, in der die Arbeiterschaft sowohl in der Produktionsleitung wie auch bei der Verteilung der Güter eine wichtige Rolle erhält. „Wir dürfen es nicht mehr länger tolerieren“, erklärte Kabók, „daß über uns, ohne uns Personen entscheiden, die das Schicksal der Arbeiterschaft nicht kennen, ihre Lage nicht verstehen.“<sup>23</sup>

Auf das nahe Ende des Krieges vertrauend, arbeiteten die leitenden Funktionäre der sozialdemokratischen Partei ihre perspektivischen Pläne aus. Mit der unheilschwangeren Möglichkeit der deutschen Besetzung in naher Zukunft rechneten sie aber nicht, so daß der 19. März 1944 auch sie völlig überraschte.

### 3. DER ZEITRAUM DER DEUTSCHEN BESETZUNG

Die legale Arbeiterbewegung hörte nach dem 19. März 1944 im traditionellen Sinne auf zu existieren. Die Sozialdemokratische Partei und die kulturellen Arbeitervereine wurden verboten, auch die Népszava konnte nicht mehr erscheinen. Zur Auflösung der Gewerkschaften kam es auch jetzt nicht, da die Deutschen und die Sztójay-Regierung befürchteten, das würde bei der Arbeiterschaft Unzufriedenheit hervorrufen, was das Funktionieren der Kriegsproduktion hätte stören können. Sie meinten, es würde genügen, die Tätigkeit der Berufsbewegung vorübergehend zu lähmen und man könne die geschwächten Verbände zu einem geeigneten Zeitpunkt auch ohne formelle Auflösung der auszubildenden faschistischen Interessenvertretungsstruktur einverleiben.

Viele der leitenden Funktionäre der legalen Bewegung erlitt das Schicksal der Deportation, unter anderen Peyer und Buchinger. An die Spitze des Gewerkschaftsrates trat Lajos Kabók, der Vorsitzende des Fachrates und Sekretär des Verbandes der Metallarbeiter. „Die Sache des Gewerkschaftsrates, die Sache unseres Verbandes und ich kann nur sagen, die Sache der gesamten Arbeiterbewegung mußte ich in die Hand nehmen, da alle anderen führenden Menschen fehlten“, schrieb er im Mai 1944 in einem Brief. In einem anderen Brief einige Monate vorher formulierte er als *Ars poetica* das Wesen seines Verhaltens. „Dies ist ein Arbeitskreis voller äußerst schwerer Sorgen, doch ist es meine Überzeugung, daß ich ihn bezwingen muß, solange ich dazu in der Lage bin und solange dies unter den sich ergebenden Verhältnissen zur traurigen Möglichkeit wird.“<sup>24</sup> Er vertraute darauf, daß der große Abschluß noch kommen werde.

<sup>23</sup> Sipos, Péter: *A Vasas szakszervezet története. 1919–1944* (Die Geschichte der Metallarbeitergewerkschaft. 1919–1944). Budapest 1990.

<sup>24</sup> PIA 672.f. 1944/46 AE. – Lajos Kabók (1884–1945), Maschinenschlosser, 1913 einer der Führer der Metallarbeitergewerkschaft, von 1919 Mitglied der Leitung der SPU, 1922–1935 und 1939–1944 Abgeordneter. Ab 1938 Generalsekretär der Metallarbeitergewerkschaft, ab 1939 Vorsitzender des Gewerkschaftsrates.

Lajos Kabók war ein mutiger Mann. Verbissen, ja beinahe besessen vertrat er die Meinung – und seine Überzeugung teilten noch weitere Funktionäre –, daß er unter keinen Umständen den Platz verlassen dürfe, auf den ihn das Vertrauen der Mitglieder gestellt hatte. Seinen Auftrag betrachtete er nicht als Anstellung, sondern als Sendung, als Berufung. Seine Taten wurden durch ein vielleicht zu starr ausgelegtes gewerkschaftliches Pflichtgefühl geleitet. Er betrachtete es als heilig und unantastbar. Kein persönlicher Gesichtspunkt oder politische Überlegung konnte ihn von der Einhaltung der Bestimmungen über die Rechte der gewählten Organe abhalten und er achtete auf die unbedingte Einhaltung der Vorschriften über den Umgang mit dem Eigentum.

Eine so absolute Anschauung über die Verfassungsmäßigkeit in einer so gesetzlosen Welt wie in Ungarn nach dem 19. März 1944 war schon beinahe eine lebensfremde Auffassung, die auch im Falle von Kabók das Handeln in den entscheidenden Momenten bremste.

Andererseits aber bedeutete diese Starrheit auch Rückgrat gegenüber den Faschisierungsbestrebungen. Kabók meinte, „...man muß den Schlüssel solange nicht abgeben, solange noch die kleinste Möglichkeit zum Handeln besteht... eher sollen die zuständigen Behörden die Tätigkeit einstellen lassen, als daß wir selbst in dieser Sache Schritte unternehmen“.

Der Fachrat hielt aufgrund des Beschlusses des Exekutivkomitees regelmäßig offizielle Stunden in den Räumen der Gewerkschaft der Lederindustrie ab, um die Kontinuität des Bestehens zu erhalten. Unter den damaligen Bedingungen kann man zu Recht fragen: „Wem nützte es?“

Lajos Kabók und seine Gefährten wußten sehr gut, warum die Deutschen und ihre ungarischen Satelliten die Tätigkeit der Gewerkschaften nicht verboten hatten. Sie waren sich aber auch darüber im klaren, daß die verschiedenen faschistischen Organisationen die Gewerkschaften in ihre Gewalt brächten, sobald sich ihre Funktionäre zurückzögen. Darauf bereiteten sich die Faschisten schon lange vor. Auch das Flugblatt der Friedenspartei vom April 1944 forderte die Arbeiter auf, die Mitglieder sollten in den Organisationen verbleiben, sie schützen. Wie aus einem Bericht der Gendarmerie hervorgeht, entschieden daraufhin die Arbeiter in Felsőgalla „...ganz gleich, welche Schwierigkeiten auch kommen werden, ihre Organisationen zu erhalten“.<sup>25</sup>

Nach der Befreiung stellte der Bericht der Gewerkschaft der Drucker anerkennend fest, daß mehrere leitende Funktionäre „statt der Illegalität das große Risiko des An-der-Oberfläche-Bleibens“<sup>26</sup> auf sich genommen hatten. Mehrere zahlten dafür mit ihrem Leben. Der Gewerkschaftsrat sah es als seine wichtigste Aufgabe an, die Einschmelzung der Gewerkschaften in die von der Sztójay-Regierung geplante Arbeiterkammer zu verhindern. Kabók

<sup>25</sup> PIA 651.f. Bündel 6, 1944/II AE.

<sup>26</sup> Nyomdász szakszervezet jelentése. 1942–1946 (Bericht der Gewerkschaft der Drucker. 1942–1946). Budapest 1946, 8.

erklärte am 13. Mai auf der Beratung im Industrieministerium, daß „...die Arbeiterkammern nicht in Frage kommen, weil es eine eitle Illusion ist anzunehmen, mit der Schaffung einer Arbeiterkammer, der Vereinigung der Arbeiter und Arbeitgeber in einer Organisation sei der Gegensatz von Kapital und Arbeit zu beheben, da sich der Gegensatz von Kapital und Arbeit aus dem heutigen System ergibt und dieser Gegensatz solange nicht zu beheben ist, solange ein solches System existiert“.<sup>27</sup>

Auch die Funktionäre wiesen die Mitarbeit einstimmig zurück. Bertalan Csinos, der Funktionär der MÉMOSZ, stellte auf der Sitzung des Präsidiums fest: „Eines ist sicher, solange wir die Aufrechterhaltung unseres Verbandes entsprechend unseren alten Gewohnheiten fortführen können, solange werden wir ihn fortführen. Bei einer Umstellung bleiben wir nicht die Mitarbeiter des Verbandes, nicht einmal dann, wenn man deshalb an uns Vergeltung üben würde.“<sup>28</sup> Der Widerstand der Gewerkschaften spielte eine wichtige Rolle dabei, daß sich die Masse der Arbeiter der unter dem Namen Landesverband der Ungarischen Industriearbeiter (Magyar Ipari Munkások Országos Szövetsége) gegründeten Organisation widersetzte und die im Sommer 1944 in den Betrieben durchgeführten Wahlen boykottierte.

Die Arbeit des Gewerkschaftsrates wurde von der illegalen sozialdemokratischen Führung und der legalen Gewerkschaftsführung gemeinsam geleitet. Diese Doppelheit entstand aufgrund der sich bei der gegebenen Zwangslage entwickelten Arbeitsteilung, und beide Linien standen in Kontakt miteinander.

In Budapest bauten die Dreher eine geheime Organisation auf die Weise aus, daß das Organisationskomitee mit den in den Fabriken arbeitenden Vertrauensleuten ergänzt wurde, die zumeist mit dem lebendigen Wort die Verbindung sicherten. Es war die Meinung von Kabók und seiner Gefährten, – worauf wir schon früher hingewiesen haben –, daß die legale Tätigkeit auch weiterhin um den Preis jeden Risikos aufrechterhalten werden müsse, weil „das Ganze eine vorübergehende Konjunktur“ sei, das heißt, sowohl die deutsche Besetzung als auch die Macht der faschistischen Sztójay-Regierung nur noch kurze Zeit dauern könne, und die „vermutlich kurze Zeit“ müsse man mit der Bewahrung der gewerkschaftlichen Rahmen überstehen.

Kabók meinte, man müsse „...in solch schweren Zeiten besonders Zeugnis für die Bündnistreue ablegen, und auch die Bewahrung der erlangten Mitgliedsrechte ist die Aufgabe des Mitglieds, was durch die regelmäßige Erfüllung der Einzahlungen gesichert wird. Unser Verband sorgt unter allen Umständen dafür, daß er gegenüber den Mitgliedern seine im Statut festgelegten Verpflichtungen erfüllt.“ Dieses Versprechen blieb bei weitem keine leere Phrase und brachte zugleich auch die Überzeugung zum Ausdruck, daß die Gewerkschaft auch dann noch ihre gegenüber den Arbeitern übernomme-

<sup>27</sup> PIA 761.f. 14. AE.

<sup>28</sup> PIA 666.f. Bündel 1. 1944/4 AE.

nen und im Statut, also in der Verfassung der Gewerkschaft, festgehaltenen Verpflichtungen einhalten muß, wenn im Land keinerlei Gesetz und Ordnung mehr gültig sind.

Auch den Mitgliedern war es nicht gleichgültig, ob sie inmitten der Verfolgung und der sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen von irgendeiner Seite auf Unterstützung oder Wegweisung, Aufklärung in der Flut der faschistischen Demagogie hoffen konnten.

Besonders wichtig, man kann sagen lebenswichtig war, daß die in Gefangenschaft, im Internierungslager Leidenden fühlten, daß man an sie dachte, daß man versuchte, ihre Lage, wenn auch nur durch einige Pengő, ein paar Zigaretten oder Lebensmittel zu verbessern, daß man an ihrer Befreiung arbeitete. Die Führung und in erster Linie Kabók, der als Abgeordneter am ehesten Möglichkeiten hatte, zu handeln, unternahm sehr viel für die Inhaftierten. Sie ließen auch den Juden Hilfe zukommen und nahmen von ihnen den Mitgliedsbeitrag in einer Situation an, als man ihnen alle Rechte und jede Existenzmöglichkeit genommen und sie aus der menschlichen Gesellschaft ausgestoßen hatte.

In der zweiten Septemberhälfte begannen Verhandlungen zwischen den beiden Arbeiterparteien, denen sich auch die Vertreter der Gewerkschaften anschlossen. Am 10. Oktober 1944 unterzeichneten im Namen der Sozialdemokraten Árpád Szakasits und in Vertretung der Kommunistischen Partei Gyula Kállai das Abkommen über die Einheitsfront. Das Dokument stellte fest, daß die beiden Parteien im Kampf für die schnelle Beendigung des Krieges und der Schaffung des neuen, demokratischen Ungarn eng zusammenarbeiten und daß nach dem Krieg mit der Vereinigung der beiden Parteien die „einheitliche und einzige sozialistische Arbeiterpartei“ gebildet werden müsse. Die Vereinbarung nahm prinzipiell für die Einheit der Gewerkschaften und der Jugend Stellung und bezeichnete die Aufgaben der Gewerkschaften im Kampf gegen Hitler. Während der Verhandlungen besprachen Árpád Szakasits und Kabók – so der Bericht, der auf der Sitzung des Parteiausschusses der Sozialdemokratischen Partei im Mai 1945 vorgelegt wurde –, daß unter der Hand nicht in der Angelegenheit der Gewerkschaften entschieden werden sollte, da „...diese allein zuständig sind, ihren eigenen Weg festzulegen“.<sup>29</sup> Wir meinen, hierbei hat die bereits erwähnte Mentalität von Kabók eine wesentliche Rolle gespielt, der nicht zuließ, daß er ohne Wissen und Ermächtigung der gewählten Organe, auf eigene Verantwortung ein Bündnis von solcher Tragweite akzeptierte. Illés Mónus stimmte dem Abkommen zu, da er keinen anderen Weg sah. Er war sich nicht sicher, ob er oder andere Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei irgendeine Rolle spielen würden, doch betrachtete er dies auch nicht als die entscheidende Frage. Für wichtig hielt Mónus aber, daß die Leitung der Partei in den Händen von Leuten wie Árpád Szakasits lag, die sich mit den Kommunisten

<sup>29</sup> PIA 283.f. 2/1 AE.

in einer Situation verständigen konnten, als die sowjetischen Truppen bereits in Richtung Budapest vordrangen.

Die Bilanz der Tätigkeit der Arbeiterbewegung im Vierteljahrhundert des konterrevolutionären Systems kann nicht einseitig, auf Grund der pragmatischen Gesichtspunkte der politischen Erfolge gezogen werden. Viel mächtigere, stärkere Arbeiterparteien als die ungarische sind nicht in der Lage gewesen, ihre Vorstellungen in der Innenpolitik wie in der internationalen Politik zur Geltung zu bringen. Auch die ungarische sozialdemokratische Partei konnte am Wendepunkt von historischer Bedeutung die Entscheidungen der Regierungen im Sinne der Interessen der Arbeiterschaft und der anderen werktätigen Klassen und Schichten nicht beeinflussen. Ihre Tätigkeit kann man aber trotzdem nicht als unfruchtbar bezeichnen, da die in den Wirkungskreis der Sozialdemokratie gehörenden Organisationen, Institutionen bei der Vertretung der sozialistischen Ideale des marxistischen Denkens bleibende Erfolge erzielt haben. Die Presse, die Publikationen, die Erziehungs- und Kulturarbeit der Partei erzog – unter Mitwirkung der Kommunisten – Hunderttausende zum Klassenkampf, zur proletarischen Solidarität, zur Zurückweisung der bürgerlichen Ideologie und Wertordnung. Auf diese Weise trug sie zur Schaffung der Grundlagen für den sich von der Jahreswende 1944–1945 entfaltenden gesellschaftlichen Wandel bei. Das schnelle Anwachsen der kommunistischen Massenpartei nach der Befreiung in einer so kurzen Zeit, kann man – selbst unter Beachtung der konjunkturellen Faktoren – nur dann verstehen, wenn man beachtet, daß sie Vorgänger nicht nur in der auf einen ziemlich engen Raum begrenzten illegalen Kommunistischen Partei hatte, sondern auch in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften.

In der Vielschichtigkeit der bewußtseinsformenden Tätigkeit der Arbeiterbewegung ist die Wirkung des Austromarxismus zu spüren. Eine der grundlegenden Bestrebungen dieser Richtung war die Erziehung des „neuen Menschen“, der nur auf komplexe Art und Weise, durch die gemeinsame Entwicklung des Verstandes und der Geschmackswelt, durch die komplexe Bereicherung der ideologischen, der kulturellen und der künstlerischen Kenntnisse zu verwirklichen ist.<sup>30</sup>

Das Bildungsideal der Arbeiterbewegung war moderner als das allgemein anerkannte griechisch-lateinische, die Literatur, die Künste und die Geschichte zwar beinhaltende, aber auch auf diesem Gebiet nach der Antike und dem Mittelalter ausgerichtete Ideal. Denn das sozialistische Menschenbild beinhaltete auch die Orientierung in Fragen des Wirtschaftslebens, der Politik, der Zeitgeschichte, setzte aber auch naturwissenschaftliche und technische Kenntnisse voraus.

Den organisierten Arbeiter charakterisierten Bewußtsein, die Neigung und

<sup>30</sup> Sipos, Péter: Legális és illegális munkásmozgalom Magyarországon. 1919–1944 (Legale und illegale Arbeiterbewegung in Ungarn. 1919–1944). Budapest 1988.

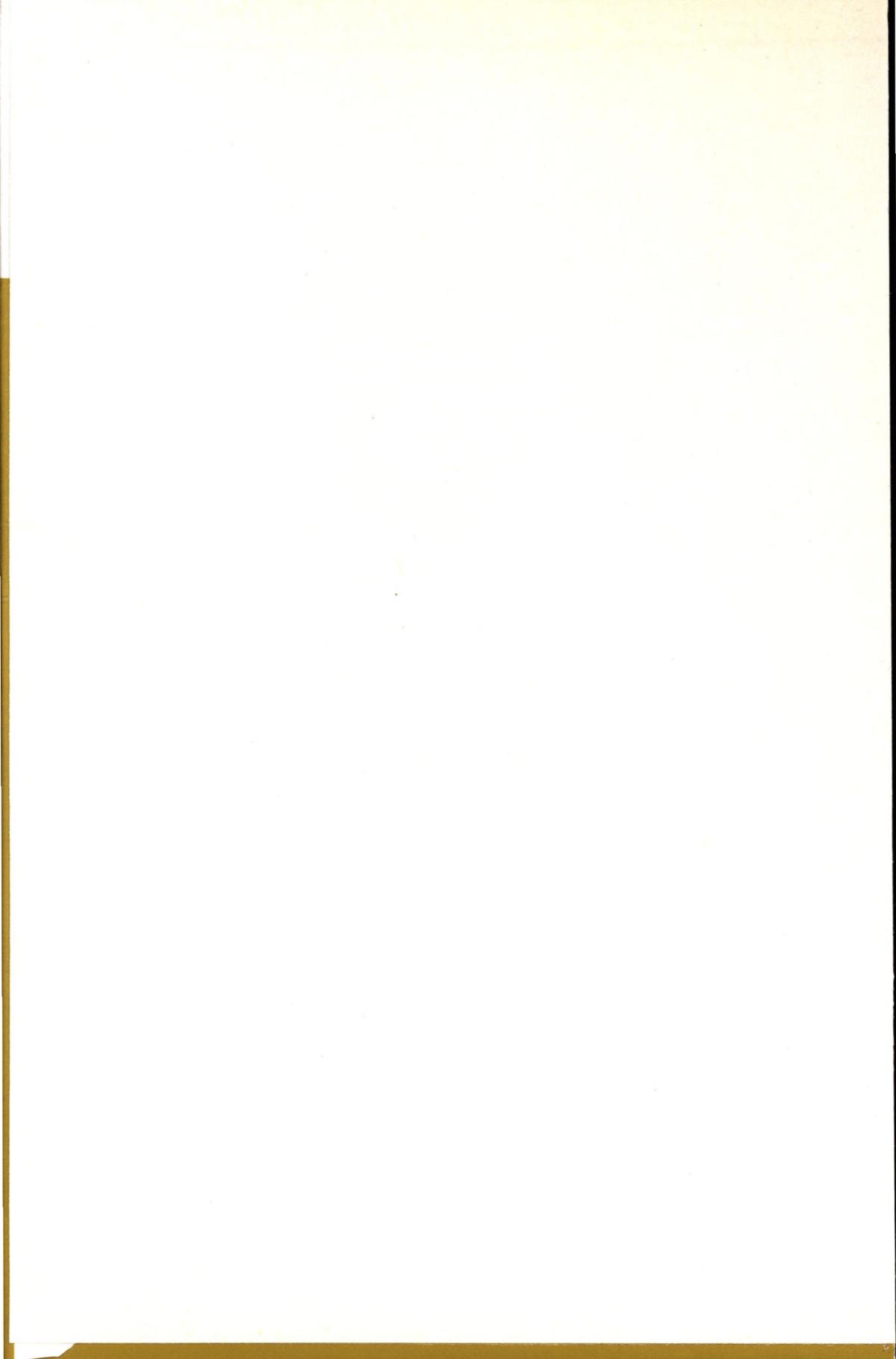
das Bedürfnis, seine eigene Situation in der Gesellschaft, in der Welt zu ermessen, jene Gesetzmäßigkeiten kennenzulernen, die sein Schicksal beeinflussen, es bestimmen. Auf diese Weise verstand er die Bedeutung der Taten, und zwar des kollektiven Handelns als Klasse bei der Gestaltung seines individuellen Schicksals; so wurde für seine Anschauung – um die Worte eines Kulturtheoretikers zu zitieren – „...das Menschsein, das das Sich-Selbst-Einschätzen-Können und der Wunsch, aus dem heutigen in ein vollkommeneres gesellschaftliches Leben zu treten“ bestimmend.

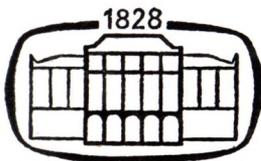
Der Prozeß der Bewußtwerdung der sozialistischen Weltanschauung bedeutete – aufgrund der allgemeinen Bildung – die Aneignung der ideologischen Kenntnisse. Der Unterricht, das Studium, die Aneignung der Thesen des Ideensystems des Marxismus hatte das Kennenlernen der Grundlagen mehrerer Wissenschaften zum Inhalt – Geschichtsschreibung, Ökonomie, Philosophie –, das heißt der wichtigsten Elemente der als die Quellen des Marxismus angesehenen Disziplinen. All das führte zur Erweiterung des Bildungskreises und zur sukzessiven Vertiefung der in den einzelnen Wissenschaftszweigen erlangten Kenntnisse. In diesem Sinne erzog die Bewegung den organisierten Arbeiter zur Offenheit, erweckte in ihm die Bereitschaft zur Aufnahme neuer Einflüsse, um die allgemeine Bildung zu entwickeln und zu bereichern.

Zur Erweiterung und Verfeinerung der geistigen Werte, der politischen Kultur des organisierten Arbeiters trugen die Verpflichtungen in der Bewegung bei. Die Aufträge und Aufgaben entwickelten die Verhandlungs- und Diskussionsbereitschaft, förderten die Fähigkeit zur fließenden Argumentation. Die Teilnahme an den Entscheidungen und Beschlüssen regte die Mitglieder der Arbeiterorganisationen dazu an, möglichst durch viele Informationen unterrichtet zu sein, nach umsichtigem Abwägen Stellung zu nehmen, die Meinung vor der Öffentlichkeit darzulegen. Die Arbeiterbewegung legte also eine Lebensführung nahe, zu der die Selbstbildung, das Lernen, die passive und aktive Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen, das Lesen und das Vergnügen auf eine Weise enthalten waren, daß dadurch die Klassenzusammengehörigkeit gestärkt wurde.









Diese Arbeit beinhaltet die Anatomie der sozialistischen Arbeiterbewegung Ungarns; es ist nicht nur eine traditionelle Geschichte der Partei und Gewerkschaft, sondern beides miteinander verschmolzen. Das Buch behandelt detailliert die Vor- und Nachteile der organischen Einheit der Gewerkschafts- und Parteibewegung. Es beweist, daß in dem gegebenen Rechtssystem Ungarns dieser Zusammenhalt die einzige Möglichkeit für die erfolgreiche Tätigkeit der Arbeiterbewegung war. Es wird auf die strukturellen Verbindungen, die komplizierten Mitgliederverhältnisse, die leitenden Körperschaften und Exekutivorgane der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und der Gewerkschaften eingegangen. Anhand reichhaltigen Materials beweist der Autor den Erfolg der gemeinsamen Tätigkeit von Partei und Gewerkschaft bei der Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiterschaft, weiterhin — entsprechend der austromarxistischen Konzeption — bei der „Erziehung des neuen Menschen“ und bei der Verbreitung der sozialistischen Ideen.